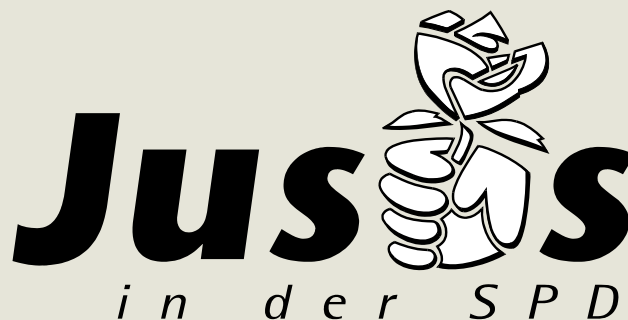


Gemeinsam Mehr

Beschlussbuch Juso-Bundeskongress 2009

*19. bis 21. Juni, München/Messe München GmbH
M,O,C Veranstaltungs- und Ordercenter*



Beschlüsse	Seite
A <i>Arbeitsprogramm</i>	4
A 1 Bundesvorstand Für den sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft. Entschieden handeln – gerecht erneuern!	4
B <i>Beschäftigung & Gute Arbeit</i>	25
B 1 Bundesvorstand Mitbestimmung ausbauen – ArbeitnehmerInnen stärken	25
B 2/ LV Berlin/LV NRW	41
B 3 Gute Löhne für alle – für eine Neuordnung des Niedriglohnsektors	
B 6 LV Bremen Arbeitsversicherung jetzt einführen!	48
D <i>Daseinsvorsorge & Kommunal- und Verkehrspolitik</i>	51
D 1/ LV Berlin/LV NRW	51
D 2 Mobilität sichern; verkehrspolitisch umdenken-neue Wege fahren!	
D 8 LV Baden-Württemberg Public Private Partnership/Öffentliche Private Partnerschaft	64
E <i>Europa & Internationales</i>	69
E 1 Bundesvorstand Adeus Lissabon! Für eine progressive Beschäftigungsstrategie für die EU	69
E 8 LV NRW/ LV Schleswig-Holstein Neuanfang für einen anderen Nahen Osten. Kontinuität in der Zusammenarbeit mit unseren Partnern	76
F <i>Finanzmarkt-, Wirtschaftspolitik, Kapitalismuskritik</i>	89
F 1 Bundesvorstand Systemerror – Zu Finanzmärkten, der Krise und dem Kapitalismus	89
F 2 LV Bayern Der Goldrausch ist zu Ende!	96
G <i>Gleichstellungspolitik</i>	101
G 4 LV Rheinland-Pfalz Solidarische Lebensgemeinschaften für alle	101

I	<i>Initiativanträge</i>	104
I 1	Bundesvorstand Gemeinsam mehr!	104
I 4	LV Schleswig-Holstein Finger weg von Artikel 19 Abs. 4 GG!	111
I 7	Bundesvorstand Situation der SPD nach der Europawahl	111
I 8	Bundesvorstand Development for Freedom – Our War on Poverty	117
I 9	Bundesvorstand Gemeinsam Bildungshürden niederreißen	120
J	<i>Jugend-, Daten- und Verbraucherschutz</i>	121
J 1	Bundesvorstand Notwendigkeit eines effektiven Datenschutzes	121
K	<i>Kein Überwachungsstaat</i>	128
K 1	LV RLP Aus den Augen, aus dem Sinn?“ – Gegen eine Zensur des Internets und für ein entschlossenes, wirkungsvolles Vorgehen gegen Kinderpornographie	128
L	<i>Leben ohne Nazis</i>	137
L 1	Bundesvorstand Rechtsextremismus umfassend bekämpfen!	137
M	<i>Migration & Integration</i>	157
M 1	Bundesvorstand Kein Mensch ist illegal!	157
O	<i>Organisationspolitik</i>	160
O 1	LV Sachsen Her mit der richtigen Quote – Schluss mit dem Blödsinn	160
R	<i>Resolutionen</i>	161
R 1	Bundesvorstand 40 Jahre Linkswende – Jusos als eigenständiger linker Jugendverband	161
S	<i>Sonstige Anträge</i>	164
S 9	Hessen-Süd Anrechnung stoppen! - Ferien- und Nebenjobs für Kinder in Bedarfgemeinschaften ermöglichen!	164

A

Arbeitsprogramm

A1 – Bundesvorstand

FÜR DEN SOZIAL-ÖKOLOGISCHEN UMBAU DER GESELLSCHAFT. ENTSCIEDEN HANDELN – GERECHT ERNEUERN!

Bundesarbeitsprogramm 2009 bis 2011 –

I) Prolog: Freiheit, Gleichheit und Solidarität

Wir Jusos wollen ein Leben in Selbstbestimmung für alle. Sozialer und ökonomischer Fortschritt bedarf der persönlichen Entfaltung und Entwicklung individueller Fähigkeiten auf Basis ökonomischer Sicherheiten. Wir wollen die Freiheit von Zwang, Ausbeutung und Unterdrückung. Wir wollen eine gerechte Gesellschaft, in der alle Menschen unabhängig von Geschlecht, Herkunft, sozialer Stellung und ihren Vorlieben gleiche Möglichkeiten und die gleiche Teilhabe an Wohlstand und Macht haben. Dies ist nur in einer solidarischen Gesellschaft denkbar, die über den Tellerrand hinausblickt und weltweit für Frieden und Solidarität eintritt.

Unsere Vision einer besseren Gesellschaft ist der demokratische Sozialismus. Als Teil der Linken kämpfen wir dafür in und außerhalb der SPD. Die Doppelstrategie der Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und sozialen Bewegungen müssen wir dafür fortführen und ausbauen.

II) Die Welt im Jahre 09

Der Neoliberalismus ist am Ende. Er weiß es nur (noch) nicht. Seine Verfechterinnen und Verfechter aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft haben den Karren an die Wand gefahren. Sie müssen zunehmend das Versagen neoliberaler Instrumente zugeben. Das System als Ganzes wird aber dennoch von weiten Teilen der (politischen) Eliten nicht kritisiert. Stattdessen muss der Staat

einspringen. Verluste werden sozialisiert – Gewinne bleiben privatisiert. Das ist für uns nicht akzeptabel.

Was ist geschehen?

Im Oktober des vergangenen Jahres kam es zu einem Schock auf den internationalen Finanzmärkten und die internationale Finanzarchitektur stand kurz vor dem Zusammenbruch. Gleichzeitig brachen die Aktienmärkte ein und die Realwirtschaft schlittert immer weiter in eine Weltwirtschaftskrise.

Bei der Beurteilung der Finanzkrise dringt die Frage nach dem Auslöser immer weiter in den Vordergrund und verdrängt die entscheidende Frage nach den Ursachen. Es wird versucht, die Krise auf Gier und das Fehlen „ehrlicher Kaufleute“ oder auf Staatsversagen zurückzuführen. Auf Grundlage solcher Einschätzungen wird es keine wirkungsvollen Veränderungen geben. Die Ursachen der Finanzkrise liegen in den Wirkungsweisen des Kapitalismus und der stetig zunehmenden ungleichen Verteilung der Vermögen, Einkommen und Löhne.

Durch die Deregulierung und den Bedeutungszuwachs seit den 1970er Jahren haben die Finanzmärkte eine so dominante Stellung in der wirtschaftlichen Basis eingenommen, dass sie gegenwärtig Krisen dieses Ausmaßes produzieren. Diese Entwicklung war nur auf Grund politischer Entscheidungen möglich. Kurz- und mittelfristig muss es sowohl internationale, europäische als auch nationale Schritte zur Bewältigung der Krisen geben. Es ist richtig, für eine soziale Bewältigung von Krisen zu sorgen und sich dafür einzusetzen, dass dem Kapitalismus soziale Regeln gegeben werden. Grundsätzlich kommen wir jedoch nicht umhin, den Kapitalismus als Ganzes der Kritik zu unterziehen. Langfristig ist es eine Illusion, von einem krisenfreien Kapitalismus auszugehen.

Der totale Zusammenbruch wurde durch massive Rettungspakete aller Industriestaaten sowie großer Geldspritzen und Zinssenkungen der Notenbanken verhindert. In Deutschland ist der Kern, neben veränderten Bilanzierungsregeln, der Finanzmarktstabilisierungsfonds. Diese Notmaßnahme hat den Bankencrash zwar verhindert, aber bei weitem nicht alle Probleme gelöst, wie die Fälle HRS und Commerzbank gezeigt haben. Dort wurde viel Steuergeld in die Rettung der Banken gesteckt, ohne Einflussmöglichkeiten des Staates zu schaffen. Die bisherigen Aktivitäten der Bundesregierung zielen vor allem darauf ab, die bisherigen Eigentumsverhältnisse zu erhalten.

Das Fenster zu einer alternativen Politik ist gegenwärtig groß. Der Marktradikalismus ist gescheitert. Das müssen auch seine ehemaligen VerfechterInnen eingestehen. Gleichzeitig ist offen, wie es weitergeht. Es ist keine Naturgegebenheit, dass sich dabei eine linke und soziale Politik durchsetzen wird.

Vielmehr steht zu befürchten, dass es nach einem kurzen Aufflammen von kritischen Stellungnahmen ein Zurück zur Marktorientierung und einem „Weiter so“ gibt. Derzeit ist nicht zu sehen, dass die Krise dazu führt, dass es eine Wiederbelebung von linker und solidarischer Organisierung gibt oder die politische Linke an Zustimmung rasant gewinnt. Internationale Solidarität ist eine entscheidende Voraussetzung für das Gelingen linker Politik in einer globalisierten Welt. Jeglichen nationalistischen Protektionismus lehnen wir ab. Wir sehen es als die entscheidende Aufgabe der Jusos an, zum einen für die Verankerung grundsätzlicher Kapitalismuskritik und zum anderen für verbindliche soziale Regeln im Hier und Jetzt zu kämpfen. Inwieweit dies der gesamten gesellschaftlichen Linken gelingen wird, ist entscheidend für die Zukunft der politischen Linken, aber auch für die Gesellschaft insgesamt.

II) SPD: Neues Jahrzehnt – neue Politik?

Die SPD steht mitten im Richtungswahlkampf. Zu Beginn des Jahres hat sie die Kampagne „Das neue Jahrzehnt“ ausgerufen. Eine echte Aufarbeitung mit den zurückliegenden elf Jahren der Regierungsbeteiligung, zuletzt in der großen Koalition, ist dem jedoch nicht vorausgegangen.

Der SPD ist es in den letzten Jahren kaum gelungen, die Umsetzung eigener Projekte oder die Vorstellung ihrer Ziele als eigenen Erfolg zu verbuchen (Beispiele Kinderbetreuung, Klimaschutz). Umgekehrt hat sie in der großen Koalition Vorhaben mitgetragen und vorangetrieben, die entweder ursprünglichen Ankündigungen zuwiderliefen (Beispiele Mehrwertsteuer, Gesundheitsfonds) oder zumindest der Haltung breiter Teile der eigenen Partei widersprachen (Beispiele Unternehmenssteuer, Rente mit 67, Bahnprivatisierung). Die Beschlüsse des Hamburger Parteitags, der zum Teil kritisch mit den Reformschritten der vorangegangenen Jahre umging und insbesondere beim Arbeitslosengeld I nachbesserte, fanden in der Tagespolitik und dem Regierungshandeln kaum Entsprechung. In der eigenen Partei und im weiteren Umfeld machte sich deshalb Verunsicherung breit. Die Krise der SPD ist deswegen auch eine Krise der politischen Glaubwürdigkeit. Politische Forderungen, die wie der Mindestlohn auf breite Unterstützung stoßen, bilden die Ausnahme.

Es ist darüber hinaus bisher noch nicht gelungen, das Dilemma in der Fünf-Parteien-Realität zu lösen. Eine souveräne Haltung zwischen der Union und der Linkspartei hat die SPD noch nicht gefunden. Das einst verlässliche Reform-Bündnis mit den Grünen ist derzeit allein voraussichtlich nicht mehrheitsfähig und zudem im Hinblick darauf, dass auch die Grünen keinen Koalitionspartner kategorisch ausschließen, keine politische Selbstverständlichkeit. Die Annäherungsversuche an die

FDP haben bislang zumindest keine sichtbaren Erfolge gezeigt. Zudem liegen die Haltungen von FDP und SPD zur derzeitigen Wirtschaftskrise diametral auseinander.

Zudem hat die SPD das eigene Selbstverständnis bisher nur unzureichend geklärt. Meint sie es ernst mit den Zuschreibungen Mitgliederpartei und linke Volkspartei, so muss das im Vorfeld der Bundestagswahl deutlich werden. Das Ziel muss darin bestehen, verlorene WählerInnenmilieus zurück zu gewinnen. Dies kann nur gelingen, wenn die inhaltliche Aufstellung der SPD die Richtungsentscheidung zwischen dem bürgerlichen Lager und der SPD betont und die sozialdemokratischen Positionen als die sozial gerechtere Alternative überzeugen können. Das SPD-Regierungsprogramm kann als ein erster Versuch in dieser Richtung interpretiert werden. Der Entwurf des Regierungsprogramms zeigt auch, dass die Agenda-SPD mit ihrem Politikrezept der neoliberal inspirierten Deregulierungen, (Teil-) Privatisierungen, Sozialabbau und Steuersenkungen im oberen Einkommensbereich keine Antworten auf die Wirtschaftskrise zu bieten hat. Folgerichtig werden im Programm zahlreiche Korrekturen des SPD-Regierungshandelns der letzten Jahre in Aussicht gestellt. Leider bleibt das Wahlprogramm in den Punkten Vermögenssteuer und Schuldenbremse hinter den Erwartungen zurück.

Die SPD muss den Spagat schaffen, zugleich Volkspartei zu sein und das Alleinstellungsmerkmal für soziale Gerechtigkeit zu haben. Hauptgegner kann dabei nur die CDU/CSU sein, denn die SPD wird überhaupt nur dann in der Frage der Regierungsbildung die entscheidende Rolle spielen, wenn sie mehr Stimmen gewinnt als die Union.

Die zukünftige strategische Ausrichtung und personelle Aufstellung der Partei wird sich nach der Bundestagswahl voraussichtlich neu entscheiden. Darauf werden wir uns vorbereiten. Die SPD-Politik in den letzten Jahren war für uns oft eine Zumutung. Die Politik wandte sich oftmals gegen die Interessen der eigenen Wählermilieus der ArbeitnehmerInnen, Arbeitssuchenden, sozial Schwachen, RentnerInnen und jungen Menschen. Dies war mit eine der Ursache für die zahlreichen Parteiaustritte und schlechten Wahlergebnisse der letzten Jahre. Eine der großen Herausforderungen wird es sein, dafür zu kämpfen, dass die SPD verstärkt auf ein sozialeres Profil setzt und dafür Sorge zu tragen, dass es nach der Bundestagswahl kein Zurück zur oft an den Neoliberalismus angelehnten sozialdemokratischen Regierungspolitik der letzten Jahre gibt.

III) Die Jusos im Jahre 09

Der Juso-Verband ist klar links orientiert. Das Interesse an linker Politik ist groß. Das zeigte sich auch am großen Zuspruch, den der Linkskongress und die Linkswende09 erfahren haben. An der erfolgreichen Linksorientierung werden wir anknüpfen und sie fortführen. Wir werden uns verstärkt bemühen, die linke Grundorientierung zu konkretisieren. Die kommende Herausforderung wird sein, linke Inhalte stärker in die Partei hineinzutragen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Profil der SPD als linke Volkspartei geschärft wird. Darauf wollen wir einen Schwerpunkt unserer Arbeit legen.

Ein Schwerpunkt der Arbeit der letzten Jahre war die Erneuerung der Doppelstrategie. Dies ist an vielen Punkten gelungen! Zum Beispiel innerhalb der Kampagne „Gute Arbeit und Ausbildung“ in Bezug auf die Gewerkschaften, im Rahmen der Linkskongresse und bei der Kampagne „Abrüstung jetzt!“. Bei unserer Kampagne gegen die Bahnprivatisierung war das Engagement im Bündnis „Bahn für Alle“ für uns eine große Unterstützung. Im Integrationsbereich haben wir durch die Netzwerkstelle Integration und beim Kampf gegen den Überwachungsstaat neue Kontakte knüpfen können. Hier muss kontinuierlich weitergearbeitet werden und in anderen Themenbereichen bspw. im Bereich Gleichstellung, Antifa weiter an Kontakten gearbeitet werden. Diese müssen über Veranstaltungen und Veröffentlichungen von Artikeln dem Verband zugänglicher gemacht werden, so dass auch auf den anderen Gliederungsebenen der Jusos Bündnisarbeit intensiviert werden kann.

Die Kampagnen „Gute Arbeit“ und „Bahnprivatisierung ist nicht“ haben gezeigt, dass der Verband an Themen gemeinsam arbeiten kann und auch will. Nur durch konstruktive Mitarbeit und Partizipation können Kampagnen in die Breite des Verbandes getragen werden. Das wollen wir fortführen und ausbauen. Das große Potenzial an Genossinnen und Genossen, die über die kommunale und Landesebene hinaus arbeiten möchten, ist jedoch noch nicht erschöpft. Das Bewusstsein, gemeinsam an einer Idee, an einem Projekt zu arbeiten und ein gemeinsamer Verband zu sein, der solidarisch und loyal miteinander umgeht, gilt es auch weiterhin in der Arbeit und im Umgang miteinander zu bestärken.

Zum ersten Mal sind die Jusos bei einer Bundestagswahl für den gesamten Jugendwahlkampf der SPD zuständig. Als Jugendverband der SPD werden wir in diesem Wahlkampf eigene inhaltliche Akzente setzen und für ein klares linkes Profil der SPD kämpfen. Denn Wahlkampf ist für uns mehr als bloße Jubelveranstaltung in roten T-Shirts.

Dies wollen wir nutzen. Wir werden zeigen, dass wir die Kompetenz und die Fähigkeiten haben, einen engagierten Jugendwahlkampf zu führen. Wir wollen den Wahlkampf aber auch nutzen, um

unsere Organisation und unsere Infrastruktur auszubauen und um neue Mitglieder für die Arbeit bei den Jusos zu gewinnen.

Es wird in Anbetracht der Wirtschaftskrise und der zunehmenden Zukunftsängste nicht einfacher werden, junge Menschen zu organisieren. Wir müssen jungen Menschen deutlich machen, dass wir Zukunftsvorstellungen von einer besseren Gesellschaft haben, in der sie sicher und selbstbestimmt leben können. Gleichzeitig muss aber auch klar sein, dass die SPD diese Perspektive ebenfalls bietet. Dafür werden weitere Anstrengungen nötig sein, der Kampf um linke Mehrheiten lohnt diese Bemühungen allemal.

IV) Unsere Kampagne: Linke Politik – wir werden konkret!

Die Krise, ihre Folgen sowie die Überwindung der Krise werden in den nächsten Jahren eine der größten politischen Herausforderungen und Auseinandersetzungen bleiben. Dies wird sich auch in der Schwerpunktsetzung bei unserer politischen Arbeit wiederfinden.

Bisher wurde vor allem kurzfristiges Krisenmanagement betrieben. Die nächste Bundesregierung wird die (makroökonomischen) Weichen für die Zeit nach der Krise, vielleicht für die nächsten Jahrzehnte stellen. Es ist offen, wie es nach der Krise weiter geht. Die aktuelle Krise wird langfristige Folgen haben.

Wir wollen nicht, dass die neoliberale Party nach der Krise weitergeht. Diese Krise wurde erst durch das System des Kapitalismus verursacht. Wir werden diese Krise als Anlass für eine zentrale Kampagne nehmen und Alternativen zu dem System des Kapitalismus aufzeigen. Wir kämpfen für eine andere, für eine linke Politik in und nach der Krise.

Wir wollen linke Alternativen zur bisherigen Politik entwickeln und aufzeigen. Dies verstehen wir als Weiterentwicklung bzw. Konkretisierung unserer Diskussion über die Frage, was heute links ist.

Das bedeutet:

Wir werden die Ursachen und Folgen der aktuellen Wirtschafts- und Finanzmarktkrise analysieren und benennen. Wir werden uns im Verband darüber verständigen, was konkrete linke Antworten auf die Krise sind, vor allem in den Bereichen der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik.

Wir wollen den Austausch mit anderen gesellschaftlichen Gruppen, mit Gewerkschaften, BündnispartnerInnen und WissenschaftlerInnen weiterhin suchen.

Wir kämpfen in der SPD für unsere Projekte und Ideen.

Konkret werden wir im Jahr 2010 eine Kampagne zu der Frage „Linke Politik – wir werden konkret!“ durchführen. In unseren Perspektivprojekten wollen wir das Thema inhaltlich mit verschiedenen Schwerpunkten bearbeiten. Darüber hinaus soll es eine Kampagnenconvention im Frühjahr geben und einen Kongress zum Kampagnenabschluss Ende des Jahres 2010.

Wir wollen also zum einen innerhalb des Verbands nach Antworten suchen, zum anderen aber auch mit unseren so gefundenen Antworten in die Gesellschaft und in die Partei hineinwirken. Wir legen deshalb Wert auf eine enge kontinuierliche Vernetzung mit externen BündnispartnerInnen und wollen außerdem auch immer wieder zu konkreten einzelnen Themen unsere Positionen in der Partei und in der Gesellschaft verbreiten.

Die Perspektivprojekte der Kampagne

1) Perspektivprojekt "Europa, Frieden und Internationales"

Die Jusos sind ein internationalistischer Jugendverband. Für uns ist die internationale Solidarität ein zentraler Bestandteil unserer Arbeit.

Wir werden versuchen für die Untergliederungen Anknüpfungspunkte an die internationale Arbeit zu organisieren, die Arbeit in den internationalen Gremien zu begleiten und den Verband thematisch auf diesem Feld weiterzubringen.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise ist auch auf internationaler Ebene das bestimmende Thema. Trotz vieler markiger Worte gibt es im Moment noch keine ernstzunehmenden Initiativen die internationalen Organisationen zu reformieren. Dies wäre aber ein wichtiger Schritt um der Krise zu begegnen.

Auch fehlt im Moment ein Gesamtüberblick darüber wie sich die Krise international auswirkt. Thesen, dass im Moment nur die Industrieländer von der Krise betroffen sind und die Entwicklungsländer gestärkt aus der Krise hervorgehen werden, lassen sich durch Zahlen nicht belegen. Besonders diskutiert wird die Frage, was wird aus China und den anderen Schwellenländern?

Auch in Zeiten der Krise gelten für uns die Millennium Development Goals. Wir werden weiter für die gerechte Verteilung von Geld, Ressourcen und Macht kämpfen. Die Krise darf weder in Deutschland noch international zu sozialen Kürzungen führen.

Barak Obama hat eine neue Dekade der atomaren Abrüstung ausgerufen. Damit hat sich die öffentliche Debatte in den letzten Monaten zu unseren Gunsten gedreht. Wir werden das Thema Abrüstung deshalb auch in den nächsten zwei Jahren begleiten, in wie weit den Worten Taten folgen und ob Abrüstung nicht doch eine qualitative Aufrüstung bedeutet, in dem alte Waffen verschrottet werden und dafür neue Waffen gekauft werden. Die Arbeit mit den in den letzten zwei Jahren gewonnen Bündnispartnern werden wir fortsetzen.

Nach der Neuwahl des europäischen Parlaments werden wir wissen wie viel Gestaltungsmacht wir in Europa haben. Das im Wahlkampf proklamierte „Europa muss sozialer werden“ muss nun umgesetzt werden.

Allerdings besitzt das Europäische Parlament immer noch nicht alle demokratischen Rechte, deshalb muss im so genannten Post-Lissabon Prozess eine Demokratisierung der Europäische Union eingefordert werden.

Inhaltliche Schwerpunkte

Finanzkrise

Als PP Europa, Frieden und Internationales werden wir uns aktiv in die Kampagne „Linke Politik – wir werden konkret!“ einbringen:

Welche Veränderungen brauchen wir auf internationaler Ebene? Welche Regulierungen müssen auf internationaler Ebene ansetzten und welche Institutionen können diese umsetzen und überwachen? Wie müssen sich internationale Institutionen auch ändern? Ein Weiter So im Bezug auf den IWF, die Weltbank, die WTO und bei Basler Ausschuss für Bankenaufsicht darf es aus unserer Sicht nicht geben. Und wie können wir die UN als Gesamtorganisation reformieren und stärken?

Was sind die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Ärmsten der Armen, droht in einigen Ländern eine neue Hungerkrise? Welche Folgen hat die Krise auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen?

Wirft die Krise die Schwellenländer wieder ein Stück zurück oder können sie ihren Status halten und ausbauen, so wohl im Bezug auf wirtschaftliche Entwicklung als auch um erkämpfte politische Gestaltungsräume? Ist die G20 die neue G7?

Länderschwerpunkt Asien

Als Jusos haben wir nur wenige direkte Kontakte nach Asien. Dies liegt vor allem an dem Fakt, dass wir in vielen Ländern keine Partnerorganisationen haben. Wir wollen uns deshalb in den nächsten zwei Jahren mit dem Kontinent Asien inhaltlich auseinandersetzen.

Das Hauptproblem Asiens ist die fehlende Demokratisierung in fast allen Ländern. Deutlich wird dies wenn man sich ansieht welchen Weg Russland und die ehemaligen Sowjetrepubliken gegangen sind, insbesondere im Kaukasus und den Staaten Kasachstan, Usbekistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Kirgisien. Wir wollen uns ansehen wie sich diese Staaten seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion entwickelt haben und welche Potentiale für eine Demokratisierung wir sehen.

Im letzten Jahr hat sich der Juso Bundesvorstand zu ersten Mal mit der Jugend der Kommunistischen Partei Chinas getroffen. Am Ende der Reise haben wir beschlossen uns weiter mit China auseinanderzusetzen, um auch regimekritische Stimmen, z.B. von ArbeiterInnen, NGOs oder ExilantInnen zu hören. Neben dem fehlen von demokratischen Strukturen auf allen Ebenen, stellt sich in China vor allem die soziale Frage. Neben der sozialen spielt jedoch auch die ökologische Frage ebenfalls eine bedeutende Rolle. Voraussichtlich wird China die USA im nächsten Jahr im CO₂-Ausstoß überholen und wird damit der größte Emittent der Welt sein. Mit den ökologischen Folgen nicht nur für China, sondern auch für die anderen Teile dieser Welt, werden wir uns intensiv beschäftigen. Wir wollen thematisieren, wer überhaupt am wirtschaftlichen Aufschwung der letzten Jahre teilhatte und wen die Wirtschaftskrise trifft. Welche Zusammenhänge es zwischen fehlenden Demokratischen Strukturen und der soziale Frage gibt?

Der Iran hält an seinem Atomprogramm fest, daran hat die Führung in den letzten Jahren keinen Zweifel aufkommen lassen. Die USA hat nun ihre Strategie gegenüber dem Iran geändert, vom proklamierten Schurkenstaat hin zum Dialogangebot. Wir Jusos vertreten seit langen Jahren die Forderung: keine Atomwaffen für Niemanden. Wir wollen uns deshalb noch einmal umfassender mit der Frage, welche Rolle spielt der Iran für die internationale Abrüstung befassen.

Europa

Nach der Europawahl kommt es nun darauf an die EU Kommission unter politischen Druck zu setzen und sich verstärkt für eine soziale Agenda in Europa einzusetzen. Die Privatisierungs- und Deregulierungsstrategien haben zu einer Schwächung der makroökonomischen Stabilität geführt und eben nicht die erhofften nachhaltigen Wachstumseffekte gehabt. Wir brauchen soziale Mindeststandards in Europa und werden uns dafür während der kommenden Legislaturperiode des

Europäischen Parlamentes stark machen. Im Kern muss eine europäische Beschäftigungspolitik stehen, die den Abbau von prekären Beschäftigungsverhältnissen vorsieht. Eine solche Politik darf nicht nur über die Methode der offenen Koordinierung verfolgt werden, sondern muss verbindlicher für die Mitgliedsstaaten der EU werden. Außerdem wollen wir konkrete sozialpolitische Felder wie Gesundheitsversorgung oder Rente auf ihren EU-Bezug hin diskutieren und auch hierzu konkrete Vorschläge in den nächsten zwei Jahren erarbeiten.

In Anbetracht der Ratifizierungskämpfe um den Vertrag von Lissabon kommt der Debatte um ein demokratisches Europa in den nächsten zwei Jahren wieder eine hohe Bedeutung zu. Wir werden die institutionellen Zukunftsoptionen der EU nach dem Lissabon-Vertrag (oder dessen endgültigem Scheitern) diskutieren, und dabei u. a. die Möglichkeiten vertiefter Zusammenarbeit beleuchten.

Weil wir ein offenes Europa wollen, werden wir auch die Entwicklungen in der Europäischen Migrations- und Asylpolitik weiter kritisch begleiten. Wir werden Druck machen auf die Umsetzung einer menschenwürdigen, einheitlichen europäischen Flüchtlingspolitik und eines wirklichen europäischen Grundrechts auf Asyl.“

Frieden

Der Kampf um Frieden bleibt ein dauerhaft wichtiges Thema in der Agenda der Jusos. Wir haben uns in den letzten 2 Jahren intensiv und auf allen Ebenen für mehr Abrüstung eingesetzt und uns damit Gehör verschafft. Trotzdem hat die Rüstungsspirale noch immer kein Ende gefunden. Gerade deswegen werden wir auch in den kommenden 2 Jahren am Ball bleiben und immer wieder konkrete Schritte hin zu einer echten qualitativen Abrüstung fordern. Gerade hier wollen wir die Zusammenarbeit mit den gewonnenen Bündnispartnern stärken.

Zu den Hauptaufgaben des Arbeitskreises Frieden gehört die inhaltliche Auseinandersetzung mit aktuellen Kriegen und Konflikten. Hier wollen wir in den nächsten zwei Jahren einen Rückblick auf die Kriegseinsätze der letzten Jahre wagen und eine politische Bewertung vornehmen.

Wir Jusos setzen uns für eine Stärkung des Multilateralismus in der Außenpolitik ein. Wir wollen Internationale Institutionen stärken. Deshalb müssen wir uns auch mit der Frage auseinandersetzen, wie und in welchen Institutionen Sicherheitspolitik heute innerhalb internationaler Bündnisse organisiert wird und welche Auswirkungen dies auf die fortschreitende Militarisierung der Außenpolitik hat.

WBZ

Das WBC Jerusalem steht auf den Grundsätzen der Jusos. Auf Basis des Zivilen Friedensdienstes mit dem Anspruch der doppelten Solidarität und der kritischen Auseinandersetzung mit beiden Seiten ist das WBC seit 2003 eine wichtige politische Initiative. Wir Jusos führen Nahost-Debatten nie abstrakt und losgelöst von der Realität vor Ort.

In den letzten Jahren wurde das Zentrum politisch gestärkt und hat viele der gestellten Ziele erreicht: Mit dem Hauskauf in Jerusalem hat die Arbeit eine langfristige Perspektive bekommen. Das Projekt ist im Verband lebendiger geworden, die Kommunikation in die Jusos hinein wurde ausgebaut und durch trilaterale Projekte und Delegationsfahrten mit verschiedenen Landesverbänden im Verband breit bekannt. Auch die Einbeziehung der IFM SEI und der deutschen Falken hat dazu seinen Teil beigetragen.

Die Arbeit des WBC ist heute wichtiger als je zuvor. Friedliche Konfliktlösungen in Israel und Palästina wieder voranzubringen, braucht eine Plattform für politischen Diskurs, Austausch, Bildung und Arbeitsressourcen. Nur im WBC ermöglichen wir es unseren Partnern der Arbeiterpartei Jugend, der Meretz und der Fatah Youth sich zu begegnen. Wir wollen diesen Dialog in Zukunft noch stärken und unsere Partner mehr in die Pflicht nehmen. Das WBC soll vermehrt auch Ausgangspunkt friedenspolitischer Initiativen sein und in unsere Partnerorganisationen hineinwirken. Der AK Nahost/WBC unterstützt das WBC bei dieser Arbeit und bildet die Brücke der Jusos nach Jerusalem.

2) Perspektivprojekt „Die Verteilungsfrage neu stellen!“

Die Finanz- und Wirtschaftskrise entstand vor allem durch unregulierte Finanzmärkte und stagnierende Masseneinkommen. Ein Grund für die Finanz- und Wirtschaftskrise ist die weltweite massive Umverteilung von unten nach oben bei der Primär- als auch der Sekundärverteilung. So sind sowohl in den USA als auch in Deutschland die Einkommen der ArbeitnehmerInnen kaum gestiegen, sie mussten oftmals sogar Kaufkraftverluste hinnehmen. Zusätzlich wurden Besserverdienende und Kapitaleinkommen steuerlich entlastet.

Aber auch jetzt mitten in der Krise stellt sich insbesondere die Verteilungsfrage: Wer bezahlt die Auswirkungen der Krise?

In diesem Perspektivprojekt wollen wir uns mit der Frage auseinandersetzen, wie hoch werden die Kosten der Krise sein. Welche Instrumente stehen uns zur Verfügung hier die Kosten sozial gerecht umzuverteilen. Wo greift das Verursacherprinzip? Die Krise darf nicht zu Einschnitten im sozialen Netz führen.

Aufgrund der ungleichen Verteilung von Einkommen und Vermögen haben wir eine immer stärkere Polarisierung. Wenige mit viel Reichtum stehen vielen mit wenig Reichtum gegenüber. Armut führt nicht nur zu materieller Not, sondern auch zu sozialer Ausgrenzung, die sich in schlechteren Bildungschancen und immer geringer werdenden Partizipationsmöglichkeiten an unserer Gesellschaft manifestiert. Es ist an der Zeit, dass endlich wirksam gegengesteuert wird. Dies wird nur gelingen, wenn man die Verteilungsfrage neu aufmacht.

Als erste Reaktion auf die Krise wurden von der Bundesregierung Konjunkturprogramme aufgelegt. Dies war ein Schritt in die richtige Richtung, doch mit einer sozialen und koordinierten Binnenmarktpolitik hatten die Konjunkturprogramm I und II wenig zu tun.

Wir müssen für uns definieren:

Wie funktioniert eine zielorientierte makroökonomische Konjunktursteuerung im Zusammenspiel mit der Forderung nach mehr Gerechtigkeit?

Eine Frage ist dabei die Verbesserung der Sekundärverteilung über die Steuer- und Abgabenpolitik. Wir wollen eine Steuerpolitik, die arme Menschen ent- und reiche Menschen mehr belastet, damit der Staat die nötigen Mittel zur Investition zum Beispiel in Bildung und eine gute öffentliche Daseinsvorsorge hat.

Zentral ist für uns zudem die Bekämpfung von Armut. Dabei spielt die Ausgestaltung unserer sozialen Sicherungssysteme eine bedeutende Rolle. Mit der Finanzkrise begann auch ein leichtes Umdenken bei der Altersversorgung, nachdem einige Menschen ihre private Altersvorsorge an den Aktienmärkten verloren haben. Auch heute ist noch nicht ganz geklärt in wie weit Menschen bei privaten Lebensversicherungen Einbußen hinnehmen müssen. Wir wollen deshalb diskutieren wie wir die gesetzliche Rentenversicherung stärken und Altersarmut entgegenwirken können. Die soziale Frage kann jedoch nur hinreichend beantwortet werden, wenn zu der fiskalischen Perspektive eine sozial-integrative eingenommen wird. Deshalb soll innerhalb des Perspektivprojektes auch die Thematik des öffentlichen Beschäftigungssektors diskutiert werden, wobei hier auch der Aspekt der Integration durch den Arbeitsmarkt und die individuelle Bedürfnisorientierung berücksichtigt werden muss.

3) Perspektivprojekt „Wirtschaft – ökologisch, demokratisch und sozial steuern!“

In den letzten Jahren wurde eine Politik des freien Marktes gefahren. Diese ist gescheitert. Ziel muss es nun sein, dass Wirtschaft nicht mehr unreguliert existieren kann, sondern Stück für Stück mehr am Gemeinwohlinteresse ausgerichtet wird.

So soll in diesem Projekt zunächst die Frage behandelt werden, warum der Kapitalismus krisenhaft ist und wie konkret die gegenwärtige Krise erklärt werden kann. Für die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise werden im Moment viele Erklärungsansätze geliefert. Diese bleiben jedoch sehr oberflächlich oder werden um die gewünschte Lösung herum gebastelt. Die Seite, die eigentlich am bestehenden System höchstens kosmetische Korrekturen vornehmen will, bemüht die moralische Frage: die Gier der Investmentbanker führte uns in diese Krise. Und auf der linken Seite wird oftmals pauschal nach mehr Regulierung gerufen, ohne zu erklären wo. Für eine fundierte Kritik brauchen wir eine gemeinsame Analyse, wo für uns die Ursachen der Wirtschafts- und Finanzkrise liegen. Wir brauchen gegenwärtig mehr als einen Schritt in die richtige Richtung, wir brauchen eine Neugestaltung des Systems. Deshalb wollen wir uns in diesem Perspektivprojekt damit auseinandersetzen, welche grundlegenden Änderungen notwendig sind.

Als zweiter Punkt soll diskutiert werden, wie dafür gesorgt werden kann, dass Wirtschaft sich stärker sozialen Anforderungen unterordnen. Wirtschaftsdemokratie und alternative Formen des Wirtschaftens wie z.B. Genossenschaften werden hier eine zentrale Rolle spielen. Hierzu zählt auch die Frage, welche Bereiche dem Markt entzogen, wie staatliches Handeln in diesen Sektoren organisiert sein soll und in welcher Form der Staat seiner Unternehmertätigkeit im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge und wichtiger Wirtschaftssektoren nachkommen kann.

Als dritten Punkt wollen wir die Frage von keynesianistischer Wirtschaftspolitik thematisieren. Sie stellt für uns eine Antwort auf die Krise dar, mit der mehr soziale Gerechtigkeit im Hier und Jetzt verwirklicht werden können. Konkret wollen wir fragen, wie Antworten auf einen Strukturwandel und eine gezielte Investitionspolitik ausgestaltet werden kann. Hierbei wollen wir einen Schwerpunkt auf ökologische Fragen legen.

Wir wollen den ökologischen Umbau der Gesellschaft. Dazu braucht es die Energiewende von links und diese verlangt den deutlichen Ausbau der erneuerbaren Energien. Hieraus entsteht neben den klimapolitischen Vorteilen außerdem erhebliches Wertschöpfungs- und Beschäftigungspotenzial. Unser Ziel ist eine möglichst energie- und rohstoffeffiziente Gesellschaft, die sich auf dem Weg in ein solares Zeitalter auf zukunftsweisende Wirtschaftszweige spezialisiert und gleichzeitig in den

vorhandenen Industriesektoren auf größtmögliche Innovation setzt. Einhergehend fordern wir den schnellstmöglichen Umbau unserer Energiewirtschaft hin zu dezentralen Infrastrukturen mit demokratisch kontrollierten Stadtwerken, den Ausbau von regenerativen Energien und eine deutliche Reduzierung der Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen. Hierzu gehört auch der schnellstmögliche Umstieg unseres Verkehrswesens auf Elektromobilität und die Rückbesinnung auf die Stärken des ÖPNV.

Kampagnen-Convention und Kongress

Anfang des Jahres 2010 und unser Kongress zum Kampagnenabschluss Ende 2010 sind große Veranstaltungen. Die Kampagnenconvention wollen wir als eine Unterbezirks-Konferenz ausgestalten. Der Kongress soll eine öffentliche Veranstaltung für an linker Politik interessierte junge Menschen sein.

V) Weitere Vorhaben

Auch über die Kampagne hinaus beschäftigen wir uns mit zahlreichen Projekten.

1) Jugendwahlkampf

Im Sommer 2009 nimmt der Wahlkampf für uns einen zentralen Platz ein.

Wir Jusos sind der Aktivposten im Wahlkampf. Wir werden für die SPD einen engagierten Wahlkampf führen und dabei insbesondere unsere AltersgenossInnen ansprechen. Wir stellen aber auch Ansprüche an die SPD. Schließlich können wir nur glaubhaft für die SPD streiten, wenn wir uns auch mit den zentralen inhaltlichen Forderungen der SPD identifizieren können.

Um junge Menschen anzusprechen, muss die SPD erstens Antworten auf die Fragen geben, die sich für junge Menschen in ihren Biographien stellen. Das heißt, man muss an die Lebensrealitäten wie Schule, Ausbildung, Studium und Job anknüpfen. Zweitens müssen aber ebenso Antworten auf die großen Fragen der Zeit gegeben werden, da junge Menschen sich mit dem Lauf der Welt selbstverständlich beschäftigen.

Erstmalig führen wir Jusos den gesamten Jugendwahlkampf der SPD. Klar ist für uns, dass wir keinen Jubel-Wahlkampf führen, sondern einen Wahlkampf für bestimmte politische Projekte.

2) Innerverbandliche Bildungsarbeit

Politische Bildung ist Träger von Werten und Traditionen, vermittelt inhaltliche Grundlagen und spielt bei der Schaffung von Partizipation und innerverbandlicher Demokratie eine ganz entscheidende Rolle. Politische Bildung ist die Grundlage jeder Kampagnenfähigkeit und „Schlagkraftherhöhung“ des Verbandes. Das Ziel der Bildungsarbeit ist der Generationenaufbau von links.

Dabei ist eine stärkere Koordinierung der innerverbandlichen Bildungsangebote zwischen den Bezirks- und Landesverbänden sowie den in den letzten Jahren entstandenen Angeboten des Bundes notwendig. Wir wollen einen ReferentInnen-Pool aufbauen.

Die Modulreihe „Politdiplom“ hat sich bewährt und wird 2010 mit einem weiteren Durchgang fortgesetzt. Sie bietet eine fortschrittliche Verbindung von theoretischen und organisatorischen Kompetenzen in Form einer Grundlagenschulung. Weiter intensiviert werden Verbindungen zu Kooperationspartnern. Auch hier muss die Doppelstrategie umgesetzt werden. Der Bedarf nach diesem Angebot ist spürbar gewachsen und auch der Anspruch an Folgeveranstaltungen. Dem wollen wir Rechnung tragen und das Angebot den Bedürfnissen des Verbandes entsprechend weiterentwickeln.

Auch in strukturschwachen Regionen des Verbandes wollen wir die politische Bildungsarbeit durch aktive Unterstützung oder eigene Angebote vor Ort ermöglichen.

Einen besonderen Schwerpunkt legen wir auf die Gleichstellung der Geschlechter. Die Bildungsmaßnahmen sollen deshalb paritätisch nach Geschlechtern besetzt werden. Gender-Dialoge sollen soweit möglich Bestandteil aller Bildungsangebote werden. Gleichstellung wird bei allen Bildungsangeboten des Bundesverbandes eine wichtige Rolle spielen. Im Rahmen der Verbandsschule werden wir Gender-Trainings veranstalten. Gender-Mainstreaming muss in allen Bildungsmaßnahmen des Bundesverbandes mitgedacht- und umgesetzt werden. Spezielle Angebote an junge Frauen, bei denen theoretische Aspekte des Feminismus erörtert werden können und bei denen junge Frauen die Möglichkeit erhalten, Politik ohne Männer zu diskutieren, werden weiterentwickelt und umgesetzt. Bei der Einladung von ReferentInnen wie auch beispielsweise bei der Besetzung von Podien wird sich um eine paritätische Besetzung nach Geschlecht bemüht.

2008 haben wir nach dem Wahlkampfcamp 2005 wieder ein Sommercamp durchgeführt, dass auf großen Zuspruch gestoßen ist. Es leistete einen wichtigen Beitrag zur politischen Bildung und innerverbandlichen Kultur. 2009 werden wir ein Wahlkampfcamp im größeren Rahmen

veranstalten. Wir möchten dann in 2010 wieder ein Juso-Sommercamp anbieten. Dabei werden wir das Angebot so gestalten, dass es im Schwerpunkt für Neumitglieder attraktiv ist.

3) Publikationen

Die Publikationen des Verbandes spielen eine entscheidende Rolle und haben sich bewährt. Das Argumente-Heft soll so fortgeführt werden. Es ist zum einen Bestandteil der innerverbandlichen Bildungsarbeit. Zum anderen ist es der Ort, an dem inhaltliche Diskussionen in grundsätzlicher Weise geführt und politische Schwerpunkte gesetzt werden. Es soll weiterhin eine Redaktion geben. Es ist anzustreben, dass sich die Öffnung zu den sozialen Bewegungen auch im Argumente-Heft wiederfindet und die inhaltliche Auseinandersetzung gerade auch über dieses Medium geführt wird. Auch das Update-Heft soll fortgeführt werden. Es ist das Medium, mit dem auf aktuelle Geschehen eingegangen werden kann, in dem alle Verbandsteile über politische Aktivitäten berichten können und über das der Informationsfluss gewahrt ist.

Neben diesen Publikationen werden wir in den nächsten zwei Jahren für einige Bereiche unsere Positionen in Broschüren niederschreiben. Dies ist besonders wichtig wenn wir neue Partner ansprechen wollen.

4) Online-Bereich

Das Internet gewinnt zunehmend an Bedeutung in der politischen Kommunikation. – und zwar nicht nur im Wahlkampf. Wir Jusos sind gut aufgestellt. Seit dem Relaunch von jusos.de verfügen wir über eine zeitgemäße Homepage, die zusammen mit dem neuen Blog die Basis für alle weiteren Online-Aktivitäten bildet. Der Juso-Bundesverband ist in allen relevanten Social-Communities mit eigenen Angeboten präsent.

Das Internet verändert auch die Arbeit im Juso-Verband. Ereignisse finden inzwischen meist sofort ihren Weg in soziale Netzwerke, und (Micro-)Blogs. Die Kommunikation erfolgt zunehmend dezentral und ungesteuert. Wir sind uns der dadurch entstehenden Risiken insbesondere für den Schutz der Privatsphäre bewusst, wir Jusos begreifen dies aber auch als eine Chance, die politische Kommunikation zu enthierarchisieren und in einen direkteren Austausch zu treten. Die Online-Kommunikation kann natürlich nicht unsere Gremien und Versammlungen ersetzen. Internetplattformen bieten uns aber die Möglichkeit, kostengünstig größeren Teilen des Verbands partizipieren zu lassen und Kommunikationsschwellen zu senken. Allerdings sind die relativ neuen Online-Instrumente bisher bei uns noch kein fester und integrierter Teil der Verbandsarbeit. Daran werden wir zukünftig verstärkt arbeiten – ein Zurück in die „Offline-Welt“ ist für uns auch nach der Wahlkampfzeit undenkbar.

Konkrete Vorhaben:

- Unsere Homepage jusos.de wird dem Verband und der Öffentlichkeit alle zentralen Informationen zu unserer politischen Arbeit bereitstellen. Wir werden verstärkt Arbeitshilfen online zur Verfügung stellen.
- Im Blog des Juso-Bundesverbands wird der Bundesvorstand mehrmals wöchentlich aktuelle Artikel posten. Wir nutzen den Blog, um in einen Dialog zu treten.
- Wir sind in den relevanten sozialen Netzwerken präsent und nutzen diese als zusätzlichen, niedrigschwelligen Kommunikationskanal.

5) Antifaschistische Arbeit

Die Bekämpfung des Rechtsextremismus spielt in den nächsten zwei Jahren in unserer politischen Arbeit eine große Rolle.

Klar ist für uns, dass wir eine politische Strategie auf drei Ebenen verfolgen. Dies ist erstens die Ebene der Prävention. Damit meinen wir Aufklärung und die deutliche Abgrenzung zu jedweder rassistischer, antisemitischer oder nationalistischer Äußerung. Zweitens geht es um die Ebene der Förderung. Antifaschistische Arbeit ist zu fördern und nicht zu kriminalisieren. Zivilgesellschaftliche Projekte müssen finanziell und langfristig gefördert und abgesichert werden. Drittens sind die vorhandenen Instrumente der Repression konsequent zu nutzen.

Antifaschistische Arbeit bedarf auch theoretischer Grundlagen. Diese zu vermitteln soll Aufgabe der „Netzwerkstelle“ sein. Sie übernimmt in diesem Bereich die innerverbandliche Bildungsarbeit auf der Ebene des Bundesverbandes.

In den nächsten zwei Jahren wird unser Schwerpunkt auf der Unterstützung, Bündelung und Vernetzung antifaschistischer Arbeit vor Ort und mit unseren BündnispartnerInnen liegen. Die Koordination dieser Aufgaben und die Mobilisierung zu Großveranstaltungen ist im Zuständigkeitsbereich der „Netzwerkstelle“.

Wir wollen die direkte Vernetzung der im Bereich Antifa aktiven Jusos fördern, hierfür werden wir ein Vernetzungsseminar Antifa durchführen.

6) Feministische Arbeit

Der Verband ist nach wie vor männlich geprägt. In den Landes- und Bezirksverbänden stehen nur in wenigen Fällen Frauen an der Spitze, in den Unterbezirken sieht es nach wie vor ähnlich aus wie in den letzten Jahren. Dabei sind nicht die Frauen in unserem Verband das Problem, sondern dominant-männliche Verhaltensmuster und Politikstile. Wir müssen aufhören, den aktiven Frauen ins unserem Verband vorzuwerfen, sie seien zu wenige und nicht aktiv genug! Vielmehr müssen wir unser Verhalten selbst reflektieren und auf diskriminierende Aspekte überprüfen. Die angesprochenen Gender-Dialoge und –Trainings bieten dafür einen vielversprechenden Auftakt.

Das Thema Gleichstellung- und Geschlechtergerechtigkeit wird im Verband sehr unterschiedlich behandelt. Während in manchen Bezirken und Landesverbänden regelmäßig zu dem Themenbereich getagt wird und es feste Institutionen und Programme (Gender- und Gleichstellungsarbeitskreise, Frauen- und Sexismuskommission, Frauennetzwerk, Mentoringprogramm) gibt, findet das Thema in anderen Bereichen kaum Berücksichtigung. Nach wie vor ist es mit Vorurteilen besetzt, und auch Diskriminierung und Sexismus sind in unserem Verband teilweise noch Realität. Feministische Arbeit bei den Jusos wird für verbandsweite Aktivitäten durch den Bundesvorstand betreut. Autonome Frauenzusammenhänge und die Information der gleichstellungspolitisch Engagierten in den Landesverbänden fand über eine yahoogroup und einen Newsletter statt. Dies werden wir fortführen.

Sowohl Frauen als auch Männer sollen am Thema Gleichstellung/ Feminismus mitarbeiten können. Ein Netzwerktreffen, das/der mindestens einmal im Jahr an einem Wochenende stattfindet und bei dem möglichst viele Interessierte zusammenkommen können, ist hier eine sinnvolle Alternative. Dieses Netzwerk werden wir weiter verfestigen durch weitere Beteiligungsformen (Internetplattform, Telefonkonferenzen, E-Mail-Verteiler etc.), welche regelmäßig bedient werden.

Darüber hinaus muss die Bündnisarbeit intensiviert werden. Sinnvoll ist es dazu, BündnispartnerInnen extra oder zu Netzwerktreffen (s.o.) und sonstigen Verbandsveranstaltungen noch gezielter einzuladen. Dabei sind insbesondere sowohl die gewerkschaftlich aktiven Frauen und Frauen aus der (internationalen) Freiwilligenarbeit als auch der Aspekt der feministischen Kultur mit einzubeziehen.

Wir dürfen die wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Debatten in den letzten Jahren nicht vernachlässigen. Sowohl pop-feministische Argumente als auch den Gender-Ansatz müssen wir in unseren Diskussionen berücksichtigen. Nur wenn wir diese Aspekte wahrnehmen, können wir für uns beanspruchen, eine Diskussion auf der Höhe der Zeit zu führen. Wo Pop-Feminismus an

kulturellen Tradierungen ansetzt, bietet Gender-Mainstreaming die Chance Gleichstellung in institutionalisierter Politik und Verwaltung konkret umzusetzen. Die fängt bei uns selbst an: nur wenn wir Gleichstellung in allen Themengebieten thematisieren und ernsthaft diskutieren, können wir Feminismus und Gleichstellungspolitik in der Breite des Verbandes verankern. Gleichstellungspolitik und Gender-Mainstreaming sind keine peripheren Anhängsel, sie gehören ins Zentrum der Debatten bei den Jusos.

Feminismus muss als Querschnittsaufgabe behandelt werden: in der Arbeit der Perspektivprojekte, indem Gender-Dialoge in jedem Perspektivprojekt durchgeführt werden sollen, als Bestandteil der Kampagne, mit Gleichstellungsworkshops beim Sommercamp und einem Gender-Training als Teil des Politdiploms.

7) Integrationspolitische Arbeit

Das „Werkstattgespräch Integration“ als Ort für Austausch mit diversen anderen Verbänden sowie interessanten Einzelpersonen hat sich bewährt. Das Thema muss jedoch in unserem Verband stärker gesetzt werden. Es findet sich nicht in der Arbeit sämtlicher Untergliederungen wieder und auch die SPD-Programmatik ist an vielen Punkten verbesserungsbedürftig.

Als konkrete Aufgaben für die nächste Zeit sehen wir die Sensibilisierung des Verbandes für das Thema. Inhaltlich soll das Thema durch das Bereitstellen von Informationen und der Vorbereitung von Anträgen in den Verband getragen werden. Im Rahmen eines Netzwerkes, das vom Bundesvorstand koordiniert wird, soll der Dialog zwischen ExpertInnen aus den Bezirken, VertreterInnen von Migrantenselbstorganisationen und WissenschaftlerInnen im Rahmen des „Werkstattgesprächs Integration“ und einem gemeinsamen Seminar mit BündnispartnerInnen vertieft werden. Wir werden zudem unsere Debatten in die Partei tragen. Integration soll zudem Querschnittsthema sein.

Inhaltliche Themen, an denen wir arbeiten wollen, sind insbesondere die politische Partizipation von MigrantInnen, Antidiskriminierungspolitik und die Frage des Aufenthalts- und Bleiberechts.

8) Bildungspolitik

Bildungserfolg ist in Deutschland wie in kaum einen anderen entwickelten Staat von der ungleichen Einkommens- und Vermögensverteilung abhängig. Über das Bildungssystem wird der soziale Status reproduziert. Wir kämpfen für ein offenes, durchlässiges und gerechtes Bildungssystem, das allen Menschen die gleichen Chancen auf Bildungserfolg bietet.

Bildungspolitik ist eines der zentralen Politikfelder auf der Landesebene. Spätestens seit der Föderalismusreform hat der Bund nur noch sehr eingeschränkte Kompetenzen. Dies zeigt sich bei

uns auch in der innerverbandlichen Arbeit, wir geben aber unseren Anspruch an eine bundesweite bildungspolitische Agenda nicht auf.

Die Bildungspolitik ist ein Bereich, der vor allem von den Juso-Landesverbänden und Unterbezirken bearbeitet wird. Als Juso-Bundesverband werden wir diese Arbeit soweit möglich unterstützen und uns für eine koordinierte Positionierung der Jusos in grundsätzlichen Fragen einsetzen. Dies wollen wir in Form einer Netzwerkstelle bewerkstelligen. Da die Berufliche Bildung beim Bundesforschungsministerium angegliedert ist und diese somit Bundessache ist, sollte sich auch der Bundesverband der Jusos mit dieser Thematik auseinandersetzen. Denn gerade die Duale Ausbildung, die ein erfolgreiches Zukunft versprechendes Ausbildungssystem in Theorie und Praxis darstellt, wird immer wieder von Unions und FPD Kreisen in Frage gestellt. Deshalb müssen die Jusos hier immer wieder klarstellen das an der Dualen Ausbildung im Kern nicht gerüttelt werden darf.

Die Hochschulpolitik wird vor Ort an den Hochschulen, in den Bundesländern und auf Bundesebene in erster Linie von den Juso-Hochschulgruppen bestritten. Wir werden weiterhin mit den Hochschulgruppen konstruktiv zusammenarbeiten und uns – wie in den letzten Jahren üblich – gegenseitig bei unserer Arbeit unterstützen.

9) SchülerInnen-Arbeit

Das Interesse an Juso SchülerInnenarbeit ist nach wie vor groß, doch die Strukturen haben sich vor Ort verändert. Eine autonome SchülerInnenarbeit findet nur noch in wenigen Landesverbänden statt.

Die unterschiedlichen Ansprüche an Juso SchülerInnenarbeit sollen in einer Netzwerkstelle des Juso-Bundesvorstandes gebündelt werden. Ein regelmäßig erscheinender Newsletter soll den Informationsfluss zwischen den Interessierten sicher stellen. Außerdem soll es eine eigene Unterseite auf jusos.de für Juso SchülerInnen geben. Der Juso SchülerInnenkongress soll jährlich parallel zum Perspektivwochenende stattfinden.

Ziel ist dabei, die Strukturen vor Ort zu stärken, damit die Hürden für die Etablierung neuer Juso SchülerInnen-Gruppen gesenkt werden können. Feste AnsprechpartnerInnen in den Landesverbänden und Bezirken können hilfreich sein, den ersten Kontakt mit den Jusos niedrigschwelliger zu gestalten und praktische Hilfestellung zu leisten. Unser Ziel ist, mehr Schülerinnen und Schüler zur Mitarbeit in Juso SchülerInnengruppen zu bewegen.

10) Inneres

Das Feld der „Inneren Sicherheit“ gewinnt, bedingt durch neue und schärfere „Sicherheitsgesetze“, intensiven Austausch persönlicher Daten durch Sicherheitsbehörden und privatwirtschaftliche Akteure und damit verbundene Einschränkungen in individuelle Freiheitsrechte, zunehmend an Bedeutung in der Gesellschaft und im Verband.

Im Perspektivprojekt „Rechtsextremismus, Inneres, Demokratie und Migration“ haben wir uns in den vergangenen zwei Jahren intensiv mit grundsätzlichen Fragen zur „Inneren Sicherheit“ auseinandergesetzt und diese immer wieder mit aktuellen Geschehnissen in Verbindung gebracht. In den kommenden zwei Jahren wollen wir die Arbeit in diesem Bereich mit einer Netzwerkstelle institutionell verankern und möglichst viele, die im Verband an diesem Thema arbeiten, zusammenbringen. Wir werden der Inneren Sicherheit einen eigenen Verantwortungsbereich im Bundesvorstand widmen, der die thematische Arbeit im Verband koordiniert. Zu dieser koordinierenden Arbeit gehört es zudem, den Verband über aktuelle Entwicklungen zu informieren, die inhaltliche Debatte im Verband zu führen und Impulse für die Weiterentwicklung der Juso-Positionen zu geben.

Die Doppelstrategie wird auch weiterhin einen großen Stellenwert bei unserer Arbeit erfahren. Neben politischen Mehrheiten, auch über die Parteigrenzen hinweg, bauen wir den Kontakt zu unseren BündnispartnerInnen aus, um gemeinsam auch gesellschaftliche Mehrheiten zu organisieren und zu nutzen. Wir tauschen uns kontinuierlich mit unseren BündnispartnerInnen im Themenbereich Innere Sicherheit aus. Einmal im Jahr organisiert die Netzwerkstelle eine Veranstaltung für TeilnehmerInnen aus dem Kreis der BündnispartnerInnen sowie Interessierten im Verband. Ziel des Treffens ist der Austausch über aktuelle politische Entwicklungen im Themenbereich und die Vernetzung der Aktiven.

VI) Perspektive

Derzeit besteht die Chance, dass sich nachhaltig in unserer Gesellschaft etwas nach links verändert. Diese Chance wollen wir Jusos nutzen. Diese Chance wollen wir in der SPD nutzen und uns aktiv in die Auseinandersetzung um die inhaltliche Ausrichtung der Sozialdemokratie einbringen. Diese Chance wollen wir in der Gesellschaft nutzen und uns in gesellschaftliche Diskussionen, in soziale Bewegungen und Initiativen einbringen.

Wir wissen: Diese Welt ist von Menschen gemacht und von Menschen veränderbar. Es gibt eine Alternative zur bestehenden Gesellschaftsordnung. Für diese kämpfen wir und nennen sie demokratischen Sozialismus.

B

Beschäftigung & Gute Arbeit

B 1 - Bundesvorstand

Mitbestimmung ausbauen – ArbeitnehmerInnen stärken Für eine zeitgemäße Mitbestimmung in Deutschland und Europa

1. Einleitung: Mitbestimmung als Teil der Wirtschaftsdemokratie

Die Demokratisierung aller Lebensbereiche ist Kernbestandteil sozialistischer Politik. Ziel ist es, durch Wirtschaftsdemokratie für den Einzelnen Befreiung in Arbeit zu erreichen. Für uns Jusos ist Wirtschaftsdemokratie damit ein ganzheitliches Konzept und geht weit über ordnungs- und prozesspolitische Wirtschaftspolitik hinaus. Unter Wirtschaftsdemokratie verstehen wir ökonomische Strukturen und Verfahren, die an Stelle autokratischer Strukturen treten, und die demokratische Mitbestimmung aller bzw. der ökonomisch Betroffenen gewährleisten. Dazu gehört demokratisch legitimierte Globalsteuerung zur Verständigung darüber, wie in unserem Gemeinwesen „gewirtschaftet“ werden soll (inklusive der Frage nach Vergesellschaftungen, genossenschaftlichen und anderen gemeineigentumsbasierten Unternehmensformen) ebenso, wie die Mitbestimmung auf betrieblicher Ebene in allen Bereichen eines Unternehmens durch gemeinschaftliche Vertretung der MitarbeiterInnen im Betrieb oder über Gewerkschaften.

Uns Jusos ist bewusst, dass zur Wirtschaftsdemokratie mehr gehört, als „nur“ die Forderung nach mehr Mitbestimmung im Betrieb und Unternehmen. Dennoch spielt diese für uns Jusos eine große Rolle bei der Umsetzung von Wirtschaftsdemokratie. Dabei lehnen wir die rein funktionalistische Betrachtung und von Verwertungslogik geprägte Sichtweise auf innerbetriebliche Mitbestimmung ab. Für uns gehört aufgrund der Forderung nach Demokratisierung aller Lebensbereiche die Implementierung demokratischer Mitwirkungsrechte auch in der Wirtschaft dazu – getreu nach dem Motto „Demokratie hört nicht am Werkstor auf“! Über die Mitbestimmung im Betrieb und Unternehmen können die ArbeitnehmerInnen direkt Teilhabe und Mitgestaltung über den Produktionsprozess, die herzustellenden Produkte und die Geschäftsstrategien ausüben. Natürlich

geht es auch darum, Mitbestimmung als Schutzrecht und Stärkung des Faktors Arbeit gegenüber dem Kapital zu etablieren. Darüber hinaus geht es bei der Mitbestimmung um überbetrieblich organisierte ArbeiterInnen- und ArbeitnehmerInneninteressen, die von den Gewerkschaften gebündelt werden.

2. Geschichte der Mitbestimmung

Die Geschichte der Mitbestimmung ist geprägt von erkämpften Fortschritten, von erlittenen Rückschritten, Kompromissen, aber auch enttäuschten Erwartungen.

Wurzeln

Mit der beginnenden Industrialisierung und der Herausbildung eines Industrieproletariats wurde auch die Frage aufgeworfen, ob die eigentlichen ProduzentInnen, die ArbeiterInnen nicht auch Einfluss auf die Bedingungen der Produktion haben sollten. Dabei spielte die Frage der Sozialisierung bereits eine große Rolle.

Erste rechtspolitische Ansätze gab es 1848: In der verfassunggebenden Nationalversammlung gab es einen Minderheitenentwurf, in dem die Forderung nach demokratischen Elementen in den Betrieben festgelegt wurde. Dieser hatte aber keine realen Auswirkungen, da die Verfassung niemals in Kraft trat und es selbst innerhalb der Versammlung keine Mehrheit für diese Forderung gab. Die inkonsequente Haltung der bürgerlichen Eliten zu Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit verhinderte eine Aufnahme.

In der Folgezeit bis zum Ersten Weltkrieg konnte Mitbestimmung nur in wenigen Betrieben durch meist harte Auseinandersetzungen durchgesetzt werden. Schon damals zeichnete sich ab, dass KapitaleignerInnen nur dann zu Zugeständnissen im Bereich Mitbestimmung bereit sind, wenn damit in ihrem Sinne Schlimmeres vermieden werden kann.

Mitbestimmung gegen Burgfrieden

1916 trat das Gesetz des Vaterländischen Hilfsdiensts in Kraft. Es sah Arbeiterausschüsse für alle kriegswichtigen Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten vor. Damit sollte die bröckelnde Zustimmung der ArbeiterInnen für die kaiserliche Kriegspolitik dadurch wiedergewonnen werden, dass die ArbeiterInnen stärker eingebunden werden.

Revolution, Aufbruch und Enttäuschung

Nach der Revolution 1918 stellte sich nach der Überwindung des Feudalismus im Staat die Frage, wie die Wirtschaft neu zu organisieren sei.

Eine Option war, die von der politischen Linken präferierte Sozialisierung wesentlicher Wirtschaftszweige sowie der Banken. Eine andere Option war, das Prinzip von gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung unangetastet zu lassen und dafür demokratische Kontrolle in Betrieb, Unternehmen und Gesamtwirtschaft einzuführen. Letzteres Modell setzte sich durch. Zum Teil wurde von SozialistInnen damit argumentiert, dass die ArbeiterInnen durch die Mitbestimmung langfristig erst in die Lage versetzt werden, Betriebe in Eigenregie zu führen.

In der Weimarer Verfassung 1919 und im Betriebsrätegesetz 1920 wurde das System von Betriebsräten kodifiziert. Es gab heftige Auseinandersetzungen im Zuge der Beratungen. Kritikpunkte daran war u.a., dass der Rätegedanke dadurch aufgegeben wurde, weil keine jederzeitige Abwahl der Betriebsratsmitglieder im Gesetz aufgenommen wurde. Ein anderer genereller Kritikpunkt am Betriebsratssystem ist, dass ein betriebliches von Gewerkschaften unabhängiges System tendenziell zu einer zu starken betrieblichen Einbindung und zur Schwächung überbetrieblicher gewerkschaftlicher Kämpfe führt.

Die betriebliche Praxis zeigte, dass zum einen die ArbeitgeberInnen die neuen Zustände weitgehend nicht akzeptierten und zum anderen die oben genannte Kritik nicht vollkommen aus der Luft gegriffen war, zumindest in Einzelfällen.

Betriebsgemeinschaft und Betriebsführerschaft im NS-Regime

Für die NSDAP waren Betriebsräte und Mitbestimmung Ausdrucksformen des Marxismus, der zu bekämpfen sei. So wie es in der Volksgemeinschaft keine Unterschiede geben darf, so kann es nach Verständnis der Nazis auch in der Wirtschaft keine Interessengegensätze zwischen Lohnarbeit und Kapital geben. Eine These, der viele Unternehmer schon aus eigenem Interesse zustimmen konnten. Das Betriebsrätegesetz wurde durch das Gesetz zur Ordnung der Nationalen Arbeit außer Kraft gesetzt und die Auflösung der Gewerkschaften betrieben. Wie im Staat übernahm ein Betriebsführer (der Unternehmer) das Kommando.

1945: Hoffnung und Restauration der alten Eliten

Nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus wurde klar, wie tief die Unternehmer in diese Diktatur verstrickt waren. Daher wurde schnell der Ruf nach demokratischer Kontrolle und nach Sozialisierung laut. Diese Hoffnungen wurden durch mehrere Landesverfassungen gestärkt, die beides vorsahen. Schnell wurden diese Hoffnungen aber enttäuscht. Unter der Regierung Adenauer kam es zu einer personellen und inhaltlichen Restauration der alten Eliten und zum Zurückdrängen demokratischer Bestrebungen in der Wirtschaft. 1951 wurde die Montanmitbestimmung, also die Unternehmensmitbestimmung in den Großbetrieben des Bergbaus und der Schwerindustrie eingeführt. Wesentliche Antriebsfeder war, dass die rüstungsrelevanten Industrien, die u.a. besonders eng mit dem Nazi-Regime verbunden waren, stärker unter demokratische Kontrolle gebracht werden sollten. Daher ist bis heute die Mitbestimmung in diesen Bereichen weitergehend als in anderen Unternehmen. Das 1952 verabschiedete Betriebsverfassungsgesetz, das zum einen erstmals auf Bundesebene die betriebliche Mitbestimmung und für die nicht zur Montanindustrie gehörenden Firmen die Unternehmensmitbestimmung regelte, blieb inhaltlich sowohl hinter den Erwartungen der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie als auch hinter den Regelungen des Betriebsrätegesetzes von 1920 zurück. Nur durch Streiks und Mobilisierung konnten die Gewerkschaften eine Mitbestimmung auf Unternehmensebene durchsetzen. Trotz einer breiten gesellschaftlichen Mehrheit für eine stärkere Kontrolle der Unternehmen und eine Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnen verhinderten die konservative Regierung und die wiedererstarkten UnternehmerInnen weitergehende Lösungen.

Mehr Demokratie wagen

Erst mit der Stärkung der politischen Linken innerhalb der Gesellschaft und der brandtschen „Mehr Demokratie“-Politik konnten wesentliche Verbesserungen durchgesetzt werden. Unter heftigsten Protesten der Konservativen und der Unternehmerschaft wurde 1972 das Betriebsverfassungsgesetz und 1976 die Unternehmensmitbestimmung reformiert. Dies führte zu wesentlichen Verbesserungen und zur Ausweitung der Mitbestimmungsfelder.

In der Folgezeit kam es nur noch zu wenigen Verbesserungen. So wurde mit den Jugend- und Auszubildendenvertretungen eine eigene Interessenvertretung für diese spezielle Beschäftigtengruppe in das Gesetz aufgenommen. Mit der Reform 2001 wurden auch geschlechterpolitische Belange in das Gesetz aufgenommen (z.B. durch eine Quotenregelung und die Aufnahme der Gleichstellung in den Aufgabenbereich der Interessenvertretungen).

Die Jusos forderten über die durchgesetzten Fortschritte hinaus eine wesentliche substantielle Verbesserung der betrieblichen Mitbestimmung. Weitergehende Initiativrechte des Betriebsrats

wurden eingefordert sowie die Ersetzung des Dogmas der „vertrauensvollen Zusammenarbeit“, die hauptsächlich den Betriebsrat an einer konsequenten Interessenvertretung hindert.

Insbesondere unter der konservativen Regierung in den Achtziger Jahren wurden einzelne Regelungen zurückgenommen oder zumindest verschlechtert.

Insgesamt ist es trotz der Reform 2001 zu keiner deutlichen materiellen Ausweitung der Mitbestimmung seit den 1970er Jahren mehr gekommen. Vielmehr ist sowohl die betriebliche als auch die Unternehmensmitbestimmung immer wieder starken Anfeindungen und Kampagnen der Konservativen und Neoliberalen ausgesetzt. Auch die Bekenntnisse führender Sozialdemokraten zur Mitbestimmung können nicht darüber hinwegtäuschen, dass es kaum einen Impuls für eine Ausweitung der Demokratie innerhalb der Wirtschaft gibt.

Auf EU-Ebene gibt es mit den Europäischen Betriebsräten seit den 90er Jahren erste Ansätze für eine Mitbestimmung auf internationaler Ebene. Diese haben aber im wesentlichen nur Informationsrechte und bieten die Möglichkeit zum Austausch zwischen Interessenvertretungen eines Unternehmens in verschiedenen Ländern.

Die Geschichte zeigt, dass ein Mehr an Demokratie in der Wirtschaft zum einen dann durchsetzbar ist, wenn eine gesellschaftliche Mehrheit hinter dieser Forderung steht. Unabhängig von den agierenden Personen in der Politik braucht es ein Bündnis mit den Gewerkschaften, fortschrittlichen sozialen Bewegungen, um aus einem aufgeschlossenen öffentlichen Meinungsbild einen realen Fortschritt zu machen. Gerade Krisenzeiten können ein solches Umfeld hervorbringen. Die Geschichte hat aber auch gezeigt, dass man sich immer des Widerstands von konservativ-liberaler Seite sicher sein kann.

3. Analyse: Sachstand und Herausforderungen

3.1. Sachstand

Mitbestimmung im Betrieb/ Betriebsräte

In den alten Bundesländern werden fast 50% der Beschäftigten durch Betriebsräte vertreten, in Ostdeutschland sind es 40%. Fast jeder zehnte Betrieb hat einen Betriebsrat. Jedoch variiert dies stark nach Betriebsgröße. Fast 90% der großen Betriebe mit über 500 Beschäftigten haben einen Betriebsrat, bei kleineren Betrieben fehlt oft die Vertretung der MitarbeiterInnen: nur jeder 17. Betrieb unter 50 Beschäftigten „leistet“ sich einen Betriebsrat. An Stelle von Betriebsräten oder als Ergänzung haben manche Unternehmen Runde Tische, die aber bei weitem nicht so viele Beschäftigte erreichen.

Betriebsräte besitzen zwar starke Mitbestimmungsrechte in sozialen Angelegenheiten wie bei Regelungen der Pausen-, Urlaubs-, oder Arbeitszeiten, jedoch ist die Mitbestimmung in personellen Angelegenheiten – wenn es beispielsweise um Versetzungen oder gar Entlassungen geht – sowie in wirtschaftlichen Angelegenheiten sehr stark eingeschränkt. So sind Arbeitgeber nur verpflichtet nach einer Kündigungserklärung den Betriebsrat anzuhören. Das Zustimmungsverweigerungsrecht, das der Betriebsrat in personellen Angelegenheiten aussprechen kann, kann der Arbeitgeber beim zuständigen Arbeitsgericht ersetzen lassen.

Auch wenn es um die Verlagerung oder Schließung von Produktionsstandorten geht, haben Betriebsräte keine Mitspracherechte. Sie können zwar Sozialpläne aufstellen, die den Kolleginnen und Kollegen häufig höhere Abfindungen einbringen. Die Tatsache, dass der Arbeitsplatz als solcher und damit verbunden die soziale Absicherung und ein zentraler Punkt, über den sich Mensch definiert, verloren geht, ist jedoch unabänderlich.

Mitbestimmung in Europa

Die Mitbestimmung in Europa ist sehr unterschiedlich ausgestaltet. In den meisten Ländern gibt es eine Betriebsvertretung nur in Unternehmen mit mehr als 35 MitarbeiterInnen, in einigen Ländern schon ab weniger, in anderen gilt das Recht für alle ArbeitnehmerInnen.

Auf europäischer Ebene können in Unternehmen mit mindestens 1000 Beschäftigten in der Europäischen Union und jeweils mindestens 150 Angestellten in zwei Mitgliedsstaaten Eurobetriebsräte (EBR) gegründet werden. Ihre Gründung erfolgt auf Initiative der ArbeitnehmerInnen. Auf ihren Antrag bei der Unternehmensleitung bildet sich ein „besonderes Verhandlungsgremium“. Der Antrag muss von mindestens 100 Beschäftigten aus zwei Mitgliedsstaaten oder ihren VertreterInnen unterzeichnet sein. Sodann muss aus jedem Mitgliedsstaat, in dem das Unternehmen einen Betrieb unterhält, ein Beschäftigter in das Verhandlungsgremium entsandt werden. Nach Abschluss der Verhandlungen erfolgt die Gründung eines Eurobetriebsrates. Haben die Verhandlungen nach 3 Jahren keinen Erfolg, kann der EBR per Gesetz gegründet werden. Die Eurobetriebsräte sind jedoch kein Mitbestimmungsorgan, sondern überwiegend Beratungsorgan. In nahezu fast allen großen und mittleren Betrieben existieren bereits Eurobetriebsräte, bei kleineren Unternehmen besteht europaweit jedoch noch Nachholbedarf.

Tarifverträge

Überbetriebliche Tarifverträge sind nicht die Regel. Wohingegen in Westdeutschland gut die Hälfte der Beschäftigten in den Genuss eines überbetrieblichen Tarifvertrags kommt, ist es im Osten nur gut ein Drittel. Unter Firmentarifverträgen laufen rund 7% (W) /13% (O) der MitarbeiterInnen. Auch wenn damit noch viele ArbeitnehmerInnen und ArbeiterInnen ohne Tarifvertrag arbeiten, so orientieren sich doch oft auch nicht tarifgebundene Unternehmen an den gültigen Tarifverträgen der Branche/ Region.

Jedoch ist insgesamt ein Rückgang der Flächentarifbindung festzustellen (in den letzten 13 Jahren um knapp 15%).

Streiks in Deutschland und Europa

Fast 1,6 Millionen Beschäftigte haben sich 2008 an Streiks beteiligt. Damit ist die Zahl der Streikenden gegenüber 2007 um eine Million angewachsen. Allerdings ging die Zahl der Streiktage zurück: 542.000 Arbeitstage fielen durch Arbeitsk Kampfmaßnahmen inklusive Warnstreiks aus. Insgesamt ist ein Trend zu mehr Streiks festzustellen, jedoch sind diese relativ kurz. Als Grund dafür werden das aggressivere Agieren der ArbeitgeberInnenverbände genannt, deren Druckpotential u.a. durch das in §116 des Arbeitsförderungsgesetzes festgeschriebene Instrument der „Kalten Aussperrung“ unnötig erhöht wird und der deshalb abgeschafft werden sollte sowie die gewachsene Konfliktbereitschaft der Beschäftigten in Anbetracht der gestiegenen „Zumutungen“. Auch die Zersplitterung der Tariflandschaft trägt zu mehr Streiks bei. Im internationalen Vergleich ist Deutschland jedoch ein relativ streikarmes Land. In Frankreich und Italien beispielsweise finden relativ häufiger Streiks statt, auch die Möglichkeit des Generalstreiks besteht dort.

Bereits 1947 führten die Alliierten aus diesem Grund eine paritätische Mitbestimmung in den Aufsichtsräten der Eisen- und Stahlindustrie ein, die noch heute im Montan-Mitbestimmungsgesetz gilt. In den folgenden Jahren versuchten Gewerkschaften zum Teil leider erfolglos die vollparitätische Mitbestimmung auch in den übrigen Branchen politisch durchzusetzen. So werden im Mitbestimmungsgesetz zwar die Hälfte der Aufsichtsratsposten jeweils von ArbeitnehmerInnen und Anteilseignern/Aktionären entsandt, jedoch setzt das doppelte Stimmrecht des Aufsichtsratsvorsitzenden, der in der Regel immer von den Kapitaleignern gestellt wird, die formell bestehende Parität zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern faktisch außer Kraft. Auch das 2004 in Kraft getretene Drittelbeteiligungsgesetz, in dem die ArbeitnehmerInnen nur ein Drittel der Aufsichtsratspositionen innehaben, zeigt wiederum Tendenzen, die Arbeitnehmer aus basisdemokratischen Entscheidungsprozessen auszuschließen. Diese Gesetzesmerkmale lehnen wir konsequent ab!

3.2. Herausforderungen der Mitbestimmung

In Anbetracht hoher Arbeitslosigkeit und steigender internationaler Konkurrenz, ist die Mitbestimmung zunehmend in die Defensive geraten. Es ging nur noch darum, Arbeitsplätze zu erhalten, weniger darum, die Qualität der Arbeit auch durch den Ausbau der Mitbestimmung zu verbessern. Im Zuge der Debatte um Gute Arbeit, die von den Gewerkschaften und auch von der Sozialdemokratie geführt wurde, war und ist Mitbestimmung ein Qualitätsmerkmal. So findet sich auch im SPD-Regierungsprogramm das klare Bekenntnis zum Recht auf die Wahl von Betriebsräten und das Bekenntnis zu starken Gewerkschaften wieder. Im Gegensatz zum Mainstream der letzten Jahre wird von einer Stärkung des deutschen Mitbestimmungsmodells gesprochen, auch im Sinne der Stärkung eines der Grundpfeiler der deutschen Marktwirtschaft.

Mitbestimmung in der Wirtschaftskrise

Gerade im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise, die auch auf die Kurzfristorientierung der Unternehmen zurückzuführen ist, gewinnt die Debatte um eine stärkere Beteiligung von ArbeitnehmerInnen neuen Auftrieb. Da Beschäftigte tendenziell die langfristige Existenzsicherung des Unternehmens im Blick haben, ist eine Ausweitung der Mitbestimmungsrechte des Aufsichts- und Betriebsrates in der Diskussion. In Anbetracht der momentanen gesellschaftlichen Debatten besteht zumindest ein größerer Korridor für die Durchsetzung solcher Forderungen als dies noch vor einem Jahr der Fall gewesen wäre. Zuletzt beschränkten sich die Bekenntnisse der SPD zur Mitbestimmung lediglich auf die defensive Verteidigung des Status-Quo. Nun fordert auch die SPD einen Mindestkatalog an zustimmungspflichtigen Geschäften eines Unternehmens gesetzlich festzuschreiben wie dies beispielsweise in Österreich und in den Niederlanden bereits geschehen ist.

Mitbestimmungsfreie(ere) Zonen

Durch unterschiedliche Unternehmensmodelle, wie die Auslagerung von Tochtergesellschaften und die Verlagerung des Verwaltungssitzes von Unternehmen ins Ausland, wurden mitbestimmungsfreie Zonen geschaffen. Auf europäischer Ebene gibt es zwar die Möglichkeit Eurobetriebsräte einzurichten, doch machen zum einen bei weitem nicht alle Betriebe davon Gebrauch, noch kann man bei den europäischen Betriebsräten von wirklichen Mitbestimmungsgremien sprechen, wie wir sie in Deutschland kennen. Zudem entsteht durch die Aufsplitterung des Unternehmens zusätzlich das Problem, dass nicht alle MitarbeiterInnen eines Konzerns an der Wahl des konzernweiten Aufsichtsrats beteiligt werden. Komplexere Unternehmensstrukturen tragen damit dazu bei, die Kapitaleseite noch unabhängiger zu machen.

Auch die rasant gestiegene Zahl der LeiharbeiterInnen hat dazu geführt, dass weniger Beschäftigte die Möglichkeit der betrieblichen Mitbestimmung haben. Bisher werden diese nicht vom Entleihbetrieb vertreten, womit der Spaltung von Kernbelegschaft und LeiharbeiterInnen Vorschub geleistet wird – auch eine bequeme Art der Unternehmen, bestehende Mitbestimmungsrechte auszuhöhlen und die ArbeitnehmerInnenseite zu schwächen.

Aushöhlung des Flächentarifvertrags

Der zunehmenden Aushöhlung von Flächentarifverträgen wird durch verschiedene Entwicklungen Vorschub geleistet. Zum einen organisieren sich ArbeitnehmerInneninteressen zunehmend in berufshomogenen ArbeitnehmerInnenvertretungen, so wie dies zum Beispiel bei der Bahn zu beobachten ist. Dies mag zwar eine Bündelung der Interessen erleichtern und erhöht auch ggf. die Chance der Durchsetzung der individuellen Interessen in Tarifaufinandersetzungen, spaltet jedoch die Belegschaften bzw. die ArbeitnehmerInnenschaft und ermöglicht es so nur einigen wenigen an positiveren Lohnabschlüssen zu partizipieren. Auf der anderen Seite versuchen ArbeitgeberInnenverbände und einzelne Betriebe immer öfter aufgrund ihrer wirtschaftlichen Lage betriebliche Bündnisse abzuschließen oder weitreichende Öffnungsklauseln durchzusetzen, beides untergräbt Flächentarifverträge, wenn auch auf unterschiedlichen Ebenen.

Gestiegener Qualifizierungsbedarf

Die komplexeren Produktionsbedingungen erfordern durch die Spezialisierung der einzelnen Tätigkeiten einen erhöhten Qualifizierungsbedarf. Da es hier jedoch um sowohl individuelle Qualifizierungsbedürfnisse als auch unternehmerische Personalplanung geht, ist es wichtig, dass die MitarbeiterInnen nicht nur individuell, sondern auch durch ihre kollektiven Vertretungen mit in die Entscheidung einbezogen werden. Das gilt für den Betriebsrat auf der Betriebsebene ebenso wie für die Gewerkschaften beispielsweise im Rahmen der Tarifverhandlungen.

Beteiligung am Produktivvermögen

Die Beteiligung am Produktivvermögen wurde in der Vergangenheit beispielsweise über MitarbeiterInnenaktien oder andere Unternehmensbeteiligungen sichergestellt. Auch der Investivlohn, der in verschiedenen rechtlichen Ausgestaltungen bereits existiert, stellt eine Beteiligung der MitarbeiterInnen am Unternehmensgewinn dar. Diese „innovativ“ anmutende Konstruktion, die die Produktivkräfte gleichzeitig zu BesitzerInnen des Produktivvermögens machen (wenn auch eines geringen Teils) bergen jedoch mehrerlei Risiken. Zum einen wird das

unternehmerische Risiko teilweise auf die Beschäftigten verlagert, was insbesondere in wirtschaftlich schwierigen Zeiten problematisch ist, da ein Teil des Lohns in Form von, dann weniger wertvollen, Kapitalanteilen ausgezahlt wird. Zudem schmälert dies die Chancen, angemessene, am Produktivitätsfortschritt orientierte Lohnforderungen durchzusetzen und so eine stabile Lohnentwicklung zu erreichen. Der Kapitalwert eines Unternehmens wird an den Aktienmärkten bestimmt. Auf die marktwirksamen Entscheidungen der Unternehmensführung haben die ArbeitnehmerInnen aber in der Regel gar keinen Einfluss. Nur in den wenigsten Fällen besteht eine Mitwirkung im Unternehmensvorstand über eine/n sogenannte/n ArbeitsdirektorIn. Aus diesen Gründen stehen wir dem Konzept des Investivlohns kritisch gegenüber. Eine kollektive Mitarbeiterkapitalbeteiligung kann aber eine sinnvolle Weiterentwicklung der Mitbestimmung und ein Element der Wirtschaftsdemokratie sein, wenn es für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gelingt jegliches Risiko auszuschließen und gleichzeitig eine stärkere Mitsprache bei Unternehmensentscheidungen zu ermöglichen.

4. Forderungen

4.1. Betriebliche Mitbestimmung

Gemeinschaftsbetrieb definieren

Um die Wirkung der betrieblichen Mitbestimmung sicherzustellen und darüber hinaus zu verbessern, müssen zunächst die rechtlichen Vorschriften angepasst werden. Dazu ist es als erstes erforderlich, dass gesetzlich klar festgelegt wird, wann ein Gemeinschaftsbetrieb mehrerer Unternehmen vorliegt. Das ist nötig, damit der Gesamtbetriebsrat die Anliegen aller Beschäftigten wirksam vertreten kann. In der Vergangenheit haben ArbeitgeberInnen immer wieder Betriebe in mehrere Unternehmen aufgespalten. Das Ziel dieses Vorgehens bestand unter anderem darin, die Mitbestimmung zu schwächen.

Freistellung auch in kleinen Betrieben

Darüber hinaus müssen die Betriebsratsmitglieder auch bei kleineren Betrieben mit einer Beschäftigtenzahl von unter 200 MitarbeiterInnen zumindest teilweise für ihre Arbeit frei gestellt werden. Bei einer Betriebsgröße von 50 bis 100 Beschäftigten sollen die Mitglieder des Betriebsrates von 25 Prozent, bei 101 bis 199 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern von 50 Prozent ihrer Arbeitszeit frei gestellt werden.

Kompetenzen ausweiten

Die Kompetenzen des Betriebsrates sollen zudem ausgeweitet werden. Zukünftig soll der Betriebsrat auch bei Fragen der Beschäftigungssicherung beteiligt werden müssen. Die Schwelle zur Einberufung einer Betriebsversammlung soll im Weiteren abgesenkt werden. Bisher müssen 25 Prozent der Belegschaft zustimmen, um die Versammlung durchzuführen. Die Zustimmungsgrenze soll jedoch auf einen Anteil von 15 Prozent der Beschäftigten verringert werden.

Praktische Arbeit des Betriebsrates verbessern

Auch für die praktische Arbeit des Betriebsrates wollen wir Verbesserungen erreichen. So soll es künftig möglich sein, zu jedem Gespräch einer Arbeitnehmerin oder eines Arbeitnehmers mit der ArbeitgeberInnenseite ein Mitglied des Betriebsrates hinzuziehen. Letztlich muss es gesetzlich vorgeschrieben werden, dass den Betriebsratsmitgliedern die freie Nutzung der Kommunikationsmittel am Arbeitsplatz zur Verfügung steht.

Internationalisierung Rechnung tragen

Angesichts der Internationalisierung des Wirtschaftens entsteht eine immer größer werdende Anzahl international agierende Konzerne mit Standorten in mehreren Ländern. Die Konzernbetriebsräte koordinieren die Interessen der ArbeitnehmerInnen auf der Ebene des Gesamtkonzerns. Den Mitgliedern des Konzernbetriebsrates kommt somit eine wichtige Aufgabe zu. Denn häufig müssen sie gegenläufige Interessen der unterschiedlichen Standorte zu einer Stimme der ArbeitnehmerInnenseite bündeln. Deshalb fordern wir,

- dass die Bildung von Konzernbetriebsräten verpflichtend vorgeschrieben wird sowie,
- dass die Konzerne bei länderübergreifenden Kontakten zwischen den Mitgliedern der Konzernbetriebsräte die Kosten übernehmen müssen.

LeiharbeiterInnen mitzählen und Zustimmungsverweigerungsrecht einführen

Die Ausweitung atypischer Beschäftigungsformen stellt die Betriebsräte vor neue Herausforderungen. Der Anteil von LeiharbeiterInnen und befristeten ArbeitnehmerInnen im Betrieb nahm vor dem Entstehen der Wirtschaftskrise bedeutend zu. Bleiben die zu Grunde liegenden Gesetze unverändert erhalten, so wird sich diese Entwicklung im nächsten Aufschwung wiederholen. Die Interessen der atypisch Beschäftigten im Unternehmen zu vertreten, stellt die Betriebsräte jedoch bereits heute aus zwei Gründen vor schwere Aufgaben. Zum einen zählen die

Beschäftigten im Falle der LeiharbeiterInnen nicht bei der Berechnung der Betriebsratsmandate mit. Um die Betreuung der LeiharbeiterInnen durch den Betriebsrat sicher zu stellen, müssen also zunächst auch die zeitweise im Betrieb Beschäftigten bei der Mandatsberechnung mitzählen. Zudem stehen sich die Interessen der Stammbeslegschaft und der atypisch Beschäftigten oftmals gegenüber. So haben die fest Angestellten berechnete Sorge vor der Verdrängung fester Stellen durch flexible Beschäftigungsverhältnisse. Als Voraussetzung für eine wirksame Interessenvertretung auch für die atypisch Beschäftigten und eine Regulierung dieser Beschäftigungsverhältnisse auf der betrieblichen Ebene müssen die Beteiligungsrechte des Betriebsrates zuallererst ausgeweitet werden. Den Betriebsräten muss deshalb ein Zustimmungsverweigerungsrecht bei der Einstellung von ArbeitnehmerInnen in Leiharbeitsverhältnissen und bei der Ausstellung zeitlich befristeter Verträge sowie von Werkverträgen eingeräumt werden.

Der Weg zur Gleichstellung

Auch wenn es durch das Minderheitengesetz in den Betriebsräten nun vorgeschrieben wird, dass das Geschlecht, welches in der Belegschaft in der Minderheit ist, zumindest in diesem Anteil auch im Betriebsrat vertreten sein muss, sieht die gleichgeschlechtliche Teilhabe in diesem Gremium doch äußerst dürftig aus. Schließlich liegt die Frauenquote in Betriebsräten nur bei ca. 25%. Besonders ist jedoch dabei nicht nur ausschließlich auf die Anzahl der Frauen zu achten sondern auch auf welcher Position die Frauen in Betriebs- und Personalräten vertreten sind. Denn der Vorsitz eines Betriebsrats ist häufig noch Männersache. Viele Vorsitzende argumentieren, dass sie sich doch nun um die Integration der Frauen in der Belegschaft „bemüht haben“ und sie nun aus Dankbarkeit zum Betriebsratsvorsitzenden gewählt werden sollen. Damit solche offenen Diskriminierungen Einhalt geboten werden können, fordern wir auch in Betriebsräten eine Ersetzung des Minderheitengesetzes durch eine Quotenregelung, bei der Betriebsräte mindestens einen 40%igen Frauenanteil haben müssen.

Jugendauszubildendenvertretung (JAV) auch für Ausbildungsbetriebe

Die berufliche Ausbildung findet in zunehmendem Maße auch in außerbetrieblichen Ausbildungsstellen statt. Zum einen erfolgt die Berufsausbildung in Verbundausbildungen mehrerer Träger. Zum anderen gliedern große Unternehmen ihre Auszubildenden oftmals in eigene Ausbildungsbetriebe aus. Die Gründung einer eigenen Interessenvertretung, der Jugendauszubildendenvertretung (JAV), erfordert jedoch das Vorhandensein eines Betriebsrates. Bei der Verbundausbildung kann die Möglichkeit eine JAV einzurichten durch die Umsetzung des §50 des Berufsbildungsgesetzes mit einer Rechtsverordnung ermöglicht werden. Wir fordern, diese Rechtsverordnung zu erlassen. Im Falle der Ausbildungsbetriebe wollen wir es rechtlich ermöglichen,

eine JAV auch ohne bestehenden Betriebsrat zu gründen. Denn auch die Auszubildenden, die ihre Ausbildung in eigenen Betrieben erfahren, sollen ihre Anliegen über ein von ihnen gewähltes Gremium vertreten können. Mit ihren Interessen können sie sich jedoch nicht wie vorgesehen an den Betriebsrat des Ausbildungsbetriebes wenden. Deshalb sollen sie ihre Forderungen dem Gesamt- bzw. dem Konzernbetriebsrat vortragen dürfen. Bestehen solche Mitbestimmungsorgane nicht, so wollen wir, dass die Jugendauszubildendenvertretungen das Vortragsrecht gegenüber der Unternehmensleitung erhalten.

Des Weiteren muss es bei Jugendvertretungen, die mehr als 9 Mitglieder umfassen, möglich sein, ein Mitglied für die Tätigkeiten in der Jugendvertretung komplett freizustellen. Ab einer Jugendvertretung von 11 Mitglieder sollen dann 2 und ab 13 Mitglieder 3 JugendvertreterInnen von ihrer eigentlichen Tätigkeit komplett freigestellt werden. Voraussetzung für diese Freistellung ist, dass der JugendvertreterIn bereits seine Ausbildung abgeschlossen hat.

Weiterhin muss die Jugendvertretung Mitwirkungsrechte bei Einstellung und Übernahme von Auszubildenden bekommen.

Die tatsächliche Einflussnahme an demokratischen Entscheidungsprozessen ist in der JAV jedoch zum Teil sehr stark eingeschränkt. So entsenden sie zwar eine/n VertreterIn in den regelmäßig stattfindenden Betriebsratssitzungen. Dort hat sie/er jedoch nur ein Recht auf Anhörung und kein Stimmrecht. Ein Stimmrecht wird dem/der VertreterIn nur in Angelegenheiten gewährt, die überwiegend jugendliche ArbeitnehmerInnen und Azubis unter 25 Jahren betreffen. Dies verstößt unserer Auffassung nach gegen die demokratische Partizipation von InteressensvertreterInnen, die nur aufgrund ihrer Minderheit nicht mit gleichen demokratischen Grundrechten ausgestattet werden. Damit werden sie als demokratische Vertretung zweiter Klasse eingestuft. Viele MitgliederInnen der JAV kommen teilweise zum ersten Mal in Kontakt mit demokratischen Grundwerten. Durch ihre nur eingeschränkten demokratischen Grundrechte könnten einige JAVlerInnen zu der Annahme kommen, demokratische Entscheidungsprozesse seien hinderlich, um eine gerechte Entscheidung herbeizuführen, weil sie von dieser Einflussnahme größtenteils ausgeschlossen werden. Damit solche Gedankengänge keinen Einzug erhalten, fordern wir ein festes Stimmrecht von VertreterInnen der JAV in den Betriebsräten. Getreu dem Motto: Mehr Demokratie wagen!

4.2. Mitbestimmung im Unternehmen

Reform der Mitbestimmungsrechte

Es gilt festzuhalten, dass es abgesehen vom Montan-Mitbestimmungsgesetz keinerlei Gesetze gibt, die eine Vollparität zwischen Arbeitgeber und –nehmer gewährleisten. Dieses Gesetz trifft jedoch nur auf Kapitalgesellschaften zu, die ihren hauptsächlichen Umsatz im Bergbau und in der Eisen- und Stahlerzeugenden Industrie tätigen. Allerdings ist es zwingend erforderlich in der gesamten Wirtschaft – unabhängig von der Branche – diese Kontrollfunktion einzuführen. Denn nach wie vor gilt, dass Arbeiter den gesamten Reichtum der Gesellschaft schaffen, ohne dass sie entscheiden dürfen, was damit geschieht und dabei nur einen Bruchteil der erbrachten Leistung als Lohn bzw. Gehalt erhalten. Daher vertreten wir die Auffassung, dass alle Aufsichtsräte von beiden volkswirtschaftlichen Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital gleichermaßen vertreten sein müssen.

Ein weiteres Problem bezieht sich auf die Unternehmensgröße: In Deutschland beschränkt sich die vorgenannte Mitbestimmung auf Kapitalgesellschaften, die eine bestimmte Größe vorweisen. So findet das Drittelbeteiligungsgesetz erst bei mindestens 500, das Montan-Mitbestimmungsgesetz bei mehr als 1000 und das Mitbestimmungsgesetz bei über 2000 Beschäftigten Anwendung. Wir sind der Meinung, dass die Anzahl der Mitarbeiter nicht entscheidend dafür sein darf, ob und in welchem Maß demokratische Strukturen innerhalb eines Unternehmens aufgebaut werden können. Daher sprechen wir uns ausdrücklich auch bei Kapitalgesellschaften mit weniger als 500 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern für die Einrichtung eines Aufsichtsrats aus und fordern darüber hinaus die Ersetzung des Drittelbeteiligungs- und des Mitbestimmungsgesetzes durch die Ausweitung des Montan-Mitbestimmungsgesetzes auf alle Branchen.

Kontroll- und Beratungsfunktion verbessern

Um die Kontroll- und Beratungsfunktion des Aufsichtsrates zu verbessern, wollen wir darüber hinaus gesetzliche Vorgaben für den Katalog zustimmungsbedürftiger Geschäfte festlegen. In diesen Fällen ist dann die Zustimmung des Aufsichtsrates erforderlich. Zwar ist es seit 2002 gesetzlich vorgeschrieben, einen solchen Katalog zwischen Aufsichtsrat und Vorstand zu vereinbaren. Jedoch weichen die Inhalte der Kataloge in den Unternehmen deutlich voneinander ab. Deshalb fordern wir, die Vorschriften für die Inhalte und die Gestaltung der Kataloge gesetzlich zu regeln. Damit soll ein einheitliches Mindestmaß der Ausgestaltung erreicht werden. Darüber hinaus wollen wir das Unternehmensinteresse ins Aktienrecht aufnehmen. Das Unternehmensinteresse umfasst neben den Anliegen der Aktionäre des Weiteren die Interessen der ArbeitnehmerInnen sowie der Allgemeinheit. Der Vorstand soll zukünftig in seiner Arbeit diesen Interessen laut Gesetz verpflichtet sein.

Quotierte Aufsichtsräte:

Wir leben in einer Gesellschaft, die gleichermaßen aus Frauen und Männern besteht. Und dennoch: In den Kontrollgremien deutscher Unternehmen haben Frauen kaum etwas zu sagen. Weibliche Aufsichtsräte sind hierzulande nur selten zu finden. Dabei könnten Frauen gerade für mehr Sachverstand in den Gremien sorgen, sofern sie entsprechend qualifiziert sind. Da Frauen aber offenkundig noch immer in der von Männern dominierten Gesellschaft unterdrückt werden und in etlichen Unternehmen unterrepräsentiert sind, ist es notwendig mit einer Frauenquote die gesamte Gesellschaft auf diese Missstände aufmerksam zu machen und Frauen in Unternehmensbezogenen Entscheidungsprozessen zu integrieren. Zurzeit sind nur knapp 11% der Aufsichtsratsposten von Frauen besetzt. Wenn man die Zusammensetzung analysiert, kommt man zu dem Schluss, dass die Seite der Anteilseigner gar nur rund 3% der ihnen zur Verfügung stehenden Aufsichtsratsposten an Frauen vergibt. Mit einer Frauenquote in Aufsichtsräten wird nicht nur diesem für uns unerträglichen Zustand ein Ende gesetzt. Gleichzeitig wird die gesamte Gesellschaft auf die unerträgliche Situation in der ihr innewohnenden patriarchalischen Herrschaft aufmerksam gemacht. Es besteht gleichzeitig die Notwendigkeit, entsprechende Qualifizierungsprogramme für Frauen und Männer stärker zu fördern. Falls dies in Kapitalgesellschaften nicht durchgeführt wird, müssen harte Sanktionen wie die Löschung und Auflösung dieser Gesellschaften folgen. Länder wie Norwegen und Spanien haben dies bereits erkannt und eine Frauenquote in Aufsichtsräten realisiert. Jetzt liegt es an uns, diese Forderung auch in Deutschland durchzusetzen!

Bei Standortentscheidungen soll wie beim VW Gesetz eine 2/3 Mehrheit der Aufsichtsratsmitglieder generell nötig sein. So können Standortentscheidungen nie ohne Zustimmung der Arbeitnehmer getroffen werden. Diese Regelung soll im Betriebsverfassungsgesetz verankert werden.

Ausländische Standorte einbeziehen

Letztlich muss die Situation aufgelöst werden, dass Beschäftigte an ausländischen Standorten eines Unternehmens weder für den Aufsichtsrat kandidieren, noch diesen wählen dürfen. Wir wollen, dass die Beschäftigten an den ausländischen Standorten eines Unternehmens ihre Interessen gleichberechtigt vertreten können. Deshalb wollen wir auch für diese ArbeitnehmerInnen das aktive und passive Wahlrecht für den Aufsichtsrat herstellen.

4.3. Mitbestimmung in Europa

Die betriebliche Mitbestimmung sowie die Beteiligung der ArbeitnehmerInnen an Entscheidungen in Unternehmen erfolgt in der Europäischen Union auf zwei Ebenen. Zunächst legen die Mitgliedsstaaten Regeln für die Mitbestimmung in den nationalen Grenzen fest. Die Vorschriften weichen von Land zu Land voneinander ab und unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Regelungsweite. Seit 1994 können darüber hinaus zudem Eurobetriebsräte (EBR) gegründet werden. Das hat die Europäische Union mit einer Richtlinie entschieden, die Deutschland 1996 in nationales Recht umgesetzt hat.

Eurobetriebsräte

Die Eurobetriebsräte sind bisher in wirtschaftlichen Angelegenheiten zuständig, die mindestens zwei Betriebe in zwei Mitgliedsstaaten der Europäischen Union betreffen. Zudem muss er mindestens einmal pro Jahr über die Entwicklung der Geschäftslage informiert werden. Darüber hinaus muss er auf Verlangen angehört werden.

Wir fordern,

- die Eurobetriebsräte in ihrer Funktion zu stärken. Die bisher weitgehend auf Beratungsaufgaben festgelegten Gremien sollen in ihren Mitbestimmungsrechten aufgewertet werden.
- die Anzahl der Eurobetriebsräte zu erhöhen, indem u.a. die Frist bis zur Einrichtung bei stockenden Verhandlungen verkürzt wird sowie die Beschäftigtenschwellen zur Einrichtung von EBRs gesenkt werden.
- die Einführung von Mindeststandards für die Mitbestimmung in den Mitgliedsstaaten. Das Ziel besteht in der institutionellen Stärkung der Mitbestimmung in den Nationalstaaten.

B 2/B 3 - LV Berlin/LV NRW

Gute Löhne für alle – für eine Neuordnung des Niedriglohnsektors

1. Arm trotz Arbeit

„Arm trotz Arbeit“ – mit diesem Slogan kämpfen die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie seit mehreren Jahren für die Einführung von Mindestlöhnen. Mit gutem Grund. „Arm trotz Arbeit“ ist mittlerweile für fast jeden vierten abhängig Beschäftigten bittere Realität: Waren 1995 nur 15 Prozent aller Beschäftigten dem Niedriglohnsektor zuzuordnen, stieg deren Anteil im Jahr 2006 auf 22 Prozent. Knapp sieben Millionen Beschäftigte bezogen damit einen Lohn, der weniger als zwei Drittel des Durchschnittslohns umfasste. Damit ist der Niedriglohnsektor längst nicht mehr ein Phänomen, das nur wenige betrifft - im europäischen Vergleich ist dieser Bereich sogar überdurchschnittlich groß. Mit der Ausweitung des Niedriglohnsektors einher geht eine weitere generelle Verschiebung der primären Einkommensverteilung. Während die oberen Lohn- und Einkommensgruppen in den vergangenen Jahren deutliche Zuwächse hinlegen konnten, mussten die unteren Gruppen Lohneinbußen hinnehmen. Auch am vergangenen wirtschaftlichen Aufschwung konnten die unteren und mittleren Einkommensgruppen nicht hinreichend partizipieren, vielmehr setzte sich die Umverteilung von unten nach oben in noch größerem Maße fort. Betrachtet man nur die Einkommen der abhängig Beschäftigten, so lässt sich dabei sogar feststellen, dass in Deutschland – anders als in allen anderen europäischen Ländern – in den vergangenen zehn Jahren Reallohnverluste zu verzeichnen sind. Die Ausweitung des Niedriglohnsektors ist damit nur die sprichwörtliche ‚Spitze des Eisbergs‘, nur ein besonders deutliches Zeichen für eine immer stärker wachsende Einkommensungleichheit.

Gleichwohl muss die Neuordnung des Niedriglohnsektors ganz oben auf der politischen Tagesordnung bleiben. Denn der durchschnittliche Niedriglohn betrug im Westen 6,89 Euro und im Osten sogar nur 4,86 Euro – Löhne, von denen bei einer Vollzeitwerbstätigkeit noch nicht einmal Alleinstehende leben, geschweige denn, eine Familie ernähren können. Das ist nicht nur ungerecht, sondern führt auch dazu, dass etliche dieser Beschäftigten aufstockendes Arbeitslosengeld II in Anspruch nehmen müssen – so sie von der Bürokratie und den rigiden Anspruchsvoraussetzungen nicht abgeschreckt werden. Im vergangenen Jahr bezogen so immerhin 1,3 Millionen abhängig Beschäftigte aufstockendes Arbeitslosengeld II, was für die Betroffenen nicht nur entwürdigend ist,

sondern auch erhebliche Kosten verursacht. Damit besteht – aller Rhetorik auch der SPD zum Trotz – in Deutschland de facto ein allgemeines Kombilohnmodell.

Auffällig ist, dass ArbeitnehmerInnen in atypischen Beschäftigungsverhältnissen besonders häufig von Niedriglöhnen betroffenen sind. So ist der Anteil von Teilzeitbeschäftigten im Niedriglohnsektor fast doppelt so hoch wie der der Vollzeitbeschäftigten. LeiharbeiterInnen tragen auch ein deutlich höheres Risiko, für Armutslöhne zu arbeiten. Besonders hoch ist der Anteil der Niedriglöhner unter den geringfügig Beschäftigten – vier von fünf MinijobberInnen und damit 2,5 Millionen Beschäftigte arbeiten für einen Niedriglohn. Besorgnis erregend ist dieser Umstand insbesondere deshalb, weil die Zahl der geringfügig Beschäftigten seit den rot-grünen Arbeitsmarktreformen von vier auf nunmehr sieben Millionen geradezu explodiert ist. Beschäftigte in Minijobs sind damit mehrfach prekär beschäftigt: Sie erhalten in der Regel niedrige Löhne, sind nicht voll sozialversichert und haben zusätzlich meistens nur einen befristeten Arbeitsvertrag. Die damit verbundenen Hoffnungen, über geringfügige Beschäftigungsverhältnisse einen ‚Brücken- oder Klebeeffekt‘ in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis zu gewährleisten, haben sich dagegen nicht erfüllt. Viel mehr scheinen viele ArbeitgeberInnen das Modell zu nutzen, um vorherige reguläre Beschäftigungsverhältnisse in mehrere Minijobs zu splitten und damit über die staatliche Subventionierung dieser Beschäftigungsverhältnisse in Form einer pauschalen Sozialversicherungsabgabe für den Arbeitgeber sowie einer Befreiung der Beschäftigten von den Abgaben die Löhne zu drücken. Damit handelt es sich zum einen um ein weiteres Kombilohnmodell, denn auch wenn die Beschäftigten keinen direkten Lohnzuschuss erhalten, so erhalten sie durch die Befreiung der Sozialversicherungsabgaben eine indirekte Subventionierung. Zum anderen handelt es sich auch noch um eine besonders ineffiziente Form der Subventionierung: Im Niedriglohnsektor sind Menschen in ganz verschiedenen Lebenssituationen beschäftigt. Durch die Kopplung an das einzelne geringfügige Beschäftigungsverhältnis und nicht an das Gesamteinkommen werden so nicht nur Menschen, die sich in einer schwierigen ökonomischen Situation befinden (Alleinerziehende, etc.), gefördert, sondern auch zum Beispiel (in der Regel) Frauen, deren Ehemänner über ein hohes oder zumindest ausreichendes Einkommen verfügen, SchülerInnen, deren Finanzierung über die Eltern abgesichert ist, oder RentnerInnen, die sich ihre Rente über den Minijob aufbessern wollen. Die Förderung setzt also – jenseits aller grundsätzlichen Problematik eines Kombilohns – noch nicht einmal an der individuellen Bedürftigkeit der Betroffenen an, sondern bezieht sich allein auf das einzelne Beschäftigungsverhältnis.

Auffällig ist weiterhin, dass nicht alle Beschäftigten gleichermaßen von Niedriglöhnen betroffen sind. So sind knapp 60 Prozent aller Beschäftigten im Niedriglohnsektor Frauen, während sie nur knapp 40 Prozent an allen Vollzeitbeschäftigten stellen. Ebenso sind junge Beschäftigte doppelt so

häufig von Niedriglöhnen betroffen, wie ihre älteren KollegInnen. Und auch für ostdeutschen Beschäftigten gilt weitaus häufiger ‚Arm trotz Arbeit‘ als für ihre westdeutschen KollegInnen. Gleichzeitig muss die Annahme, im Niedriglohnsektor arbeiteten nur Unqualifizierte als Irrglaube abgetan werden. Vielmehr gilt: Mit der Ausweitung des Niedriglohnsektors sinkt deren Anteil sogar. Knapp drei Viertel der zu Niedriglöhnen Beschäftigten verfügen heute zumindest über eine abgeschlossene Berufsausbildung. Dennoch gilt auch: Wer zumindest über eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügt, der kann den Niedriglohnsektor schneller wieder verlassen, wer über einen Hochschulabschluss verfügt hat die besten Karten.

II Schwäche der Gewerkschaften und fehlerhafte Politik

Diese Entwicklung fußt auf zwei Gründen. Zum einen vermögen es die Gewerkschaften in einigen Branchen nicht mehr, ausreichend hohe Löhne zu verhandeln. Zum anderen wurden in den vergangenen Jahren aber auch politische Entscheidungen getroffen, die die Ausweitung des Niedriglohnsektors zumindest begünstigen.

Während die Gewerkschaften in den industriellen Bereichen noch über ausreichend Organisationskraft verfügen, um für ihre Mitglieder zumindest verteilungsneutrale Ergebnisse in den Tarifverhandlungen zu erzielen, können sie dies in weiten Teilen des Dienstleistungssektors nicht mehr gewährleisten. Dabei spielen mehrere Entwicklungslinien Hand in Hand. Erstens ist im Zuge der Tertiarisierung der Wirtschaft generell eine Bedeutungszunahme des Dienstleistungssektors festzustellen, so dass auch die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Lohnabschlüsse in diesem Bereich zunimmt. Zweitens handelt es sich im Dienstleistungsbereich häufig um kleinere oder mittlere Unternehmen, deren Beschäftigte aufgrund der hohen Differenz der Interessen schwerer zu organisieren sind. Zudem existiert in diesen Betrieben oftmals nicht einmal ein Betriebsrat, der in den industriellen Bereichen noch immer eine hohe institutionelle Anbindung an die Gewerkschaften garantiert. Und drittens ist im Zuge der Individualisierung der Gesellschaft insgesamt eine sinkende Bindungskraft der Gewerkschaften in Form fallender Mitgliederzahlen festzustellen. Zwar haben einige Gewerkschaften im vergangenen Jahr eine erfreuliche Trendwende vermelden können – die Verluste der vergangenen Jahre kann das aber nicht ausgleichen. Klar ist aber, dass die Gewerkschaften nur dann hohe Tarifabschlüsse verhandeln können, wenn sie über eine ausreichende Basis verfügen und die Beschäftigten ihrer Branchen organisieren können.

Es wäre jedoch vermessen, die Ausweitung des Niedriglohnsektors generell und ausschließlich auf die Schwäche der Gewerkschaften zurückzuführen. Vielmehr hängt deren Verhandlungsmacht auch

von den institutionellen und ökonomischen Rahmenbedingungen ab. In den letzten zwanzig Jahren dominierte in der Bundesrepublik ein neoklassisch dominierter Ansatz in der Wirtschaftspolitik. Dieser führt eine zu hohe Arbeitslosigkeit auf zu hohe Löhne insbesondere in den unteren Lohngruppen zurück. Da es sich bei Arbeitslosen häufig um formal weniger gut ausgebildete Menschen handele, so die Argumentation, müsse gerade durch den Aufbau eines Niedriglohnssektors dieser Personengruppe eine Beschäftigungschance gewährt werden. Nur wenn in den unteren Lohngruppen die Löhne hinreichend niedrig seien, sei auch Vollbeschäftigung möglich. Zu hohe Löhne sind in dieser Argumentation auf institutionelle Rahmenbedingungen wie etwa arbeitsrechtliche Bestimmungen oder die Höhe der Lohnersatzleistungen zurückzuführen, die einer Ausweitung des Niedriglohnssektors entgegenstehen, da entweder die Ausweitung niedrig entlohnter Beschäftigung verhindert werde oder der Anreiz auch zu niedrigen Löhnen zu arbeiten zu gering sei.

Vor dem Hintergrund dieser Analyse schaffte die Politik in den vergangenen zehn Jahren Rahmenbedingungen, die die Ausweitung des Niedriglohnssektors – wenn auch in der öffentlichen Debatte unausgesprochen – gerade zum Ziel hatten. Wesentliche Eckpfeiler dabei waren:

Mit der Ausweitung der Leiharbeit wurde zugleich festgelegt, dass vom Grundsatz der gleichen Bezahlung von LeiharbeiterInnen und fest Angestellten durch Tarifvertrag abgewichen werden kann. Damit wurde die Tür für niedrigere Tarifabschlüsse in diesem Sektor weit aufgestoßen. Denn es liegt auf der Hand, dass für die Gewerkschaften die Interessen der LeiharbeiterInnen aufgrund ihrer Heterogenität schlechter zu organisieren sind als die der fest angestellten in den größeren Betrieben. Damit wurde der Bereich der Leiharbeit – gewollt oder ungewollt – zu einem Einfallstor für den Niedriglohnssektor.

Mit der Neujustierung der Mini- und Midijobs wurde eine Ausweitung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse explizit verfolgt. So wurde die Grenze für geringfügige Beschäftigung deutlich angehoben, zugleich erfolgte eine deutlich stärkere Subventionierung insbesondere in bezug auf die Steuerpflichtigkeit dieser Beschäftigungsverhältnisse. Damit wurde implizit ein Kombilohn-Modell vorgelegt, das es vielen ArbeitgeberInnen attraktiv machte, normale sozialversicherungspflichtige Tätigkeiten in mehrere geringfügige Beschäftigungsverhältnisse aufzusplitten und die Subventionierung in Form von geringeren Löhnen zu kassieren. Dabei liegt auch hier auf der Hand, dass die Interessen der geringfügig Beschäftigten für die Gewerkschaften abermals schlechter zu organisieren sind.

Mit der Einführung des Arbeitslosengeldes II und der Veränderungen der Anspruchsvoraussetzungen wurde explizit die Erhöhung des Zwangs zur Arbeit verfolgt. Durch eine (für einige Betroffene) niedrigere Lohnersatzleistung sollte die Aufnahme auch einer geringer entlohten Tätigkeit attraktiver werden, durch die Verschärfung der Zugangsvoraussetzungen sind Arbeitslose nahezu gezwungen, (fast) jede Tätigkeit aufzunehmen, auch wenn sie gering entlohnt ist. Damit wurde direkt auch eine Ausweitung der Beschäftigung im Niedriglohnsektor forciert und indirekt auch die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften geschwächt, da ihre Mitglieder in Tarifverhandlungen größere Angst vor dem Argument der ArbeitgeberInnen haben müssen, bei einem zu hohen Lohnabschluss ArbeitnehmerInnen zu entlassen. Damit sinkt die Streikfähigkeit der Gewerkschaften und die Möglichkeit, höhere Tarifabschlüsse zu erzielen, abermals.

III Für mehr Gerechtigkeit und ein ausgewogenes Wachstum

Die Probleme des Arbeitsmarktes bestehen nicht in zu hohen Löhnen. Vielmehr hat die deutsche Niedriglohnstrategie in den vergangenen Jahren zu einer einseitigen Exportorientierung geführt und die Binnennachfrage nachhaltig geschwächt. Diese Strategie mag in Zeiten einer florierenden Weltkonjunktur zum Teil aufgehen und die Arbeitslosigkeit senken – vorausgesetzt Unternehmen investieren ihre Gewinne in Arbeitsplätze - gerade in Zeiten einer Weltwirtschaftskrise belastet sie den Arbeitsmarkt aber umso mehr, da über die Binnennachfrage kein Ausgleich erfolgen kann. Doch nicht nur in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist diese Strategie nicht nachhaltig sondern führt auf lange Sicht nur zu einem internationalen Konkurrenzkampf um die niedrigsten Löhne. Wir machen uns deswegen für eine Strategie, die ein balanciertes Wachstum verfolgt, stark. Dabei sind wir uns bewusst, dass sich eine solche Strategie auch nicht in der ausschließlichen Forderung nach höheren Löhnen für alle erschöpfen darf. Vielmehr muss es gelten, den Arbeitsmarkt mit all seinen Besonderheiten zu berücksichtigen. Uns ist klar, dass es gerade im Bereich der konsumorientierten und sozialen Dienstleistungen eine ‚Produktivitätslücke‘ gibt, durch die bei zu hohen Löhnen Arbeitsplätze vernichtet oder die Entstehung neuer Arbeitsplätze verhindert werden würde. Unser Ziel bleibt es aber zugleich, dass alle, die einer bezahlten Vollzeittätigkeit nachgehen, von ihrem Einkommen leben können müssen. Deshalb kann es für die Neuordnung des Niedriglohnsektors aus unserer Sicht nicht das einzige, richtige Instrument geben. Vielmehr muss die SPD nach der Bundestagswahl ein Maßnahmenpaket auf den Weg bringen, das für gerechte Löhne für alle sorgt, die Entstehung neuer Arbeitsplätze fördert und allen Perspektiven für den Aufstieg eröffnet. Ein solches Maßnahmenpaket muss aus unserer Sicht aus folgenden Bausteinen bestehen:

–Ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 7,50 Euro pro Stunde verhindert Armutslöhne in allen Branchen. Wir wissen, auch ein Stundenlohn von 7,50 Euro ist nicht viel. Es muss im Bewusstsein bleiben, dass der Mindestlohn eine absolute Untergrenze ist, unter der nichts geht. Die Höhe des Mindestlohnes muss regelmäßig überprüft werden. Er beendet zugleich das derzeitige Wirrwarr und Kompetenzgerangel bei der Festlegung von Mindestlöhnen in den einzelnen Branchen. Mindestlöhne – das zeigen Erfahrungen aus den meisten europäischen Ländern – behindern die Tarifautonomie nicht, sondern setzen eine klare Grenze nach unten und führen insgesamt zu einer Erhöhung des Lohnniveaus. Vom erarbeiteten Einkommen muss man leben müssen. Der Mindestlohn muss das soziokulturelle Existenzminimum abdecken. Auch konnte bislang nirgendwo nachgewiesen werden, dass durch die Einführung von Mindestlöhnen Arbeitsplätze vernichtet werden, vielmehr ist davon auszugehen, dass durch die Erhöhung der Kaufkraft der unteren Einkommensgruppen zusätzliche Binnennachfrage und damit auch mehr Arbeitsplätze geschaffen werden können.

Außerdem entsprechen Mindestlöhne der sozialdemokratischen Vorstellung, dass jede und jeder von seiner Arbeit auch leben können soll.

–Im Bereich der Zeit und Leiharbeit muss der europaweite Grundsatz des ‚Equal Pay‘ endlich durchgesetzt werden. Damit wird nicht nur der Missbrauch der Leiharbeit zu Ersetzung der Stammbeschaften eingedämmt, sondern auch ein Einfallstor für niedrigere Löhne geschlossen. Denn es ist ökonomisch nicht haltbar, dass für die gleiche Tätigkeit unterschiedlich hohe Löhne gezahlt werden. Wenn für die Stammbeschaft ein Lohn gezahlt werden kann, macht das deutlich, dass die Tätigkeit für diesen Lohn hinreichend produktiv sein muss. Deshalb führen niedrigere Löhne der LeiharbeiterInnen nur zu einer Umverteilung zu den Kapitaleignern der Unternehmen und der Leiharbeitsfirmen. Die Durchsetzung des ‚Equal-Pay-Grundsatzes‘ ist durch einen Federstrich am Arbeitnehmerüberlassungsgesetz möglich: Die Möglichkeit der Abweichung durch Tarifvertrag muss wieder abgeschafft werden.

–Vollkommen neu geordnet werden muss der Bereich der geringfügigen Beschäftigung. Wir fordern eine Abschaffung der Mini- und Midijobs in ihrer derzeitigen Form.

–Wir halten es für sinnvoll, die unteren Einkommensgruppen auch staatlicherseits zu entlasten und einen Teil der Sozialversicherungsabgaben zu übernehmen. Deshalb schlagen wir vor, in einer Zone von 0 bis 2.000 Euro monatlichem Bruttoeinkommen die Arbeitnehmerbeiträge zu den Sozialversicherungen progressiv ansteigen zu lassen, so dass erst bei 2.000 Euro monatlichem Einkommen der volle Sozialversicherungsbeitrag von derzeit rund 20 Prozent gezahlt werden muss. Die Arbeitgeberseite zahlt dabei unabhängig von der Höhe des Einkommens den vollen

Sozialabgabensatz. Gleichzeitig sind aber alle diese Beschäftigten voll versichert, so dass die Differenz über den Bundeshaushalt an die Sozialversicherungsträger gezahlt werden muss. Durch ein solches Modell werden Beschäftigte in den unteren Einkommensgruppen deutlich entlastet, gleichzeitig wird aber durch die Bezugnahme auf das gesamte (Haushalts-) Einkommen die ineffiziente Subventionierung der derzeitigen Regelungen abgeschafft sowie der Anreiz für ArbeitgeberInnen, die Subventionierung in Form von Lohnsenkungen ‚mitzunehmen‘ minimiert.

–Bei der Vermittlung von Arbeitslosen - vor allem bei Beziehenden von ALG II - muss der teils rigide Zwang zur Arbeit neu justiert werden. Zwar muss der Grundsatz, der der Vermittlung in Arbeit Vorzug vor dem Bezug von Leistungen gibt, aufrecht erhalten werden - gleichzeitig muss aber auch der Grundsatz des SGB II beachtet werden, der zum Ziel hat, die Bedürftigkeit zu beenden: Beschäftigung, die für sich allein nicht zum Leben ausreicht und den fortdauernden Bezug von „ergänzenden Leistungen“ nach dem SGB II notwendig macht, weitet den Niedriglohnsektor aus und holt die Menschen nicht aus der Bedürftigkeit. Sie ist daher abzulehnen. Vielmehr muss es das Ziel sein, in Tätigkeiten zu vermitteln, die einen ausreichenden Lohn und damit auch ein selbstbestimmtes Leben gewährleisten.

–Gerade im Bereich der sozialen Dienstleistungen wie etwa Kinder- oder Altenbetreuung besteht aus unserer Sicht ein enormer gesellschaftlicher Ausbaubedarf und damit ein erhebliches Beschäftigungspotential. Gleichzeitig handelt es sich hier um Tätigkeiten, für die auf dem freien Markt aufgrund der hohen Preise keine hinreichende Nachfrage erzeugt werden kann. Deshalb müssen diese Bereiche staatlich organisiert und finanziert werden. Wir fordern die SPD deswegen auf, das bereits seit Jahren diskutierte Konzept eines ‚sozialen Arbeitsmarkts‘ zu konkretisieren und damit Beschäftigungsmöglichkeiten für viele Arbeitssuchende zu schaffen.

–Auch wenn eine abgeschlossene Berufsausbildung keine Garantie ist, nicht für Niedriglöhne arbeiten zu müssen, eröffnen Bildungschancen noch immer die beste Aus- und Aufstiegsmöglichkeit aus dem Niedriglohnsektor. Deshalb muss der Bereich der Weiterbildung konsequent ausgebaut werden. Erforderlich ist ein Programm, das gerade den im Niedriglohnsektor Tätigen Perspektiven eröffnet und es ihnen möglich macht, neben ihrer Erwerbstätigkeit an Weiterbildungsangeboten teilzunehmen. Hierfür ist auch zu prüfen, ob die Weiterbildungsmaßnahmen bzw. –förderungen der Arbeitsagenturen für diesen Personenkreis geöffnet werden können.

Nur mit einer solchen Gesamtstrategie kann eine perspektivische Überwindung des Zustands ‚Arm trotz Arbeit‘ gelingen. Davon profitieren alle: Die Beschäftigten können von ihrem Einkommen ein Leben in Würde führen, die Binnennachfrage wird nachhaltig gestärkt und die staatlichen Ausgaben

für ergänzende Sozialleistungen sinken. Wir sind überzeugt: Gerechte Löhne für alle und wirtschaftliche Dynamik – das ist kein Widerspruch sondern ergeben gemeinsam eine Medaille ohne Kehrseite.

B 6 – LV Bremen

Arbeitsversicherung jetzt einführen!

Die Arbeitswelt hat sich in den vergangenen Jahren tiefgreifend verändert. Die früher klassische Erwerbsbiographie eines Arbeitnehmers mit 40 Berufsjahren, oft beim gleichen Arbeitgeber, gehört der Vergangenheit an. Für Frauen, war dies ohnehin nie Realität.

Stattdessen nehmen so genannte atypische Beschäftigungsverhältnisse zu. Besonders häufig sind die Menschen davon zu Beginn und am Ende ihres Berufslebens betroffen. Für sie bleiben oft nur Praktika, befristete Arbeitsverhältnisse oder Leiharbeit. Damit atypische Beschäftigung nicht zu prekärer Beschäftigung wird, müssen die sozialen Sicherungssysteme den Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt Rechnung tragen und die bestehenden Modelle der Absicherung von Risiken für Erwerbstätige verändert und weiterentwickelt werden.

Hierfür ist die Arbeitsversicherung das richtige und notwendige Mittel. Sie sichert das soziokulturelle Existenzminimum für jedermann und ermöglicht den erstmaligen Einstieg, sowie die Reintegration von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt, in dem diese gefördert und unterstützt werden. Unterbrechungen im Erwerbsleben, seien diese durch Arbeitslosigkeit, Elternzeiten, Weiterbildung oder durch andere Gründe bedingt, sollen von der Arbeitsversicherung aufgefangen werden.

Damit diese Ziele erreicht werden können, fordern wir die Einführung einer Arbeitsversicherung, die auf die folgenden Elemente aufbaut:

1. Erwerbstätigenversicherung

Die Arbeitsversicherung bezieht auch BeamtenInnen und Selbstständige mit ein. Sie sichert so alle Erwerbstätige ab und beteiligt alle an ihrer Finanzierung. Dadurch werden die Sozialsysteme solidarisch finanziert und arbeitsmarktpolitische Leistungen und eine soziale Absicherung für Selbstständige entstehen. Gerade vor dem Hintergrund, dass in heutigen Erwerbsbiografien auch Wechsel zwischen abhängiger und selbstständiger Beschäftigung in Kauf genommen werden müssen, passt sich ein solches Prinzip der jeweiligen Lebensbiografie an und ist somit auch ein wirksamer Schutz vor Altersarmut

2. Ausbildungsgarantie

Ohne Ausbildung sind die Chancen für einen Berufseinstieg gleich null. Daher muss die berufliche Erstausbildung in das Modell der Arbeitsversicherung integriert werden und es muss garantiert sein, dass jeder/jede junge Erwachsene eine qualifizierende berufliche Erstausbildung erhält. Dies kann z.B. durch die Realisierung der Umlagefinanzierung erreicht werden.

3. Rechtsanspruch auf lebenslange Weiterbildung und Qualifizierung

Mit der Erosion des Normalarbeitsverhältnisses sind auch Wechsel des Arbeitsplatzes oder des Berufsfelds häufiger geworden. Diese stellen hohe Anforderungen an die Flexibilität der Beschäftigten und sind immer auch mit dem Risiko eines beruflichen Abstiegs verbunden. Aber auch innerbetrieblich verändern sich die Anforderungen ständig. Dadurch erhöht sich die Notwendigkeit zur Weiterbildung.

Derzeit ist die Weiterbildungsbeteiligung höchst ungleich verteilt. Dabei bilden sich Beschäftigte die von Arbeitslosigkeit stärker bedroht sind, z.B. Ältere und Geringverdiener, deutlich seltener weiter, als Besserverdienende und junge Menschen. Um heute benachteiligten Beschäftigtengruppen einen leichteren Zugang zur Weiterbildung zu eröffnen, ist die Arbeitsversicherung ein wirksames Instrument. Sie schafft einen sozialstaatlichen Rahmen für die Organisation und Finanzierung von unterschiedlich motivierten individuellen Weiterbildungsbedürfnissen und gibt den Beschäftigten so die Möglichkeit, ihre Erwerbsbiographie selbst zu bestimmen.

Dazu müssen berufliche, außerberufliche und öffentliche Maßnahmen miteinander verzahnt sein und so ausgestaltet werden, dass sie den unterschiedlichen Ansprüchen der Menschen in verschiedenen Phasen des Lebens Rechnung tragen.

4. Gleichstellung der Geschlechter

Das derzeitige System der sozialen Sicherung ist in weiten Teilen nicht geschlechtergerecht und entspricht nicht den Ansprüchen junger Berufstätiger, die für ihren Beruf nicht auf Familie verzichten wollen. Darüber hinaus werden Frauen im derzeitigen System der Weiterbildung benachteiligt, da viele Weiterbildungsmaßnahmen an Erwerbstätigkeit gekoppelt sind. Für Bezieherinnen von ALG II ist der Weg in Weiterbildungsmaßnahmen auf Grund der Regelungen über die Bedarfsgemeinschaften oft ganz versperrt. Die Arbeitsversicherung muss daher Einkommensverluste im Falle von Erziehungszeiten verringern, Möglichkeiten der Qualifizierung

schaffen und eine eigenständige soziale Absicherung garantieren.

5. Zweiteilung zwischen ALG I und ALG II überwinden

Durch das ALG II und die Zunahme atypischer Beschäftigung schrumpft der Anteil an Berechtigten für das sozialversicherungsrechtliche ALG I und der Anteil derjenigen, die auf die Fürsorgeleistung des ALG II angewiesen sind. Wir wollen, dass alle Personen in die Arbeitsversicherung aufgenommen werden.

6. Finanzierung

Die Finanzierung der Arbeitsversicherung muss aus einem Mix aus Beiträgen, Steuern und tariflichen Finanzierungsmodellen erfolgen. Dabei sind die Unternehmen an der Finanzierung paritätisch zu beteiligen. Der größte Teil der Förderinstrumente im Rahmen der Arbeitsversicherung wird wie heute von der Bundesagentur beglichen. Hinzu kommt ein erhöhter Steuerzuschuss durch den Bundeshaushalt zur Ausweitung der Finanzierung von Übergängen im Erwerbsleben.

Im Gegenzug sind Subventionen, wie das Ehegattensplitting oder andere Maßnahmen, die von den Arbeitgebern in der Vergangenheit genutzt wurden, um Menschen vom Arbeitsmarkt fernzuhalten, abzuschaffen und die freiwerdenden Mittel zur Finanzierung der Arbeitsversicherung heranzuziehen. Die hohe Steuerfinanzierung der Arbeitsversicherung ist schon deshalb notwendig, weil die Einbeziehung von Selbständigen und die neuen Beschäftigungsformen andernfalls die Einnahmeseite erodieren lassen würde.

Die Finanzierung der Weiterbildung erfolgt auf Grundlage eines Fondsmodells, in das alle Unternehmen einzahlen.

Die Arbeitgeberbeiträge sollen in eine Wertschöpfungsabgabe umgewandelt werden. Dies würde arbeitsintensive Unternehmen entlasten und die verhältnismäßig hohe Belastung des Faktors Arbeit, gegenüber dem Faktor Kapital, verringern. Für die Wertschöpfungsabgabe wird die Wertschöpfung eines Betriebes als Beitragsbasis herangezogen. Mit in die Berechnung hineinfließen sollen Abschreibungen, Gewinne, Fremdkapitalzinsen, Mieten, Pachten und Steuern. So würde nicht mehr ausschließlich die Lohnsumme eines Unternehmens als Bemessungsgrundlage dienen, sondern seine ökonomische Leistungsfähigkeit.

D

Daseinsvorsorge & Kommunal- und Verkehrspolitik

D 1/D 2 - LV Berlin/LV NRW

Mobilität sichern; verkehrspolitisch umdenken-neue Wege fahren!

1.1 Einleitung

Individuelle Mobilität nimmt in unserer Gesellschaft eine ebenso große Rolle ein, wie es die Mobilität von Kapital und Informationen tun. Unsere Gesellschaft ist weiterhin durch die Trennung von Arbeit und Privatem gekennzeichnet. Produktion und Reproduktion finden nicht mehr an einem Ort statt, so dass räumliche Distanzen überwunden werden müssen, damit das einzelne Individuum in einer Gesellschaft an mehreren Bereichen partizipieren kann. Mobilität trägt dabei überhaupt erst dazu bei, dass in unserer Gesellschaft anfallende Anforderungen und Aufgaben wahrgenommen werden können. Bei der heutigen Ausgestaltung der räumlichen Mobilität handelt es sich in der Regel um Mobilität i.S.d. „Personalisierten Individual-Verkehr“ (PIV). Spätestens seit den 50er / 60 er Jahren, mit dem Aufkommen von Automobilen, die für jedermann zu bezahlen waren und mit der beginnenden Möglichkeit sich in (west) Europa nahezu frei zu bewegen, hat das eigene Auto nicht nur einen gewissen gesellschaftlichen Status für alle dargestellt, sondern einen tatsächlichen Gewinn an Lebensqualität ermöglicht. Dennoch gab es in der Vergangenheit bereits ein Hinterfragen dieser Entwicklungen. So wandte der Städtebau der BRD sich bereits in den 1970er Jahren von dem Konzept der autogerechten Stadt ab, wodurch der PIV verstärkt aus den Innenstädten heraus gehalten werden soll.

Die Anzahl der Wege, die ein Mensch am Tag zurücklegt, ist seit langem konstant, doch ist die Länge der zurückgelegten Wege drastisch angestiegen. Laut der Studie „Mobilität in Deutschland 2002“, die vom Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen in Auftrag gegeben worden ist, werden im Alltagsverkehr in Deutschland täglich 270 Millionen Wege zurückgelegt, wobei das Auto als Verkehrsmittel mit 165 Millionen Wegen die größte Bedeutung hat. Im Vergleich dazu werden mit Bus oder Bahn täglich nur insgesamt 20 Millionen Wege zurückgelegt. Von den insgesamt

zurückgelegten Wegen entfällt nur knapp ein Fünftel auf die Wege zu bzw. von der Arbeit, der weitaus größere Teil der Wege wird im Freizeitbereich, zur Erledigung privater Angelegenheiten und zur Begleitung anderer Personen zurückgelegt. Mobilität hat daher eine große soziale Komponente und dient der Inklusion in und der Partizipation an allen Bereichen der Gesellschaft. Wir verstehen dabei Mobilität nicht als reine Raumüberwindung, also der Zahl an zurückgelegten Kilometern, sondern als Möglichkeit seinen Lebensraum nutzen, erleben und in ihm, in der Gesellschaft, partizipieren zu können. Hieraus wird deutlich, dass der Mobilität eine wichtige soziale Komponente zu Teil wird.

Für uns Jusos ist es daher vor allem Aufgabe des Staates, Mobilität für alle Menschen, unabhängig von ihrem Wohnort, ihrem Geldbeutel und ihrer individuellen Alltagsgestaltung, zu gewährleisten. Die (noch nicht beendete) rasante Steigerung der Energiepreise bei gleichzeitiger Stagnation der Realeinkommen und die zunehmende Realisierung der Umweltschäden durch den PIV stellen uns Jusos vor die Frage, wie wir in Zukunft Mobilität für alle Bürger realisieren wollen. Mobilität umfasst natürlich mehr als die Fortbewegung mit Fahrzeugen; zusätzliche Fortbewegungsmöglichkeiten, wie das Fahrrad, das Zufußgehen oder die gemeinschaftliche Nutzung privater Verkehrsmittel, müssen in einem nachhaltigen, ganzheitlichen Mobilitätskonzept zusammengefasst werden. In diesem soll der ÖPNV die entscheidende Rolle spielen, worauf wir uns in diesem Antrag fast ausschließlich beziehen mochten. Nichtsdestotrotz ist ein integratives, ganzheitliches Mobilitätskonzept nicht aus den Augen zu verlieren. In diesem soll der ÖPNV die entscheidende Rolle spielen.

1.1.1 Die Kosten der Mobilität

Mobilität hat ihren Preis. Zu Anschauungszwecken werden die Kosten in drei Bereiche eingeteilt, 1. die Kosten für die öffentliche Hand, 2. die individuellen Kosten für die Teilnahme am Verkehr, 3. die externen Kosten, welche nicht in 1. und 2. berücksichtigt wurden. Die Aufzählungen sind beispielhaft und nicht abschließend.

1.1.2 Kosten der öffentlichen Hand

Ohne an dieser Stelle mit Zahlen jonglieren zu wollen, sei vor allem auf folgende Kosten verwiesen: die Verkehrsinfrastruktur, also Straßen, Lichanlagen, Brücken, Tunnel etc. verschlingt große Summen des staatlichen Haushaltes. Mit zunehmender Verkehrsauslastung nehmen diese Kosten zu. Ebenso entstehen Kosten für die Verkehrsüberwachung (bsp. Polizei) und die Verkehrssicherung (bsp. TÜV, aber auch Verkehrsplanung etc).

1.1.3 Kosten für das Individuum

Für die Teilnahme am PIV ist ein Kraftfahrzeug notwendig, hierfür entstehen Anschaffungskosten. Der Unterhalt eines PKW wird momentan mit durchschnittlich 400 Euro im Monat angegeben (Versicherung, Steuern, Wartung, etc). Hinzu kommen die Kraftstoffkosten.

Im urbanen Raum beeinträchtigen zudem Lärm und Abgase, die durch den PIV entstehen, die Lebensqualität massiv. Ebenso der Stress, der bei einzelnen PIV-NutzerInnen, insbesondere im viel befahrenen urbanen Raum, durch Stau etc. entsteht. Schließlich muss auch die Gefahr für Leib und Leben betrachtet werden- im Straßenverkehr sterben jährlich rund 50000 Menschen, die Zahl der Verletzten übersteigt diese noch.

Externe Kosten

Diese stellen die größten Kosten und das größte Problem des PIV dar. Zum einen findet sich hier einer der größten Posten, die Umweltbelastung. Würden alle Kosten, die aufgrund der Umweltbelastung durch die Herstellung von Fahrzeugen und Infrastruktur entstehen, und zusätzlich noch die Kosten durch die Energiegewinnung (also noch nicht mal den Verbrauch) berücksichtigt werden, wäre der PIV für das Individuum wahrscheinlich gar nicht mehr zu finanzieren. Diese Kosten entstehen jedoch unweigerlich und sie werden auch in unterschiedlichen Maßen von der Bevölkerung (global) getragen. Hier stellt sich die Frage nach der Verteilung der Kosten. Wir Jusos fordern eine stärkere, zweckgebundene Umlage von externen Kosten in ihrer genauen Entsprechung auf den Verursacher/ die Verursacherin. Dort, wo die Umlage externen Kosten keine Lenkungsfunction zur Minderung externer Kosten einnimmt, fordern wir die Einführung von anderen, angemessenen Steuerungsinstrumenten. Dabei darf jedoch nicht aus den Augen verloren werden, dass Mobilität für alle bezahlbar sein muss und zu gewährleisten ist. Eine pauschale Umlegung der externen Kosten auf die VerursacherInnen kann daher unter sozialen Aspekten nicht zielführend sein.

Neben den externen Kosten durch die Umweltbelastung kommen externe Kosten durch die Verkehrsnutzung hinzu. Vor allem Staus verursachen jährlich volkswirtschaftliche Kosten in Milliardenhöhe.

Insbesondere bei der Minimierung der hier entstehenden externen Kosten muss hier auf ein ganzheitliches Verkehrskonzept, das Verkehrsplanung, Stadtplanung und andere Bereiche miteinschließt, erstellt werden.

2 Die Finanzierung

Der Staat finanziert seine Ausgaben für den PIV durch verschiedene Steuern und Abgaben. Die wichtigsten hierbei sind die Mineralölsteuer und die KFZ Steuer. Diese Belastungen sind jedoch nicht gleich verteilt. Die Mineralölsteuer wird pauschal auf den Liter Sprit aufgeschlagen, ist also linear an

den Verbrauch gekoppelt. Dadurch zahlen Einkommensschwache wie -Starke den gleichen „Steuersatz“. Bei der KFZ-Steuer wird über eine Hubraum- und Schadstoffabhängige Besteuerung versucht, einen Teil der externen Kosten zu internalisieren. Dies klappt aber nur begrenzt, wie beispielsweise die hohe Beliebtheit von SUVs aufgrund der niedrigen Besteuerung gezeigt hat. Schlussendlich sind die Einnahmen (wie bei allen Steuern) nicht zweckgebunden, kommen also nicht unbedingt dem Ausbau von Mobilitäts-Infrastruktur zugute (was wir an dieser Stelle auch ausdrücklich nicht fordern). Außerdem besteht die Gefahr, dass umweltschonendes Autofahren immer mehr zu einem Luxusgut wird. Dort, wo kurz- und mittelfristig das Auto noch immer unabdingbar sein wird, um Mobilität zu realisieren, müssen Möglichkeiten geschaffen werden, dass umweltschonendes Fahren nicht nur Einkommensstarken möglich ist und damit zu einem Statussymbol heranreift. Die staatliche unterstützte Nachrüstung, wie beispielsweise bei Rußpartikelfiltern, reicht hier nicht aus. BesitzerInnen von Autos, die hohe externe Kosten verursachen, müssen diese auch stärker tragen als BesitzerInnen umweltschonender Fahrzeuge. Schon bei der Anschaffung muss ein Anreiz dahingehend gesetzt werden, das umweltschonendere Auto zu erwerben, so dass auch die Automobilindustrie stärker als bisher gezwungen ist, kostengünstig umweltschonendere Fahrzeuge zu entwickeln und allgemein zugänglich zu machen. Letztendlich ist der Staat auch Teilhaber an den verschiedensten Autoherstellern, jedoch ist es bis heute nicht gelungen diese zu einem wirklichen Umdenken in der Automobilherstellung zu bringen. Angesichts der auftretenden Kosten müssen wir uns jedoch durchaus die Frage stellen, ob individuelle Mobilität in unserer heutigen Form überhaupt noch (für das Individuum und die Gesellschaft) sinnvoll bezahlbar ist. Und falls nicht, stellt sich die Frage, ob wir überhaupt von tatsächlicher Mobilität sprechen sollten.

3 ÖPNV – DIE Alternative zum PIV

Mobilität wird in ihrem Standard stets am PIV gemessen. Eine wirkliche Alternative zum PIV stellt heute vor allem der ÖPNV dar, mit eventuellen kurz- und mittelfristigen Alternativen durch nahverkehrliche Mitfahrzentralen und Car-Sharing. Fraglich ist, ob der ÖPNV als Alternative zum PIV weniger kostenintensiv (für Individuum und Gesellschaft) ist und ob dieser in der Lage wäre, umfassende Mobilität zu garantieren. Entscheidender Vor teil des ÖPNV ist, dass dieser nicht nur Personen mit Führerschein, Fahrtüchtigkeit und Zugriff auf einen PKW zur Verfügung steht, sondern grundsätzlich allen.

Darüber hinaus muss immer berücksichtigt werden, dass viele Menschen, insbesondere junge und alte Menschen, nicht zuletzt auf Grund der finanziellen Kosten des PIV und die zu erfüllenden Voraussetzungen für die Nutzung des PIVs, auf Angebote wie den ÖPNV angewiesen sind. ÖPNV darf also nicht nur von der Seite, der UmsteigerInnen diskutiert werden. Es ist Aufgabe des Staates

Mobilität und damit Partizipation für alle Menschen zu gewährleisten und dem ÖPNV kommt darin eine besondere, auch sozialpolitische Rolle zu.

3.1 ÖPNV ist und bleibt eine Aufgabe der Daseinsvorsorge

Wer jedoch finanziert den ÖPNV und gestaltet ihn als wirkliche Alternative zum PIV? Nach dem Regionalisierungsgesetz ist „[...] die Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr [...] eine Aufgabe der Daseinsvorsorge“. Bis auf das Landesgesetz zum ÖPNV in Mecklenburg-Vorpommern, wird der Begriff der Daseinsvorsorge im Bezug auf den ÖPNV in allen Gesetzen der Bundesländer ausdrücklich genannt. In Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein gehört die Bereitstellung des ÖPNV jedoch (nur) zu den freiwilligen Aufgaben im Bereich der kommunalen Selbstverwaltung. Doch wie definiert sich eine „ausreichende Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistungen“? Anhaltspunkte hierfür sind in dem Begriff der Daseinsvorsorge enthalten: Es existieren verschiedene Definitionen von Daseinsvorsorge, die zumeist folgende Elemente enthalten: a) den gleichberechtigten, diskriminierungsfreien Zugang aller Bürgerinnen und Bürger, b) ein flächendeckendes, an qualitativen Standards orientiertes, dauerhaftes und verlässliches Angebot zu angemessenen Preisen sowie c) die demokratische Kontrolle und öffentliche Verantwortung. Dabei können Leistungen wirtschaftlicher wie nicht-wirtschaftlicher Art erbracht werden. In welcher Handlungsform „Staat“ öffentliche Aufgaben organisiert, ist offen, solange sie sich an den genannten Kriterien ausrichtet.

3.1.1 Finanzierung des ÖPNV

Am ÖPNV zeigt sich deutlich der Wandel vom Leistungs- zum Gewährleistungsstaat. Der ÖPNV wird zwar häufig noch als kommunaler Eigenbetrieb organisiert, doch vielerorts bestellt die Kommune bereits nur noch eine Leistung wie den ÖPNV und ein privates Unternehmen erbringt diese dann. Der ÖPNV arbeitet zu ca. 70 % gewinndeckend, im ländlichen Raum ist dieser Prozentsatz jedoch weitaus geringer. Insbesondere private AnbieterInnen sehen sich häufig vor der Aufgabe, dem Anspruch hohe Gewinne zu erwirtschaften gerecht zu werden und gleichzeitig ihren, am Gemeinwohl orientierten Aufgaben, wie dem Ausbau und der Wartung von Schienen und Verkehrswegen nachzukommen. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass dieser Zwiespalt häufig zu Lasten von Fahrgästen und Mobilität gelöst worden ist. Doch auch Kommunen sparen mit dem Argument der leeren Kassen immer mehr ein. Hinzu kommt der Druck von der EU-Ebene, die eine größere Eigenwirtschaftlichkeit des ÖPNV verlangt. Bisher wurde die Eigenwirtschaftlichkeit in gewissen Maßen durch eine Querfinanzierung gewährleistet. Die Einnahmen aus stark frequentierten Linien und Strecken wurden mit den Defiziten aus weniger stark frequentierten

Linien und Strecken verrechnet. Eine Vergabe von Aufträgen oder ein Verkauf von Konzessionen allein für die lukrativeren Linien würde dem Prinzip folgen, Gewinne zu privatisieren und Verluste zu sozialisieren. Dieser Weg ist falsch. Er ist für die Zukunft des ÖPNV eine Gefahr, weil er für die kommunalen Aufgabenträger die ohnehin schwierige Finanzierungssituation des ÖPNV noch verschärft.

Ebenso falsch ist es, Kosteneinsparungen über Lohndumping zu betreiben. Selbst kommunale Unternehmen haben mittlerweile Tochterunternehmen gegründet, um darüber die Löhne und Gehälter zu drücken. Qualitativ hochwertiger und damit attraktiver Nahverkehr braucht aber motivierte Beschäftigte. Deshalb gilt auch für den ÖPNV: Guter Lohn für gute Arbeit. Und das heißt für die Aufgabenträger, soziale Standards für die Beschäftigten von den Verkehrsunternehmen einzufordern.“

Für uns Jusos ist klar, dass Eigenwirtschaftlichkeit nicht das entscheidende Kriterium sein darf! Weder müssen Beförderungsentgelte zwingend so hoch sein, dass sie kostendeckend sind, noch dürfen wenig gewinnbringende Strecken und Linien eingespart werden. Im Bereich der Mobilität und des ÖPNV darf es nicht nur darum gehen, ein gewinnbringendes Verkehrsangebot zu schaffen, sondern auch dort Mobilität zu gewährleisten, wo sie auf den ersten Blick nicht rentabel ist.

Ferner fordern wir die Einführung von sogenannten Sozialtickets. Diese sollen auch sozialschwachen Mitgliedern unserer Gesellschaft, Schülern, Auszubildende und Studenten die Möglichkeit geben den ÖPNV nutzen zu können. Noch sind ihrer Mobilität durch die hohen Ticketpreise Grenzen gesetzt. Die Finanzierung erfolgt durch die Länder.

3.1.2 Daher fordern wir:

Grundsätzlich müssen die einzelnen Bundesländer und Kommunen Lösungen finden, wie sie einen ÖPNV organisieren, der Mobilität für alle gewährleistet. Doch zur grundsätzlichen Finanzierung des ÖPNV fordern wir Jusos:

- die wichtigste Säule der Finanzierung des ÖPNV müssen Steuern und andere staatliche Abgaben bilden. Wie so häufig ist die Ausgestaltung des ÖPNV nicht nur eine Frage des Geldes, sondern auch eine Frage des politischen Willens in diesen Bereich zu investieren.
- darüber hinaus fordern wir eine stärkere Umlegung der externen Kosten, die durch den PIV entstehen, auf die Verursacherinnen und Verursacher, die vor allem in den Ausbau von Mobilität i.S.d. ÖPNV investiert werden muss,

–die Einführung einer Nahverkehrsabgabe von Unternehmen, die zweckgebunden in den ÖPNV investiert werden muss, ähnlich dem französischen Vorbild des „Versement transport“. Unternehmen profitieren vom ÖPNV dadurch, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dank des ÖPNV zur Arbeit anreisen können und ggf. auch Kundinnen und Kunden den Weg zu dem Unternehmen finden können. In Frankreich ist der „Versement transport“ von allen ArbeitgeberInnen mit mehr als neun Beschäftigten zu zahlen und beträgt zwischen rund einem und zwei Prozent der Lohnsumme.

–ÖPNV wird zur Zeit zu einem Teil über Ticket- und Fahrkartenerlöse finanziert. Um die Attraktivität des ÖPNV zu steigern fordern wir die verstärkte Forderung von „Job-Tickets“ und andere Vergünstigungen für ArbeitnehmerInnen in ortsansässigen Unternehmen. Um hier Preispolitik sozialvertraglich und unter lenkungspolitischen Aspekten steuern zu können ist es einmal mehr wichtig, dass sich Kommunen nicht aus der Erbringung der Leistungen wie des ÖPNV zurückziehen.

–Die wichtigste Säule der Finanzierung des ÖPNV dürfen keinesfalls Fahrkarten sein. Wir Jusos fordern einen kostenlosen ÖPNV. Dies ist allerdings nur durch einen ÖPNV in öffentlicher Hand zu erreichen. Als Hauptsäule der Finanzierung müssen Steuern und andere staatliche Abgaben dienen, welche dann über eine neu zu schaffende Finanzierungsstruktur bis in die Kommunen hinein verteilt werden sollen.

3.1.3 Mobilität für alle gewährleisten! - Attraktivitätssteigerung des ÖPNV

Eines der Hauptprobleme des ÖPNV ist sein schlechtes Image. Häufig ist er besser als sein Ruf. Dennoch sind verschiedene Maßnahmen nötig, um die allgemeine Zugänglichkeit zu gewährleisten und der ÖPNV damit eine wirkliche Alternative zum PIV darstellen kann. Als Kriterien kommen für uns vor allem in Frage: die Erreichbarkeit, die Transportmöglichkeiten und die Kosten (nach allen drei oben genannten Punkten). Um diese Kriterien zu erfüllen, bedarf es Veränderungen bei der konkreten Ausgestaltung des ÖPNV, die wir jedoch nur bundesweit gültig in Ansätzen umreißen können.

4 Anforderungen an ÖPNV

3.1 Erreichbarkeit

Hier muss zuerst eine Unterscheidung nach urbanen und ländlichen Räumen gemacht werden. Grundsätzlich verursacht der PIV die meisten Kosten und Probleme in dicht besiedelten urbanen Räumen. Hier sind neue Lösungen notwendig. Die Erreichbarkeit des individuellen Fahrzeugs scheint klar : Bestenfalls steht es vor der Tür und wartet auf Nutzung. Jedoch ist auch dieses beileibe nicht

immer der Fall- die Parkplatzsituation in vielen Städten zwingt häufig AnwohnerInnen zur Nutzung von Parkhäusern. Das ist mit weiteren Kosten verbunden und schränkt die Erreichbarkeit ein. Beim ÖPNV ist es anders- hier muss sich ein Fahrender/ eine Fahrende zu einer bestimmten Zeit an einer Haltestelle (oder Bahnhof) befinden. Dabei spielen zwei Werte eine entscheidende Rolle: der Weg zur Haltestelle und die Ausgestaltung dieser sowie die Taktung des Verkehrs. Bei entsprechender Nähe und Taktung kann die Erreichbarkeit von PIV und ÖPNV annähernd gleich sein. Gleiches gilt natürlich auch bei der Ankunft.

3.1.1 Gender und ÖPNV

Die Mobilitätsbedürfnisse von Personen werden durch ihre jeweiligen Lebenssituation mit den daraus resultierenden Anforderungen geprägt. ÖPNV, der die Mobilität aller Menschen gewährleisten will, muss sich an den Bedürfnissen aller Geschlechter orientieren. Auf Grund der gesellschaftlichen Rollenverteilung unterscheiden sich die Mobilitätsbedürfnisse zwischen Männern und Frauen häufig noch gravierend. Noch immer arbeiten Frauen vermehrt in Teilzeitberufen und leisten einen Großteil der Reproduktionsarbeit. Damit sind sie häufig vor andere Aufgaben, und damit verbunden auch vor andere Streckenbewältigungen, als viele Männer gestellt. Während vor allem Männer in der „klassischen Aufgabenverteilung“ den ÖPNV nutzen, um weite Strecken auf direktem Wege, beispielsweise von der Haustür zur Arbeit in der nächstgelegenen Stadt, zurückzulegen, kombinieren Frauen häufig Wege und Aufgaben miteinander. Daraus resultieren ganz andere Ansprüche an den ÖPNV, denen Rechnung getragen werden muss, insbesondere dann, wenn bedacht wird, dass zum einen Frauen insgesamt die Hauptnutzerinnen des ÖPNV sind und zum anderen diese Wege – wie einleitend erwähnt- den Großteil der täglich zurückgelegten Wege ausmachen. Dadurch dass der ÖPNV sich jedoch vor allem an dem vermeintlichen Ideal des vollzeitbeschäftigten Mannes orientiert, dies wird unter anderem deutlich an der Taktung der Verkehrsmittel und dem Ausbau der Schnellfahrstrecken, entstehen Mobilitätszwänge. Der ÖPNV genügt nicht den alltagsweltlichen Ansprüchen und wird daher, sofern es finanziell leistbar ist, vermehrt von Frauen durch den PIV ersetzt. Die direkte Konkurrenz von ÖPNV und PIV zeigt sich auch hier deutlich. Wie oben aufgezeigt, ist die individuelle Mobilität in der heutigen Form, die vor allem durch den Einsatz von Autos bestimmt ist, für das Individuum ebenso wie für die Gesamtgesellschaft, eigentlich kaum noch bezahlbar und sinnvoll. Daher muss alles dafür getan werden, dass der ÖPNV eine ernsthafte Alternative zum Auto darstellt und durch ihn die vollständige Mobilität aller Menschen mit ihren verschiedensten Bedürfnissen gewährleistet wird. Unterschiedlichen Bedürfnisse, Geschwindigkeiten und Zeitrhythmen dürfen jedoch nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern müssen in einem Verkehrssystem berücksichtigt und integriert werden. Dies gilt nicht nur für die Betrachtung von Geschlecht und ÖPNV, sondern auch beispielsweise bei der Betrachtung von Altersgruppen, die den ÖPNV vorrangig nutzen etc.

3.1.2 Daher fordern wir hier:

- der generelle Ausbau des ÖPNV, so dass der ÖPNV für alle und in angemessenen Abständen erreichbar ist,
- der weitere Ausbau, der örtlichen , Schnell- und Expresstrecken,
- eine stärkere Erschließung des Nahraumes, im urbanen Raum beispielsweise durch den Ausbau von Stadtteilbussen, der Taktverkehr muss so gestaltet werden, dass Mitarbeiter großer Unternehmen mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu ihren Arbeitsplätzen gelangen können.
- eine vorausschauende Stadtplanung, die Verkehrsnetze und die Gewährleistung von Mobilität im Blick hat,
- eine auch am Freizeit- und Reproduktionsalltag orientierte Linien- und Streckenführung der Verkehrsmittel,
- eine Überprüfung und Änderung der Taktung der Verkehrsmittel, so dass sich diese nicht nur an dem vermeintlichen Ideal der 40-Stunden-Woche orientiert und das Umsteigen von einem Verkehrsmittel in ein anderes ohne längere Wartezeiten möglich ist,
- eine Überprüfung und ggf. Veränderung der Verortung von Haltestellen, so dass mit ihnen leichter Ziele des Freizeit- und Reproduktionsalltags erreicht werden können,
- einen verstärkten Ausbau des Nachtverkehrs. Mobilität muss weitgehend Tageszeiten unabhängig realisiert werden können. So müssen beispielsweise auch nachts Ziele der Freizeitgestaltung durch den ÖPNV angemessen erreicht werden können. Aber auch das Erreichen anderer Ziele muss zu Fahrgast-schwächeren Zeiten gewährleistet werden. Beispielsweise durch den Einsatz von Kleinbussen, die, durch ihren geringeren Benzinverbrauch, auch häufiger und zwischen den Taktzeiten der anderen Verkehrsmittel eingesetzt werden können oder durch den Einsatz von Sammeltaxen im Nachtverkehr, die stets zu einer bestimmten Zeit, jedoch nur auf Bedarf fahren, ist ein flexibleres, schnelleres und sichereres Fortkommen auch nachts, früh morgens und feiertags möglich.

- Die Tarifsysteme übersichtlicher zu gestalten, sodass jedem Bürger die Preisermittlung über auch Betreiber Grenzen hinweg ermöglicht wird. Hierzu sind Informationsveranstaltungen zum Tarifsystem wünschenswert.

3.2 Transportmöglichkeiten

Hier kommt es sehr auf die Spontanität an. Grundsätzlich ist der Transport (von Gütern und Personen) durch den ÖPNV kostengünstiger und schneller. Bei kleinen und vor allem: spontanen Transporten (bsp. Einkauf) ist der Transport durch den PIV jedoch komfortabler. ÖPNV sollte sich daher immer am Komfortanspruch des PIV orientieren. Hier spielt die Erreichbarkeit die entscheidende Rolle. Haltestellen müssen so angelegt werden, dass beispielsweise der Weg zwischen Supermarkt, der Haustür und der Haltestelle gut für alle Menschen zu meistern ist. Gleichzeitig muss hier der Grundsatz der „Stadt der kleinen Wege“ berücksichtigt werden. So muss auch durch die Streckenführung der Verkehrsmittel von vornherein ein einfaches, unkompliziertes Umsteigen ohne lange Wartezeiten ermöglicht werden. Dazu kommt, dass Fahrzeuge und Haltestellen für alle Menschen erreichbar und nutzbar sein müssen. Haltestellen und Fahrzeuge müssen daher barrierefrei gestaltet sein.

Hier zeigt sich jedoch auch die Wichtigkeit von Zusammenarbeit zwischen Verkehrs- und Stadtplanung.

Städte und Ortschaften müssen langfristig verstärkt so geplant werden, dass an einem Ort möglichst viele Dinge zu erledigen sind. Dies darf jedoch nicht zu einer Einschränkung der weiter gefassten regionalen Mobilität führen.

4.2.1 Daher fordern wir hier:

- den vermehrten Einsatz von Niedrigflurbussen sowie Niedrigflur-S- und U- und Straßenbahnen
- den vermehrten Einsatz von Bussen/Bahnen mit Rampen
- die Ausstattung aller S- und U-Bahnhöfe mit Fahrstühlen, deren Funktionstüchtigkeit sichergestellt sein muss,
- das barrierefreie Erreichen von Haltestellen,
- den Einsatz von Verkehrsmitteln, die genug Stauraum für Einkäufe, Kinderwagen usw. bieten.
- Weiterhin befürworten wir Begleitdienste für Menschen mit Behinderungen.

- Im Gegenzug sind 1.Klasse-Angebote in Zügen des Nahverkehrs abzuschaffen, sofern keine andere Möglichkeiten zur Bereitstellung zusätzlicher Sitzplätze je Zugeinheit zeitnah möglich sind.

Zusätzlich neben dem Zugang zu Verkehrsmitteln und Haltestellen müssen diese dem Sicherheitsempfinden der fahrenden Personen genüge leisten. Abgelegene oder einsame und schlecht beleuchtete Haltestellen, weite Wege zwischen Haustür und Haltestelle sowie als einsam empfundene Haltestellen mindern die Attraktivität des ÖPNV. Insbesondere im Nachtverkehr, sofern er denn angeboten wird, wird der ÖPNV häufig als unsicher und unkomfortabel empfunden. Hier muss im ländlichen Raum, vor allem durch geschulte FahrerInnen, die Übergriffe und Belästigungen als solche erkennen und im Zweifelsfall eingreifen können und pädagogische Maßnahmen zur Gewaltprävention Abhilfe geschaffen werden. Des Weiteren kann hier ein vielfältiger und Varianten reich ausgestalteter ÖPNV, der aus Bahnen, Bussen, Sammeltaxen usw. besteht, Abhilfe schaffen und das subjektive Sicherheitsempfinden stärken. Videoüberwachung im ÖPNV als Mittel zur Steigerung des subjektiven Sicherheitsempfindens lehnen wir ab.

5. Infrastruktur

In Deutschland gibt es im Eisenbahnbereich ein starkes Gefälle zwischen wenigen Hochleistungsstrecken zwischen den Ballungszentren und parallelen Bahnstrecken mit niedrigen Ausbaustandards, die überwiegend dem regionalen Verkehr dienen. Eine zukunftsweisende Eisenbahninfrastrukturpolitik muss sicherstellen, dass

- die vorhandenen Eisenbahninfrastrukturkapazitäten unabhängig von den Eigentümern optimal ausgenutzt werden.
- die Ausbauplanungen für Eisenbahninfrastruktur durch ein unabhängiges Gremium mit Vertretern aus Politik, Wissenschaft, verladender Wirtschaft, Fahrgastverbänden,

Eisenbahnverkehrsunternehmen und Eisenbahninfrastrukturunternehmen entwickelt und den Politikern aus den Ländern und dem Bund für die Erstellung des Bundesverkehrswegeplanes vorgelegt werden. Der Ausbau von Eisenbahninfrastruktur muss dabei unabhängig von den eigentumsrechtlichen Strukturen durchgeführt werden. Oberste Kriterien müssen die volkswirtschaftliche Gesamteffizienz und die Gesamteffizienz des europäischen Eisenbahnnetzes sein. Bei der Finanzierung von Ausbaumaßnahmen im Bereich privater Infrastruktur sind ebenso wie bei der Finanzierung staatlicher Infrastruktur mit den Infrastrukturbetreibern Leistungsvereinbarungen mit Sanktionen (vorzuhaltende Kapazitäten, Zustand der Infrastruktur, Trassenpreise,...) abzuschließen.

- der Rückbau von Infrastrukturkapazitäten wie Gleise, Weichen und Bahnsteigen, die aktuell nicht benötigt werden darf nur in absoluten Ausnahmefällen genehmigt werden (z.B. wenn eine Ersatzstrecke gebaut wird, ein Verlader nicht mehr existiert und eine erneute Aufnahme der Verladetätigkeiten durch städtebauliche Änderungen nicht mehr möglich ist)
- die höhengleichen Bahnübergänge langfristig alle technisch gesichert werden und neue technisch gesicherte Bahnübergänge über reguläre Verfahren (Planfeststellungsverfahren, Raumordnungsverfahren etc.) genehmigt werden. Kurzfristig sind an allen schlecht einsehbaren und technisch nicht gesicherten höhengleichen Bahnübergängen Stoppschilder für den Straßenverkehr aufzustellen.
- Bahnsteige bedarfsgerecht und zeitnah verlängert werden. Hierfür sind die Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Bei allen Um- und Ausbauten von Bahnsteiganlagen ist auf eine behindertengerechte (für Gehbehinderte, Rollstuhlfahrer und Blinde geeignete) Zuwegung zu den Bahnsteigen zu achten. Im Einzelfall ist zu untersuchen, ob technisch gesicherte, höhengleiche Bahnsteigzugänge wirtschaftlicher als Unter- oder Überführungen sind.
- an allen Bahnhöfen ohne Fahrkartenverkauf durch Personal der Erwerb von Fahrscheinen an einfach bedienbaren und für Rollstuhlfahrer und Sehbehinderte geeigneten Automaten möglich ist, sofern nicht in allen dort verkehrenden Zügen entsprechende Möglichkeiten zum Fahrkartenerwerb gegeben sind.
- In Gebieten mit Streusiedlungen, in denen kein öffentlicher Straßenpersonenverkehr ökologisch sinnvoll ist, ausreichend Parkplätze für den privaten Individualverkehr an Bahnhöfen errichtet werden.

6. Kosten des ÖPNV

Bei den Kosten gibt es erhebliche Unterschiede zum PIV. Zwar sieht es bei den öffentlichen Kosten (fast) ähnlich aus- auch hier muss eine Infrastruktur angeboten werden (unabhängig, ob sie jetzt teurer oder billiger wäre), diese muss überwacht und gesichert werden. Beim Schienenverkehr sind die Kosten für die Infrastruktur des PIV geringer, dahingegen reduzieren sich die Kosten für die Verkehrsüberwachung beim ÖPNV stark. Entscheidend sind jedoch die Individuellen Kosten- sie reduzieren sich auf eine Fahrkarte. Vor allem die Anschaffungskosten fallen weg, nicht unbeachtlich ist auch der Wegfall persönlicher Risiken im Straßenverkehr. Bei den externen Kosten haben wir bei der Umweltbelastung teilweise gleiche Probleme, jedoch ist der Transport von Gütern und Menschen durch den ÖPNV wesentlich energieeffizienter, dadurch reduzieren sich die externen Kosten erheblich. Dazu kommt der bessere Verkehrsdurchsatz- während man im Berufsverkehr regelmäßig im Stau steht, kann einem beim ÖPNV schlimmstenfalls eine Verspätung zusätzliche Kosten verursachen. Der Vorzug des ÖPNVs gegenüber des PIV ist daher langfristig kostengünstiger

und ein zwingender Baustein eines umwelt- und sozialverträglichen Verkehrssystems. Um den Vorsprung des ÖPNV hier jedoch zu gewährleisten, sind weitere technische und organisatorische Verbesserungen zu fördern und zu realisieren. ÖPNV kann also in vielen Bereichen den PIV ersetzen. Hinsichtlich der Kosten ist es sowieso nicht sicher, ob wir z.Zt. noch von unbegrenzter Mobilität sprechen können. Zwar ist fraglich, ob sich eine Gesellschaft von „ihren“ Autos trennen will, jedoch haben ebenso viele Leute begriffen, dass sie auch ohne Auto mobil sein können; langfristig sogar mobiler.

7. Die Zukunft – neue Urbanität

Der Ausbau und die Optimierung des ÖPNV können aber bei der Debatte um eine zukunftsorientierte Verkehrspolitik in den Städten nur die Spitze des Eisberges darstellen. Die Umsetzung der Mobilität für alle ist eine übergreifende Aufgabe, die auch die Stadtplanung und Raumordnung mit einbeziehen muss. So muss auf langer Sicht das Konzept der Städte mit verändert werden. Verkehrsvermeidende Siedlungsstrukturen wurden bereits auf der HABITAT II-Konferenz der Vereinten Nationen im Juni 1996 gefordert. Die Zersiedelung des Raumes und die fortschreitenden Suburbanisierungsprozesse machen die Mobilität immer schwerer umsetzbar, sodass man das Auflösen der Stadtstrukturen, auch im Hinblick auf die Umsetzbarkeit öffentlicher Daseinsvorsorge, entgegenwirken muss. Es muss eine Abkehr erfolgen von Versorgungseinrichtungen auf der „grünen Wiese“, wie sie im Besonderen in den neuen Bundesländern erfolgen bzw. erfolgt sind. Städte müssen zudem vermehrt das bereits angesprochene Konzept „Stadt der kurzen Wege“ verfolgen, die eine Nutzungsmischung in den Quartieren einbezieht. Hierdurch können Konzentrationen des Verkehrs auf Tageszeiten und Richtungen entgegen gewirkt werden.

D 8 – LV Ba-Wü

Public Private Partnership/Öffentlich-Private Partnerschaft

1. Einleitung

Public Private Partnership (PPP) ist derzeit in aller Munde. Die Bundesregierung ermutigt in ihrer „Innovationsoffensive“ Kommunen unter anderem dazu, PPP-Projekte zu realisieren, da mit ihnen modernes und effizientes Verwaltungshandeln ermöglicht werden könne. Auch die EU treibt PPP beständig nach vorn. Angesichts mangelnder finanzieller Spielräume kommunaler Kassen und des Investitionsbedarfs zum Erhalt und Ausbau der Infrastruktur von 700 Milliarden Euro in den Kommunen stößt die Idee des Public Private Partnership auf offene Ohren. Auf allen Ebenen in der Bundesrepublik werden inzwischen PPP-Projekte geplant bzw. umgesetzt. Dies ist keine neue Erscheinung, aber die Intensität in der PPP-Projekte nach geplant bzw. durchgeführt werden, hat eine neue Qualität erreicht.

Rund 80 % der PPP-Projekte finden im Gemeindebereich statt. Im Jahr 2002 führten nach einer Studie 62 % der befragten Kommunen PPP in der Energieversorgung, 53 % im Nahverkehr, 43 % in der Wasserversorgung und 30% in der Abfallentsorgung durch. Auf Länderebene sind insbesondere die Bereiche der Justizvollzugsanstalten und der Straßenbauverwaltung inzwischen von PPP-Prozessen betroffen. Und auf Bundesebene existieren beispielsweise im Verteidigungsbereich, dort etwa im Bekleidungswesen, der Truppenverpflegung oder der Instandhaltungslogistik, einige PPP-Projekte.

2. Definition

Public Private Partnership umfasst allgemein gesehen, unterschiedliche Konstrukte der Zusammenarbeit öffentlicher und privater Akteure. Dabei wird zwischen Institutionellem PPP und Vertrags-PPP unterschieden. Bei ersterem gründen die öffentliche Hand und mindestens ein Privater eine gemeinsame Gesellschaft. Wohingegen beim Vertrags-PPP die öffentliche Hand Auftraggeber ist und eine Dienstleistung oder den Betrieb einer öffentlichen Einrichtung an einen Privaten vergibt.

3. PPP – Win-Win Situation für Private Investoren und Öffentliche Hand?

PPP wird in der politischen Diskussionen all zu gerne, häufig auch von Teilen der SPD, als der neue dritte Weg zwischen traditioneller Eigenerbringung einer Leistung durch den Staat einerseits und der vollständigen Privatisierung andererseits angepriesen, von dem alle Beteiligten nur profitieren könnten. PPP ist jedoch kein neuer Weg, sondern eine alternative Spielart der Privatisierung und häufig nur der kompromissfähige Zwischenschritt zu einer vollständigen Privatisierung. (Teil-)Privatisierungen ermöglichen häufig kurzfristige finanzielle Handlungsspielräume für die öffentliche Hand. Kommunen, Land und Bund erhoffen sich durch PPP aus finanziellen Engpässen, durch Einsparungen bei laufenden Kosten und Investitionskosten, herauszufinden und Investitionsstaus dadurch aufzulösen. Neben dem finanziellen Aspekt spielt bei der Umsetzung von PPP-Projekten jedoch häufig auch die Vorstellung, dass die Privatwirtschaft Dienstleistungen prinzipiell leistungsfähiger und kostengünstiger anbieten könnte, eine entscheidende Rolle. Doch die Erfahrungen mit (Teil-)Privatisierung der letzten Jahre haben dies nicht selten grundsätzlich widerlegt und somit gezeigt, dass (Teil-)Privatisierungen keine Alternative sein können!

Das Interesse von Unternehmen und privaten Finanzinvestoren an PPP basiert auf verschiedenen Motiven. Auf Grund fortbestehender Überakkumulation und fehlender Verwertungsmöglichkeiten des Kapitals dienen (Teil-)Privatisierungen und die Etablierung neuer Eigentumsrechte der Erschließung neuer Verwertungsbereiche. Dadurch dass PPP-Verträge meist über einen langen Zeitraum abgeschlossen werden, bieten sie privaten Trägern eine relative Sicherheit und verringern ihr unternehmerisches Risiko. Dazu können Unternehmen häufig von einem Imagegewinn, der Legitimation durch die öffentlichen Partner und den neu gewonnen Einflussmöglichkeiten auf politische Entscheidungen und Prioritätensetzungen profitieren.

4. Und wer verliert?

4.1 KundInnen, ArbeitnehmerInnen

Die Erschließung neuer Märkte ist stets mit dem Streben nach Umsatzsteigerungen und Gewinnen verbunden. Da hoheitliche Aufgaben oder Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge bzw. mit Gemeinwohlorientierung durch PPP an private Träger mitübergehen, ist es hier besonders dramatisch, wenn das Ziel der Anbietung einer Leistung nicht mehr der gleichberechtigte, diskriminierungsfreie Zugang aller Bürgerinnen und Bürger zu einem flächendeckenden, an qualitativen Standards orientierten, dauerhaften und verlässlichen Angebot zu angemessenen Preisen ist, sondern sich an Gewinn und Profit orientiert.

Gewinnmaximierung kann beispielsweise hier durch Preiserhöhung und die Streichung defizitärer Angebote erreicht, ebenso wie auch durch den Wegfall von Arbeitsplätzen oder die Senkung der Lohnzahlungen an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erreicht werden. Darüber hinaus besteht auch immer die Gefahr, dass durch (Teil-)Privatisierungen ArbeitnehmerInnenrechte wie die Möglichkeit zur Mitbestimmung reduziert werden.

4.2 „Der“ Staat

Ein grundsätzliches Manko von PPP-Projekten, das die schöne Idee der Win-Win-Situation beider Seiten aushebelt, ist die sehr ungleiche Gewinn- und Risikoverteilung in ihnen. Zwar ist Risikoverteilung in PPP-Projekten grundsätzlich vertraglich gestaltbar. Doch bei Nicht-Erfüllung der Aufgaben fallen die ausstehenden Aufgaben wieder an die öffentliche Hand zurück, da diese beispielsweise bei Kern-Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge verpflichtet ist, diese zu erbringen. Durch vorher investierte Kosten in das PPP-Konstrukt und die Abgabe des Know-Hows, fehlt dieses in der öffentlichen Verwaltung und erschwert sowie verteuert die Wiedezurücknahme.

Im Gegensatz dazu geht der private Investor grundsätzlich stets ein kalkulierbares Risiko ein. Darüber hinaus ist der Legitimationsschaden, den Kommune, Land und Bund durch nicht funktionierende PPP-Konstrukte erleiden können, wenn durch den privaten Vertragspartner die Aufgaben der Daseinsvorsorge nicht erfüllt werden, nicht zu unterschätzen.

Durch PPP-Konstrukte manifestiert sich der Wandel vom Leistungs- zum Gewährleistungsstaat, der immer mehr Aufgaben und damit einen Teil seiner Steuerungskompetenzen abgibt. Dadurch dass private Träger, die über keine demokratische Legitimation verfügen, als Kooperationspartner als Gegenleistung für die Erbringung ihrer Leistungen ein nicht zu unterschätzendes Mitspracherecht haben, schränkt sich die öffentliche Hand stark in ihrem Einfluss auf die konkrete Ausgestaltung von Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge ein. Durch die nicht- oder nur ungenaue Offenlegung der abgeschlossenen Verträge wird die öffentliche Kontrolle mit Blick auf Interessen des privaten Trägers begrenzt. Gewählten MandatsträgerInnen können somit Steuerungs- und Kontrollmöglichkeiten immer weiter entzogen werden. Dies ist besonders dramatisch, wenn bedacht wird, dass durch PPP-Verträge langfristige Bindungen eingegangen werden, die alternative Optionen fast unmöglich machen und öffentliche Mittel über einen langen Zeitraum hinweg binden. PPP-Projekte sind stets eine langfristige Entscheidung, bei denen Fehlentscheidungen und Änderungen der ökonomischen und gesamtgesellschaftlichen Situation nur selten Berücksichtigung finden können und damit die (finanziellen) Handlungsspielräume der öffentlichen Hand auf lange Dauer stark einschränken können.

Darüber hinaus kann PPP dazu beitragen, bereits gesunkene, finanzielle Spielräume der öffentlichen Hand auch auf kurze Sicht weiterinzugewinnen. Eine wesentliche Voraussetzung für die Aufrechterhaltung einer attraktiven und preiswerten öffentlichen Infrastruktur durch Kommunen, Bund und Land ist die Quersubventionierung. So wird beispielsweise gerne defizitärer ÖPNV durch Gewinne der Stadtwerke ausgeglichen. Wenn gewinnträchtige Bereiche, die besonders attraktiv für private Träger sind, von diesen betrieben werden bzw. sie an diesen eine Gewinnbeteiligung besitzen, mangelt es der öffentlichen Hand an Spielräumen zur Quersubventionierung. Der kurzfristige Gewinn der durch PPP für die öffentliche Hand erzielt werden kann, steht damit in keinem Verhältnis zu seinen langfristigen negativen Auswirkungen.

PPP-Projekten darf daher keine oberste Priorität eingeräumt werden und ihre langfristigen Auswirkungen sind stets genau zu prüfen, bevor ein PPP-Konstrukt einer anderen Finanzierungsart vorgezogen wird. Darüber hinaus müssen mindestens folgende Voraussetzungen gewährleistet sein, sollte die Realisierung von PPP-Projekten angedacht werden

- Zeitliche Beschränkung der Verträge auf maximal zehn Jahre
- Gewährleistung demokratischer Kontrolle:
 - Ab einem bestimmten finanziellen Volumen bzw. einer bestimmten Anzahl an betroffenen BürgerInnen müssen Plebiszite durchgeführt werden.
 - Verträge sind öffentlich zu machen.
 - Der Rechtsstand muss in Deutschland liegen.
- Vertragliche Festlegung von Lohn-, Sozial- und Umweltstandards
- Keine Querfinanzierung über staatliche Banken
- Harte Vertragsstrafen für Investoren
- Versicherungspflicht für Insolvenzrisiko
- Bereiche von fundamentalem Gemeininteresse, d.h. Wasser- und Energieversorgung, Bildung, Kranken- und Altenpflege, Verwahrung und Betreuung von Straffälligen, Sicherheit und Finanzverwaltung, müssen von PPP unberührt bleiben.

5. Es gibt sie doch! – Die Alternativen zu PPP

Für uns Jusos bleibt die Eigenerstellung die wichtigste Alternative. Wir wollen keinen schlanken Staat, der sich – wenn überhaupt noch - auf die Rolle des Bestellers von Diensten zurückzieht und sich in Abhängigkeit von privaten Investoren begibt. Die Handlungsfähigkeit und die Gestaltungsspielräume müssen erhalten bleiben, so dass sichergestellt ist, dass alle Menschen einen gleichberechtigten Zugang zu bestimmten Gütern erhalten. Bei der Eigenerstellung ist darüber hinaus die demokratische Kontrolle gewährleistet.

Um die Eigenerstellung zu finanzieren und den Investitionstau bei der öffentlichen Infrastruktur zu mindern, müssen Finanzierungswege gefunden werden. Ggf. die Einführung und Erhöhung von bestimmten Steuern, die Schaffung von spezifischen Abgaben und Budgetumschichtungen können hier Lösungswege sein.

Eine weitere Alternative zu PPP-Projekten sehen wir Jusos in der Kooperation zwischen Gebietskörperschaften. Gemeinsame Ressourcen können gebündelt und damit besser genutzt werden. Da beide Partner öffentliche Aufgaben oder Dienstleistungen garantieren müssen, ist eine gleichmäßige Risikoverteilung hier eher möglich als in PPP-Projekten. Darüber hinaus sind beide Partner einer demokratischen Kontrolle unterzogen.

(Teil-)Privatisierungen, auch unter dem Deckmantel Private Public Partnership, sind für uns Jusos keine Alternative und nicht mit einem auf Nachhaltig- und Langfristigkeit ausgelegten staatlichen Handeln vereinbar! Ziele kurzfristiger Haushaltskonsolidierungen dürfen nicht zu Lasten der demokratischen Kontrolle, der Legitimität, der ArbeitnehmerInnen, des Angebots und des gleichberechtigten Zugangs und der Bevölkerung zu diesen Dienstleistungen im Allgemeinen gehen!

E

Europa & Internationales

E 1 – Bundesvorstand

Adeus Lissabon! Für eine progressive Beschäftigungsstrategie für die EU Ausgangslage

In den meisten EU-Mitgliedsstaaten bestand die bisher vorherrschende Wirtschaftspolitik im Wesentlichen aus der Einführung möglichst niedriger Unternehmenssteuern, der Absicherung niedriger Inflationsraten sowie der Privatisierung öffentlichen Eigentums. Diese Politik hat kurzfristig zu einem erhöhten Wirtschaftswachstum in der EU geführt. Die gegenwärtige globale Finanz- und Wirtschaftskrise zeigt jedoch, dass diese Politik langfristig auf Kosten der Stabilität der europäischen Volkswirtschaften betrieben wurde. Mit anderen Worten das dieser Politik zugrundeliegende Wirtschaftsmodell, der Neoliberalismus, ist gescheitert.

Bereits vor Beginn der Finanzmarktkrise 2008 hatte die Wirtschaftskrise schon begonnen. Von den vergleichsweise hohen Wachstumsraten in 2006 und 2007 konnten nur wenige profitieren. Zwar ist die Arbeitslosigkeit in diesem Zeitraum deutlich gesunken, aber die prekären Beschäftigungsverhältnisse haben deutlich zugenommen. In der EU-15 sind die Anteile teilzeitbeschäftigter bzw. befristet beschäftigter Personen von 1997 bis 2008 von 16,7 auf 21,0 % bzw. von 12,4% auf 14,4 % gestiegen. Alleine in Deutschland arbeiten 14% der ArbeitnehmerInnen in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Löhne in diesem Bereich reichen häufig nicht aus um ein Leben in Würde zu finanzieren. In EU-Staaten mit ausgebauten Sozialsystemen ist die Abhängigkeit von ergänzenden Sozialleistungen gestiegen. So ist bspw. die Zahl der so genannten Hartz IV-Aufstocker zwischen 2007 und Ende 2008 um mehr als 40 Prozent gestiegen. Auch die Reallohnentwicklung ist in Europa mehr eher moderat ausgefallen. So lagen die Steigerungen in 2007 bei lediglich 0,5 Prozent europaweit. Die Zuwachsraten des Bruttosozialproduktes sind somit im Wesentlichen auf der Kapitaleseite hängen geblieben, was sich auch durch die gestiegenen Unternehmensgewinne im Euroraum belegen lässt.

Diese Entwicklung hat zu einem Auseinanderdriften der Einkommensschichten geführt. Die besonders hohen Einkommen im Euroraum sind deutlich gestiegen, während die mittleren und vor allem die niedrigen Einkommen in den letzten Jahren deutlich gesunken sind. Somit konnten nur wenige vom kurzen wirtschaftlichen Aufschwung profitieren. Warum gerade dies bereits zu der gegenwärtigen Wirtschaftskrise geführt hat, wird deutlich, wenn man sich das Konsumverhalten von BezieherInnen sehr hoher Einkommen ansieht. BezieherInnen hoher Einkommen geben einen viel geringeren Anteil ihres Geldes für Konsum aus als bspw. BezieherInnen sehr niedriger Einkommen. Letztere sind gerade zu gezwungen ihr gesamtes Einkommen für Konsum auszugeben. Steigen nun die besonders hohen Einkommen in einer Volkswirtschaft weiter und sinken die niedrigeren Einkommen, verringert sich der gesamtwirtschaftliche Konsum. Dies führt irgendwann zu einer Nachfragekrise. Die Grundlage für diese Krise wurde aber schon vor 2008 gelegt.

Langfristig muss daher wieder ein Weg zu einer nachhaltigeren Wirtschaftspolitik gefunden werden. Im Kern einer solchen Politik steht die Schaffung gesamtwirtschaftlicher Stabilität, ein Wirtschaftswachstum, das schonend mit den natürlichen Ressourcen umgeht und gute Arbeit schafft. Diese Idee ist nicht neu. Bereits zu Beginn dieses Jahrzehnts wurde diese Politik in der Lissabon- Strategie formuliert.

Die Lissabon-Strategie der EU – wie eine historische Chance verspielt wurde

Die Lissabon-Strategie steht in einer langen Reihe politischer Auseinandersetzungen um ein soziales Europa. Denn die Linke auf europäischer Ebene kämpft schon seit langem dafür, die auf Marktschaffung ausgerichteten europäischen Integration um eine soziale Dimension zu ergänzen. Diese Bemühungen sind im Wesentlichen nicht von Erfolg gekrönt gewesen. Stattdessen wurden mit dem Binnenmarktprojekt und der Wirtschafts- und Währungsunion im Zenit neoliberaler Vorherrschaft die wesentlichen Weichen der europäischen Integration auf rechts gestellt.

Diese Situation schien sich im Laufe der 1990er Jahre zu ändern. Angesichts der Legitimationskrise der EU in Folge des Maastrichter Vertrags und der zunehmenden Massenarbeitslosigkeit rückte die Linke das Thema Beschäftigung stärker in den Fokus europäischer Politik. Mit einem eigenen Beschäftigungskapitel im Amsterdamer Vertrag und der neu eingeführten Europäischen Beschäftigungsstrategie (EBS) sind unter dem Eindruck wachsender sozialdemokratischer Mehrheiten in den Institutionen der EU erstmals konkrete Instrumente zur Koordination nationaler Beschäftigungspolitiken entstanden. Von einer genuin europäischen Beschäftigungspolitik, die auch den Mangel an Nachfrage nach Arbeitskräften wirtschaftspolitisch bekämpft, konnte dabei jedoch keine Rede sein.

Mit dem Gipfel von Lissabon im Frühjahr 2000 sollte sich dies verbessern, schließlich waren eine Reihe von Mitte-Links-Parteien in der EU in Regierungsverantwortung gewählt worden. Zum Zeitpunkt des Lissabonner Gipfels waren sozialdemokratische Parteien an 11 der damals 15 Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten beteiligt, darunter die Regierungschefs der größten Staaten: Blair, Jospin und Schröder. Doch die sozialdemokratische Mehrheit wurde nicht für eine wirklich wirksame und progressive Beschäftigungsstrategie genutzt! Zwar klingt die Grundausrichtung der neu geschaffenen Lissabon-Strategie zunächst gut und in weiten Teilen zustimmungsfähig: Wachstum und Beschäftigung sollen im Vordergrund stehen und gute Vollbeschäftigung („more and better jobs“) durch ein jährliches Wachstum von 3% BIP erreicht werden. Ziel dieser integrierten Großinitiative war es, die EU bis 2010 zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“ zu machen, und gleichzeitig sozial- und umweltpolitische Fortschritte zu erzielen. Als Verfahren für diese ambitionierte Zielstellung wurde die Offene Methode der Koordinierung (OMK) geschaffen, eine rechtlich unverbindliche Koordination nationaler Maßnahmen unter Vereinbarung und regelmäßiger Überprüfung gemeinsamer Zielmarken.

Jedoch ändert sich das Bild, sobald man die Lösungsvorschläge betrachtet. Neben begrüßenswerten Schritten wie dem Ausbau der Informations- und Kommunikationsinfrastruktur der EU sowie der Aufforderung an die Mitgliedsstaaten, ihre Bildungs-, Forschungs- und Entwicklungsausgaben zu erhöhen, geschlechterspezifische Unterschiede abzubauen und Diskriminierung zu bekämpfen, entpuppt sich die Strategie auf der Instrumentenseite nämlich vor allem als Ansammlung angebotsseitiger und neoliberaler Lösungsansätze.

Da der Lissabon-Strategie die Analyse zu Grunde liegt, dass die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationstätigkeit europäischer Unternehmen im weltweiten Vergleich zu gering sei, stand dieser Aspekt bei allen Fragen im Vordergrund. Die grundsätzliche begrüßenswerte Verbindung von Wirtschafts- und Sozialpolitik war von Anfang an zu marktlastig und instrumentell gedacht. Sozialpolitik wird lediglich unter dem Aspekt der „Aktivierung“ und Kostensenkung gedacht, anstatt von den Bedürfnissen der auf Transferzahlungen und Dienstleitungen angewiesenen Menschen her. Auch Arbeitslosigkeit wird als Mangel an Qualifikationen und Folge von „Inflexibilität“ der Arbeitsmärkte interpretiert. Dementsprechend sollen ArbeitnehmerInnen besser qualifiziert werden und gleichzeitig die Löhne und Sozialleistungen gekürzt sowie der Kündigungsschutz abgebaut werden. Qualitative Aspekte wie Arbeitsplatzsicherheit oder Mitbestimmung werden in der Lissabon-Strategie komplett ausgeblendet, stattdessen wird die Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen sogar gefördert. Zudem wird die Beschäftigungspolitik der auf Wettbewerbsfähigkeit abzielenden EU-Wirtschaftspolitik weitgehend untergeordnet. Und auch Umweltpolitik wird

im Lissabon-Prozess nur so lange geduldet, wie sie nicht im Widerspruch zur Profiterwartung der Unternehmen steht. Letztlich strotzt der Instrumentenbaukasten der Lissabon-Strategie trotz aller sozialen Rhetorik von neoliberalen Konzepten.

Dieser schon in der ursprünglichen Fassung der Lissabon-Strategie enthaltene Deregulierungs- und Flexibilisierungsimpuls verbunden mit dem Dogma der Wettbewerbsfähigkeit wurden durch die konservativ-liberale Barosso-Kommission radikalisiert und widerstrebender Tendenzen entledigt. Der „Neubeginn für die Strategie von Lissabon“ der Kommission und des Europäischen Rates im Jahr 2005 war in Wahrheit eine neoliberale Revision unter Ausblendung der sozial- und umweltpolitischen Ambitionen der Strategie. Dadurch wurde die Strategie auf eine angebotsorientierte Arbeitsmarktstrategie reduziert, die in erster Linie den Abbau von ArbeitnehmerInnenrechten propagiert. Als Paradebeispiel dafür kann die Dienstleistungsrichtlinie („Bolkesteinrichtlinie“) gelten, die ganz im Sinne der revidierten Lissabon-Strategie den Abbau von ArbeitnehmerInnenrechten im Dienstleistungssektor vorantrieb.

Schon nach wenigen Jahren wurden einige der Lissabon-Ziele selbst von VerfechterInnen der Strategie preisgegeben oder verwässert. Inzwischen ist klar: die Lissabon-Strategie ist in Gänze gescheitert. Die historische Chance, die EU mit sozialdemokratischen Mehrheiten auf einen sozialen und nachhaltigen Wachstumspfad zu bringen, wurde verspielt. Anstatt zum wettbewerbsfähigen Wirtschaftsraum der Welt zu werden, hat die EU in den 2000er Jahren neben kurzen Boomphasen auch lange Jahre der Stagnation erlebt und befindet sich aktuell in einer tiefen Rezession.

Gründe für das ökonomische Scheitern der Lissabon-Strategie

Die Gründe für das Scheitern der Lissabon-Strategie sind vielfältig. Einerseits ist die „Offene Methode der Koordinierung“ ungeeignet, eine wirkliche Abstimmung zwischen den Wirtschaftspolitiken der Mitgliedsstaaten untereinander und mit der europäischen Ebene zu bewirken. Das Grundübel des wirtschaftspolitischen Gefüges der EU, die mangelnde Makrokoordination zwischen Geld-, Fiskal- und Lohnpolitik, wird von ihr nicht ansatzweise behoben. Die Lissabon-Strategie hat sich auch zu keinem Zeitpunkt vom Stabilitätskorsett der Wirtschafts- und Währungsunion befreit. Die Geldpolitik der EZB bleibt lediglich dem Ziel der Preisstabilität verpflichtet und der Stabilitäts- und Wachstumspakt bleibt in seiner Wirkungsweise unflexibel und prozyklisch. Angesichts zentralisierter Geldpolitik und beschränkter Investitionsspielräume begeben sich die Mitgliedsstaaten in einen schädlichen Steuer- und Lohnsenkungswettbewerb. Diese Fehlentwicklungen sind durch die Lissabon-Strategie nicht korrigiert worden, sondern wurden im Gegenteil als „Strukturreformen“ begrüßt.

Andererseits wird durch die geringen Investitionen (Folge der restriktiven Geldpolitik und mangelnden Absatzerwartungen) und die Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse eine zentrale Stärke der europäischen Ökonomie, die hohe Arbeitsproduktivität, untergraben. Flexibilisierung schafft schlecht bezahlte, mangelhaft ausgestattete und unterdurchschnittlich produktive Jobs. ArbeitnehmerInnen in prekären Beschäftigungsverhältnissen konsumieren daneben weniger als diejenigen in regulären Jobs. Die dadurch beförderte mangelnde Binnennachfrage im hoch integrierten Wirtschaftsraum der EU, die durch kompetitive Lohnsenkungen noch befördert wird, wirkt sich auch negativ auf das Gesamtwachstum der EU aus. Mit dem Abbau von ArbeitnehmerInnenrechten lässt sich eine dynamische Wirtschaft nicht erreichen, von Verteilungsfragen ganz zu schweigen.

Grundsätzlich enthält die Lissabon-Strategie eine Reihe von Zielkonflikten, die die heterogene Interessenkonstellation repräsentiert, die hinter ihr steht. Gute Arbeit, sozialer Fortschritt und ökologische Nachhaltigkeit sind aber eben nicht einfach Abfallprodukte steigender Wettbewerbsfähigkeit, sondern müssen oft genug gegen Verwertungsinteressen erkämpft werden. Die Lissabon-Strategie krankt neben der Fehleinschätzung der Krisenursache auch an der Tatsache, dass die Ziele der einen Seite nicht mit den Instrumenten der anderen zu erreichen sind. Deshalb muss eine erfolgreiche Wachstums- und Beschäftigungsstrategie in der EU andere Instrumente wählen.

Grundlage für eine erfolgreiche Beschäftigungsstrategie

Die Grundidee der Lissabon Strategie nachhaltiges Wachstum in Europa zu fördern ist nach wie vor richtig. Aus der Umsetzung der Strategie müssen jedoch Schlussfolgerungen für eine neue erfolgreiche europäische Beschäftigungspolitik gezogen werden. Dazu müssen jedoch ein paar politische Grundlagen geschaffen werden.

Zunächst ist daher eine Methode zu finden, wie die europäische Beschäftigungspolitik verbindlicher gemacht werden kann. Dazu muss ein anderes Verfahren als die „Offene Methode der Koordinierung“ gefunden werden. Besser und zielführender wäre es, bestimmte Richtlinien für eine Beschäftigungspolitik durch das Parlament und den Ministerrat vorzugeben und diese dann in nationalen Beschäftigungsstrategien verbindlich umzusetzen.

Daneben braucht eine Beschäftigungsstrategie auch eine gewisse gesamtwirtschaftliche Stabilität. Die Stabilität lässt sich durch eine verbesserte gesamtwirtschaftliche Steuerung auf europäischer Ebene erreichen. Bisher findet kaum eine Koordinierung von Haushaltspolitiken der EU-Mitgliedsstaaten statt. Dies zeigt sich insbesondere bei den Konjunkturpaketen, die in allen EU-Mitgliedsstaaten zur Bekämpfung des gesamtwirtschaftlichen Konsumeinbruchs erfolgt sind.

Maßnahmen dieser Pakete sind kaum aufeinander abgestimmt gewesen. Durch den europäischen Binnenmarkt und die einheitliche Währung im Euroraum kann durch eine abgestimmte Politik viel effektiver der Krise entgegen gesteuert werden.

Eine koordinierte Fiskalpolitik reicht jedoch nicht aus. Die EU Mitgliedsstaaten müssen mehr Flexibilität in der Haushaltspolitik bekommen, um in einer Krise auch notfalls mit einem Anstieg der Staatsverschuldung kurzfristige Nachfrageimpulse zu setzen. Das lässt der bisherige Stabilitäts- und Wachstumspakt der EU nur bis zu einer Obergrenze der Nettoneuverschuldung von 3% des BSP zu. Diese Regelung ist zu starr und muss daher reformiert werden.

Gesamtwirtschaftliche Steuerung heißt aber auch das Einbeziehen der Geldpolitik. Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank EZB darf sich nicht alleine am Ziel der Geldwertstabilität orientieren. Die Geldpolitik muss im Zweifel auch eine höhere Inflation zulassen, um mehr Beschäftigung und ein höheres Wirtschaftswachstum zuzulassen.

Um Nachfragemangel und Investitionsstau zu überwinden, die zentrale Ursachen für die Arbeitslosigkeit in der EU darstellen, braucht die EU auch eine bessere finanzielle Ausstattung. In der EU müssen eine einheitliche Bemessungsgrundlage für die Unternehmensbesteuerung sowie Mindestsätze gefunden werden. Hieraus muss eine eigenständige Finanzquelle für die EU abgeleitet werden. Unter der Voraussetzung, dass die EU stärkere demokratische Legitimation erhält und eine vollwertige europäische Regierung mit kontrollierendem Parlament aufweist, sollte sie neben der eigenen Steuerquelle auch die Möglichkeit bekommen, Kredite aufzunehmen.

Diese Elemente bilden zusammen eine Grundlage für eine erneuerte und erfolgreiche Beschäftigungspolitik der Europäischen Union. Darauf müssen natürlich viele einzelne Maßnahmen aufbauen, die tatsächlich mehr und vor allem bessere Arbeitsplätze in der EU schaffen.

Forderungen

Wir Jusos fordern daher die Bundesregierung, die sozialistische Fraktion im Europäischen Parlament und die EU Kommission auf sich für eine neue europäische Beschäftigungspolitik einzusetzen. Kern dieser Politik muss es sein:

1. Die Investitionen in Bildung und Forschung in der EU deutlich zu erhöhen. Mindestens 5% des BSP der EU muss bis zum Jahre 2015 für Forschung und Bildung aufgebracht werden.

2. Wir brauchen mehr soziale Sicherheit für ArbeitnehmerInnen in Europa. Grundvoraussetzung für die Entwicklung neuer Technologien und Innovationen sind hoch motivierte MitarbeiterInnen. Dafür brauchen diese soziale Sicherheit und gute Arbeitsbedingungen. Eine neue Beschäftigungsstrategie muss daher die Arbeitsqualität ebenso zum Schwerpunkt machen wie den Abbau der Arbeitslosigkeit. Wir brauchen gute Arbeitsbedingungen in Europa. Dafür sind starke europäische Gewerkschaften wichtig und der Erhalt bzw. Schaffung der Tarifautonomie in ganz Europa. Diese Tarifautonomie muss durch eine europäische Mindestlohnpolitik ergänzt werden. Nur durch einen Zuwachs an Reallöhnen wird die gesamtwirtschaftliche Nachfrage wieder steigen. Der Lohnsenkungswettbewerb in der EU muss ein Ende nehmen!
3. Die vorhandene Arbeit in Europa muss besser verteilt werden. Steigende Überstunden und Massenarbeitslosigkeit passen nicht zusammen. Wir brauchen daher eine europäische Arbeitszeitrichtlinie, die maximale Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden beschränkt.
4. Darüber hinaus muss die Beschäftigungsquote von Frauen deutlich erhöht werden. Bis 2020 muss der Anteil von Männern und Frauen auf dem Arbeitsmarkt gleich sein. Vor allem in den Vorständen und Aufsichtsräten von Unternehmen müssen die Positionen durch Frauen besetzt werden. Wir fordern daher das Norwegische Modell bei dem eine Frauenquote für Aufsichtsräte in Unternehmen gesetzlich festgeschrieben ist.

Ein Ausbau der regenerativen Energiequellen schafft Arbeitsplätze und führt zu mehr Nachhaltigkeit in der Gewinnung von Energie. In den so genannten green technologies und den green jobs steckt noch viel Potential. Um dieses Potential voll ausschöpfen zu können sind weitere öffentliche Investitionen in die Weiterentwicklung dieser Technologien nötig.

E 8 - LV NRW, LV Schleswig-Holstein

Neuanfang für einen anderen Nahen Osten. Kontinuität in der Zusammenarbeit mit unseren Partnern.

Der Gaza-Krieg zu Beginn dieses Jahres und die Neuwahlen in Israel haben den Nahen Osten einmal mehr in den Blickpunkt der internationalen Politik gerückt. Die Vorzeichen für einen Prozess des gewaltfreien Dialoges derzeit keine Positiven zu sein. Die verheerende Bilanz der Auseinandersetzung macht deutlich, wie dringend ein Kurswechsel in der Politik im Nahen Osten und kontinuierliche Solidarität mit unseren Partnern nötig ist.

Wir Jusos setzen uns seit Jahren für eine nachhaltige und gerechte Lösung des Nahost-Konfliktes, einem der Schlüsselkonflikte unserer Zeit, ein. Unser Projekt Willy Brandt Center Jerusalem leistet seit mehr als 10 Jahren durch Verständigungsarbeit einen Beitrag zur zivilen Konfliktbewältigung in der Region. Wir bekräftigen vor dem Hintergrund der jüngsten Eskalation unsere Grundsätze der Gewaltfreiheit, der Verteidigung der Menschenwürde und des internationalen Rechts und der doppelten Solidarität.

I. Neue Realitäten nach dem Gaza-Krieg und den israelischen Wahlen

1.1 Die Palästinensischen Gebiete nach dem Gaza-Krieg

Die politische und soziale Situation in den Palästinensischen Autonomiegebieten ist nach dem Gaza-Krieg verheerend. In Gaza wurden über 1.000 Menschen getötet, über 20.000 Gebäude zerstört und die Wirtschaft durch die Blockade zum Erliegen gebracht. Unabhängig von der Frage der Verantwortung für die Eskalation der Situation und der Frage nach einer Unvermeidbarkeit der kriegesischen Auseinandersetzung ist es uns wichtig, dass definierte Maßstäbe und der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit Anwendung finden. Beide KonfliktpartnerInnen haben in dieser Auseinandersetzung humanitäres Völkerrecht und Kriegsrecht (Genfer Konvention) verletzt. Wir verurteilen "jede Form der Gewalt gegen ZivilistInnen" sowie "jede Art von Terrorismus" (UN-Resolution 1860).

Vorrangiges Ziel muss nun die Stabilisierung der brüchigen Waffenruhe sein. Wir glauben, dass mittelfristig eine Waffenruhe nur halten kann, wenn Israel auf der einen Seite keine Raketen auf den Süden mehr fürchten muss und die Menschen in Gaza auf der anderen Seite eine wirtschaftliche

und politische Perspektive geboten bekommen. Die Tatsache, dass es der Hamas gelingt, Waffen über Ägypten in den Gaza Streifen zu schmuggeln und damit israelisches Gebiet zu beschießen, ebenso wie die ungemindert rigide Blockadepolitik Israels, führten immer wieder zu Eskalationen zwischen den beiden Seiten. Der Teufelskreis, in dem auf den Beschuss israelischer Städte Israel mit einer schärferen Abriegelung des Gaza Streifens oder einer militärischen Intervention reagiert und die darauf folgende Verschlechterung der humanitären Situation von der Hamas zur Legitimierung ihres Handelns genutzt wird, muss durchbrochen werden. Nur mit dem Durchbrechen dieser Logik kann mittelfristig für die israelische Bevölkerung im Süden Sicherheit garantiert und für die PalästinenserInnen im Gaza Streifen mit einer Lockerung der Blockade eine bessere humanitäre Situation geschaffen werden. Daher muss der Warenhandel mit Gaza erleichtert und Schmuggel-Tunnel überflüssig gemacht werden. Wir fordern die schnellstmögliche Umsetzung des „Agreement on Movement and Access“, das die Öffnung von Warenübergängen nach Gaza, eine Verbindung zwischen Gaza und der Westbank und die Erleichterung der Bewegungsfreiheit in der Westbank vorsieht, sowie die Wiederaufnahme der EU-Grenzmission BAM Rafah zur Sicherung der Grenzübergänge. Im selben Maße fordern wir die strikte Einhaltung der Waffenruhe auf palästinensischer Seite ein – von allen palästinensischen Parteien. Der Waffenschmuggel muss unterbunden und die Grenzsicherung auf ägyptischer Seite daher verstärkt international unterstützt werden.

Im Ergebnis hat die Militäroffensive eine neue Situation der Perspektivlosigkeit für die Bevölkerung des Gaza-Streifens hinterlassen. Es ist davon auszugehen, dass die HauptverliererInnen der Militäroffensive die verhandlungsbereiten Kräfte auf beiden Seiten sind. Umfragen belegen, dass die Hamas im Gaza-Streifen politisch geschwächt aus den Auseinandersetzungen hervorgeht, während die Unterstützung in der Westbank gestiegen ist. Eine Schwächung der Hamas im gesellschaftlichen Ansehen wurde somit nicht erreicht. Im Gegenteil hat die frühe Parteinahme von Präsident Abbas gegen die Hamas-Politik in Gaza unter den PalästinenserInnen weiter Misstrauen gegen die Fatah geschürt. Eindeutig haben die Folgen des Gaza-Kriegs damit nur eines bewiesen: Mit militärischen Mitteln kann kein dauerhafter Fortschritt erzielt werden.

Auch im Westjordanland ist die Lage weiterhin angespannt. An den massiven wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Problemen konnte auch der in Annapolis angestoßene Prozess nichts ändern. Eine der größten wirtschaftlichen Hürden stellt immer noch die stark eingeschränkte Bewegungsfreiheit dar, zu der – besonders um Jerusalem – noch ein verstärkter Siedlungsbau Israels hinzukommt. Auf der anderen Seite mangelt es in der palästinensischen Gesellschaft immer noch am Verständnis für demokratische Kultur, was durch den Boykott der gewählten Hamas noch zusätzlich verstärkt und mit viel Unverständnis aufgenommen wurde.

1.2 Situation der Fatah

Generell ist eine kritische Auseinandersetzung mit den Eliten unabdingbar. Die Schwäche unserer Partnerorganisation Fatah ist besonders auf ein Versagen der Eliten in der Partei und das nach dem Tod von Arafat entstandene Machtvakuum zurückzuführen. Besonders korrupte Strukturen und Misswirtschaft in der Fatah, der Polizei und der Bürokratie der PA sowie die Uneinigkeit innerhalb der Partei trugen schlussendlich zur anschließenden Wahlniederlage 2006 bei. Die aktuelle Führungsebene konnte den Vertrauens- und Ansehensverlust in der Gesellschaft nicht bremsen und zeigte sich in den vergangenen Jahren politisch sehr schwach. Es fehlt der Fatah aber auch eine klare Vorstellung, wie junge PolitikerInnen in die Mutterpartei integriert werden sollen, was sich in einer überalterten Führungsstruktur manifestiert. Wir unterstützen daher die Fatah Youth Organisation darin, die Rolle der Jugendlichen in der Fatah zu stärken.

Die Jusos begleiten diesen Prozess seit langem und fordern weiterhin ein baldmöglichstes Abhalten des 6. Kongresses und weitere demokratische Reformen. Dies gebieten nicht nur unsere gemeinsamen demokratischen Grundsätze, sondern auch die Überzeugung, dass nur durch diese Legitimation die Politik der Fatah und seine Führungsebenen wieder an Ansehen gewinnen können.

1.3 Rolle der Hamas

Die Hamas als islamistische Partei ist mit ihrer religiösen und antisemitischen Charta eine Partei, die in keiner Weise unseren politischen noch gesellschaftlichen Vorstellungen entspricht. Antisemitische Verschwörungstheorien sowie Hetze gegen Juden und den Staat Israel sind gefährliche Aspekte dieser Organisation. Es ist ein erklärtes Ziel der Hamas israelische ZivilistInnen durch Kassam-Raketen zu töten. Ziel dieser Organisation ist die Vernichtung des Staates Israel. In ihrem Kampf schreckt sie selbst davor nicht zurück die eigene Zivilbevölkerung zu instrumentalisieren und als einen „menschlichen Schutzschild“ zu missbrauchen. In ihrer Charta lehnt sie das Existenzrecht Israels ab und leugnet in der Vergangenheit wiederholt den Holocaust. Auch die Machtübernahme in Gaza hat gezeigt, wie die Hamas mit politisch und gesellschaftlich Andersdenkenden umgeht, GegnerInnen verfolgt und die Rechte von Frauen und Minderheiten nicht anerkennt. Dies ist auch in Zukunft nicht akzeptabel.

Die Ereignisse seit dem Wahlsieg der Hamas haben jedoch gezeigt, dass sie eine wichtige Position im palästinensischen Machtgefüge eingenommen hat. Die Hamas ist mittlerweile tief verwurzelt und

genießt breite Unterstützung in der Bevölkerung. Der internationale Boykott der Hamas und insbesondere der Einheitsregierung vom März 2007 konnten die Organisation nicht ernsthaft schwächen, sondern verstärkten im Gegenteil die innerpalästinensischen Machtkämpfe. Folge war die gewaltsame, illegale Machtübernahme in Gaza, die zur Schwächung der säkularen Kräfte in Palästina und besonders im Süden zur Verschlechterung der Sicherheitssituation für den Staat Israel führte.

Eine neue internationale Politik muss dieser veränderten Ausgangslage Rechnung tragen. Die Hamas bleibt vorerst die wichtigste Kraft im Gaza-Streifen und ist eine politische Realität. Ein ernsthafter israelisch-palästinensischer Friedensprozess ist nicht mehr möglich, solange die PalästinenserInnen politisch gespalten bleiben. Nachhaltige Ergebnisse und innerpalästinensische Fortschritte im internationalen Interesse und dem Interesse Israels sind mit einer Politik der internationalen Isolation nicht erreichbar. Aktuell scheint nur eine Regierung der nationalen Einheit mit Beteiligung aller relevanten politischen Organisationen dieses Problem adäquat beantworten zu können.

Grundsätzlich muss man zudem feststellen, dass die Hamas jenseits aller radikalen Rhetorik durchaus zu pragmatischer Politik fähig ist. Im Rahmen der nationalen Einheitsregierung 2007 unterzeichnete sie etwa das von Saudi-Arabien vermittelte „Mekka-Abkommen“, das als Basis der Fatah-Hamas-Regierung diente. Dieses Dokument bekannte sich zur Anerkennung Israels unter den Bedingungen der Friedensinitiative der Arabischen Liga und erkannte die von der PLO mit Israel unterzeichneten Abkommen an. Dieser Schritt zeigt, dass ein kontinuierliches Werben für die Anerkennung Israels und der Zweistaatenlösung auch gegenüber der Hamas in Zukunft fortgesetzt werden muss und sie in diesen Dialog einzubinden ist.

1.4 Israel und die Linke nach den Neuwahlen

Der Ausgang der Neuwahlen zur israelischen Knesset war für die Linke in Israel ein Schock: Die Arbeitspartei ist auf einem historischen Tiefstand angekommen und Meretz mit nur drei Sitzen wesentlich geschwächt. Die neugeformte israelische Regierung ist ein Bündnis um den gegenüber dem Friedensprozess mit den Palästinensern sehr kritisch eingestellten Netanjahu mit der israelischen Arbeitspartei, dem Rechtspopulisten Lieberman und weiteren rechten oder religiösen Parteien. Dass die Arbeitspartei innerhalb der Regierung Akzente im Friedensprozess setzen kann, ist daher unwahrscheinlich. Daher war der Eintritt in die Koalition innerhalb der Partei heftig umstritten. Viele Parteimitglieder gehen eher von einem „politischen Ausverkauf“ der Parteiwerte und einem Ansehensverlust aus, besonders da man sich im Wahlkampf stark von dieser Koalition distanziert hatte. Fünf von dreizehn Laborabgeordneten haben der Koalitionsregierung in der

Knesset die Zustimmung versagt und bilden jetzt eine Opposition innerhalb der Fraktion. Eine Abspaltung der Koalitionskritiker von der Fraktion ist nicht unwahrscheinlich. Zumindest vier der Abgeordneten ziehen diesen Schritt in Erwägung.

Ebenso festzustellen ist ein der palästinensischen Gesellschaft analoger Prozess in Israel: Die UnterstützerInnen der Friedensverhandlungen werden auch auf israelischer Seite für den Gaza-Krieg und selbst für den Konflikt mit der Hisbollah verantwortlich gemacht und mussten politisch Tribut zollen. Besonders in Israel ist als Folge der Zweiten Intifada und des Scheiterns von Camp David der Glaube an Verhandlungslösungen verloren gegangen. Das Scheitern der Friedensgespräche in Camp David zerstörte den Glauben an PartnerInnen auf der palästinensischen Seite und entzog der politischen Linken die politische Basis. Davon hat sich die Linke bis heute nicht erholt.

Seit der Zweiten Intifada hat sich auf beiden Seiten eine Tendenz herausgebildet, die im Kern darauf hinausläuft, immer weniger Verständnis für die jeweils andere Perspektive aufbringen zu wollen. Der Wunsch nach bloßer physischer Separation ist seither allgegenwärtig und größer als die Hoffnung auf dauerhaften und stabilen Frieden. Im Lichte dieser Analyse wird die neue Regierung kaum Handlungsfähigkeit in der Konfliktlösung zeigen, hierzu fehlt bei zentralen AkteurInnen nicht zuletzt der politische Wille. Eine Lösung des Konflikts ist mit Netanjahu und Lieberman weiter in die Ferne gerückt. Der notwendige Kurswechsel, ein Ende der Siedlungs- und Besatzungspolitik sowie Zugeständnisse im Hinblick auf die Zweistaatenlösung werden nicht Ziel der neuen israelischen Regierung sein.

Dieser politischen Lage kann nur mit einer Doppelstrategie begegnet werden: Durch unsere Kooperation mit unseren PartnerInnenorganisationen im Rahmen des Willy Brandt Centers wollen wir friedensbereite Kräfte in Israel stärken und aufzeigen, dass ein friedenspolitischer Weg langfristig die einzige Chance bietet. Die israelische Gesellschaft lehnt auch weiterhin die Zweistaatenlösung nicht ab, erwartet aber konkrete Ergebnisse und eine Verbesserung der Sicherheitslage. Wir glauben, dass dies langfristig nur durch Kooperation ermöglicht werden kann. Gerade deshalb müssen wir aber auch auf einen stärkeren internationalen Druck von Seiten Amerikas und der EU setzen, um trotz der schwierigen politischen Konstellation den Prozess nicht abrechen zu lassen. Eine Pause im Friedensprozess ist weder im Interesse Israels noch Palästinas.

1.5 Veränderte Internationale Parameter

Die Rolle der internationalen Gemeinschaft war in der Nahost-Frage zuletzt keine konstruktive. Angemessene und ausreichende Versuche zur Verhinderung einer Eskalation oder gar einer Verlängerung der Waffenruhe im Dezember 2008 gab es nicht. Der Annapolis-Prozess war allein in der zeitlichen Anlage zum Scheitern verurteilt. Das Nahost-Quartett hatte es nicht geschafft oder war gar nicht Willens, mehr Druck auf die beiden Konfliktparteien zu legen, um überhaupt die als ersten Schritt in der Roadmap verlangten „vertrauensbildenden Maßnahmen“ von beiden Seiten einzufordern. Die Roadmap, die auch im Annapolis-Prozess eine wichtige Grundlage darstellte, bleibt weiterhin ein wichtiges Dokument, das einen Rahmen für konkrete Friedensverhandlungen legt. Es mangelt ihr aber vor allem an klar formulierten Zielvorgaben, insbesondere in der Frage der Endstatusthemen, und somit an der notwendigen Verbindlichkeit. Dies verdeutlichte Annapolis einmal mehr.

Wir fordern daher die internationale Gemeinschaft auf, die Lehren aus diesen der Roadmap immanenten Problemen und der aktuellen politischen Lage zu ziehen: Das Nahost-Quartett muss eine Erklärung initiieren, welche die wesentlichen Parameter für die Regelung des israelisch-palästinensischen Konflikts skizziert, um so die nötige Verbindlichkeit für beide Seiten zu schaffen. Als zweiten Schritt muss das Quartett einen Mechanismus entwickeln, der die Bereitschaft beider Seiten anhand vorgegebener Kriterien kontrolliert. Die Etablierung eines Anreiz- und Sanktionsmechanismus würde den bisher mangelnden Druck auf die Regierungen legen, um wirkliche Fortschritte erzielen zu können.

Eine besondere Rolle kommt dabei der neuen Regierung in den Vereinigten Staaten zu. Den von Obama eingeschlagenen Weg des Dialogs im Nahen Osten begrüßen wir ausdrücklich. Ihm müssen nun aber weitere Schritte folgen, die auch vor der Abkehr von tradierten Haltungen nicht zurückschrecken. Denn besonders den USA wird die Aufgabe zukommen, wichtige Verbindungen mit Israel zu nutzen, um Zugeständnisse einzufordern und den Versöhnungsprozess in Palästina zu stützen.

Die Internationale Gemeinschaft muss die palästinensische Regierung und Präsident Abbas durch die Unterstützung beim Aufbau des Sicherheitssektors und durch finanzielle und logistische Unterstützung in die Lage versetzen, das staatliche Gewaltmonopol wieder herzustellen. Die Entwaffnung und Demokratisierung der Hamas bleibt ein notwendiges Ziel, um Sicherheit für Israel dauerhaft zu gewährleisten. Durch eine aktive und präventive Entwicklungspolitik muss den Milizen der ideologische und soziale Nährboden entzogen werden. Israels gezielte Unterstützung der PA

beispielsweise durch Grenzöffnungen ist dabei notwendig. Ohne Israels aktive Politik können europäische Initiativen nicht wirken. Ziel muss es sein, die Hamas als politische Kraft einzubinden, Verhandlungen zu beginnen und gleichzeitig deren bewaffneten Arm in Gänze abzubauen. In Palästina wird nur ein nationaler Dialog aller Kräfte jede internationale Anstrengung mit Erfolg krönen. Die Fatah wird aufgefordert, zu neuen Gesprächen mit der Hamas über eine Einheitsregierung bereit zu sein. Ebenso ergeht die Aufforderung, die bisher indirekten Gespräche zwischen Israel und Syrien weiterzuführen.

Die Waffenlieferungen an die Hamas müssen beendet werden. Dazu ist ein Waffenembargo und die Aufklärung bzw. Kontrolle des Embargos unerlässlich. Wir fordern Syrien und den Iran auf, sich nicht militärisch und mit Waffenunterstützung an dem Konflikt mit Israel-Palästina zu beteiligen. Des Weiteren wollen wir auch mit unserer konkreten Arbeit vor Ort weiter den internen Demokratisierungs- und Modernisierungsprozess der Fateh unterstützen. Die Fateh muss ein glaubwürdiger Vertreter für die Palästinenser sein, um den moderaten Weg zur Beendigung der Besatzung, nämlich durch Verhandlungen, zu stärken.

1.6 Europas Einfluss stärken

Die EU hat im Nahen Osten in den vergangenen Jahren keine überzeugende Rolle gespielt. Seit der Verabschiedung der Roadmap-Initiative hat die EU stetig an Einfluss verloren und sich zuletzt immer mehr auf die Vergabe von humanitärer und Wiederaufbauhilfe beschränkt. Während des Krieges in Gaza war die EU einmal mehr zu keiner gemeinsamen Erklärung in der Lage.

Die Europäische Union muss ihre guten Verbindungen in die Region wieder zur Erreichung politischer Initiativen und zur Durchsetzung von Zielen einsetzen und sich selbst nicht nur auf die Vergabe von Entwicklungsgeldern beschränken. Insbesondere die oben beschriebene „Blaupause“ zur Einkreisung der auf dem Tisch liegenden Lösungsansätzen sowie die verstärkte Sanktionierungs- und Kontrollfunktion muss führend von Europa erarbeitet werden. Ein erstes positives Zeichen ist die Erklärung des Europäischen Rates vom 30. Dezember 2008, welche die politischen Einigungsanstrengungen zwischen Hamas und Fatah ausdrücklich lobt. Die Anerkennung einer Einheitsregierung in den Palästinensischen Autonomiegebieten durch die EU wäre eine wichtige Abkehr von den Fehlern der letzten Jahre. Wir fordern die EU auf, aktiver am Prozess teilzunehmen, dabei aber nicht allein die USA zu unterstützen, sondern mit einer gemeinsamen Stimme neue Anstöße zu geben.

Die Vereinten Nationen müssen als legitimer Raum für Verhandlungen gestärkt werden. Langfristig ist ein umfangreiches Stabilisierungskonzept notwendig, das die Grundlage einer Friedensordnung im Nahen Osten bildet. Die Konfliktparteien müssen dieses unter Vermittlung der Vereinten Nationen oder des Nahost-Quartetts erarbeiten. Hier müssen politische, humanitäre, diplomatische und wirtschaftliche Instrumente ineinander greifen und eindeutig im Vordergrund stehen. Dieser Plan muss sowohl die kurzfristigen humanitären Hilfsmaßnahmen, aber auch die langfristige Stabilisierung in der Krisenregion ermöglichen.

Unter dem Dach der Vereinten Nationen muss eine „Konferenz für Sicherheit und Entwicklung“ stattfinden. Ziel muss es sein, Abrüstungsstrategien für den Nahen Osten zu entwickeln und gemeinsame Sicherheitsinteressen zur erarbeiten. Die Idee der KSZE spielte eine zentrale Rolle als vertrauensbildende Maßnahme und zur De-Eskalation des Kalten Krieges. Hieraus können Lehren auch für Nahost gewonnen werden. Wichtig hierbei ist, dass alle relevanten AkteurInnen, wie es mit der Annapolis Konferenz bereits versucht wurde, an einen Tisch zu bekommen. Besonders Ägypten, Syrien, der Libanon und der Iran spielen eine bedeutende Rolle im israelisch-palästinensischen Konflikt und tun es auch in der aktuellen Eskalation. Die Jusos plädieren wie ihre Dachorganisation IUSY dafür, den Nahost Konflikt als einen Konflikt der Region zu betrachten. Dies erfordert umfangreiche, komplexe und langfristige Strategien.

Vor allem Syrien verfügt durch die Bündnisse mit der Hisbollah und der Hamas über ein hohes Störpotenzial in der Region. Gleichzeitig ist das säkulare Regime in Damaskus aber im Hinblick auf seine eigenen Interessen in einen größeren Lösungsansatz integrierbar, denn es ist ideologisch nicht in der Achse Hisbollah-Hamas-Iran verortet und, wie die jüngsten Entwicklungen zeigen, auch gesprächsbereit.

Syrien hat angekündigt, mit dem neuen US-Präsidenten Obama bei der Schaffung einer Friedensordnung im Nahen Osten zu kooperieren. Die Gespräche zwischen Syrien und Israel müssen daher mit internationaler Unterstützung fortgesetzt werden. Eine zügige Einigung im Verhältnis der beiden Länder inklusive einer Lösung für die Golanhöhen ist momentan wahrscheinlicher als eine Lösung im israelisch-palästinensischen Konflikt. Ein stabiler Frieden mit Syrien würde den Einfluss des Iran auf die Region massiv schwächen, wobei das Ende der iranisch-syrischen Verbindungen von einem Prozess der stärkeren Einbindung und internationalen Akzeptanz Syriens herrühren sollte und nicht als derzeit unerfüllbare Vorbedingung an Syrien gestellt werden kann.

II. Solidarisch für eine junge, linke Perspektive in Israel und Palästina.

2.1. Situation der Jugend in Israel und Palästina

Als sehr junge Gesellschaften stellt die Altersgruppe zwischen 18 und 35 die Mehrheit der palästinensischen und der israelischen Bevölkerung dar. Der Alltag der jungen Menschen ist auf beiden Seiten vor allem durch Denk- und Handlungsmuster bestimmt, die durch gegenseitiges Misstrauen und Gewalt geprägt sind. Spätestens seit der zweiten Intifada gibt es so gut wie keinen Raum für Austausch und Kontakt mehr zwischen jungen Israelis und PalästinenserInnen. Die Bereitschaft sich mit der anderen Seite auseinanderzusetzen schwindet und wird von der eigenen Gesellschaft tabuisiert und kritisiert.

Auf israelischer Seite lässt sich eine verstärkte Entpolitisierung der Jugend beobachten. Dies ist unter anderem auf die politischen Führungskrisen und den ergebnislosen Friedensprozess zurückzuführen, die zu einem Vertrauensverlust gegenüber der Handlungsfähigkeit der politischen AkteurInnen geführt haben. Auch die schwierige wirtschaftliche Lage lastet in besonderem Maße auf der jungen Generation.

Auf der palästinensischen Seite ist die Jugend von der sozialen und politischen Situation sowie von den innerpalästinensischen Konflikten besonders hart betroffen. Trotz ihrer zahlenmäßigen Mehrheit ist die Beteiligung von jungen Menschen an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen gering. Ihre Handlungsmöglichkeiten und Lebensperspektiven werden begrenzt durch autoritäre und antidemokratische Strukturen sowie durch die Besatzungsrealität. Trotz hohen Bildungsstandes sind die Chancen auf entsprechende Beschäftigungsverhältnisse und berufliche Entwicklungschancen minimal. Dies führt zu einer massiven Abwanderung von qualifizierten jungen Palästinensern in die arabischen Nachbarstaaten oder in die USA.

Zukunftspessimismus äußert sich bei jungen Israelis wie PalästinenserInnen in der mangelnden Bereitschaft, Gestaltungs- und Entscheidungsmöglichkeiten einzufordern und gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Vor diesem Hintergrund stehen unsere PartnerInnenorganisationen Young Labor, Young Meretz und Young Fatah insgesamt vor besonders schwierigen Herausforderungen.

Die Partizipationsmöglichkeiten von jungen Nachwuchskräften in den Fatah-Strukturen sind durch den weiterhin ausstehenden 6. Generalkongress der Fatah-Bewegung blockiert. Die mangelnden Aufstiegsmöglichkeiten ziehen auch eine Aufschiebung des eigenen Wahlkongresses und damit auch eine Blockierung der Erneuerung des eigenen Personals sowie einer programmatischen

Reformierung nach sich. Dies verhindert auch eine Überwindung der Fragmentierung innerhalb des Verbandes. Young Fatah wird es damit unmöglich gemacht, sich als starker Jugendverband zu profilieren und damit die Chance vergeben sich als Sprachrohr für Interessen junger PalästinenserInnen einzusetzen.

Young Labour und Young Meretz stehen nach der Wahlniederlage vor der Notwendigkeit einer innerparteilichen Neuausrichtung. Auch mehrere Monate nach der Wahl befindet sich vor allem die Meretz Partei weiterhin in der Schockstarre. Eine strategische Antwort auf den Vertrauensverlust in der Bevölkerung ist bisher nicht zu erkennen. Young Meretz ist nach dem herausragenden Engagement ihrer Aktivisten im Wahlkampf vor die Aufgabe gestellt, diese nach der vernichtenden Niederlage erneut zu motivieren und für ein dauerhaftes Engagement an sich zu binden. Darüber hinaus sehen sie sich in der Verantwortung als Impulsgeber für die strategische Neuorientierung der Mutterpartei.

Mit dem Beitritt in die rechtsgerichtete Regierungskoalition unter Netanjahu steht die Laborpartei vor einer inneren Zerreißprobe. Young Labor hat sich frühzeitig klar gegen eine Koalitionsbeteiligung ausgesprochen und unterstützt die Opposition innerhalb der Fraktion. Sie sehen sich seitdem heftiger innerparteilicher Kritik von Seiten der Parteiführung um Ehud Barak ausgesetzt. Gleichzeitig erfährt Young Labor für diese Positionierung starken Zuspruch von Seiten ihrer eigenen Aktivisten. Die zukünftige Entwicklung der Partei erscheint derzeit gänzlich ungewiss. Young Labor nimmt dabei derzeit im Neuformierungsprozess der Partei eine aktive Rolle ein.

2.2 Rolle der Jusos

Das Existenzrecht des Staates Israel muss auch in Zukunft unumstößlicher Pfeiler in der Deutschen Außenpolitik bleiben. Nicht zuletzt der Gaza-Krieg hat gezeigt, dass oft vorschnell absolute Haltungen und unreflektierte einseitige Positionen eingenommen werden. Dieser Einseitigkeit erteilen wir als Jusos eine klare Absage. Die Diskussionen sind Teil des Konflikts, nicht Teil einer Lösung.

Das Existenzrecht Israels muss sich auch in Zukunft in der deutschen Außenpolitik widerspiegeln. Die Rechte der PalästinenserInnen sind aber kein Gegensatz zu dieser Position, sondern leiten sich daraus ab. Sie bedingen und ergänzen einander. Wir sind der Überzeugung, dass nur ein lebensfähiger und florierender Staat Palästina für Israel wirkliche Sicherheit bringen kann. Daher arbeiten wir auch in Zukunft entlang dieser beiden Maxime. Nicht mit einseitigen Solidaritätsbekundungen, sondern mit einer solidarischen Unterstützung aller Menschen,

Leidtragenden des Konflikts auf beiden Seiten und vor allem unserer politischen PartnerInnen können wir Teil der Lösung sein – nicht des Konflikts. Nur durch eine kritische Auseinandersetzung mit Regierung und Gesellschaft auf beiden Seiten können wir linke Kräfte stärken.

Die Grundlage unserer politischen Lösungsansätze bildet die Idee einer Zweistaatenlösung. Auch wenn andere Konzepte denkbar oder „visionärer“ wären, ist sie in der heutigen Lage die einzig akzeptierbare Lösung für Israelis und PalästinenserInnen. Den Konfliktparteien andere Vorstellungen von außen aufzustülpen halten wir für nicht zielführend. Basis für die Aufstellung von konkreteren Verhandlungen muss nach unserer Ansicht weiterhin die Roadmap sein. Die Initiative der Arabischen Liga von Beirut 2002 sollte in Zukunft einen wichtigeren Platz auch in der israelischen Politik erhalten. Zudem müssen Verhandlungen über die Kernfragen der Grenzen, Jerusalems, der Sicherheit, des Wassers und der palästinensischen Flüchtlinge konkretisiert und mit mehr – auch internationalem –

Nachdruck verfolgt werden. Ausgangslage hierfür können die Vorschläge der Genfer Initiative aber insbesondere auch die Clinton-Parameter von 2000 sein.

2.3 IUSY

Die Jusos sind ein internationalistischer Verband. Wir setzen uns in Europa und global in unserem Dachorganisationen ECOSY und IUSY für die Stärkung der sozialdemokratischen und sozialistischen Idee, für Verständigung und Dialog ein. Unser Internationalismus entspringt der Überzeugung, gemeinsame Lösungen zu finden, multilaterale Institutionen zu stärken und Solidarität walten zu lassen. Als internationale sozialistische Dachorganisation hat IUSY das Willy-Brandt-Center als Plattform für dieses Selbstverständnis unterstützt. Es ist Anlaufpunkt für Delegationen aus der ganzen Welt und wird von SozialistInnen und SozialdemokratInnen als Möglichkeit genutzt, jenseits des diplomatischen Parketts mit jungen Menschen aus Israel und Palästina über die täglichen Herausforderungen und Anforderungen in Kontakt zu kommen. Wir wollen das WBC als internationale Plattform ausbauen. Wir wollen verschiedene Perspektiven und Ansätze kennen lernen und Expertise für alle Kräfte bieten, die auf eine gewaltfreie, friedliche Lösung des Nahostkonflikts hinarbeiten.

Die aktive Beteiligung unserer Schwesterorganisationen auf der ganzen Welt ist dafür wertvoll und ausdrücklich erwünscht. Das WBC ist ein internationales Center.

IUSY spiegelt und verinnerlicht die Einbindung unterschiedlicher Positionen. IUSY fühlt sich dem Ausgleich und der Kooperation verpflichtet. Als Mitgliedsorganisationen aus Israel und Palästina haben Labour, Meretz und Fateh in der IUSY eine besondere Rolle als Taktgeber- und SchrittmacherIn

für Lösungen. Diese Erwartungshaltung ist nicht einseitig. IUSY wird auf internationaler Ebene und in den Mutterparteien alle Anstrengungen unterstützen, die PartnerInnen zu stärken und für kooperative Lösungen in der Sozialistischen Familie zu werben.

2.4 Das Willy Brandt Center Jerusalem

Das WBC Jerusalem steht für die genannten Grundsätze der Jusos. Mit der Einrichtung und der Arbeit des Willy Brandt Centers in Jerusalem haben die Jusos in den vergangenen Jahren nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch ihre Solidarität mit linken, friedensbereiten Kräften auf beiden Seiten des Konflikts bewiesen. In Kooperation mit den IUSY-Mitgliedsorganisationen vor Ort stehen die Jusos für eine linke und gewaltfreie politische Perspektive im Nahen Osten ein.

Das Willy Brandt Center geht auf einen Partnerschaftsvertrag zurück, in dem Jusos, Young Labor und Young Fateh 1996 den gemeinsamen Willen bekundeten, in Jerusalem einen Ort der Begegnung und des Dialogs einzurichten. Seit 2003 ist mit Young Meretz ein weiteres IUSY Mitglied der Partnerschaft beigetreten. Was anfangs noch als entfernte Vision erschien, konnte im Rahmen des Zivilen Friedensdienstes 2003 mit dem Bezug eines Hauses, das sich symbolträchtig auf der sogenannten Grünen Linie befindet, in die Realität umgesetzt werden. Seitdem arbeitet ein trilaterales Team bestehend aus jungen Deutschen, Israelis und Palästinensern im Willy Brandt Center.

Über die letzten Jahre konnte sich das Willy Brandt Center als Anlaufstelle für politische Bildung und als geschützter Raum für Begegnung und Dialog in Jerusalem etablieren. Inzwischen stützt sich die Arbeit des Zentrums auf drei Hauptsäulen. Die erste Säule bilden die Aktivitäten im Rahmen des Kooperationsprojektes der politischen Partnerorganisationen, welche auf die 1996 geschlossene Vereinbarung zurückgehen. In der zweiten Säule konnte im Juni 2007 ein Projekt mit Jugendverbänden unter dem Dach des International Falcon Movement / Socialist Educational International (IFM SEI) implementiert werden. Öffentliche politische und kulturelle Veranstaltungen in der dritten Säule machen das Willy Brandt Center zu einem lebendigen Ort der Diskussion, des Austauschs und der Begegnung für politische und zivilgesellschaftliche Akteure. Die Kooperation der politischen Partner unter dem Dach des Willy Brandt Center hat sich über die vergangenen Jahren gefestigt und die Zusammenarbeit wurde trotz schwieriger politischer Realitäten fortgesetzt und ausgebaut. Dies hat sich nicht zuletzt während des Gaza-Krieges zu Beginn des Jahres unter Beweis gestellt.

Die Arbeit mit den PartnerInnen verfolgt im Wesentlichen zwei Ziele. Zum einen unterstützt das WBC die Partner als MultiplikatorInnen sozialistischer Politikentwürfe und als mögliche zukünftige Entscheidungsträger bei der inhaltlichen und strategischen Weiterentwicklung ihrer Verbandsarbeit:

- Gemeinsam mit den israelischen Partner wurden Seminarreihen und Einzelmaßnahmen entwickelt und durchgeführt, die sich neben Fragen von Organisationsentwicklung, Medien oder Kampagnenführung auch mit Themen wie Umwelt, soziale Ungleichheit und natürlich Lösungsperspektiven im Nahostkonflikt beschäftigt haben.
- Mit dem Projekt „Youth for a democratic change“ wurde gemeinsam mit der Fateh Jugend ein Programm zur demokratischen Reformierung des Verbandes und der Strukturentwicklung aufgelegt. 2008 nahmen 40 ausgewählte TeilnehmerInnen aus der gesamten Westbank an einem intensiven Seminarprogramm und einem Austausch mit den Jusos teil.

Zum zweiten werden im Rahmen trilateraler Projekte und Bildungsmaßnahmen Räume für Begegnung und Dialog geschaffen. Junge Israelis und Palästinenser erhalten im Austausch mit Jusos die Gelegenheit sich mit den Realitäten und Wahrnehmungen der anderen Seite auseinanderzusetzen. Im letzten Jahr fanden ungefähr 10 trilaterale Begegnungen vor allem im Rahmen von Delegationsreisen statt, von denen alle beteiligten Seiten profitiert haben. Viele Juso-Landesverbände und Unterbezirke haben sich in diesen Maßnahmen eingebracht und für eine immer breitere Verankerung des WBC im Verband gesorgt. Die erfolgreiche Arbeit in diesen beiden Arbeitsschwerpunkten wollen wir auch in Zukunft fortsetzen und weiter ausbauen.

Gemeinsam mit unseren Partnern wollen wir uns den oben dargestellten aktuellen politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen stellen. Das Willy Brandt Center bietet als gemeinsame Plattform den Raum für einen gemeinsamen Austausch linker Politikkonzepte, die Formulierung gemeinsamer politischer Initiativen und die Entwicklung neuer kreativer Strategien zur Unterstützung nötiger Reformprozesse in den Verbänden und Mutterparteien.

Gemeinsam engagieren wir uns im WBC solidarisch für

- die Unterstützung unserer politischen Partner als Reformmotoren ihrer Mutterparteien auch gegen innerparteiliche Widerstände.
- die Formulierung linker Politikentwürfe und ihre Verankerung in unseren Gesellschaften
- die praktische Erfahrbarkeit von Dialog und internationaler Solidarität und die Stärkung dialogbereiter Kräfte auf beiden Seiten des Konflikts

die Erzeugung politischen Handlungsdrucks für eine konkrete Umsetzung der Zweistaatenlösung.

F

Finanzmarkt-, Wirtschaftspolitik, Kapitalismuskritik

F 1 – Bundesvorstand

Systemerror – Zu Finanzmärkten, der Krise und dem Kapitalismus

Derzeit herrscht die größte Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg, weltweit brechen die Märkte ein und alle Prognosen sagen weitere Abschwünge voraus. Nach der Lehmanpleite im Oktober 2008 schien wie aus dem Nichts heraus alles zusammenzubrechen, was Marktradikale in den letzten Jahren gepredigt hatten. Die Finanzmärkte versprachen nicht unablässlich steigende Gewinne, sondern drohten die gesamte Weltwirtschaft in den Abgrund zu reißen. Nur durch bis dahin unvorstellbare Rettungsmaßnahmen der Staaten wurde der totale Finanz-Crash verhindert. Die internationalen Finanzgeschäfte erholen sich nur langsam, während die Realwirtschaft weltweit in eine der tiefsten Rezessionen der Geschichte abgleitet. Überall finden Debatten über die Ursachen und die Nötigen Konsequenzen aus der Krise statt. Dies ist die Schlüsseldiskussion der nächsten Monate und Jahre, in die wir Jusos uns einmischen.

Trotz der Entlarvung des Neoliberalismus als Weg in die größte Krise bleiben seine AnhängerInnen auf den Machtpositionen sitzen. Nach einem kurzen Schock, haben sie schnell wieder ihre alten Parolen vorgebracht und die Schuld einem Staatsversagen zugeschoben. Den Ruf nach dem Staat als Retter sehen sie nicht als Eingeständnis in das Versagen ihrer Ideologie, sondern nur als notwendigen Zwischenschritt, um anschließend wieder zu den alten Verhältnissen zurückzukehren. Sie werden um ihren Einfluss und ihre Interessen weiterhin kämpfen. Dem werden wir uns entgegenstellen.

Die Krise

Krisen sind im Kapitalismus keine Ausnahme, sondern elementarer Bestandteil der Produktionsweise und werden immer wiederkehren. Es sind Phasen, in denen die Kapitalakkumulation ins Stocken gerät und Strukturanpassungen erfolgen, bei denen sich insbesondere die Machtverhältnisse auf der Kapitaleseite verschieben. Egal, wie der Kapitalismus gestaltet ist, langfristig ist es eine Illusion, Krisen zu verhindern. Es ist richtig, für eine soziale Bewältigung von Krisen zu sorgen und sich dafür einzusetzen, dass dem Kapitalismus soziale Regeln gegeben werden. Grundsätzlich kommen wir jedoch nicht umhin, den Kapitalismus als Ganzes der Kritik zu unterziehen.

Gerade jetzt muss es darum gehen, den Kapitalismus als Herrschafts- und Unterdrückungssystem in Frage zu stellen. Das kapitalistische System ist von Menschen gemacht und kann auch von den Menschen überwunden werden. Das Potenzial emanzipatorischer Bildung und kritischer Wissenschaft muss dabei stärker in den Fokus gerückt werden. Die Möglichkeit und die Notwendigkeit sind gegeben, Alternativen zu diskutieren, neue Wege zu finden und Perspektiven des demokratischen Sozialismus zu verwirklichen!

Hierzu müssen wir uns in die konkreten sozialen Verteilungskämpfe einmischen.

Entscheidend ist es darüber hinaus, die Ursachen der gegenwärtigen Krise zu benennen. Es wird versucht, die Krise auf Gier einiger Manager und „Finanzhai“ sowie das Fehlen „ehrlicher Kaufleute“ oder auf Staatsversagen zurückzuführen. Auf Grundlage solcher Argumente wird es keine wirkungsvollen Veränderungen geben. Die Ursachen der Finanzkrise liegen in den Wirkungsweisen des Kapitalismus. Dessen aktuelle Spielregeln und die daraus resultierenden Folgen haben uns zu der heutigen Lage geführt. Durch der damit einhergehenden Deregulierung und den Bedeutungszuwachs der Finanzmärkte haben sie eine so dominante Stellung in der wirtschaftlichen Basis eingenommen, dass sie gegenwärtig Krisen dieses Ausmaßes produzieren. Auch dadurch kam es zu immer krasserem Verteilungsunterschieden auf allen Ebenen. Sowohl innerhalb der Volkswirtschaften hat die Verteilung des Reichtums von den kleinen Arbeitseinkommen hin zu den großen Kapitaleinkommen stattgefunden als auch zu weiterer Kapitalkonzentration in den Industrieländern geführt. Durch die kurzfristige Renditeorientierung fanden weniger Investitionen in die Realwirtschaft, sondern profitversprechende Finanzmarktprodukte statt. Auch die internationalen Handelsbilanzdifferenzen haben die Spekulation immer weiter angeheizt. Seit den 70er Jahren müssen in allen Industrienationen wachsende Einkommensunterschiede, ein sinkender Anteil der Lohneinkünfte am Volkseinkommen, stagnierende Reallöhne und sinkende Sozialleistungen beobachtet werden.

Die Ausweitung des neoliberalen Dogmas auf alle gesellschaftlichen Bereichen, hat dazu beigetragen, dass diese Entwicklungen nicht in Frage gestellt wurden bzw. politische Alternativen diskutiert wurden. Die jetzigen Verhältnisse sind Produkt der Kräfteverhältnisse sowie der Entscheidungen politischer Akteure.

Auslöser der Finanzkrise war die US-Subprimkrise. In den USA wurden in großem Ausmaß Hypothekendarlehen an SchuldnerInnen mit geringer Bonität zum Immobilienbau oder –erwerb vergeben, oft als 100%+x Finanzierung. Dies funktionierte, so lange die Zinsen niedrig blieben und die Immobilienpreise stiegen. Mit steigenden Zinsen und den fallenden Immobilienpreisen ab Mitte 2006 wurden die Belastungen der KreditnehmerInnen größer und es kam zu einem drastischen Anstieg der Zahlungsausfälle und Zwangsversteigerungen. Die kreditvergebenden Banken haben die Kreditforderungen zur Risikodiversifikation und Befreiung von Eigenkapital für Neugeschäfte über Investmentbanken verkauft. Diese Derivate wurden von den Ratingagenturen mit AAA/AA bewertet und fanden deshalb reißenden Absatz. So wurden aus den langfristigen Risiken kurzfristig handelbare Finanzmarktprodukte. Aber vor allem wurden die Risiken intransparenter und nicht mehr abgesichert. Die Investitionen von Banken und Fonds in diesem Bereich waren nur mit geringem Eigenkapital hinterlegt und über Kredite finanziert. Im Sommer 2007 wurden diese Finanzmarktprodukte aber teilweise in den Ratings herabgestuft und verloren an Wert. Dies führte zu den ersten Problemen bei einigen Hedge-Fonds, der IKB und Sachsen LB. Im März 2008 mit dem Zusammenbruch von Bear Stears und der Verstaatlichung der US-Hypothekenfinanzierer Fannie Mae und Freddie Mac verschärfte sich die Krise weiter (in Deutschland Hypo Real Estate). Bis dahin handelte es sich nur um Fehlinvestitionen, die einzelne Banken in Liquiditäts- oder gar Solvenzprobleme geführt hatten. Erst mit dem Schock der Lehman-Pleite wurden die Finanzmärkte grundsätzlich gefährdet.

Im Investmentbereich ist es üblich gewesen, ohne großen Eigenkapitalanteil zu investieren und langfristige Risiken über kurzfristigen Handel und Wertsteigerung der Investitionen zu finanzieren. Dafür sind insbesondere kurzfristige Kredite notwendig, die sich die Banken gegenseitig gegeben haben. Diese Kredite galten als sicher, da sich die Banken untereinander vertrauten und das Kreditausfallrisiko als minimal betrachtet wurde. Mit der Lehman-Pleite war dieses Vertrauen allerdings plötzlich verschwunden und der Interbankenmarkt kam zum Erliegen. Damit waren auf einen Schlag nicht mehr nur diejenigen Institute betroffen, die in US-Immobilien-Derivate investiert hatten, sondern alle.

Die Reaktion

Der totale Zusammenbruch wurde nur durch massive Rettungspakete aller Industriestaaten sowie großer Geldspritzen und Zinssenkungen der Notenbanken verhindert. Gemeinsame Aktionen auf internationaler Ebene hat es nicht gegeben, lediglich eine Absprache über den Rahmen der nationalen Aktionen. Trotz aller Bekundungen, dass eine neue Finanzmarktarchitektur notwendig sei, sind die bisher vereinbarten Veränderungen der G20 in London hinter allen Erwartungen zurückgeblieben.

In Deutschland ist der Finanzmarktstabilisierungsfonds mit 480 Milliarden Euro für Garantieübernahmen im Innerbankenverkehr und für die Rekapitalisierung in Not geratener Banken ausgestattet. Trotzdem läuft der Interbankenmarkt nur sehr schleppend an und für viele, gerade kleinere Unternehmen, ist es schwer, an Kredite zu kommen. Durch die klar bestimmte zeitliche Begrenzung des Bankenrettungsschirms beinhaltet diese Strategie noch zahlreiche Risiken. Das Hauptproblem an der Strategie der Bundesregierung ist aber, dass nicht die Aktivierung der notwendigen Bankgeschäfte das oberste Ziel ist, sondern der Erhalt der alten Eigentümerstrukturen. Dadurch werden die Gewinne weiterhin privat eingestrichen, während die Risiken und Verluste durch die SteuerzahlerInnen getragen werden müssen. Wenn der Staat mit vielen Milliarden, wie bei der HRE oder Commerzbank, diese am Leben erhält, muss er dafür auch die Entscheidungsmacht und Beteiligung an zukünftigen Gewinnen haben. Dabei haben aber die Beispiele einiger Landesbanken gezeigt, dass es zum einen entscheidend ist, wem die Bank gehört, zu anderen welche Geschäftspolitik verordnet wird.

Die Lage in der Realwirtschaft ist ebenfalls erschreckend. Als „Exportweltmeister“ ist Deutschland von der einbrechenden Weltkonjunktur besonders betroffen. Ein erhebliches Sinken der Wirtschaftsleistung und eine Zunahme der Arbeitslosigkeit wird vorausgesagt. Es hat lange gedauert, bis die Bundesregierung reagierte und die Konjunkturprogramme 1 und 2 sind sehr widersprüchlich. Kurzfristigen Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Kommunen sind der geeignete, um dem drohenden konjunkturellen Abschwung und dem damit verbundenen Arbeitsplatzverlust entgegenzuwirken. Dabei darf es aber nicht darum gehen, jetzt um jeden Preis Geld in alle möglichen Projekte Geld zu stecken. Langfristig müssen wir dafür sorgen, dass die Binnennachfrage gestärkt wird. Hierzu müssen die Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge ausgebaut und saniert werden, von denen möglichst viele Menschen profitieren. Ein besonderes Augenmerk muss dabei auch auf klimaschonende Maßnahmen gelegt werden. Leider wird auch ein großer Teil der Mittel des Konjunkturpaketes in Maßnahmen gesteckt, die nicht weiter helfen. Die Mittel für die Steuersenkungen, die von CDU und CSU durchgesetzt wurden, sind nicht nur

Verschwendung, sondern werden die Möglichkeiten für einen Ausbau der Daseinsvorsorge in der Zukunft noch weiter einschränken. Dazu trägt auch die Aufnahme der Schuldenbremse im Grundgesetz bei.

Es ist aber auch klar, dass kein Konjunkturprogramm die strukturellen Probleme auf dem deutschen Binnenmarkt lösen kann. Durch stagnierende oder teilweise auch sinkende Reallöhne und dem ständig vorangetriebenen Sozialabbau wurde die Binnennachfrage immer schwächer. Dies wird gerade in der Krise besonders deutlich, in der der Exportbereich schwächelt. Deshalb ist die Erhöhungen des Kindersatzes bei Hartz IV ein richtiger Schritt, reicht aber noch lange nicht aus. Die Binnenkonjunktur muss über weitere Maßnahmen gestärkt werden.

Wir begrüßen die Maßnahmen zur Sicherung der Arbeitsplätze. Insbesondere der Weg über Qualifizierungsmaßnahmen ist richtig. Mit der Ausweitung der Kurzarbeit und der Umweltprämie konnten kurzfristig weitere Massenentlassungen verhindert werden, aber diese Maßnahmen werden noch in diesem Jahr immer weniger Wirkung erzielen. Falls die erwartete Erholung der Konjunktur nicht schon 2010 eintritt, wird es spätestens Ende 2010 zu einer massiven Erhöhung der Arbeitslosigkeit kommen. Dies würde zusätzlich krisenverschärfend wirken und massive Auswirkungen gerade für diejenigen haben, die nach einjährigem Verbleib im ALG I dann auf ALG II angewiesen sind.

Die Krise wird in den nächsten Monaten und Jahren die Politik bestimmen. Immer mehr Menschen werden betroffen sein. Nun gilt es, sowohl die Folgen der Krise abzumildern, als auch strukturelle Veränderungen vorzunehmen.

Was nun?

1. Keine einzige soziale Errungenschaft ist vom Himmel gefallen, weil die ArbeitgeberInnen so wahnsinnig spendable Zeitgesellen sind. Alles musste erkämpft werden. Wenn jetzt endlich mal mehr Leute aus dieser Lethargie mit den Verhältnissen erwachen und anfangen, ihre Interessen selbst zu vertreten, ist das richtig. Sozialer Protest kann sich auch reaktionär äußern – standortnationalistisch oder rassistisch. Dagegen muss man sich offensiv zur Wehr setzen. Aber: Jetzt ist Zeit zu kämpfen. Dafür müssen wir als Linke Druck in den Parteien machen und wir müssen auf die Straße gehen. Sonst wird nach der Krise alles so weitergehen, wie bisher.

2. Als linker Jugendverband müssen wir jetzt in die Diskussion über konkrete Projekte eintreten, wie Wirtschaft Stück für Stück an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet werden kann. Das haben wir uns in unserer Kampagne vorgenommen. Die Diskussion mit den Gewerkschaften ist dabei für

uns von besonderer Bedeutung. Nicht nur die Frage nach alternativen Wirtschaftsformen, sondern auch von Wirtschaftsdemokratie ist zentral. Dabei denken wir zum einen in die Richtung, wie mehr Bereiche dem Markt entzogen und gesellschaftlich organisiert werden können. Zum anderen diskutieren wir über einen Ausbau der Mitbestimmung und wie die Entscheidungsgewalt über die Unternehmensstrategie in die Hände der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geholt werden kann. Auch die Frage nach einer Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik muss gestellt werden. Faktisch geht es um die Machtfrage in der Wirtschaft. Wir brauchen eine gesamtgesellschaftliche Umverteilung von oben nach unten, primär und sekundär. Primäre Umverteilung erreichen wir durch die Orientierung am Ziel der Vollbeschäftigung sowie eine dauerhafte Steigerung der Reallöhne und der Sozialleistungen. Dies muss Grundlage politischen Handels sein. Die Ausrichtung der Geldpolitik an Beschäftigungskriterien, der Ausbau eines Öffentlichen Beschäftigungssektors, die Rücknahme der Privatisierungen der vergangenen Jahrzehnte und eine Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge sind hier Handlungsoptionen. Zudem brauchen wir endlich eine weitreichende fiskalpolitische Umverteilung, die höhere Einkommen, Kapitaleinkünfte und nicht zuletzt Unternehmen stärker belastet. Darüber hinaus ist es von entscheidender Bedeutung für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum, dass ökologische und soziale Innovationen sowie Technologien staatlich gefördert werden.

3. Es ist für uns untragbar, dass gegenwärtig die Verluste sozialisiert und die Gewinne privat eingestrichen werden. Wenn der Staat einspringt, muss das mit entsprechenden Kontroll- und Gestaltungsmöglichkeiten sowie einer Beteiligung am Gewinn einhergehen.

4. Angesichts der massiven Summen, die der Staat in die Banken gesteckt hat, ist es für uns unabdingbar, dass der Staat seine Handlungsfähigkeit behält. Dafür muss er die finanziellen Möglichkeiten haben. Deshalb treten wir für eine stärkere Belastung von hohen Einkommen und Vermögen ein. Dazu zählen

- die Abschaffung der Quellabgeltungssteuer und die Rückkehr zu einer synthetischen Einkommensbesteuerung
- die Einführung von Kontrollmitteilungen durch die Banken,
- die Einführung einer Börsenumsatzsteuer,
- die stärkere Besteuerung von höheren Einkommen im Rahmen der Einkommensteuer ohne dabei die Mittelschichten stärker zu belasten,
- die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und
- ein höheres Aufkommen aus der Erbschaftssteuer.

5. Die Konjunkturprognosen wurden noch mal krass nach unten korrigiert. Dies darf aber nicht ohne politische Reaktion bleiben. Die Regierung muss hier ihre Maßnahmen entsprechend korrigieren, ergänzen und weiter gegensteuern. Deshalb sprechen wir uns für ein Konjunkturpaket III mit kurzfristigen Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Kommunen aus. Auch die Lohnpolitik muss dazu beitragen, dass die Binnenkonjunktur gestützt wird. Lohnzurückhaltung wirkt kontraproduktiv und krisenverschärfend. Dazu ist es auch notwendig, eine Re-Regulierung des Arbeitsmarktes etwa durch die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns oder die Beschränkung von Leiharbeit vorzunehmen, um den Druck auf das Lohngefüge zu vermindern. Ebenso müssen nicht nur aus konjunkturpolitischen Gründen, sondern auch weil es sozialstaatlich geboten ist, die Transfereinkommen erhöht werden.

6. Klar ist für uns, dass eine neue internationale Finanzmarktarchitektur notwendig ist. Dabei denken wir nicht nur an neue Transparenz- und Bilanzregeln, sondern insbesondere an das Verbot von bestimmten Spekulationsgeschäften, die tobin tax, das aktive Bekämpfen von Steueroasen, ein internationales Währungssystem und Regeln zur koordinierten Intervention auf den Geldmärkten.

7. Auf europäischer Ebene halten wir eine europäische Finanzmarktaufsicht für erforderlich. Diese muss gemeinsam mit einer europäischen Ratingagentur aufgrund einheitlicher Regeln über Transparenz- und Eigenkapitalvorschriften die Akteure und Finanzmarktprodukte kontrollieren und genehmigen, bevor sie auf den Markt kommen. Des Weiteren brauchen wir Mindestreserven, welche die Finanzinstitute bei der EZB hinterlegen müssen, diese sollen je nach Risiko genauso wie die Eigenkapitalquoten gestaffelt sein. Kredite sollen nicht mehr zu 100% weiterverkaufbar sein, 20% des Risikos sollen beim Aussteller bleiben. Des Weiteren muss die EZB dazu verpflichtet werden, ihr Handeln nicht nur auf Preisstabilität, sondern auch auf Wachstum und niedrige Arbeitslosigkeit auszurichten.

8. Finanzsektor teilweise verstaatlichen

Der Finanzmarkt hat eine wichtige Funktion für das Funktionieren der Wirtschaft. Investitionen, die auch für die gesamte Gesellschaft notwendig sind, können nur getätigt werden, wenn die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Diese Funktion hat der zunehmend abgekoppelte Finanzsektor in den vergangenen Jahrzehnten nicht mehr übernommen und so zur Entstehung der aktuellen Krise beigetragen. Jetzt stehen wir vor einer doppelten Herausforderung: Erstens muss das durch die Krise verloren gegangene Vertrauen zwischen den Banken wiederhergestellt werden, damit eine ausreichende Kreditversorgung wieder garantiert werden kann. Zweitens hat die Krise offene Diskussionen darüber, welche Funktion der Finanzsektor in Zukunft für Wirtschaft und Gesellschaft einnehmen soll, wieder möglich gemacht. In diese Debatten müssen wir uns jetzt entschieden einmischen und Möglichkeiten einer gesellschaftlichen Kontrolle über die Finanzmärkte einbringen. Das Prinzip der gesellschaftlichen Nutzenmaximierung muss vor individuellem Profit stehen.

F 2 – LV Bayern

Der Goldrausch ist zu Ende!

Mit dem Platzen der Immobilienblase in den USA begann eine der größten Krisen des modernen Kapitalismus. Die an den Finanzmärkten weitgehend unreguliert gehandelten Finanzprodukte sind zu kaum überblickbaren Risiken geworden, die längst auch die Realwirtschaft, d.h. die Bereiche der Wirtschaft, in denen ein wirklicher Mehrwert produziert wird, beeinflussen.

Sämtliche Industrienationen stehen heute vor dem Scherbenhaufen der Wirtschafts- und Finanzpolitik der letzten Jahrzehnte: Die in den 1980er Jahren unter den Begriffen „Thatcherism“ und „Reagonomics“ eingeleiteten Wirtschaftsreformen im angelsächsischen Raum, die als deregulierende Konzepte in den neunziger Jahren von Helmut Kohl, aber teilweise auch unter Rotgrün in Deutschland umgesetzt wurden, haben Konsequenzen gezeitigt, die es nach den zugrundeliegenden Theorien nicht geben dürfte. Das freie Spiel der Finanzmärkte, in der neoklassischen Ökonomie häufig als Standardbeispiel für funktionierende Märkte verwendet, sind Auslöser der größten weltweiten Wirtschaftskrise seit dem Ende des zweiten Weltkriegs und widerlegen so eindrucksvoll die These, dass freie Märkte und das „individuelle Streben nach (materiellem) Wohlstand“ am Ende eben den größtmöglichen Wohlstand für die gesamte Gesellschaft generieren müssen.

Die politische Linke hat auch in Zeiten der Krise den wirtschaftsliberalen Heilsbringern wenig entgegenzusetzen. Zu stark hat man selber in den letzten zehn Jahren auf die Selbstheilungskräfte des Marktes gesetzt, zu sehr wurde auch in der Sozialdemokratie die Marktgläubigkeit als Monstranz vorneweg getragen. Die gesellschaftliche Linke und mit ihr die Sozialdemokratie hat, anders als Reagan, Thatcher und – mit Abstrichen – Helmut Kohl, kein Konzept für eine Reform der sogenannten sozialen Marktwirtschaft der vergangenen Jahrzehnte. So folgt die Linke, allen voran die Gewerkschaften wie auch die SPD, einer pragmatischen Politik, die die Krise kurzfristig (und teuer) mit staatlichen Hilfen überbrücken will, um anschließend in ein freudiges „weiter so!“ einzustimmen.

Die bisher getroffenen Maßnahmen deuten in diese Richtung: Eine wirtschaftlich und ökologisch zumindest zweifelhafte Abwrackprämie, die Diskussion über eine Schuldenbremse im Grundgesetz, ein von der CSU durchgesetztes Steuersenkungsprogramm, der wohl kaum vermeidbare Einstieg des Staates bei Automobilkonzernen usw. Unabhängig davon, dass jede einzelne Maßnahme durchaus politisch sinnvoll sein mag, so sind die angesprochenen Maßnahmen dennoch wirtschaftlich unwirksam oder wirken in eine falsche Richtung. Auch wenn die Anerkennung der

Nachfragekomponente durch die bisher stark angebotspolitisch orientierten WirtschaftspolitikerInnen generell begrüßenswert ist, so kann die Generierung von kurzfristiger Automobilnachfrage durch die privaten Haushalte die Tatsache der bestehenden Überkapazitäten in diesem Wirtschaftssektor nicht lösen. Die Vernichtung von funktionsfähigen Wirtschaftsgütern zum Zwecke der Erzeugung neuer Nachfragen erscheint bei genauerer Betrachtung sogar pervers. Insbesondere, wenn man die Ökobilanz dieser Maßnahme in die Überlegungen einbezieht. Die von der Union als Vorbereitung zum Bundestagswahlkampf durchgesetzten Reduzierungen der Einkommensteuer in Verbindung mit der künftigen Absetzbarkeit der Krankenversicherungsbeiträge dürften die Krise sogar noch verschärfen. Durch den Verlust von Einnahmen des Staates reduziert sich die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Dem Wirtschaftskreislauf wird Nachfrage entzogen, da durch eine Reduktion der Einkommensteuer insbesondere die BezieherInnen von höheren Einkommen profitieren, die bereits jetzt eine relativ hohe Sparquote haben. Der gewünschte Effekt ist hier eher parteipolitisch zu suchen als wirtschaftspolitisch sinnvoll.

Die aktuelle Debatte über die Einführung einer Schuldenbremse zeigt deutlich, dass der Neoliberalismus nicht tot ist. Wiederum, ähnlich wie bei den Maastricht-Kriterien, wird damit von den Marktgläubigen versucht, dem Staat Fesseln anzulegen. Man dürfe den Kindern und Kindeskindern keine Schuldenberge hinterlassen, der Staat müsse sich auf einen Nachtwächterstaat zurücknehmen. Wir Jusos Bayern lehnen eine Schuldenbremse ab.

Sinnvolle Maßnahmen hätten in den vergangenen Jahren zuhauf ergriffen werden können. Alle hätten eine sinnvolle Ausweitung der Binnennachfrage, die gerade in Deutschland chronisch schwächelt, zur Konsequenz gehabt und würden nun die Folgen der Krise für Deutschland reduzieren.

Wir Jusos Bayern fordern:

- Re-Regulierung der globalen Finanzmärkte:
 - Änderungen im Bilanzrecht für mehr Transparenz aller Risiken, Verluste und Gewinne
 - Stärkere staatliche Aufsicht und Kontrolle über Rating-Agenturen, Haftung der Rating Agenturen
 - Erhöhung des Eigenkapitalanteils von Unternehmen
 - Regulierung von Hedge-Fonds und ähnlichen Produkten
 - Versorgung der Wirtschaft mit benötigten Krediten zu realistischen Zinssätzen sicher stellen

- Anbieten von fairen Konten und Krediten zu gleichen Bedingungen für Alle
 - Schaffung einer Umfassenden und gerechten Bürgerversicherung von Allen für Alle
-
- Prinzipiell ist an privaten Beteiligungen an Unternehmen nichts auszusetzen. Das Problem ist vielmehr die Absicht und die Renditeerwartung. Unter anderem können gerade junge Firmen von dieser Art der Beteiligung profitieren, wenn Ihnen von Banken kein oder nur wenig Kredit gewährt wird. Allerdings hat sich gezeigt, dass die meisten Privat-Equity-Firmen (PEF) nicht an langfristigen, strategischen Investitionen sondern an schnellem Profit interessiert sind. Private Equity kann für Unternehmen von Vorteil sein. Allerdings benötigt dieser Sektor genaue Regularien. Unter anderem dürfen PEF nur zu einem gewissen Grad Anteile an dem Unternehmen erwerben, Mindesthaltefristen der Anteile bis zu einer möglichen Veräußerung, Besteuerung der Gewinne aus dem Investment vor Ort. Zudem dürfen Kredite, die für den Anteilskauf an einem Unternehmen aufgenommen wurden, nicht auf das Unternehmen übertragen werden.
 - Es muss ein international verpflichtendes Regelwerk für die Eigenkapitalvorschriften für Banken nach dem Vorbild von Basel II unter Einschluss der USA geschaffen werden. Die Probleme auf den Finanzmärkten resultieren unter anderem auch aus der Tatsache, dass die USA Basel II bislang nicht umgesetzt haben. Ein solches weltweites Regelwerk erleichtert aber die Risikoeinschätzung aller am Markt beteiligten Teilnehmer. Gleichzeitig muss ein solches Regelwerk aber sicherstellen, dass es anders als Basel II nicht prozyklisch wirkt.
 - Alles muss in die Bilanz. In Zukunft dürfen keine Werte mehr außerhalb der Bilanz geführt werden. Bisher konnten Banken usw. Bereiche in sog. Zweckgesellschaften auslagern und diese dann nicht in die eigene Bilanz aufnehmen. Mit dieser Praktik muss Schluss sein. Wenn man etwas vor der Bilanz und somit vor Prüfungen und Investoren verstecken muss, ist das nicht nur verdächtig, sondern im hohen Maße Betrug. Und diesen gilt es dann zu bestrafen. Risiken müssen verpflichtend in einem standardisierten Schema dargelegt werden.
 - Wer einen Kredit vergibt, trägt auch das Risiko. Generell begrüßen die Jusos Bayern das Risikobegrenzungs-gesetz welches im Juni 2008 im Deutschen Bundestag beschlossen wurde. Allerdings ist dieses noch nicht ausreichend. Das Handeln von Krediten bedarf der vorherigen Zustimmung der Kreditnehmer. Ohne deren Zustimmung verbleibt der Kredit beim vergebenden Institut. Bei Veräußerungen von Firmenkrediten muss, ebenso wie bei Privatkrediten, ein Teil des Risikos bei dem ursprünglichen Kreditgeber in der Bilanz verbleiben. Ein Zinsaufschlag auf sog. Kreditverträge mit Abtretungsverbot ist unzulässig.
 - Leerverkäufe sind reine Spekulation und können den wahren Marktpreis vernebeln. Die Spekulation auf Aktienkurse kann dazu führen, dass auf die Aktien Druck in Form von

Behauptungen, Krisenmeldungen usw. ohne Bestand ausgeübt wird um einen entsprechenden Kurs zu bekommen. Leerverkäufe dienen keinem volkswirtschaftlichen Zweck sondern im Gegenteil führen sie dazu die realen Preise im Sinne der Angebots- und Nachfragesystematik durch Spekulation ungerechtfertigt steigen oder sinken. Sie sind deswegen zu verbieten.

- Steueroasen sind Regionen mit Gesellschaften und nicht vorhandenen Kontrollgremien die mit der Absicht, sich und seine Geschäfte vor den Kontroll- und Steuervorschriften anderer Länder zu verbergen. Einheitliche Steuersätze in den Regionen, z. B. Einheitssteuern in der EU für Kapitalerträge usw., würden zu einer Eindämmung führen. Im zweiten Schritt müssen diese Offshore-Plätze stillgelegt bzw. geächtet werden. Firmen die z. B. im Europäischen Raum u.a. mit Finanzprodukten handeln wollen, dürfen keinen Sitz auf einem dieser Offshore-Finanzplätze haben.
- Für Staatsfonds müssen die gleichen Offenlegungsregelungen gelten wie für Privat-Equity-Fonds.
- Eine massive Stärkung der Binnennachfrage in Deutschland
 - Erhöhung der Reallöhne, vor allem für BezieherInnen niedriger und mittlerer Einkommen. Das schließt deutliche Lohnerhöhung im öffentlichen Dienst als positives Beispiel mit ein. Außerdem muss durch eine sinnvolle Regulierung des Arbeitsmarktes ein positives Umfeld für eine Erhöhung der Reallöhne geschaffen werden.
 - Erhöhung der Hartz IV-Sätze, dazu eigenständiger Satz für Kinder und Jugendliche
 - Ausbau eines öffentlichen Beschäftigungssektors
 - Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns von mindestens 7,50 Euro, der regelmäßig an die allgemeine Lohnentwicklung angepasst werden muss.
 - Verwirklichung des Grundsatzes „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, d.h. massive Eindämmung von Leiharbeit, keine Diskriminierung, Gleichstellung der Geschlechter
 - Einführung der BürgerInnenversicherung
 - Abschaffung der Rente mit 67, des demografischen Faktors etc. Erhöhung der niedrigen und mittleren Renten
- Stärkung der Konjunktur:
 - Konjunkturprogramm III in Deutschland, dabei kann über eine Änderungen der Umsatzsteuer diskutiert werden; es darf aber keine Schnellschüsse bei der Umsatzsteuer geben, die die Ausgestaltung noch unlogischer als bisher machen
 - Abstimmung der Investitionsprogramme innerhalb der EU

- Steuern – Schuldenbremse:

- Ablehnung der Schuldenbremse
- Verteilung der Kosten, starke Schultern müssen mehr tragen. Deshalb Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Erhöhung der Erbschaftssteuer, Erhöhung des Spitzensteuersatzes, Börsenumsatzsteuer, Tobin-Tax

- Internationale Solidarität:

- Entwicklungs- und Schwellenländer sind besonders von der Krise betroffen, da sie nicht über die nötigen finanziellen Mittel verfügen. Daher bedarf es einer internationalen Abstimmung der Hilfen und Reformen der Weltbank und des IWF.

Bad Banks – nur nach unseren Regeln

Bad Banks – nur nach unseren Regeln

Wir Jusos begrüßen die getroffenen Regelungen zu Bad Banks. Wichtig ist nun, eine Regelung zu finden, was bei einem Insolvenzfall einer Bank mit eigener Bad Bank und den daraus resultierenden Forderungen des Bundes wg. der dann zu leistenden Garantien und weiteren entstehenden Kosten passiert. Hierzu begrüßen wir den Vorschlag der SPD einer Einführung einer allgemeinen Restrisiko-Umlage (technisch gesehen eine Sonderabgabe) für die gesamte Finanzbranche. Auch diejenigen, die kein Gift gekauft haben, profitieren von der Hilfe, die der Bund jetzt leisten. Das schafft Vertrauen in einen ganzen Sektor der Volkswirtschaft für alle Finanzmarktteilnehmer. Und es ist Solidarität unter den Finanzwirtschaft gefragt, dass sich auch alle daran beteiligen.

Denn es ist auch weiterhin klar, dass Verluste von Kredit- und Finanzinstituten nicht sozialisiert werden.

Diese Form der Solidarität soll auch dann noch gelten, wenn die Krise bewältigt worden ist, um solidarisch evtl. Verluste des Staates durch notwendigerweise eingelöste Bürgschaften zu begleichen inkl. aller für den Staat entstandenen Kosten.

G

Gleichstellungspolitik

G 4 – LV Rheinland-Pfalz

Solidarische Lebensgemeinschaften für alle!

Die Jusos fordern, die Regelungen der eingetragenen Lebenspartnerschaft an die der Ehe anzugleichen und so eine Gleichstellung zu erreichen. Alle Paare sollen die Möglichkeit haben, solidarisch zusammenleben zu können.

Außerdem soll das Modell als Option für gemischt-geschlechtliche Paare geöffnet werden.

Echte Gleichstellung

Die Einführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes durch die Rot-Grüne Bundesregierung im Jahr 2001 war ein großer Schritt zur Modernisierung des deutschen Personenstandsrechts hin zu mehr Gleichstellung und Akzeptanz homosexueller Paare.

Trotzdem bleiben die Rechte in vielen Bereichen hinter denen der Ehepaare zurück. So kommen steuerliche Vergünstigungen lediglich Ehepaaren zugute und nicht Lebenspartnerschaften. Das Ehegattensplitting ist eine Form der steuerlichen Begünstigung heterosexueller Lebenspartnerschaften. Mit dessen Hilfe wird die Ehe als Institution zementiert. Tradierte Rollenmuster wie die „Einverdienerehe“ werden begünstigt.

Wir Jusos lehnen das Ehegattensplitting auch aus diesen Gründen ab. Solange das Ehegattensplitting noch gilt, fordern wir, dass eingetragene Lebenspartnerschaften gleichbehandelt werden.

Weiterhin bestehen auch Benachteiligungen im Erbschafts- und Schenkungssteuerrecht. So werden eingetragene Lebenspartner im Erbfall weiterhin in die Steuerklasse III eingeordnet – also die Steuerkategorie für Fremde. Diese unverständliche Differenzierung muss aufhören. Zwar ist der persönliche Freibetrag für eingetragene Lebenspartner genauso hoch wie der für verwitwete Ehepartner, jedoch resultieren aus der unterschiedlichen Kategorisierung von Ehen und Lebenspartnerschaften verschiedene Freibeträge. Die Jusos befürworten die Umwandlung der

Erbschaftssteuer in eine Nachlasssteuer – d. h. die einheitliche Versteuerung vor der Aufteilung der Erbteile anstatt der Staffelung nach Verwandtschaftsgrad.

In einigen weiteren Bereichen wie z.B. im Beamtenrecht haben zwar BeamtInnen mit EhepartnerInnen besondere Rechte, nicht jedoch BeamtInnen mit LebenspartnerInnen.

Auch können homosexuelle Paare keine Kinder adoptieren; lediglich Einzeladoptionen sind möglich. Nach geltendem deutschem Recht ist zudem eine Stiefkindadoption nicht rechtens – mit allen resultierenden Konsequenzen für den nicht erziehungsberechtigten Elternteil.

In den meisten Regenbogenfamilien gibt es allerdings leibliche Kinder eines Elternteils, die aus früheren heterosexuellen Beziehungen stammen. Eine Adoption des Kindes ist ausgeschlossen, wodurch eine erhebliche Benachteiligung im Falle einer Trennung zustande käme. Daher fordern wir Jusos eine Beendigung der Ungleichbehandlung bei Familienzuschlägen, bzw. Familientarifen und eine Gleichstellung in namens-, sozial- und steuerrechtlichen Angelegenheiten. Alles andere widerspräche einer modernen Vorstellung von Familie und muss geändert werden. Familie ist dort, wo Menschen füreinander da sind.

Wir fordern, die bestehenden Diskriminierungen im Lebenspartnerschaftsgesetz zu tilgen und eine echte Gleichstellung von Ehe und Lebenspartnerschaft zu erreichen. Dies gilt vor allem für die Bereiche Adoption, Steuerrecht und Erbrecht.

Bei dem Wunsch eines solidarischen Zusammenlebens gibt es keine Unterschiede. Daher müssen die Rechte, die sich aus einer eingetragenen Lebenspartnerschaft ergeben, an die Rechte, die an die Ehe anknüpfen, angeglichen werden.

Öffnung der Lebenspartnerschaft für gemischt-geschlechtliche Paare

Das derzeitige Model der eingetragenen Lebenspartnerschaft erkennt zwar Rechte gleichgeschlechtlicher Paare an, stellt aber tatsächlich eine Sonderpartnerschaft neben der Ehe dar. Gleichgeschlechtliche Partnerschaften sind aber kein „Sondermodell“, sondern genauso wie gemischt-geschlechtliche Partnerschaften eine „normales“ Lebensmodell. Diese „Normalität“ kann aber nur in der zusätzlichen Öffnung der Lebenspartnerschaften für gemischt-geschlechtliche Paare zum Ausdruck kommen.

Weiter entspricht das Modell der Ehe nicht mehr der heutigen Lebenswirklichkeit in Deutschland. Immer mehr Paare leben ohne Trauschein zusammen und der Anteil der geschiedenen Ehen steigt weiter.

Dieser Realität würde das Modell der reformierten Lebenspartnerschaft gerecht werden. Auch gemischt-geschlechtliche Paar sollen diese Option, neben der Ehe, in freier Entscheidung wählen können. Dabei besteht die Möglichkeit der gegenseitigen Absicherung, auch bis an das Lebensende. Gleichzeitig wird aber das komplizierte, teure und für alle Beteiligten belastende Verfahren der Scheidung vermieden. Die Trennung kann einfacher im gegenseitigen Einverständnis durchgeführt werden.

Um eine echte Gleichstellung der Modelle des Zusammenlebens zu erreichen, muss dieses alternative Modell auch gemischt-geschlechtlichen Paaren offen stehen. Als Beispiel für die praktizierte Gleichstellung von homo- und heterosexuellen Paaren können Länder wie Spanien und Frankreich herangezogen werden.

Initiativanträge

I 1- Bundevorstand

Gemeinsam mehr

Am 27. September steht eine Richtungsentscheidung in dieser Gesellschaft an. Wir wollen, dass es dabei eine Mehrheit für eine solidarische, soziale und progressive Politik gibt. Deshalb kämpfen wir für linke Antworten auf die Krise und für eine starke SPD am 27. September.

Die Ausgangslage ist schwierig. Das Ergebnis der SPD bei den Europawahlen ist enttäuschend. Die SPD hat es nicht geschafft, Wählerinnen und Wähler für die Sozialdemokratie zu mobilisieren. Die Erklärung für die Ausgang der Europawahl lediglich in der niedrigen Wahlbeteiligung zu suchen und bei dieser Feststellung stehen zu bleiben, greift zu kurz. Hier ist eine tiefergehende Analyse notwendig. Fehlende Mobilisierung hat politische Gründe.

In der politischen Diskussion ist die Analyse und der Umgang mit der Krise zentral. Der Marktradikalismus ist gescheitert, jetzt müssen Antworten für die Zeit nach der Krise gegeben werden. Eine automatische Mehrheit für linke progressive Ansätze gibt es jedoch in Anbetracht der Wirtschaftskrise nicht. Mehrheiten müssen hier hart erkämpft werden. Einer Politik des „Weiter wie bisher“ muss eine Politik für eine solidarische Gesellschaft entgegengestellt werden. Unterschiede müssen deutlich benannt werden – auch aus einer Großen Koalition heraus. Die SPD hat mit dem Regierungsprogramm einen Anfang gemacht. Doch dies wird nicht ausreichen. Wir brauchen deshalb im Bundestagswahlkampf eine stärkere Zuspitzung, die Richtungsunterschiede müssen deutlich werden. Programmatisch muss die Verteilungsfrage in den Vordergrund gestellt werden. Gerade in Anbetracht milliardenschwerer Staatshilfen stellen sich die Menschen die Frage, wer die Kosten der Krise tragen soll und welche sozialstaatlichen Sicherheiten sie auch in Zukunft haben werden. Hier muss die SPD ansetzen und endlich ihr Versprechen von mehr sozialer Gerechtigkeit und für mehr Gleichheit in der Gesellschaft einlösen. Sie muss die Unsicherheit und Ängste der Menschen aufgreifen und darauf Antworten bieten. Es darf nicht nur darum gehen, nur ein paar neue Regeln für die Finanzmärkte zu beschließen. Wir werden bei der Bundestagswahl nur erfolgreich sein, wenn es uns gelingt, die Menschen von unserer Vorstellung zu überzeugen, wie wir die Gesellschaft aus der Krise heraus gestalten wollen. Wir brauchen nicht nur einen Rettungsplan, sondern eine Zukunftsperspektive, nicht nur einzelne Projekte, sondern ein Gesamtkonzept. Wir

wollen Wohlstand, von dem alle profitieren, mehr soziale Gerechtigkeit, eine nachhaltig ausgerichtete Wirtschaft, mehr Demokratie in allen Bereichen, die wirkliche Gleichstellung der Geschlechter und ein offenes und freies Miteinander.

Wir wollen gemeinsam mehr.

Im Wahlkampf wollen wir den Unterschied zwischen einem verantwortungsbewussten staatlichen Handeln, sozialer Regulierung und dem Marktradikalismus eines schlanken Staates deutlich machen.

1) Soziale Gerechtigkeit vs. Marktradikalismus

A) Gemeinsam mehr Gerechtigkeit

Die soziale Ungleichheit in Deutschland wächst. Die SPD muss der sozialen Spaltung mit einer Politik für soziale Gerechtigkeit entgegentreten. Die Forderungen im Programm zur Bundestagswahl müssen sich zu einem Konzept für soziale Gerechtigkeit verbinden. Aber es reicht nicht aus, diese Forderungen ins Programm zu schreiben und damit Wahlkampf zu treiben. Sie müssen nach der Wahl auch im politischen Handeln und in politischen Entscheidungen Niederschlag finden damit die SPD wieder glaubwürdig wird.

Wir wollen eine Kindergrundsicherung, einen eigenen Kinderregelsatz im ALG II und die regelmäßige Überprüfung der ALG II – Regelsätze und eine bedarfsgerechte Erhöhung auf das Niveau der Pfändungsfreigrenze. Wir setzen uns weiterhin für eine sanktionsfreie Existenzsicherung ein.

Innerhalb des Sozialversicherungssystems wollen wir zunächst die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung, die auch Zeiten der Weiterbildung absichert, umbauen.

Wir wollen weiterhin die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung in eine solidarische Bürgerversicherung überführen, in der sich alle BürgerInnen nach ihrer Leistungsfähigkeit an der solidarischen Finanzierung beteiligen.

Der Sozialstaat muss zuletzt allen Menschen durch eine über dem Existenzminimum liegende Mindestrente ein würdiges Leben im Alter ermöglichen. Eine aus den Einnahmen der gesetzlichen Rentenversicherung finanzierte Mindestrente, die deutlich über dem Existenzminimum liegt, muss dafür Sorge tragen, dass Menschen mit geringem Einkommen oder zu kurzen Einzahlungszeiten im Alter nicht in Armut leben.

Die sozialpolitischen Maßnahmen sollen durch ein gerechtes Steuersystem flankiert werden, das jeden nach seiner Leistungsfähigkeit in Verantwortung nimmt und zu einer gerechteren Verteilung beiträgt. Die Entwicklung durch Steuerreformen gerade obere Einkommen stärker zu entlasten, muss umkehrt werden. Der Spitzensteuersatz muss erhöht werden. Auch die Unternehmen müssen wieder stärker in die Steuerpflicht genommen werden. Pauschale Steuersenkungen lehnen wir ebenso ab.

B) Gemeinsam mehr Finanzmarktregulierung

Wir wollen die Vormachtstellung der Finanzmärkte brechen. Dies kann nicht mit moralischen Appellen erreicht werden, sondern nur mit klaren Regeln und effektiver Kontrolle. Die Ursache der jetzigen Krise sind die Spielregeln des Kapitalismus und die ständig ungerechter werdende Verteilung. Wir wollen eine neue Weltfinanzordnung, die die Interessen der überwiegenden Mehrheit der Menschen in den Vordergrund zu stellt und nicht die Interessen der Spekulanten schützt. Dazu gehört für uns die Eindämmung von Spekulation durch Verbote hoch riskanter Geschäfte, die Begrenzung von Risikoverbriefungen, Beschränkungen für Hedge Fonds und Private Equity, die Trockenlegung aller Steueroasen sowie ein „FinanzTÜV“, der alle Finanzmarktprodukte auf ihre Zulässigkeit überprüft. Des Weiteren müssen Finanzmarkttransaktionen auf nationaler und internationaler Ebene besteuert werden.

C) Gemeinsam mehr gute Infrastruktur

Wir wollen einen verantwortungsvollen Staat. Die Gewährleistung der öffentlichen Daseinsvorsorge ist eine der zentralen Aufgaben des Staates. Dazu gehören Bildung, Gesundheitsfürsorge, Pflege, Wasser- und Energieversorgung, Verkehrsinfrastruktur, öffentlicher Transport und Stadtwerke, Kommunikation und Information, Wohnraum, Sparkassen, Umweltschutz, Sicherheit, Sport- und Kultureinrichtungen. Wenn diese Bereiche dem Markt überlassen würden, könnten viele Menschen ihr Leben nicht würdig gestalten und wären von der Gesellschaft ausgegrenzt. Für diese Aufgaben sind vor allem die Kommunen zuständig, um dies zukünftig zu garantieren, ist es vor allem notwendig, die Kommunen mit einer verlässlichen Finanzbasis auszustatten und den Privatisierungsdruck von ihnen zu nehmen. Deswegen setzen wir uns vor Ort gegen den Ausverkauf öffentlicher Güter z.B. durch PPP Modelle ein.

„Eine nachhaltige Verkehrspolitik braucht die Bahn zu 100 % in öffentlichem Besitz, die einen preisgünstigen, attraktiven, flächendeckenden und sicheren Schienenverkehr anbietet. Die Privatisierung der Bahn hätte gravierende negative Folgen für den Bahnverkehr. Die Bahn würde ihre Geschäftspolitik dann noch stärker auf eine hohe Rendite ausrichten.“

D) Gemeinsam mehr gute Arbeit und Ausbildung

In Anbetracht der Krise darf es uns jetzt nicht nur darum gehen, Arbeitsplätze zu erhalten, sondern wir müssen weiterhin darum kämpfen, dass die Menschen auch gute Arbeit haben. Dazu gehört ein gesetzlicher Mindestlohn ebenso wie eine starke Mitbestimmung. Gerade ein größerer Einfluss der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer führt dazu, dass sich Unternehmen langfristig ausrichten und sich nicht an kurzfristigen Profiten orientieren.

Prekär Beschäftigte geraten gerade in der Krise besonders unter Druck. Nicht nur deswegen werden wir für einen Abbau prekärer Beschäftigung kämpfen, Equal Pay für LeiharbeiterInnen einfordern und uns gerade im Sinne junger Menschen dafür einsetzen, dass Befristungen die Ausnahme und nicht die Regel bei Arbeitsverträgen sind.

Junge Menschen brauchen auch Sicherheit für ihre Berufsausbildung. Die Berufsausbildungsgarantie ist hier ein richtiger Weg. Dennoch wollen wir weiter gehen und halten an einer Ausbildungsumlage fest.

2) Gemeinsam mehr Offenheit statt Abschottung

Die Debatte um Integration muss sich endlich wieder auf das Wesentliche konzentrieren: Integration heißt für uns, Chancengleichheit und Teilhabe für alle Menschen in diesem Land herzustellen – unabhängig von ihrer Herkunft.

Ein kommunales Wahlrecht für Menschen ohne deutschen Pass ist ein erster Schritt hin zu mehr politischer Teilhabe. Zugleich ist die Einbürgerung zu erleichtern. Einbürgerung und Wahlrecht stehen am Anfang eines Integrationsprozesses, nicht am Ende. Wir sprechen uns für die Hinnahme von Mehrstaatigkeit und gegen die aktuell verlangten Einbürgerungstests aus.

Noch immer machen Diskriminierungen im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt eine der größten Hürden für mehr gesellschaftliche und soziale Teilhabe aus. Die Arbeitslosigkeit unter Menschen mit Migrationshintergrund ist auch bei gleicher Qualifikation höher als bei Deutschen ohne Migrationshintergrund. Wir fordern eine konsequente Anwendung der Antidiskriminierungsgesetze am Arbeitsmarkt.

Der öffentliche Dienst muss hier ein Zeichen setzen, und bei seinen Personalplanungen Menschen mit Migrationshintergrund verstärkt einstellen.

Wir wollen eine liberalere Bleiberechtsregelung in Deutschland. So lange es weiterhin so ist, dass es Menschen gibt, die sich aufenthaltsrechtlich illegal in Deutschland aufhalten, sollte sich die SPD dafür einsetzen, dass diese Menschen trotzdem eine Gesundheitsversorgung erhalten und Kinder Kindertagesstätten und die Schule besuchen können. Wir wollen, dass die SPD sich für eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik einsetzt. Es muss gewährleistet werden, dass Flüchtlinge auch eine angemessene materielle Existenzsicherung erhalten, und nicht durch Residenzpflicht und Gutscheinregelung gegängelt werden.

3) Gemeinsam mehr gute Bildung für alle

Über Bildungschancen wird im deutschen Schulsystem zu früh entschieden. Wir wollen längeres gemeinsames Lernen und bessere individuelle Förderung. Wir wollen die verfassungsrechtlichen Spielräume voll ausschöpfen, um die Länder bei der Verbesserung des Schulsystems durch den Bund zu unterstützen. Den Ausbau der Ganztagschulen wollen wir weiter fördern.

Studiengebühren sind weder ein Instrument zur Verbreiterung der Mittelbasis einer Hochschule noch zur Sanierung eines Landeshaushaltes. Studiengebühren tragen zur selektiven Wirkung des Bildungssystems bei und werden von uns abgelehnt. Das BAföG ist immer noch das wichtigste Instrument, um Menschen ohne ausreichenden materiellen Hintergrund ein Hochschulstudium zu ermöglichen. Die Erhöhung der BAföG-Sätze und Freibeträge in der letzten Legislatur waren ein wichtiger Schritt um das soziale Ungleichgewicht an den Hochschulen ein Stück weit zu korrigieren. Als nächstes muss nun ein Automatismus implementiert werden, der die jährliche Anpassung der Sätze und Freibeträge an die allgemeine Preis- und Einkommensentwicklung gesetzlich vorschreibt, um Studierenden finanzielle Sicherheit zu bieten. Ebenso ist eine Abschaffung der Altersgrenze des BAföG dringend notwendig. Die Umstellung der Studienstruktur auf Bachelor/Master darf nicht zu einer organisierten Studienverkürzung führen. Ein Rechtsanspruch auf einen Studienplatz in einem Masterstudiengang für alle Bachelor-AbsolventInnen ist deshalb dringlich geboten. Die Vergabe von Studienplätzen gleicht inzwischen einer Lotterie. Der Bund muss den Hochschulzugang bundesweit einheitlich regeln.

4) Gemeinsam mehr Gleichstellung

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist weiterhin eine Baustelle.

Der Grundsatz gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ist noch immer nicht eingelöst. Die Forderung einer SPD nach einer Prüfstelle, die Lohnmessungen bei Unternehmen veranlassen kann, unterstützen wir ebenso wie die Forderung nach der Kopplung öffentliche Aufträge an den

Grundsatz geschlechtergerechter Lohn. Dennoch werben wir für eine gesetzliche Regelung, die verbindliche Diskriminierungschecks vorschreibt.

Der Benachteiligung von Frauen muss zusätzlich mit einem Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft entgegengewirkt werden. Die 40%-Quote für Frauen in Aufsichtsräten werden wir vehement vertreten. Der Kurs der Union, lediglich auf freiwillige Vereinbarungen zu setzen, ist gescheitert.

Auch die Erweiterung des Elterngeldes trägt zur Gleichstellung bei, auch wenn der Grundsatz 50:50 noch nicht annähernd eingelöst ist, trägt eine Erweiterung der Elternmonate um 2 Monate zu einer besseren Verteilung von Familienarbeit bei.

Die Weiterentwicklung des Ehegattensplittings und die Kappung des Splittingvorteils für hohe Einkommen sind ein erster Schritt, überkommene Rollenmuster, die strukturell vom Steuersystem gestützt werden, aufzubrechen. Wir fordern aber weiterhin die Abschaffung des Ehegattensplittings.

5) Gemeinsam mehr Konsequenz im Kampf gegen Rechts

Für die SPD ist der Kampf gegen Rechts zentral. Wir werden es nicht akzeptieren, dass zunehmend rassistische und antisemitische Einstellungsmuster in die Mitte der Gesellschaft vorrücken, Menschen in Angst leben müssen, Opfer rechtsextremer Schlägertrupps zu werden. Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus werden in jeder Facette von der Sozialdemokratie offensiv bekämpft.

Jede Bürgerin und jeder Bürger ist aufgefordert, selbst aktiv zu werden. Daneben gilt es, Projekte gegen Rechts langfristig und finanziell abzusichern. Antifaschistisches Engagement darf nicht politischen Konjunkturen unterworfen sein. Deshalb fordern wir die Einrichtung einer Bundesstiftung für demokratische Kultur.

Ein großes Bedrohungspotential geht von der rechtsextremen NPD aus. Ein gut vorbereitetes NPD-Verbotsverfahren, das auf staatlich alimentierte NPD-Kader als V-Leute verzichtet, ist eine Möglichkeit, rechtsextreme Strukturen effektiv zu schwächen.

6) Gemeinsam mehr erneuerbare Energien statt Atomkraft

Wir wollen den ökologischen Umbau der Gesellschaft. Die Energiewende von links verlangt einen noch deutlicheren Ausbau der Energieerzeugung durch erneuerbare Energieträger. Investitionen in erneuerbare Energien sind sowohl ökologisch als auch ökonomisch nötig. Sie bietet nicht nur Chancen für neue Arbeitsplätze, sondern auch für dezentrale und demokratischere Strukturen. Dafür ist es unerlässlich, die Energienetze modernisiert und in eine staatliche Netzgesellschaft überführt

werden. Auch wenn eine Übergangsphase ins solare Zeitalter notwendig ist, bleibt es dabei – nur ohne Atomkraft! Atomenergie birgt unkalkulierbare Gefahren und bis heute ist noch keine Lösung für die Lagerung des Atommülls in Sicht. CDU und FDP stehen für die Renaissance der Atomenergie. Dem stellen wir uns entgegen, weil wir keine Risikotechnologie von Gestern für die Herausforderungen von Morgen brauchen!

7) Gemeinsam mehr BürgerInnenrechte statt Überwachungsstaat

Wir wollen eine Gesellschaft, in der sich Bürgerinnen und Bürger frei bewegen können und nicht in Angst vor staatlicher Überwachung leben. Den Trend, die Freiheitsrechte mit dem Hinweis auf die Herstellung vermeintlicher Sicherheit einzuschränken, lehnen wir ab. Aus diesem Grund möchten wir eine Evaluation zusätzlicher staatlicher Eingriffsbefugnisse in Polizei- und Geheimdienstgesetzen, die seit 2001 hinzugefügt wurden.

Im Bereich des Datenschutzes wollen wir uns eine Ausweitung des Datenschutzgesetzes, sowohl für den Datenaustausch zwischen Behörden, privaten sowie öffentlichen Unternehmen und zwischen der Bundesrepublik und anderen Staaten. Dazu gehören zum einen umfassende Meldepflichten gegenüber Betroffenen bei der (dauerhaften) Speicherung persönlicher Daten mit Zustimmungserfordernis bei deren Weitergabe und deutlich höheren Strafen bei Missachtung derartiger Vorschriften. Zum anderen bedarf es exakt formulierter Voraussetzungen im internationalen Datenaustausch, die inländische Vorgaben für die Datenweitergabe nicht unterschreiten dürfen.

8) Gemeinsam mehr Abrüstung

Wir wollen in einer friedlichen Welt gemeinsam leben, deswegen ist es notwendig endlich wieder abzurüsten. Im Bereich der internationalen Politik ist für uns ein aktives Engagement für eine weltweite Abrüstung zentral. Wir wollen die Wiederbelebung der weltweiten Abrüstungsinitiativen. Dazu gehört für uns in erster Linie ein Abzug der Atomwaffen aus Deutschland und Europa. Unser Ziel bleibt eine atomwaffenfreie Welt. Darüber hinaus gilt es aber auch, die konventionelle Rüstung wieder einzuschränken. Insbesondere Kleinwaffen richten tagtäglich unvorstellbares Grauen an und stehen gerade in Krisenregionen scheinbar uneingeschränkt zur Verfügung. Deswegen stehen wir für einen Stopp der Rüstungsexporte.

I 4 – LV Schleswig-Holstein

Finger weg von Artikel 19 Abs. 4 GG!

Die Jusos lehnen jedwede Einschränkung des Zugangs zum Recht für Bedürftige, insbesondere eine Einschränkung der aktuellen Regelungen zur Beratungshilfe, ab. Sie fordern alle Verantwortlichen der SPD in Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung auf, entsprechende Gesetzesbestrebungen zu verhindern.

Soweit ein Anstieg der Inanspruchnahme der Beratungshilfe zu verzeichnen ist, so liegt dies an der mangelhaften Ausführung der Gesetze durch die Verwaltung – für diese zeichnet der Staat verantwortlich. Jedwede Bestrebung, die Beratungshilfe zu begrenzen statt der Wurzel des Übels beizukommen, ist menschenverachtend und wird dem Grundrecht auf freien Zugang zum Recht aus Art. 19 Abs. 4 GG nicht gerecht

I 7 – Bundesvorstand

Situation der SPD nach der Europawahl

Wir Jusos kämpfen in der SPD für unsere Ziele. Wir führen engagierte Wahlkämpfe. Wir kämpfen auf Parteitagern um ihre programmatische Ausrichtung. Wir stehen im Dialog mit jungen Menschen für unsere Politik. Nicht selten aber entspricht das Regierungshandeln der SPD nicht unseren Vorstellungen an sozialdemokratische Positionen. Deshalb kritisieren wird dort, wo es nötig ist, ohne jedoch unsere Zugehörigkeit und Verbundenheit der SPD in Frage zu stellen. Progression lebt von konstruktiver Kritik, diese ist notwendig, um Erneuerung zu ermöglichen.

Bei den Europawahlen 2009 hat die SPD ein historisch niedriges Ergebnis bei einer bundesweiten Wahl eingefahren. In Anbetracht von 20,8% Stimmenanteil bei sehr geringer Wahlbeteiligung hat es die SPD offensichtlich nicht geschafft, Wählerinnen und Wähler geschweige denn Mehrheiten für die Sozialdemokratie zu mobilisieren. Lediglich 5.471.703 Menschen haben für die SPD gestimmt. Im bürgerlichen Lager hat die Union zwar deutlich verloren, dagegen konnte sich die FDP um 4,9 Prozentpunkte verbessern.

Die Erklärung für den Ausgang der Europawahl lediglich im der niedrigen Wahlbeteiligung zu suchen und damit eigentlich die Schuld den Wählerinnen und Wählern zuzuschieben ist unzureichend insbesondere auch deshalb, weil die Wahlbeteiligung gegenüber 2004 sogar leicht gestiegen ist. Es ist notwendig die Ergebnisse vor dem Hintergrund der Sozialdemokratie der letzten 10 Jahre zu analysieren und die politischen Motive zu ergründen. Nur auf Grundlage einer solchen

Analyse können wir die Herausforderung annehmen, die SPD wieder zur starken linken Volkspartei zu beleben, die es schafft, gesellschaftliche Mehrheiten für ihre Politik der sozialen Gerechtigkeit zu mobilisieren.

Die Wahlergebnisse der SPD seit 1998 und die programmatische Entwicklung in Regierungsverantwortung

Die Europawahlen wurden immer auch als nationale Denkmahlwahlen genutzt. Bundespolitische Themen haben die europapolitischen überlagert. Nach der rot-grünen Regierungsübernahme 1998 erreichte die SPD bei der Europawahl 1999 in Anbetracht des Kosovo-Krieges, der von Teilen der Bevölkerung als völkerrechtswidrig angesehen wurde und mit dem die rot-grüne Koalition das Tabu des deutschen Angriffskrieges brach, lediglich 30,7%. Auch die Diskussion um die Neuausrichtung der Partei im Rahmen eines „Dritten Weges“ und die Orientierung auf die sogenannte „Neue Mitte“ taten ihr übriges. Deregulierung, dem Wohlfahrtsansatz (Wohlstandsmaximierung durch Konkurrenzgleichgewichte), die Verlagerung der Verantwortung auf das Individuum und die veränderte Rolle des Staates waren Grundpfeiler des Third Way, wie er u.a. auch von New Labour propagiert und von Antony Giddens und Bodo Hombach vorgedacht sowie im Schröder-Blair-Papier niedergeschrieben wurde. Das Markt- und Wettbewerbsprinzip wurde per se als Ziel an sich zur freien Entfaltung gebracht. Dass Märkte ökonomisch Ungleichheit und damit sozialpolitische Verwerfungen produzieren, wurde nicht mehr kritisch bewertet, sondern wurde gar zur neuen ordnungspolitischen Zielmarke erkoren – Ungleichheit fördere ökonomische Entwicklung und damit Wachstum. Die Sozialdemokratie des Dritten-Weges kapitulierte schlicht vor den gesellschaftlichen stark organisierten Interessen und sah ihr Heil in einer Politik, die Klassengegensätze verschärfte, Einkommen immer ungleicher verteilte, und Lebenschancen faktisch einschränkte, obwohl man mit einer Überbetonung der Bildungspolitik doch eigentlich „Chancengerechtigkeit“ erreichen wollte. Denn man blendete völlig aus, dass Teilhabe auch materieller Voraussetzungen bedarf. Obwohl sich dann bei der Bundestagswahl die SPD unter Schröder (auch in Abgrenzung zu einem Kanzlerkandidaten Stoiber) mit 38,5% behaupten konnte, fiel sie bei den Europawahlen 2004 auf ein historisches Tief von 21,5%. Damals gingen viele Genossinnen und Genossen davon aus, dass damit die Talsohle erreicht sei. Ein großer Anteil der Stammwählerinnen und –wähler sowie Teile des ureigenen Klientels gingen bei dieser Wahl verloren und konnten wenn auch mit qualitativen Unterschieden zwischen der Bundestagswahl und den Europawahlen nicht dauerhaft wiedergewonnen werden. Die Wahl 2004 stand maßgeblich unter dem Eindruck der Debatte um die AGENDA 2010, die Gerhard Schröder im Frühjahr 2003 vorgestellt hatte und die heftigste Proteste auslöste. Beinhaltete sie doch die Abkehr von bisherigen Sozialstaatsprinzipien und stellte an die Stelle des fürsorgenden Sozialstaates den aktivierenden Sozialstaat. Die vorher theoretisch

diskutierte Neue Mitte-Politik wurde damit zum von der Parteibasis nicht zu hinterfragenden Regierungshandeln, die mittels Basta-Habitus letztendlich durchgesetzt wurde. Das Scheitern der SPD in NRW 2005 und die daraufhin stattfindenden Neuwahlen im Bund beendeten die rot-grüne Koalitionsregierung und brachten die SPD in eine Große Koalition. Hier wurden dann gemeinsam mit dem Koalitionspartner Entscheidungen getroffen, die den Wahlversprechen explizit widersprachen und zuwiderliefen (Mehrwertsteuererhöhung, Gesundheitsfonds) und somit die Glaubwürdigkeit der Partei weiter erschütterten.

Das Glaubwürdigkeitsproblem der SPD

Die SPD hat seit Jahren in der Öffentlichkeit ein Glaubwürdigkeitsproblem. Zwischen den Regierungs- und Wahlprogrammen der SPD mit einem linken Profil und dem tatsächlichen Regierungshandeln klafft eine große Lücke. Auf der einen Seite tritt die SPD für eine Stärkung der Konjunktur und einen handlungsfähigen Staat ein, auf der anderen Seite beschließt sie in Bundestags und Bundesrat mit großer Mehrheit die Schuldenbremse, die durch ihre Verankerung im Grundgesetz einen tiefgreifenden Einschnitt darstellt. Sie ist sowohl makroökonomisch unsinnig, sowie demokratisch fragwürdig und auch unter dem sozial- und verteilungspolitischen Perspektive höchst problematisch. Und sie ist nur ein Beispiel für die große Widersprüchlichkeit von politischer Absichtserklärung und Regierungshandeln. Statt für mehr soziale Gerechtigkeit zu sorgen, ist auch unter SPD-Regierungsverantwortung die Umverteilung zu Ungunsten der LohnempfängerInnen, von „unten nach oben“ nicht verhindert, sondern teilweise sogar befördert worden. Weitere Beispiele wie die Rente mit 67 zeigen, dass unter dem Deckmantel sozialdemokratischen Regierungshandelns neoliberale Politik nicht verhindert, sondern sogar aktiv betrieben wurde.

Gerade vor Wahlen hat die SPD immer wieder ein starkes linkes Profil gezeigt, jedoch die Umsetzung dessen und den Kampfeswillen in der Koalition in weiten Teilen vermissen lassen. Deswegen muss sich die SPD mittlerweile auch die Frage gefallen lassen, warum sie gerade in der Regierungszeit vor der Großen Koalition nicht den gesetzlichen Mindestlohn, die Regulierung der Finanzmärkte, die Bürgerversicherung u.a. durchgesetzt hat. Die SPD muss die Inhalte, die sie einfordert, auch konsequent in Regierungspolitik umsetzen. Dieser Mangel wird zu Recht kritisiert und mit Wahlenthaltung oder Wählerwanderung bestraft.

Selbst Parteitagebschlüsse, wie zur Bahnprivatisierung haben eine verschwindend geringe Halbwertszeit – ganz zu schweigen von den Voten von Landesparteitagen. Der Parteiführung wird ein Votum von der Basis regelrecht abgetrotzt. Anschließend beschlossene Zusagen werden dann schlicht nicht eingehalten. Wer will da ernsthaft glauben, die Basis für Wahlkämpfe für die eigene Politik zu gewinnen.

Die SPD muss endlich den Widerspruch zwischen Programmatik und Regierungshandeln aufheben und die innerparteiliche Willensbildung ernstnehmen.

Die SPD im Fünf-Parteiensystem

Seit klar ist, dass *Die Linke* kein kurzfristiges Phänomen ist, das man einfach aussitzen und durch Ignorieren marginalisieren kann, sondern dass sich die Linkspartei im politischen System bislang erfolgreich etabliert hat, ist der Umgang mit ihr bestenfalls verunsichert zu nennen. Statt einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit der Linkspartei als politischem Faktor auf allen Ebenen wird sie von den etablierten demokratischen Parteien, allen voran der SPD, entweder ignoriert oder dämonisiert. Von Vorwürfen der Politikunfähigkeit über Verweise auf die SED-Vergangenheit bis zur ständigen Beschwerde, man würde aus populistischen Gründen das Blaue vom Himmel herab versprechen, wird die Partei medienwirksam eigentlich permanent mit herablassenden Kommentaren bedacht.

Die notwendigen Schlussfolgerungen aus der sich ergebenden Arithmetik in den Parlamenten, vor allem jenseits des bürgerlichen Lagers, scheinen sich nämlich nicht durchzusetzen.

Dass die alten Koalitionsoptionen höchstwahrscheinlich nicht mehr tragen werden, ist eine gerne im Munde geführte Binsenweisheit, aber das Verhalten im Umgang oder die Denkmuster im Bezug auf politische Konstellationen zur Regierungsbildung werden, wie mit Scheuklappen, nicht in Betracht gezogen und in der Debatte auch nicht zugelassen. Die Öffnung, die mit Kurt Beck für die Landesverbände vorangetrieben wurde, wird aber, aus Angst vor dem politischen Gegner auf bürgerlich-konservativer-liberaler Seite, personellen „Passungsproblemen“ sowie einer kategorischen-reflexartigen Ablehnung und Auseinandersetzung auf Bundesebene wieder karikiert. Die albern anmutende Abgrenzung der möglichen Koalitionsoptionen im letzten Kapitel des Regierungsprogramms tut ihr übriges. Noch dazu, wo man vorher so stark von Finanzhaien und Mindestlohnverweigerern abgegrenzt hat. Ein ernsthaftes Bestreben, größtmögliche Teile der eigenen Programmatik umzusetzen (eben Mindestlohn, Bürgerversicherung, Finanzmarktregulierung...), darf in Anbetracht dessen zumindest in Zweifel gezogen werden. Das Klima der permanenten Konfrontation und die damit einhergehenden Verletzungen auf beiden Seiten führen trotz der teilweise vorhandenen Bemühungen der Annäherung natürlicherweise zu sehr verhärteten Fronten. Dies bedeutet jedoch nicht, die Linke unkritisch zu sehen, die Kritik an der Außenpolitischen Ausrichtung, dem teilweise fremdenfeindlichen und protektionistischen Aktionismus sowie der mangelnden gleichstellungspolitischen Ausrichtung, um nur wenige Punkte zu nennen, haben wir in der Vergangenheit immer wieder deutlich gemacht. Perspektivisch ist die reflexartige Ablehnung jedoch schädlich für sozialdemokratische Machtoptionen und ganz im Sinne

der Konservativen. Wenn wir die hohen Ansprüche an eine Koalition mit der Union stellen würden, wie sie von uns für ein Zusammengehen mit der Linken gestellt werden, müssten wir die Große Koalition augenblicklich verlassen. Der Eindruck manifestiert sich, dass die unüberwindlichen Gräben vielmehr zwischen alten, kontrahierenden Männern bestehen, als zwischen den programmatischen Positionen. Die junge Generation von GenossInnen in beiden Parteien sind hier schon weiter – also scheint es für die Grabenkämpfe durchaus eine biologische Lösung zu geben. Diese derzeitige strategische Ausrichtung der Partei verspielt machtpolitische Chancen und grenzt die strategische Offenheit unnötig ein. Die Glaubwürdigkeit, dass Beste für die Menschen tun zu wollen und einen realen Gestaltungsanspruch zu haben, kann durch eine solche Ausrichtung ebenfalls erschüttert werden.

Ein Ablegen der ideologischen Scheuklappen ist nötig, eine Debatte über Koalitionsalternativen spätestens nach der Bundestagswahl für die Zeit nach 2010 unabdingbar. Auch weitere Optionen, wie Minderheitenregierungen, die bislang meist nicht in Betracht gezogen wurden, aber in anderen Ländern üblich sind, sind zu diskutieren, um die SPD aus der strategischen Falle der Großen Koalition zu befreien.

Die neue alte Mitte – Rezept der WählerInnenansprache von morgen?

Bei der Wählerorientierung ist die sogenannte Mitte der Gesellschaft immer wieder strategisches Ziel. Dieser „Fetisch“ wurde unter Gerhard Schröder unter dem Begriff „Neue Mitte“ eingeführt und hat die Partei seitdem nicht losgelassen. Erneuert wurde die Mitteorientierung sofort nach der Europawahl.

Die SPD hat sich immer auch als Partei für diejenigen verstanden und sich an deren Seite gestellt, die sozialen Abstieg erfahren oder Angst davor haben. Sie hat sich aber auch als Partei verstanden, die Themen setzen konnte und Menschen dafür mobilisierte. Dies hat eine über 145jährige Tradition. heute ist die SPD jedoch weit davon entfernt, Menschen zu mobilisieren. Dies kann ihr nur gelingen, wenn sie gerade in Anbetracht der Krise die Richtungsunterschiede zwischen den Parteien, zwischen dem bürgerlich-liberal-konservativen Lager und dem sozialdemokratischen Lager deutlich macht. Nur durch Zuspitzung der Themen und Benennung der Schwächen des neoliberalen Konzepts ist eine Mobilisierung denkbar. Um es mit George Lekoff zu sagen „Eine politische Mitte gibt es nicht.“ Vielmehr muss es uns darum gehen, linke Alternativen zu formulieren und die Menschen durch unsere Konzepte zu erreichen und überzeugen.

Die Weltwirtschaftskrise oder die Krise des Neoliberalismus

Im momentanen politischen Diskurs ist die Analyse, die Ursachenforschung und der Umgang mit der Krise zentral. Oftmals geht leider es nur um die Frage, wie kurzfristig die schlimmsten Folgen verhindert werden können. Die Frage der Systemkritik wagt sich kaum jemand zu stellen. Aufgrund dessen bleiben auch langfristige Lösungskonzepte aus.

Auch wenn die Krise bisher noch nicht bei vielen Menschen persönlich angekommen ist, nimmt bei immer mehr Menschen die Angst und Unsicherheit zu, selbst von Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg betroffen zu sein. Dabei ist aber festzustellen, dass diese Entwicklungen nicht erst durch die Krise entstanden sind, sondern parallel mit dem Erstarken der Marktradikalen in den letzten 20 Jahren zugenommen haben. Mit der Liberalisierung der Märkte, immer weiterer Privatisierung öffentlicher Güter und Dienstleistungen ist ein immer stärkerer Bedeutungszuwachs der Finanzmärkte einhergegangen. Im Zuge dessen ist nicht nur die materielle Verteilung von Vermögen immer ungleicher und ungerechter geworden, sondern gleichzeitig sind auch die Einflussmöglichkeiten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie und ihren Vertretungen immer weiter zurück gedrängt worden. Der Marktradikalismus und die mit ihm verbundene Ideologie hat sich aber nicht nur auf den ökonomischen Bereich beschränkt, sie hat sich in allen gesellschaftlichen Bereichen ausgeweitet und beinhaltet im Kern, dass jeder alleine für sich verantwortlich ist und sich gegen alle anderen durchsetzen muss.

Die Wahl hat jedoch gezeigt, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise hat eben nicht zu einer automatischen Stärkung des linken Lagers und zu einem Abstrafen der Neoliberalen und Marktradikalen geführt. Dies ist europaweit fest zustellen und kein Spezifikum der deutschen Sozialdemokratie. Dennoch waren und sind die Positionen, die die Sozialdemokratie für ein soziales Europa vertreten hat, richtig. Diesen Kurs einer progressiven Politik für finanzmarktliche Regulierung und soziale Sicherheit gilt es auch im Bundestagswahlkampf weiter zu verfolgen. Mit dem Zusammenbrechen der US-Immobilienblase und dem Crash auf den internationalen Finanzmärkten ist die Ideologie der Marktradikalen ins Wanken geraten.

Bei der Bundestagswahl wird sich entscheiden, ob es eine neue Bundesregierung geben wird, die für eine Politik eines „*Weiter wie bisher*“ steht, oder eine, die aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt hat und einen Wechsel zu einer solidarischen Gesellschaft vollzieht.

Wir stehen für ein klares linkes Profil der SPD und sind bereit, dieses in der Gesellschaft zu verteidigen und für Mehrheiten einer progressiven sozialdemokratischen Politik zu kämpfen.

I 8 – Bundesvorstand

Development for Freedom – Our War on Poverty

Resolution zum IUSY-Festival 2009

Die Sozialdemokratie und die ArbeiterInnenbewegung haben mehr für die Menschen erreicht, als alle anderen gesellschaftlichen Bewegungen weltweit. Seit mehr als 200 Jahren sind unsere Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Wir füllen diese Werte auch im 21. Jahrhundert mit Leben und geben uns mit dem Erreichten nicht zufrieden. Wir wollen, dass es den Menschen besser geht.

Wir SozialistInnen und SozialdemokratInnen wissen, dass Freiheit, Gleichheit und Solidarität noch nicht erreicht sind, sondern der Kampf um sie dauernde Aufgabe ist. Daran hat sich auch heute nichts geändert.

Gegründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg hat sich unsere Bewegung für die Verbesserung der Arbeit- und Lebensbedingungen, für eine Demokratisierung aller Lebensbereiche und für Völkerverständigung eingesetzt. Der Kampf gegen den sich ausbreitenden Faschismus, der im Untergrund geführt werden musste und viele junge SozialistInnen das Leben gekostet hat, ist bis heute unser Auftrag.

Wir wissen, dass unsere Aufgaben nicht an Landesgrenzen halt machen, sondern die Internationale für Menschenrechte kämpft. Es waren junge Sozialistinnen und Sozialisten in aller Welt, die vor und während der NS-Zeit gegen die Bedrohung des Faschismus, gegen Antisemitismus und Rassismus kämpften. Es waren junge Sozialistinnen und Sozialisten in aller Welt, die in den Befreiungskämpfen auf der Seite derer standen, die Unterdrückung und Diktatur abschaffen wollten. Und es waren junge Sozialistinnen und Sozialisten in aller Welt, die sich zusammen mit Salvador Allende, Willy Brandt, Olof Palme und vielen Anderen für eine gerechte Welt, eine Welt ohne Armut engagiert haben und heute noch engagieren.

Der Kampf der ArbeiterInnenbewegung – deren Teil wir sind - ist international.

Wir Jusos sind ein internationalistischer Verband. Die Internationale Solidarität ist für uns eine Verpflichtung, dieser Anspruch findet sich Tag für Tag in unserer Arbeit wieder.

Mit der Globalisierung waren viele Versprechungen verbunden, von denen heute kaum jemand mehr spricht. Die Gegensätze zwischen dem Norden und dem Süden sind gewachsen und in vielen Ländern ist die Armut gestiegen.

Von mehr Wohlstand für alle ist nichts zu sehen. Wir arbeiten für eine gerechte Welt und eine andere Politik. Schritte auf diesem Weg sind für uns der Kampf für Arbeitnehmer(innen)rechte weltweit, eine grundlegende Reform der Welthandelspolitik, Gesetze gegen Spekulationen auf den Finanzmärkten und einen wirklichen Schuldenerlass für den Süden. Wir wollen eine Weltwirtschaftsordnung, die nicht die reichen Länder reicher macht und die armen Länder ärmer.

Viele ökonomische und soziale Probleme wie der Abbau der Arbeitslosigkeit können nur international gelöst werden, will man sich nicht in einem nationalistischen Standortwettkampf wieder finden, Landkreis gegen Landkreis, Land gegen Land.

Ein reiches Industrieland wie Deutschland muss helfen, Krieg und Hunger, Armut und Krankheit zu verhindern und die Zukunft ökologisch zu gestalten. Es geht deshalb darum, die Globalisierung nicht nur zu gestalten, sondern auch solidarisch zu verändern!

Entwicklungszusammenarbeit ist für uns keine Wohltätigkeitsveranstaltung, sondern jeder Mensch hat ein Recht auf ein selbst bestimmtes Leben – jeder Mensch soll in Würde leben können und selbst entscheiden, was er /sie aus seinem oder ihrem Leben machen will - dies ist unser Ziel. Es geht nicht, dass Entwicklungspolitik immer mehr privaten Organisationen überlassen wird, der Staat muss auch hier Verantwortung übernehmen.

Die Einschränkung der Grundrechte ist keine Antwort auf den internationalen Terrorismus. Für uns gilt: Wir Jusos tolerieren keine Straftat, die im Namen des Internationalen Terrorismus begangen wurde und fordern die Verfolgung der Straftäter durch staatliche Strafverfolgungsbehörden und die Justiz. Die Demokratie kann aber nicht dadurch verteidigt werden, dass demokratische Rechte abgebaut werden. Die Einschränkung von Rechten auf Grund der innerstaatlichen Terrorismusbekämpfung lehnen wir ab.

Wir setzen uns aktiv für den Frieden ein. Krieg ist keine Lösung. Wir glauben, dass militärische Einsätze keinen dauerhaften Frieden schaffen können. Wir wollen eine Politik, die Kriege und Krisen verhindert. Ein Schwerpunkt unserer konkreten internationalen Arbeit ist das Willy-Brandt-Center

(WBC) in Jerusalem. Wir arbeiten im WBC mit unseren PartnerInnen an einer gewaltfreien Lösung des Nahostkonflikts. Wo die große Politik versagt, halten wir den Dialog zwischen PalästinenserInnen und Israelis aufrecht. Wo die Mauer gebaut wird, treffen wir uns zum Dialog. Im Team mit unseren Schwesterorganisationen sowohl aus Israel und aus Palästina kämpfen wir gegen Vorurteile, Hass und Gewalt im Geiste Willy Brandts.

Jeder hat das Recht, den Dienst an der Waffe zu verweigern. Die Wehrpflicht gehört abgeschafft. Wer Frieden schaffen will, muss verhindern, dass immer mehr Waffen produziert und in Umlauf gebracht werden. Eine Industrie, die von Rüstungsgütern lebt, trägt zu Gewalt und Krieg auf der Welt bei. Wir wollen ein weltweites Verbot der Verbreitung von Klein- und Kleinstwaffen. Wir wollen die Ächtung von Massenvernichtungswaffen und Anti-Personen-Minen, die auch gegen Zivilisten eingesetzt werden. Das Ziel der „Globalen Null“, einer Welt ohne Atomwaffen, behalten wir fest im Blick.

Wir Jusos sagen Ja zu Europa. Gleichzeitig sagen wir aber auch klar, dass dieses Europa sich radikal ändern muss. Wir brauchen endlich ein soziales Europa. Bisher hat sich die Europäische Union nur für die Wirtschaft eingesetzt, viele Gesetze hatten und haben einen negativen Einfluss auf den Alltag der Menschen. Wir streiten für einen Sozialpakt für Europa, in dem endlich die sozialen Defizite überwunden werden. Außerdem braucht die EU mehr Demokratie. Das Europäische Parlament muss ein wirkliches Parlament mit allen Rechten werden. Wir sagen Nein zur Festung Europa. Eine progressive Migrationspolitik darf niemals Flüchtlinge kriminalisieren, sondern muss an den Ursachen für Flucht ansetzen. Deshalb setzen wir uns aktiv gegen die immer stärker werdende Abschottung Europas ein. Wichtige Schritte sind für uns die Wiederherstellung des Rechts auf Asyl und ein Ende der Repression gegen Flüchtlinge, wie zum Beispiel die unwürdige Unterbringung in Lagern.

Frauen verdienen die Hälfte der Welt! Armut ist immer noch weiblich. Frauen haben seltener Zugang zu Bildung als Männer. Frauen haben seltener einen Arbeitsvertrag, sie arbeiten damit oft in vollkommener Rechtlosigkeit. Gewalt gegen Frauen gilt oftmals als Kavaliersdelikt oder als vollkommen legitim. (Die Liste ist noch viel länger). Deshalb setzen wir uns für Gleichberechtigung weltweit ein.

Gemeinsam Internationale Solidarität erkämpfen. Unsere Ziele brauchen AktivistInnen. Denn es geht nicht darum, ob eine andere Welt möglich ist – sondern dass wir eine andere Welt brauchen.

Internationale Solidarität konkret

Auf dem IUSY-Festival 2009 in Zánka werden wir gemeinsam mit 5000 GenossInnen aus der ganzen Welt klar machen, dass Wachstum und Fortschritt nicht gegeneinander, sondern miteinander funktioniert, dass wir nicht weniger, sondern mehr Kooperation und Zusammenhalt brauchen. Es werden wieder die Progressiven, die SozialistInnen und SozialdemokratInnen sein, die die stärkste und überzeugendste Idee der Welt leben und demonstrieren werden. Die Kraft der Internationalen Solidarität.

I 9 – Bundesvorstand

Gemeinsam Bildungshürden niederreißen!

Das Bildungssystem in Deutschland ist seit Jahren von vielen Veränderungen erschüttert worden. Vor allem die schwarz-gelben Landesregierungen haben mit Umstrukturierungen und Bildungsgebühren neue Hürden in der ohnehin schon hoch selektiven Bildungslandschaft eingezogen. Massive anhaltende Proteste wie beispielsweise gegen Studiengebühren oder gegen die schlechte Bezahlung der ErzieherInnen haben gezeigt, dass Beschäftigte und Studierende die Veränderungen nicht hinnehmen.

Gerade die Finanz- und Wirtschaftskrise hat gezeigt, dass wettbewerbsorientierte Entscheidungskriterien auf keinen Fall ihre Anwendung in staatlichen Bereichen wie Bildung finden sollten. Bildungserfolg ist in Deutschland wie in kaum einen anderen entwickelten Staat von der ungleichen Einkommens- und Vermögensverteilung abhängig. Über das Bildungssystem wird der soziale Status reproduziert.

Wir Jusos unterstützen den bundesweiten Bildungsstreik und erklären den Protestierenden unsere Solidarität. Wir rufen dazu auf, die Gelegenheit des Bildungsstreiks aktiv zu nutzen, um eine ernsthafte Diskussion über die Zukunft des Bildungssystems in Deutschland zu führen. Eine große Anzahl an PartnerInnen, wie Gewerkschaften, SchülerInnen- und Studierendenvertretungen und Parteien haben sich gemeinsam mit uns der Initiative des Bildungsstreiks in vielen lokalen und überregionalen Bündnissen zusammengeschlossen. Für uns sind die Alternativen zur derzeitigen Situation klar: Wir kämpfen für ein offenes, durchlässiges und gerechtes Bildungssystem, das allen Menschen die gleichen Chancen auf Bildungserfolg bietet. Um dies zu erreichen, fordern wir eine Abschaffung sämtlicher Bildungsgebühren von der Kita bis zur Hochschule und eine Stärkung der demokratischen Mit- und Selbstverwaltungsstrukturen.

J

Jugend-, Daten- und Verbraucherschutz

J 1 – Bundesvorstand

Notwendigkeit eines effektiven Datenschutzes

Mit dem Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts im Jahre 1983 wurde das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, das sich unmittelbar aus dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht ableitet, anerkannt. Seitdem ist es auch als sogenanntes „Datenschutz-Grundrecht“ bekannt. Persönliche Daten dürfen demnach nur erhoben und verarbeitet werden, wenn dies entweder mit den Willen der Betroffenen erfolgt oder es auf einer klaren gesetzlichen Grundlage beruht. Auch zunächst freiwillig weitergegebene Daten sind vor unkontrollierter Weitergabe und damit gesteigerter Missbrauchsanfälligkeit nicht sicher.

Das heute geltende Datenschutzgesetz ist mittlerweile fast dreißig Jahre alt. Neue Formen der Datenweitergabe und –verarbeitung gebieten dringenden Handlungsbedarf. Die Ausweitung des Datenschutzgesetzes auf die Privatwirtschaft ist, in Hinblick auf zunehmenden Datenhandel zu Marktforschungs- und Werbezwecken, dringend angezeigt. Bonussysteme vieler Unternehmen sind längst riesige Sammelsurien von Adressen, persönlichen Vorlieben, Reiseverhalten oder Einkaufsgewohnheiten der KundInnen.

Eine Reihe von Datenskandalen der letzten Monate, etwa bei der Deutschen Bahn, der Telekom, der Drogeriekette Müller oder Daimler, um nur einige Beispiele zu nennen, verdeutlichen auch den Handlungsbedarf im Rahmen des ArbeitnehmerInnendatenschutzes.

Der nun auf den Weg gebrachte Entwurf für ein neues Datenschutzgesetz geht zwar auf viele Probleme neuerer Datenverarbeitungsmöglichkeiten ein und bindet erstmals auch die Privatwirtschaft. Es bietet jedoch nur unzureichenden Schutz gegen Datenmissbrauch und geht an vielen Stellen nicht weit genug, etwa durch Selbstverpflichtungen von Unternehmen statt eindeutiger gesetzlicher Vorgaben.

Ein Gesetz, das auch persönliche Daten für ArbeitnehmerInnen schützt, ist in dieser Legislaturperiode nicht in Aussicht.

Aus diesen Gründen formulieren wir im Folgenden unsere Anforderungen für einen effektiven Schutz des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung in Form datenschutzrechtlicher Bestimmungen zum Schutz für VerbraucherInnen und ArbeitgeberInnen.

Moderner VerbraucherInnendatenschutz in Deutschland

Appelle der Politik an Unternehmen zur Selbstverpflichtung im Rahmen eines Datenschutz-Audits sehen wir Jusos als unzureichend an. BürgerInnen wie Unternehmen gleichermaßen brauchen zur Orientierung im Bereich des VerbraucherInnenschutzes klare und verbindliche Regelungen, deren Einhaltung auch durch gesetzliche Sanktionierungen garantiert werden muss. In diesem Sinne unterstützen wir eine Anpassung des Datenschutzes in Deutschland an moderne Gegebenheiten im Entwurf zum neuen Bundesdatenschutzgesetz. Gleichzeitig dringen wir darauf, die notwendigen Regelungen nicht durch Widerspruch von einseitig regressiv argumentierenden Lobbyverbänden der Verwässerung zu unterwerfen und fordern im Gegenteil Nachbesserungen für die VerbraucherInnen im Sinne einer gesellschaftlich ausgewogenen Gesetzgebung.

Datenerhebung und Kopplungsverbot

Zum Abschluss von Verträgen darf es in keinem Fall Voraussetzung sein, der Weiterverbreitung von Daten zuzustimmen, soweit dies nicht der direkten Vertragsabwicklung dient. Eine optionale Zustimmung des Kunden/der Kundin kann unabhängig von den Bedingungen des Vertrages in einem „opt-in“-Verfahren erfolgen. Ein formloser Widerruf der Einwilligung der Datennutzung, bzw. eine Löschung der Daten auf formlosen Antrag muss jederzeit möglich sein. Ein Kopplungsverbot beschränkt auf Unternehmen mit „marktbeherrschender Stellung“, wie im bisherigen Entwurf des neuen Bundesdatenschutzgesetzes intendiert, lehnen wir als unzureichend ab. Die Erhebung von Daten muss auch beim Abschluss von Vertragsvereinbarungen unter der Prämisse der Datensparsamkeit zu erfolgen. Eine optionale Datenerhebung, die nicht unmittelbar zur Erfüllung der Vertragsvereinbarungen notwendig ist, hat zu unterbleiben.

Datenspeicherung und –weitergabe

Bei der Speicherung von persönlichen VerbraucherInnendaten ist ein hohes Maß von Sorgfalt und Sicherheit zu gewährleisten, um unberechtigte Zugriffe und illegale Verbreitung zu vermeiden. Unternehmen müssen verpflichtet werden bei der Speicherung von VerbraucherInnendaten die gleichen Sicherheitsmaßstäbe anzulegen, wie bei der Sicherung von Betriebsgeheimnissen. Wenn Daten nicht mehr zur Erfüllung von Verträgen notwendig sind, müssen diese unverzüglich gelöscht werden. Einer weiteren Speicherung von Daten kann durch die VerbraucherInnen zugestimmt

werden. Diese Zustimmung zur weiteren Datenspeicherung kann sich maximal auf einen Zeitraum von drei Jahren beziehen, danach ist das Einholen einer neuen, schriftlichen Speicherungszustimmung notwendig.

Der Verlust oder der illegale Zugriff auf Daten ist den Betroffenen gegenüber sofort anzuzeigen. Für die Weitergabe von Daten außerhalb eines vertraglich erfassten Verwendungszweckes muss generell das schriftliche Einverständnis der VerbraucherInnen vorliegen. Dies gilt insbesondere auch in der Frage des grenzüberschreitenden Datenverkehrs. Personenbezogene Daten aus dem Ausland dürfen nur unter dem Einverständnis der Betroffenen empfangen und verwendet werden.

Illegaler Datenhandel oder nicht genehmigte Verwendung von Daten muss mit abschreckenden Geldbußen geahndet werden, die die möglichen Gewinne mindestens um 100% übertreffen sollen.

Zur Ermittlung, ob Daten legal oder illegal erworben wurden, und zum besseren Überblick über die BesitzerInnen von Datensätzen von privaten Adressen etc. fordern wir bei adressierten Werbematerialien eine Herkunftsangabe der verwendeten Datensätze. So kann einerseits Missbrauch durch illegalen Datenhandel eingeschränkt werden, andererseits können die BürgerInnen die Verwendung ihrer Daten kontrollieren und bei Bedarf eine Einsicht und Löschung einfordern. Dabei dürfen für die BürgerInnen keine weiteren Kosten entstehen.

Übergangsfristen verkürzen

Die zum Teil geplanten Übergangsfristen für einzelne Regelungen nach der Verabschiedung des neuen Datenschutzgesetzes von drei Jahren sind angesichts der beabsichtigten Reaktion auf aktuelle Datenskandale nicht angemessen. Wir fordern eine schnelle praktische Umsetzung des Gesetzes mit einer maximalen Übergangsfrist von sechs Monaten.

Dateneigenschutz

Zwar muss der Staat die Grundlage für den Schutz der persönlichen Daten der Bürgerinnen und Bürger in Gestalt restriktiver gesetzlicher Bestimmungen schaffen. Es ist jedoch für den freiheitlichen Staat dann nur schwer möglich, einzugreifen, wenn Menschen ihre Daten freiwillig und ohne Grund der Öffentlichkeit preisgeben.

In den letzten Jahren hat sich gerade im Internet eine Kommunikations- und Informationskultur entwickelt, bei der darum gerungen wird, möglichst viele persönliche Informationen „online“ zu stellen. Es wird als Fortschritt und Innovation begriffen, dass man mittels weniger Mausklicke zahlreiche Informationen über teils fremde Menschen erhalten kann.

Soziale Netzwerke (engl.: „social networks“) wie „StudiVZ“ , „facebook“ oder „Wer kennt wen“ gewinnen auch weiterhin an Bedeutung. Die Erhebung, Speicherung und Weitergabe personenbezogener Daten bedarf einer Einwilligung des Betroffenen, die aber gemäß § 4a Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) nur wirksam ist, wenn sie auf der freien Entscheidung des Betroffenen beruht. Die Einwilligung erfolgt meist freiwillig und genau darin liegt das Problem. Nutzer der genannten Webportale sind sich der Bedeutung dieser Entscheidung und der Gefahren, die damit verbunden sind, nicht bewusst.

Daten, die einmal ins Internet gestellt wurden, bleiben ewig im Netz gefangen. Nicht umsonst wurde der Satz „Das Internet vergisst nichts“ geprägt. Es ist für den Einzelnen zudem kaum durchschaubar, welche seiner Daten nunmehr an welche Stelle weitergegeben wurden.

Daher fordern wir, dass es bei diesen Portalen grundsätzlich keine automatische Datenweitergabe gibt. Insbesondere darf die auch sonst kostenfreie Nutzung der Portale nicht an die Einwilligung in die Weitergabe geknüpft werden. Auch in diesem Bereich ist das Koppelungsverbot strikt anzuwenden.

Wenn man das Rechtsverhältnis zwischen dem User und dem Betreiber des „social networks“ als zumindest „vertragsähnliches Vertrauensverhältnis“ im Sinne des § 28 I Nr. 1 BDSG begreift, so darf es doch in keinem Fall zulässig sein, dass die Daten für geschäftliche oder andere wirtschaftliche Zwecke verwendet werden. Dies widerspricht der „Zweckbestimmung“ des Verhältnisses gemäß § 28 I Nr. 1 BDSG eklatant, da die Netzwerke regelmäßig und typischerweise für Freizeit Zwecke genutzt werden.

Wir fordern neben rechtsförmigen Handeln zur Durchsetzung der zum effektiven Datenschutz notwendigen Maßnahmen zusätzlich eine engagierte und umfassende Aufklärungsarbeit. Die Anbieter entsprechender Portale sollen angehalten und notfalls verpflichtet werden, über die Folgen der übermäßigen Preisgabe höchstpersönlicher Daten zu informieren. Bei der Abfrage von Daten im Rahmen der Anmeldung in den Internetportalen soll die höchste Datenschutzstufe die Standard-Einstellung sein. User müssen zudem angehalten werden, dass jene Einstellung auch beizubehalten ist, bei der nur ein ausgewählter Personenkreis Zugang zum persönlichen Profil hat. Die Betreiber müssen verpflichtet werden, alle eingestellten Daten bei der Accountschließung eines Teilnehmers zu löschen.

Auch von Seiten der Politik und der Schulen – bei denen ohnehin vereinzelt die Vermittlung von Medienkompetenz vorgesehen ist – muss auf den sorgsamen Umgang mit entsprechenden Plattformen ausführlich hingewiesen werden.

Um zudem die jugendlichen User zu schützen, ist es notwendig, dass für jugendgefährdende Seiten Werbeverbote verhängt werden.

Datenschutz für ArbeitnehmerInnen

Schon in den 1980er wurde die Notwendigkeit für ein ArbeitnehmerInnendatenschutzgesetz erkannt. Seitdem sind, bedingt durch neueste technische Entwicklungen, Arbeitszeiten und Leistungen, schlicht das gesamte Verhalten am Arbeitsplatz, absolut einsehbar geworden.

Durch den Einsatz von Video- und PC-Kontrollsystemen sind ArbeitnehmerInnen vielerorts dauerhafter Überwachung ihrer ArbeitgeberInnen ausgesetzt. Im Interesse effektiven Persönlichkeitsschutzes bedarf es hier klarer gesetzlicher Regelungen zum Schutz informationeller Selbstbestimmung und in Abwägung mit berechtigten Interessen der ArbeitgeberInnen. Ziel eines ArbeitnehmerInnendatenschutzgesetzes muss es sein, Missbrauch und auch Zufälligkeiten sowie ungesteuerte Informationen über den/die EinzelneN möglichst ausschließen.

Darüber hinaus schafft Transparenz bei der Datenverarbeitung Vertrauen und verbessert so das Klima am Arbeitsplatz.

Wir fordern daher die zeitnahe Verabschiedung eines ArbeitnehmerInnendatenschutzgesetzes. Es soll ArbeitgeberInnen verpflichten, stärkere Verantwortung für den Datenschutz zu übernehmen. Sie haben die technischen Voraussetzungen und finanziellen Mittel für einen optimalen Schutz der ArbeitnehmerInnendaten zur Verfügung zu stellen.

Effektiver Datenschutz bedeutet aber auch, dass bei Verletzung der gesetzlichen Regelungen individuelle und kollektive Unterlassungsansprüche zur Verfügung stehen müssen, die unter bestimmten Voraussetzungen auch Schadenersatzansprüche gegen ArbeitgeberInnen nach sich ziehen. Unrechtmäßig erhobene Daten sind in jedem Fall unwirksam, das heißt, sie dürfen bei rechtlichen Auseinandersetzungen nicht gegen die/den ArbeitnehmerIn verwendet werden. Darüber hinaus muss ein ArbeitnehmerInnendatenschutzgesetz auch spürbare Sanktionen vorsehen, die vor allem präventiven Charakter zur Einhaltung der gesetzlichen Regelungen haben.

Betriebliche Mitbestimmung

Außerdem fordern wir, die Mitbestimmungsrechte der betrieblichen Interessenvertretung bei der Datenerhebung, -speicherung und -verarbeitung mit und ohne den Einsatz moderner Techniken zu verbessern. Dazu gehören auch die Inanspruchnahme externer Beratungskapazitäten sowie die ausreichende Ausstattung mit entsprechenden Mitteln.

Der betrieblichen Interessenvertretung müssen dazu die gleichen technischen Kommunikationsmöglichkeiten mit den ArbeitnehmerInnen offen stehen wie den ArbeitgeberInnen selbst.

Zur Durchsetzung ihrer Rechte aus dem ArbeitnehmerInnendatenschutzgesetz müssen der betrieblichen Interessenvertretung die Möglichkeiten der zwingenden Mitbestimmung zur Verfügung stehen. Die Anrufung spezieller, paritätisch besetzter Schiedsstellen soll fester Bestandteil der zwingenden Mitbestimmung werden. Die Schiedsstellen sind auch hilfreich für Beschäftigte ohne DatenschutzbeauftragteN, solche mit unklarem Status und für Ratsuchende. Sie sollen Anlaufstellen für Beschwerden, Informationen und zur Beratung werden.

Datenschutzbeauftragte

Wesentliches Element des ArbeitnehmerInnendatenschutzes ist die Bestellung einer/eines betrieblichen Datenschutzbeauftragten. Wir fordern diese ab fünf Beschäftigten eines Betriebes, wobei die Bestellung und Abberufung der Datenschutzbeauftragten an das betriebliche Mitbestimmungsrecht gebunden sein soll.

Zur effektiven Aufgabenwahrnehmung bedarf es einer vollen Unabhängigkeit zum/zur ArbeitgeberIn. Diese soll durch die hinreichende personelle und sachliche Ausstattung sowie einen umfassenden Kündigungsschutz der Datenschutzbeauftragten garantiert werden.

Die Aufgabenzuweisung muss neben der fortwährenden Kontrolle über die Einhaltung der gesetzlichen und betrieblichen Datenschutzbestimmungen auch die kontinuierliche Information der Beschäftigten und die Zusammenarbeit mit der betrieblichen Interessenvertretung beinhalten.

Den betrieblichen Datenschutzbeauftragten muss es gestattet sein, neben der Inanspruchnahme betrieblicher Mitbestimmungsmöglichkeiten, im Falle eklatanten oder fortwährenden Gesetzesverstößes, die zuständigen staatlichen Einrichtungen zu informieren.

Datenschutz bei der Bewerbung

Persönlichkeitsrechte müssen schon bei der Bewerbung gewahrt sein. Das heißt, dass Fragen einen Bezug zur angestrebten Tätigkeit aufweisen müssen. Eine Datenerhebung bei Dritten darf außerdem nur mit Zustimmung der Betroffenen erfolgen. Die betriebliche Interessenvertretung ist auch im Bewerbungsverfahren einzubeziehen.

Datenschutz für die Dauer des Arbeitsverhältnisses

Besonderes Augenmerk ist auf die Gewährleistung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung während der Dauer der Beschäftigung zu richten. Oberste Maxime ist auch hier die Datensparsamkeit. Dies bedeutet auch, dass die Möglichkeit bestehen muss, nicht mehr benötigte persönliche Daten der ArbeitnehmerInnen innerhalb bestimmter Fristen löschen oder sperren zu lassen.

Es ist für uns selbstverständlich, dass KundInnen- und ArbeitnehmerInnendaten getrennt von einander geführt werden. Die Datenweitergabe bei Auftragsdatenverarbeitungen der Unternehmen bedarf immer der Zustimmung der Betroffenen oder ist auf Basis einer kollektiven Vereinbarung zu regeln.

Die Überwachung mittels PC-Kontrollsystemen darf nur bei begründetem Interesse der ArbeitgeberIn und nur mit Bezug auf arbeitsinterne Abläufe und betriebsbedingte Kommunikation erfolgen. In diesem Falle ist die Kontrolle transparent durchzuführen, etwa durch Hinweise bei der Datensynchronisation und allgemein durch Informationen über „Ob“ sowie „Art und Weise“ der Überwachung. URL-Speicherungen im Internetverkehr sollen generell untersagt werden.

Ähnliche strenge Voraussetzungen sind an die Videoüberwachung im Betrieb zu legen. Eine optische Überwachung von ArbeitnehmerInnen durch Videokameras lehnen wir dabei grundsätzlich ab. Arbeitsbereiche, die dabei ausschließlich von ArbeitnehmerInnen genutzt werden sind deshalb von Videoüberwachungsmaßnahmen auszunehmen. In Bereichen in denen sich KundInnenbereiche und ArbeitnehmerInnenbereiche vermischen (z.B. in Verkaufs- und Geschäftsbereichen), müssen klare Regelungen eingehalten werden. Dazu gehören die Zustimmungspflicht des Betriebsrats, die Unterrichtung der betroffenen ArbeitnehmerInnen und die Löschung der gespeicherten Videomaterials innerhalb eines Zeitraums von 30 Tagen. Ebenso muss sichergestellt sein, dass die gespeicherten Daten nur zum Zwecke der Aufklärung von KundInnendelikten (wie z.B. Diebstahl) genutzt werden und nicht zur Überwachung der ArbeitnehmerInnen.

K

Kein Überwachungsstaat!

K 1 - LV Rheinland-Pfalz

Aus den Augen, aus dem Sinn?“ – Gegen eine Zensur des Internets und für ein entschlossenes, wirkungsvolles Vorgehen gegen Kinderpornographie

Familienministerin Ursula von der Leyen teilte im Januar 2009 mit, dass zusammen mit dem BKA und den großen deutschen Internet Providern Internet-Inhalte gefiltert und gesperrt werden sollen. Als Ziel wurde damit der Kampf gegen Kinderpornographie verbunden, weswegen ausschließlich Seiten, die kinderpornographische Inhalte enthalten gesperrt werden sollen. In mehreren anderen Ländern, z.B. Dänemark und Finnland existieren bereits seit längerer Zeit Internetsperren. In Deutschland soll das BKA Listen mit zu filternden Seiten erstellen und diese an die Internetzugangs-Provider übermitteln. Die Internetzugangs-Provider werden gezwungen die entsprechenden Seiten zu sperren und Nutzer auf eine „Stopp“-Seite umzuleiten.

Da eine solche Sperrung derzeit gesetzlich noch nicht geregelt ist, Ministerin von der Leyen jedoch sehr auf eine Umsetzung der Sperrung drängt, wurde am 17. April 2009 auch ohne gesetzliche Grundlage ein Vertrag mit fünf großen deutschen Internet-Providern unterzeichnet. Zeitgleich fand eine Mahnwache mit mehreren hundert Personen statt. Hierzu hatten unter anderem der Chaos Computer Club, der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung und der Verein MissbrauchsOpfer Gegen InternetSperren (MOGIS) aufgerufen.

Die gesetzliche Regelung soll in diesem Jahr noch folgen. Weswegen trotzdem freiwillige Verträge unterzeichnet werden mussten, bleibt ein Rätsel und ist wohl lediglich mit Wahlkampfaktionismus zu erklären. Durch das „Gesetz zur Bekämpfung der Kinderpornografie in Kommunikationsnetzen“ sollen alle größeren Provider in Deutschland verpflichtet werden, die vom BKA vorgegebenen Seiten zu sperren, eine Sperrverpflichtung für Schulen, Hochschulen und Behörden ist jedoch nicht vorgesehen. Ein entsprechender Gesetzentwurf wurde am Mittwoch, dem 22. April 2009 vom Bundeskabinett gebilligt.

Dieser Entwurf hielt zu den anfänglichen Plänen des Familienministeriums einige tiefgreifende Änderungen bereit: So sollen Zugriffe auf gesperrte Seiten nun doch bei den Betreibern geloggt werden. Dies bedeutet die Speicherung aller Daten, die für eine Rückverfolgung wichtig sind, u.a. die IP-Adresse, obwohl dieses Verfahren eigentlich von vorne herein ausgeschlossen wurde. Zudem wird den Providern freigestellt, mit welchem technischen Verfahren sie die Internetseiten sperren wollen; eine Reaktion auf den berechtigten Vorwurf, dass eine DNS-Sperre, wie vorerst vorgesehen, mit einfachsten Mitteln zu umgehen ist.

Eine Umsetzung des vollautomatischen Sperrverfahrens soll voraussichtlich im Oktober 2009 erfolgen.

Weiterer Ausbau der Befugnisse des BKA

Nach der letzten Novelle des Bundeskriminalamts-Gesetzes im Rahmen des „Gesetzes zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus durch das Bundeskriminalamt“, in der das BKA zu einer umfassenden Überwachungsbehörde ausgebaut wurde, soll es nunmehr mit weiteren Befugnissen ausgestattet werden. Vorgesehen ist, dass das BKA eine so genannte Sperrliste führt, in der Domainnamen, Internetprotokoll-Adressen und Zieladressen von Telemedienangeboten, die Kinderpornographie enthalten, aufgeführt sind. Selbst solche Telemedienangebote, die auf Seiten verweisen, die Kinderpornographie enthalten, werden demnach in dieser Liste geführt. Diese Sperrliste soll täglich aktualisiert und den Internetzugangs-Providern übermittelt werden. Diese werden dann gezwungen den Zugriff auf entsprechende Seiten innerhalb von sechs Stunden zu sperren.

Das Magazin c't schreibt hierzu:

„Dieses Vorgehen scheint auf den ersten Blick in Ordnung, schließlich darf die Polizei zur Gefahrenabwehr ohne richterliche Anordnung tätig werden. Doch normalerweise muss danach eine Prüfung stattfinden, die im Falle der Internet-Sperren nicht vorgesehen ist. Im Gegenteil: Da die Liste Links auf Kinderpornografie enthält, muss sie geheim bleiben. Weder Privatpersonen noch Verbraucherschützer oder Journalisten dürfen nach gesperrten Seiten suchen oder die Rechtmäßigkeit einer Sperrung überprüfen.

Niemand kann kontrollieren, ob die gesperrten Seiten nach Entfernung der beanstandeten Inhalte wieder freigeschaltet werden. Ein derart undurchsichtiger, unkontrollierbarer Mechanismus ist

bedenklich, weil die Sperrmaßnahmen Grundrechte wie Informationsfreiheit und allgemeine Persönlichkeitsrechte berühren.“¹

Unverhältnismäßigkeit der Maßnahme

Es ist auch Aufgabe politischer EntscheidungsträgerInnen und schließlich des Gesetzgebers, der Verfassung Geltung zu verschaffen. Nicht erst das Bundesverfassungsgericht ist dazu berufen, sich mit Grundrechten und der verfassungsmäßigen Vertretbarkeit eines staatlichen Aktes zu beschäftigen. Die Grundrechte binden gemäß Art.1 III GG vielmehr Gesetzgeber, Exekutive und Rechtssprechung gleichermaßen. Daher muss sich die Internetzensur an grundrechtlichen Maßstäben messen lassen. Dazu gehört insbesondere die Verhältnismäßigkeit der Maßnahme.

Eine Internetzensur als Mittel zur Bekämpfung der Kinderpornographie ist absolut ungeeignet und damit schon aus diesem Grund unverhältnismäßig. Die Sperrliste birgt die Gefahr, dass auch völlig legale Telemedienangebote ins Visier des BKA gelangen und so daran gehindert werden, ihre Inhalte frei zu veröffentlichen, wie es jedoch die Rundfunkfreiheit gewährleistet.

Diese Grundrechtseinschränkungen müssten die ungerechtfertigt Betroffenen natürlich dann hinnehmen, wenn ein höheres Rechtsgut - in diesem Fall das allgemeine Persönlichkeitsrecht und die körperliche Unversehrtheit der Kinder - dem entgegen steht und dadurch geschützt wird. Dies ist jedoch nicht der Fall. Die Sperrung einzelner Internetseiten führt nicht dazu, dass auch nur ein Kind weniger missbraucht wird. Auch kann es das Angebot an kinderpornographischen Materialien in keiner Weise verringern. Dies haben langjährige Erfahrungen im Umgang mit solchen Sperren in den skandinavischen Ländern bereits gezeigt. Eine derart ungeeignete Maßnahme kann daher nicht den Eingriff in die Grundrechte unbeteiligter Anbieter und User rechtfertigen.

Die Ungeeignetheit ergibt sich zudem daraus, dass die vorgesehenen Sperren zum Großteil mit einfachsten Mitteln und Techniken zu umgehen sind. Selbst für den technisch wenig versierten Internetuser und Pädokriminellen ist es daher weiterhin kein Problem, Zugang zu den Seiten zu erhalten.

Weiterhin ist unklar, was mit einmal gesperrten Internetseiten passiert. Die InhaberInnen solcher Seiten haben lediglich die Möglichkeit, sich beim Provider zu erkundigen, der wiederum nur zur Nachfrage über den Grund der Sperrung beim BKA berechtigt ist. Eine juristische Möglichkeit eine gesperrte Seite wieder aus der Sperrliste zu entfernen ist aktuell nicht vorgesehen. Wie soll sich beispielsweise ein Betreiber verhalten, dessen Seite unberechtigtweise gesperrt wurde oder der Opfer eines Hackerangriffs wurde, wodurch kinderpornographisches Material auf der Seite abgelegt

¹ c't magazin - Magazin für Computertechnik, Ausgabe 9/2009, Seite 20

wurde? Eine weitere Befürchtung gründet sich auf den Erfahrungen anderer Länder mit Internetsperrlisten: vormals „geheime“ Sperrlisten werden nicht lange geheim bleiben. So sind Sperrlisten durch Hacker bereits mehrfach veröffentlicht worden und damit frei zugänglich. Pädokriminelle haben damit eine dezidierte Auflistung nicht nur der URLs sondern auch der IPs zu kinderpornographischen Inhalten. Dies darf in keinem Fall passieren! Außerdem bietet der Gesetzentwurf Möglichkeiten die Sperren in vielfältiger Weise zu erweitern, entsprechende Stimmen sind bereits mehrfach laut geworden.

Technisch fragwürdig

Jedem Computer, der mit einem Netzwerk verbunden ist (Internet, lokales Netzwerk usw.) wird eine IP-Adresse zugewiesen, welche als eine Art Anschlussnummer zu verstehen. Jetzt ist es möglich auf einem Computer z.B. eine Webseite laufen zu lassen (zu „hosten“) und dieser Seite dann eine namentliche Adresse (z.B. www.seitenname.de) zuzuweisen.

Ein Zugriff auf eine Internetseite funktioniert so, dass der User die namentliche Adresse in seinen Browser eintippt. Der Browser nimmt dann Verbindung einem DNS-Server auf (in der Regel der des eigenen Internetanbieters), von diesem Server wird dann geprüft, welcher IP die eingegebene Adresse entspricht. Der Server besitzt also eine Art "Telefonbuch", in dem er nachschauen kann welche IP-Adresse z.B. www.seitenname.de aktuell hat. Dieses Telefonbuch ist dynamisch und ändert sich ständig. Somit ist gewährleistet, dass z.B. bei einem Ausfall eines Servers und dem Ersatz durch einen anderen Servers, der eine andere IP besitzt, die Internet-Seite trotzdem zu erreichen ist.

DNS-Sperre (präferierte Methode des Familienministeriums):

Eine DNS-Sperre greift genau an diesem Punkt an: Wenn der Internetuser eine Anfrage schickt (z.B. Eingabe des Namens der Internetseite in die Adressleiste des Browsers oder Klicken auf einen Link) und der DNS-Server mit einer entsprechenden Sperr-Liste ausgestattet ist, schickt er den User nicht auf die entsprechende IP-Adresse, sondern auf die Sperrseite des Internetanbieters, also in diesem Fall auf die „Stopp“-Seite des BKA.

Diese Technik ist natürlich noch etwas komplexer als hier beschrieben, jedoch reichen diese Ausführungen um das Grundprinzip zu verdeutlichen. Und das ist immer gleich und recht simpel aufgebaut. Daher ist es auch recht einfach diese Sperren zum umgehen: Zum einen ist es möglich direkt die IP-Adresse einzugeben, also beispielsweise statt www.seitenname.de einfach z.B. 12.123.34.100 oder man benutzt einen DNS-Server, der nicht mit Sperrlisten gefüttert wurde. Hierfür

gibt es genug Auswahl! Unter 30 Sekunden ist es möglich einen Windows-PC bei den Interneteinstellungen auf einen neuen DNS-Server einzustellen, wie ein YouTube-Video beweist.

IP-Sperren:

Man kann statt der URL auch direkt die IP des Servers sperren. Problematisch ist dabei jedoch, dass unter einer IP auch mehrere Webseiten (hunderte bis tausende) zu erreichen sind. Wenn man jetzt diese IP des entsprechenden Servers sperrt, wären auch alle anderen (unter Umständen auch legale) URLs nicht erreichbar. Zudem können IP-Adressen natürlich auch geändert werden.

Deep Packet Inspection:

Diese Methode wird auch in China eingesetzt. Dabei wird quasi jedes Daten-Paket, welches durch das Internet verschickt wird, nach Schlüsselwörtern durchsucht. Wenn gewisse Wörter gefunden werden, wird an beide TeilnehmerInnen der Verbindung (Sender und Empfänger) ein TCP-RST-Paket verschickt was zum Abbau der Verbindung führt. Diese Methode funktioniert nur wenn die Übertragung auch entsprechende Wörter enthält und unverschlüsselt passiert. Mit einer sicheren, verschlüsselten Übertragung ist dies nicht möglich. Anbieter solcher Dienste (z.B. per VPN - Virtual Private Network) gibt es seit der Einführung der Vorratsdatenspeicherung genug und sind sogar teilweise kostenlos.

Im Gesetzentwurf werden kleinere Internetanbieter und öffentliche Einrichtungen von einer Sperrpflicht ausgenommen. Betrachtet man alleine diesen Aspekt werden die Pläne zur Internetsperrung noch unsinniger, da die Umgehung der Sperrungen noch weiter vereinfacht wird.

Entschlossen gegen Kinderpornographie und sexuelle Misshandlung

Sehr heftig ist Frau von der Leyen allen GegnerInnen ihrer Zensurpläne begegnet. Diese hatte sie des Öfteren als „Mittäter“ oder als „Befürworter der Vergewaltigung von Kindern“ bezeichnet. Diese Diffamierung und polemische Argumentation müssen wir in aller Entschlossenheit zurückweisen. Den Druck in dieser Weise auf gesellschaftliche Akteure oder „Unterzeichnungs-unwillige“ Internetprovider zu erhöhen, sich der Forderungen des Bundesfamilienministeriums anzuschließen, ist an unangemessenem Verhalten kaum zu überbieten. Zudem wird auf diese Weise eine professionelle Auseinandersetzung mit diesem Thema im Keim erstickt.

Eher könnte man auf der anderen Seite den Vorwurf gegen Frau von der Leyen erheben, dass sie durch diese Argumentationsweise ein unglaublich wichtiges Thema nach Jahren der Untätigkeit missbraucht, um Wahlkampf zu betreiben und durch die Hintertür die Infrastruktur für eine

umfangreichere Internetzensur zu implementieren. Aber auch diese Vorwürfe – auch wenn sie berechtigt sein mögen – werden einer angemessenen Auseinandersetzung mit der Thematik und der Wahl eines geeigneten Vorgehens nicht gerecht und dürfen nicht für einen politischen Streit herhalten. Damit ist den Opfern sexueller Misshandlung erst recht nicht geholfen.

Gerne argumentiert Frau von der Leyen damit, dass es einen „Markt“ im Internet für kinderpornographisches Material gebe und dieser durch die Zugriffsverhinderung der User empfindlich geschädigt werde. Die Zahlen, auf die sich die Familienministerin bezieht sind jedoch nicht in geringster Weise nachgewiesen. Zudem wurde das Bild eines „Internet“-Marktes von SzenekennerInnen bereits mehrfach widerlegt². Der Austausch von Kinderpornographie geschehe nicht oder in den seltensten Fällen über kommerzielle Internetangebote, sondern vielmehr über Tauschbörsen, Newsgroups, Chaträumen, Gratisbereichen des Usenet oder auch E-Mail-Verteiler. Folglich müssten Mittel zur Eindämmung dieses Austausches genau an diesen Punkten angreifen. Eine Internetzensur wäre in diesem Fall allerdings das falsche Mittel, sondern vielmehr direktes kriminalpolizeiliches Eingreifen gefragt.

Hinzu kommt, dass ein wirkungsvolles Vorgehen gegen Internetseiten mit kinderpornographischen Inhalten nicht darin bestehen kann den „Weg mit einem Stopp-Schild zu versperren“. Vielmehr müssen die tatsächlichen Vertriebswege für diese Inhalte versperrt werden und schnell und flexibel auf neue Vertriebswege reagiert werden. Hierzu gehört die Löschung von entsprechenden Inhalten auf betroffenen Servern. Das Argument, diese Inhalte wären nicht in der Reichweite der Ermittlungsbehörden, da sie im Ausland in legaler Weise auf den Servern lägen, kann durch einen kurzen Blick auf die veröffentlichten Sperrlisten anderer Länder leicht widerlegt werden: Auf der finnischen Sperrliste etwa sind größtenteils in den USA gehostete Inhalte geführt, gefolgt von Australien, den Niederlanden und Deutschland. Alles Länder, in denen Kinderpornographie unter Strafe steht und somit gegen diese Inhalte ermittlungstechnisch vorgegangen werden könnte. Ein Versuch der Organisation Carechild, die die Provider der auf einer Sperrliste aufgeführten Internetseiten aufforderte die kinderpornographischen Inhalte zu löschen, war innerhalb kürzester Zeit hocheffektiv: bereits einem Tag sind 80% der genannten Internetseiten gelöscht worden und somit nicht mehr erreichbar³. Bei den übrigen 20% lag keine Verletzung geltenden Rechts vor. Dieses Experiment hat gezeigt, dass ein gezieltes Vorgehen gegen die betroffenen Inhalte hochwirksam ist. Eine Sperrung der Seiten stellt somit lediglich nur eine Placebo-Lösung dar und ist mit Vehemenz abzulehnen. Schlimmer noch: eine solche Zensur könnte dazu führen, dass Inhalte nur noch gesperrt werden, eine strafrechtliche Verfolgung jedoch ausbleibt.

² c't magazin - Magazin für Computertechnik, Ausgabe 9/2009, Seite 21

³ c't magazin - Magazin für Computertechnik, Ausgabe 9/2009, Seite 22

Eine Aufforderung an die Provider zur Löschung hätte einen weiteren Vorteil: die Inhalte könnten noch einmal überprüft werden, ob es sich tatsächlich um bedenkliches Material handelt.

Ein o.g. Vorgehen erfordert natürlich einen größeren Personaleinsatz bei den Ermittlungsbehörden wie auch eine Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit im Kampf gegen Kinderpornographie und sexuelle Misshandlung. Beides sind zentrale Bestandteile unserer Forderungen.

Unvorhersehbare Folgen einer Zensur

Bereits nach dem ersten Verkünden der Zensurpläne durch das Bundesfamilienministerium meldeten sich weitere Interessenten für eine Ausweitung der Sperrung über kinderpornographische Inhalte hinaus. So meldete besonders die Musikindustrie zwecks des Kampfes gegen Urheberrechtsverstöße Interesse an der Sperrung von Musik-Tauschbörsen an, und die „Sperr-Wunschliste“ wurde mit der Zeit immer länger. Bedenkt man den Druck der LobbyistInnen wird es nur eine Frage der Zeit sein bis weitere Inhalte außer Kinderpornographie für die Öffentlichkeit versperrt werden. Dieser Entwicklung müssen wir bereits in den Anfängen entgegen treten. In Ländern, die bereits über eine Internetsperrung verfügen, wurden Seiten gesperrt, die sich nur kritisch zu der etablierten Sperrung äußern, sowie auch Seiten, die gegen die „allgemeinen guten Sitten“ (Belgien)⁴ verstoßen.

Als besonders bedenklich ist das nun geplante Logging der Zugriffe auf eine gesperrte Seite einzustufen. Jeder unschuldige Internetuser kann durch Zufall auf solche gesperrten Seiten gelangen (z.B. durch SPAM-Mails, gezieltes Mobbing, usw.) und dadurch in die strafrechtliche Verfolgung gelangen. Dies zieht enorme persönliche Konsequenzen, wie die gesellschaftliche Ächtung als „Kinderschänder“, nach sich, auch wenn dieses Verfahren am Ende keine Schuld beweist. Somit steigt auch die Unsicherheit jedes Internetusers – das freie Surfen wird durch die Angst, von Repression betroffen zu sein, selbst eingeschränkt.

Zudem wird die Datensammelwut des Staates nach der Vorratsdatenspeicherung und dem BKA-Gesetz weiter vorangetrieben: der/die „gläserner BürgerIn“ im Internet wird immer mehr zur Wirklichkeit. Die Zensurpläne der Regierung können zur Grundlage für eine flächendeckende Internetüberwachung werden.

⁴ www.carechild.de

„Auch der neue Entwurf für ein Zugangerschwerungsgesetz ist abzulehnen.“

Am 17. Juni 2009 wurde im Wirtschaftsausschuss des Bundestages ein neuer Gesetzesentwurf beschlossen, der am Tag darauf im Bundestag verabschiedet wurde. Dieses Vorgehen macht noch einmal deutlich in welcher Art und Weise Sicherheitsgesetze in den letzten Jahren durchgepeitscht werden. So wurde auch das BKA-Gesetz in einem unheimlichen Tempo beschlossen, ohne dass die Öffentlichkeit hinreichend darauf hätte Einfluss nehmen können.

Der Entwurf entstand nach Angaben der SPD-Bundestagsfraktion im Austausch mit der Internet-Community. Dass dies zu keinem ausreichenden Ergebnis geführt hat, erkennt man daran, dass die Community – allen voran der AK Zensur – nach der Veröffentlichung des Entwurfes den Kontakt zur Fraktion abgebrochen hatte. Das neue „Zugangerschwerungsgesetz“ sieht einige Änderungen zum letzten Gesetzentwurf vor:

- Das BKA soll durch ein sog. Expertengremium kontrolliert werden. Dies soll aus JuristInnen mit Richteramt befähigung bestehen und beim Bundesdatenschutzbeauftragten ansässig sein. Dieser hatte sich bereits nach Bekanntgabe dieser Pläne ablehnend geäußert. Das Gremium soll mindestens halbjährlich zusammentreten und die vom BKA nun täglich erstellten Sperrlisten stichprobenartig auf Rechtmäßigkeit überprüfen.

Ein derartiges Gremium kann jedoch nichts daran ändern, dass die Befugnisse des BKA weitreichende sind. Die Einsetzung einer Kontrollinstanz scheint hier vielmehr nur der Befriedigung der berechtigten öffentlichen Kritik nach rechtsstaatlicher Nachvollziehbarkeit zu dienen. Dies kann aber nicht darüber hinweg täuschen, dass es für die beteiligten Seitenbetreiber, deren URL auf der Sperrliste vermerkt ist, an effektiven Rechtsschutzmöglichkeiten fehlt. Denn eine stichprobenartige Kontrolle, wie sie ein Gremium der vorgesehenen Art allenfalls gewährleisten soll, garantiert keinesfalls rechtsstaatlich unabdingbare Einzelfallentscheidungen. Zudem sind die Kriterien, anhand derer die Rechtmäßigkeitskontrolle stattfinden soll, bislang nicht klar und der/dem BürgerIn, insbesondere damit den Betroffenen, nicht nachvollziehbar. Die Jusos geben sich nicht mit diesem Entwurf zufrieden und lehnen Internetsperren vom Grundsatz her weiterhin ab.

- Der Grundsatz „Löschen statt Sperren“ wird nicht befolgt und stattdessen durch „Löschen und Sperren“ ersetzt. Es ist unklar, weswegen immernoch nicht eine effektive Löschung im Mittelpunkt steht und stattdessen lediglich Durchführbarkeitsüberlegungen angestellt werden. Würde tatsächlich eine Löschung der schrecklichen Inhalte von betroffenen Servern angestrebt, wie von den GegnerInnen der Sperrungen gefordert, so wäre eine gesetzliche Verankerung von Sperrlisten sinnlos. Auch das Argument, dass Inhalte auf außereuropäischen

Servern nicht hinreichend bekämpft werden können, ist nach einem neuen Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages nicht mehr haltbar. Für uns Jusos ist klar: wir wollen keine Scheinlösungen anstreben, sondern kriminelle Inhalte im Internet wirksam bekämpfen! Sperrungen und Stopp-Schilder verfolgen dieses Ziel nicht.

- Statt einer Änderung des Telemediengesetzes soll nun ein Spezialgesetz verankert werden, das sogenannte Zugangerschwerungsgesetz. Dieser Schritt kann nur als Ablenkungsmanöver angesehen werden. Auch so wird nicht verhindert, dass später weitere Sperrinhalte hinzukommen. Ist ein Gesetz erst einmal verabschiedet, ist es leichter es zu ändern, als ein neues zu schaffen. Die Gefahr, dass die Sperrungen bald auf andere Inhalte wie z.B. Musik oder Spiele ausgedehnt wird, ist nicht gebannt. Auch die Befristung und die angedachte Evaluation des Gesetzes sind nichts Neues in der Gesetzgebungspraxis und werden nun als „großer Vermittlungserfolg“ dargestellt.
- Der Zugriff auf die virtuellen „Stopp-Schilder“ soll nach dem neuen Gesetzentwurf vorerst nicht zur Strafverfolgung genutzt werden. Jedoch werden auch weiterhin alle Zugriffe beim Provider geloggt. Die Möglichkeit diese Daten den Ermittlungsbehörden dennoch zur Verfügung zu stellen, drohen in absehbarer Zeit im Nachhinein den Weg in das Gesetz zu finden.

Diese Punkte verdeutlichen, dass wir Jusos auch den neuen Gesetzesentwurf ablehnen müssen, da auch hier eine umfangreiche Zensurinfrastruktur aufgebaut wird, in der sich bald auch andere Inhalte wiederfinden werden – allen Beteuerungen der Koalition zum Trotz.

Wir fordern:

die sofortige Rücknahme des am 18.06.2009 vom Bundestag beschlossenen Zugangerschwerungsgesetzes.

eine personelle Aufstockung der Ermittlungsbehörden zur Bekämpfung von Kinderpornographie und sexueller Misshandlung von Kindern

eine voranschreitende (internationale) Zusammenarbeit von Ermittlungsbehörden, Verbänden und Providern zur direkten Löschung von kinderpornographischen Inhalten im Internet bzw. auf den betroffenen Servern und eine wirkungsvolle Strafverfolgung der UrheberInnen dieser Inhalte.

L

Leben ohne Nazis

L 1 – Bundesvorstand

Rechtsextremismus umfassend bekämpfen!

In der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise sehen wir die Gefahr, dass es als Reaktion auf die Gefahr des sozialen Abstiegs bzw. des faktischen sozialen Abstiegs eine Verstärkung von reaktionären Ideologien gibt. Standortnationalismus, Rassismus und Antisemitismus sind dabei Stichpunkte. Rechtsextremismus stellt für uns die radikale Entsprechung, die sich oftmals gewaltsam äußert, von Ungleichheitsideologien dar, die sich in der Mitte unserer Gesellschaft finden. Durch die Krise sehen wir sowohl die Gefahr einer Zunahme von reaktionären Ideologien in der Mitte als auch von rechtsextremen Engagement in Form von Gewalt. Deshalb müssen wir den Fokus zum einen auf die Ideologie als solche legen und zum anderen gegen die Rechtsextremen aktiv sein.

Aus diesem Grund werden wir zunächst rechte Ideologien wie Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus behandeln. Im Anschluss setzen wir uns damit auseinander, wie Rechtsextreme versuchen, die soziale Frage zu behandeln. Danach werden der intellektuelle Rechtsextremismus und die Burschenschaften, die autonomen Nationalisten und die rechten Parteien untersucht. Am Schluss wird erörtert, wie der Kampf gegen rechts zu führen ist.

Der Begriff Rechtsextremismus ist für uns problematisch, da er suggeriert, es gebe eine "demokratische" Mitte und links und rechts davon "extreme" Ränder, die es zu bekämpfen gilt. Wir denken nicht in Extremen. Aufgrund der gängigen Benutzung des Begriffs Rechtsextremismus verwenden wir ihn trotz Bedenken für all die Erscheinungsformen von rechter Gewalt, militanten Nazis, Parteien wie der NPD etc.

I.1 Ideologie: Rassismus

Rassismus liegt immer dann vor, wenn bestimmte Merkmale von Menschen (z.B. Hautfarbe, Asylbewerber zu sein usw.) mit bestimmten Eigenschaften gekoppelt werden (z.B. wenn von der Hautfarbe oder Herkunft auf die geistige, kriminelle oder sexuelle Energie o. ä. geschlossen wird) und durch diese Konstruktion eine Bewertung entsteht.

Man unterscheidet den genetischen Rassismus, bei dem gelerntes Verhalten als angeboren unterstellt wird, und den kulturellen Rassismus, bei dem Lebensgewohnheiten, Sitten und Gebräuche anderer als abweichend von der herrschenden Norm deklariert werden.

Der kulturelle Rassismus hat in der in der Theoriedebatte der 70er Jahre der Neuen Rechten eine Umdeutung und Begriffsverschiebung hin zum Ethnopluralismus erfahren.

Als Ethnopluralismus bezeichnet man das in Frankreich entwickelte und von Pierre Krebs vom deutschen Thule-Seminar im deutschsprachigen Raum popularisierte Konzept des „Rassismus ohne Rassen“. Nicht mehr Rassen kämpfen um die Vorherrschaft („Survival of the fittest“ - Sozialdarwinismus), sondern Kulturen und Ethnien stehen einander unvereinbar gegenüber. Sie sind unveränderlich, natürlich und statisch. Durch Migration kommt es zur „Verwässerung“ und Zerstörung angestammten Kulturraums, der vom „Volk“ verteidigt werden muss. Hier kann man deutliche Anklänge an die „Blut und Boden“-Ideologie des Nationalsozialismus ausmachen.

Die Intellektualisierung des rassistischen Diskurses hat zur Folge, dass der Ethnopluralismus sehr anschlussfähig an Ängste und Befürchtungen der Mehrheitsgesellschaften wird. Die Neuen Rechten haben mit diesem Konzept ein Theorem entwickelt, das in Teilen, oft unwissentlich, auch von Demokraten und Linken rezipiert wird. Und hier liegt genau die große Gefahr: Denn vom Gedanken der Kulturverteidigung zum Spruch „Ausländer raus!“ bis zur Unterschriftensammlung gegen die Doppelte Staatsbürgerschaft sind es nur kleine Schritte.

Oftmals versuchen Rechtsextreme über rassistische Parolen gerade für junge Leute, die erstmal nichts mit dem Hitlerfaschismus zu tun haben wollen, Anschlüsse herzustellen. Insbesondere ein kulturalisierender Rassismus in Gestalt von Anti-Moscheebau-Konflikten erweist sich dabei als wirkungsmächtige „Modernisierungsstrategie“ der extremen Rechten. Durch den rechtspopulistischen Appell an den *common sense* soll der militant-revolutionäre Habitus abgelegt werden. Die „Neue Rechte“ funktioniert somit besonders erfolgreich im lokalen Raum, in dem unterschiedliche Ausprägungen rechtspopulistischer BürgerInnenbewegungen existieren. Doch eine rechtspopulistische Kulturalisierung wird jedoch auch aus der Mitte der Gesellschaft selbst heraus erzeugt und von all jenen mit besonderer Intensität geführt, welchen der Konservatismus der CDU

als zu „sozialdemokratisch“ erscheint. Der Rechtspopulismus als neue „BürgerInnenbewegung“ ist vor allem ein Resultat einer allgemeinen Diskursverschiebung in den letzten Jahren nach rechts und kann in den nächsten Jahren verstärkt das Vakuum zwischen Konservatismus und Neonazismus füllen.

Ein weiteres Element des Rassismus ist in der Ausländerfeindlichkeit zu sehen, wobei man nicht von einer abstrakten Feindschaft gegenüber AusländerInnen ausgehen kann. Rechtsextremisten trennen nämlich auf der einen Seite zwischen beispielsweise Schweden, Italienern, Spaniern, Franzosen, Holländern usw. und auf der anderen Seite zwischen Türken, Afrikanern usw.

Wir Jusos müssen frühzeitig eine Kulturalisierung der Politik und der damit verbundenen Ethnisierung von sozialen Konflikten, die nicht mehr auf materielle Interessen, sondern auf die Wahrung kollektiver Interessen zurückgeführt werden, verhindern, indem wir die gesellschaftlichen Konflikte wieder repolitisieren. Als Jusos lehnen wir jede Form des Rassismus ab. Alle Menschen sind unabhängig von ihrer Hautfarbe, Herkunft oder Staatsbürgerschaft gleich.

I.2 Ideologie: Antisemitismus

Unter Antisemitismus bezeichnet man heute alle historischen Erscheinungsformen der Judenfeindschaft. Juden werden dabei nicht mehr primär über ihre Religion definiert, sondern als Volk, Nation oder Rasse, die sich aufgrund ihres "semitischen" Ursprungs von den Indogermanen oder Ariern unterscheidet. Antisemitismus äußert sich in einer Vielzahl von Ressentiments wie der „große Einfluss von Juden auf wirtschaftliche und politische Entscheidungen“.

Es gibt unterschiedliche Formen von Antisemitismus.

Während der rassistische Antisemitismus Juden von Natur aus als böse und minderwertig ansieht, behauptet politischer Antisemitismus ihr verschwörerisches Wirken zur Beherrschung der Welt. Der religiöse Antisemitismus bezieht sich auf die Ablehnung des Judentums als Religion an sich. Der soziale Antisemitismus nimmt auf unterstellte, "judenspezifische" Machenschaften Bezug. Besondere Betrachtung sollen hier der sekundäre Antisemitismus und der antisemitische Antizionismus erfahren.

Der sekundäre Antisemitismus ist dadurch bestimmt, wie sich die Deutschen der NS-Vergangenheit und der sich daraus erwachsenen historischen Verantwortung stellen. Aus der Diskrepanz zwischen dem Wunsch zu vergessen bzw. nicht daran erinnert zu werden und der beständigen Konfrontation

mit den deutschen Verbrechen ergibt sich ein neues Vorurteilmotiv, das sich zum Teil in der Form revitalisierter traditioneller Vorwürfe an die Juden äußert (Rachsucht, Geldgier, Machtstreben). Die Forderung nach einem Ende der öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Holocaust vermischt sich insgesamt zugleich mit Abwehr- und Aufrechnungsstrategien.

Bei der "Schlussstrich"-Forderung wird die historische Verantwortung für den Holocaust und die besondere Verantwortung der Deutschen für das Erinnern an die Untaten in Bezug auf das heutige jüdische Leben in Deutschland und für den Staat Israel geleugnet. Die Projektion angeblicher Unversöhnlichkeit "der Juden" führt zu antisemitischen Einstellungen - oder bestärkt diese zumindest. Ein Element des sekundären Antisemitismus ist darüber hinaus die Holocaust-Leugnung oder -Relativierung.

Beim Antizionismus geht es um einen spezifischen Bezug zum Staat Israel. Er ist eine Variante des Antisemitismus und auf die Ablehnung des Staates Israel bezogen.

Heute steht der Begriff des Zionismus für das inhaltliche Selbstverständnis des seit 1948 bestehenden Staates Israel. Im Umkehrschluss versteht man unter "Antizionismus" die Negierung des Existenzrechts des Staates Israel.

Historisch gesehen lassen sich drei Formen des Antizionismus unterscheiden. Eine religiös-orthodoxe Strömung des Judentums lehnt nach wie vor die Existenz Israels ab, weil der Judenstaat aus deren Perspektive von Gott und nicht von den Menschen geschaffen werden sollte.

Als antizionistischer Antisemitismus wird zum einen die rigorose Ablehnung bei den fundamentalen Israel-Feinden im arabischen Raum bezeichnet. Die von den Antizionisten dieser Position geforderte Zerschlagung Israels geht einher mit einer Diskriminierung der Juden. Antisemitische „Israelkritik“ ist dann gegeben, wenn zum einen Israel dämonisiert wird, in dem der Staat beispielsweise mit Nazi-Deutschland verglichen und zum anderen wenn das Existenzrechts Israels in Frage gestellt wird.. Darüber hinaus gilt „Israelkritik“ dann als antisemitisch, wenn doppelte Standards für Juden und Israelis gelten, die sonst für niemanden gelten. Bei Islamisten entspringt sie im Antizionismus, rechtsextreme Propaganda wird durch antizionistische Haltungen ergänzt.

Dabei ist besonders im urbanen migrantisch geprägten Raum eine Querfront aus antizionistischem Antisemitismus und originär deutschem Antisemitismus zu beobachten. In der jungen Generation findet mit der Standard-Beleidigung „Du Jude“ eine zunehmende Enthemmung statt. Hier entsteht eine Presche in der Tabuisierung von Antisemitismus, in die der alte Antisemitismus, der moderne Rechtsextremismus und der antizionistische Antisemitismus einbricht.

Als Jusos lehnen wir jede Form des Antisemitismus ab. Alle Menschen sind, unabhängig ihrer religiösen Zugehörigkeit und Herkunft, gleichwertig. Wir setzen uns in besonderem Maße für eine Bekämpfung derartiger Vorurteile ein und warnen zugleich vor undifferenzierter Kritik am Staate Israel, weil dabei immer die Gefahr besteht, antisemitische Ressentiments durch antizionistische Parolen zu befördern. Die historische Verantwortung bedarf der fortwährenden Auseinandersetzung.

Es gilt, gegen antisemitische Einstellungen in allen Bevölkerungsschichten vorzugehen und Einstellungsmuster, die das Judentum als Volk, Nation oder Rasse definieren, zu bekämpfen.

I.3 Nationalismus

Die Bedeutung des Wortes „Nationalismus“ hat eine Kongruenz zwischen Nation und politischer Herrschaft (territorial-rechtlich) als Ziel, also die Bestrebung nach nationaler Selbstbestimmung. Nationalistische Bewegungen können in diesem Sinne also zum Beispiel auch Freiheitskämpfer oder Antiimperialisten gegen Fremdherrscher und Besatzer sein. Das politisch angestrebte internationale System wäre hier das System der Nationalstaaten, welches aktuell vorherrscht, dessen Anfang jedoch erst Ende des 18. Jahrhunderts entstanden ist, und in seiner ideologischen Konsequenz jeder Nation einen eigenen Staat zugesteht. Dies beinhaltet aber auch eines der zentralen Probleme dieses Modells.

Eine weitere Bedeutung des Wortes „Nationalismus“ meint aber auch die Überhöhung der eigenen Nation und reicht vom „positiven“ Gefühl zur eigenen Nation (Patriotismus) bis zum Stellen der eigenen Nation über andere (Chauvinismus).

Das Spektrum dieses Nationalismusbegriffes beginnt also an dem Punkt, an dem etwa die nationale Sprache oder Kultur als etwas im Vergleich mit anderen Nationen höherwertiges gesehen wird (also durchaus dort, wo man von der „politischen Mitte“ spricht) und reicht bis zur Unterdrückung oder gar Vernichtung von Menschen und anderen Nationen. Die Grenzen eines positiv definierten Nationalismus, also als Bejahung der eigenen Nation, und eines negativ definierten, als Verneinung anderer Nationen, sind fließend.

In den letzten Jahren gab es immer mehr den Versuch, die Nation „Deutschland“ positiver zu besetzen und einen „unverkrampten“ Umgang mit deutschen Nationalfarben und -fahnen durchzusetzen.

Wir halten die Erinnerung an die deutsche Geschichte wach. Im Namen der deutschen Nation ist unendliches Leid über die Welt gebracht worden. Vor diesem Hintergrund ist ein „unverkrampfter Umgang“ mit deutscher Symbolik immer kritisch zu hinterfragen.

Wir Jusos sind internationalistisch. Nationen sind für uns kein positiver Bezugspunkt, sondern letztlich wollen wir Eine Welt ohne Nationen.

Die gegenwärtige Krise zeigt zudem, dass immer mehr politische Fragen eben nicht mehr national gelöst werden können. Der Weg der supranationalen Organisationen geht dabei in die richtige Richtung. Die Globalisierung darf aber nicht nur wirtschaftlich, sondern muss auch vor allem politisch erfolgen. Wir lehnen die im nationalistischen Modell inhärenten exkludierenden Elemente ab, weil wir nicht wollen, dass die Lebenschancen und Perspektiven eines Menschen von seiner Herkunft abhängen. Der Wert eines Menschen zeichnet sich nicht über seine Nationenzugehörigkeit aus, ebenso wenig der Wert von Kultur, Sprache oder anderen menschlichen Produkten oder Merkmalen.

II. Rechtsextremismus und die soziale Frage

Die Strategie der extremen Rechten im Hinblick auf die soziale Frage lässt sich kurz auf den Punkt bringen: spalten, ausgrenzen, aufhetzen!

Die wachsende soziale Ungleichheit versuchen sie zu nutzen, um zwischen „*Deutschen*“ und „*Ausländern*“ zu polarisieren: „*Wir oder die*“, „*Sozialstaat oder Einwanderungsstaat*“. Ziel ist es, soziale Konflikte „*völkisch aufzuladen*“, einen Gegensatz von „*die oder wir*“ zu konstruieren. Klar ist dabei: „*Wir*“ sind „*die Deutschen*“ und „*die*“ sind „*die Fremden*“, „*die Ausländer*“ oder „*die Juden*“. Es geht der NPD und den RechtsextremistInnen um die „*Nationalisierung der sozialen Frage*“.

Am Ende sind alle, die sich gegen Rechtsextremisten einsetzen oder die Ideologie nicht unterstützen, Opfer dieser Polarisierung. Die Rechtsextremen unterscheiden hier nur zwischen „*Freund*“ und „*Feind*“.

Der Rechtsextremismus stützt sich bei seiner Instrumentalisierung der sozialen Frage zur Spaltung, Ausgrenzung und Aufhetzung im Wesentlichen auf zwei Themen. Diese sind die Massenarbeitslosigkeit und eine völkisch und antisemitisch aufgeladene Kapitalismuskritik.

Beim Thema Arbeitslosigkeit sieht die Argumentation der extremen Rechten so aus: „*Die Ausländer*“ nehmen „*uns Deutschen*“ die Arbeitsplätze weg. Hier wird deutlich, dass die Rechtsextremen

spalten. Es sind angeblich „die Ausländer“, die „den Deutschen“ die Arbeitsplätze wegnehmen. Es wird eine Außengruppe definiert, gegen die man kämpfen muss und denen man das Arbeiten quasi verbieten sollte, damit „die Deutschen“ genug Arbeit haben.

Bei der völkisch und antisemitisch aufgeladenen Kapitalismuskritik geht es den Neonazis und auch der NPD nicht darum den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit aufzuheben. *„Arbeit für Millionen – statt Profite für Millionäre“* bedeutet nicht allen Menschen ein menschenwürdiges Leben in Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, frei von ökonomischen Zwängen, zu ermöglichen. Die Nazis konstruieren auch hier eine Innen- und die Außengruppe. Nationale Identität ersetzt hier soziale Identität, in dem eine klassenübergreifende Volksgemeinschaft konstruiert wird.

Oftmals kommt hierbei Antisemitismus und die Unterscheidung in das „gute und deutsche“ schaffende Kapital und das „böse“ raffende Kapitals. Dies wird begleitet entweder über Personifizierungen und die Verwendung von antisemitischen Stigmata (z.B. Hakennase) oder über das Polemisieren gegen die sogenannte „Ostküste“ oder Israel. Hier sitzt angeblich das „jüdische Weltkapital“ und beutet die Menschheit, insbesondere „die Deutschen“, aus. Hier sind nicht „Ausländer“ allgemein schuld sondern vor allem „die Juden“.

Im Rahmen dessen findet man auch oft rechte Globalisierungskritik. Die hebt insbesondere auf die Gefährdung von Volk und Heimat durch eine stärkere internationale Verflechtung ab.

Alle Konzepte der extremen Rechten laufen auf ähnliche Aspekte hinaus: Ausplünderung und Vertreibung „nicht-passender“ Bevölkerungsgruppen, Belohnung der „Deutschen“ aus der Beute mit sozialpolitischen Wohltaten, Kontrolle und Bestrafung der Kontakte zu „ausländischen“ Menschen über einen rigiden Polizeistaat, Kontrolle und Bestrafung aller Beziehungen, insbesondere Handel über nationale Grenzen hinweg. National geht folglich nur brutal.

Für uns als Jusos ist klar: die Ursache für soziale Ungleichheit, für Arbeitslosigkeit und für Armut liegt in unserer Wirtschaftsordnung. Die Konstruktion einer nationalen Volksgemeinschaft verschleiert die sozialen Gegensätze, die es innerhalb der Gesellschaft gibt. Sozialer Ungleichheit kann man nur begegnen, wenn man erkennt, dass es eine soziale Spaltung gibt und man in der Interessensauseinandersetzung klar auf Seite derer steht, die wenig haben.

Als Internationalistinnen und Internationalisten haben wir außerdem das Wohl der gesamten Welt im Blick und nicht nur das derjenigen, die zufällig innerhalb bestimmter Grenzen leben.

III. 1 Intellektueller Rechtsextremismus und Burschenschaften

In den vergangenen Jahren gab es immer wieder Bemühungen, die ideologischen Grundlagen rechtsextremer Einstellungen zeitgemäß anzupassen, um im Diskurs der intellektuellen Bevölkerungsschicht an Raum zu gewinnen. Neben dem gezielten Ausbau von rechtsintellektuellen Presseorganen spielt hierbei vor allem auch die Gewinnung studentischer Nachwuchs-Rechtsextremisten eine entscheidende Rolle. Träger dieser Bestrebungen sind an den Universitäten weniger direkt rechtsextreme Parteien und gewaltbereite Kameradschaften, sondern Burschenschaften und rechte studentische Initiativen, die sich nicht zwingend personell und ideologisch, wohl aber im Habitus und Sendungsbewusstsein von den nichtuniversitären rechtsextremen Organisationen unterscheiden. Während in der NPD und bei den Kameradschaften durchaus intellektuellenfeindliche und antibourgeoise Einstellungen zu finden sind, verstehen sich die universitären Organisationen am rechten Rand als intellektuelle wie ökonomische Elite Deutschlands, deren Bestrebungen in der Tradition der „konservativen Revolution“ zu verstehen sind. Die gesellschaftliche Akzeptanz von bürgerlichem Rechtskonservatismus als legitime politische Einstellung, durch ihre Verbundenheit zu Wirtschaft und Politik und dem Verweis auf eine vorgeblich freiheitliche Geschichte im Rahmen der Entstehung des deutschen Nationalstaats im 19. Jh. verschafft diesen autoritären, sexistischen und chauvinistischen Gruppen die Möglichkeit der ungehinderten Rekrutierung und Werbung für ihre gesellschaftlichen Ziele.

Ähnliches gilt für die elitären, rechtskonservativen Zirkel, wie dem vom NS-Richter und ehemaligen CDU-Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg Hans Filbinger gegründetem Studienzentrum Weikersheim, oder der parteiunabhängigen rechtskonservativen Denkfabrik Institut für Staatspolitik (IfS), in denen sich CDU und NPD Mitglieder gleichermaßen bewegen. Der fließende Übergang von rechtskonservativen und rechtsextremistischen Einstellungen in diesem intellektuellen Milieu wird medial vom Presseorgan Junge Freiheit getragen, das intensive Verknüpfungen mit dem IfS aufweist. Daneben gibt es scheinbar zivilgesellschaftliche Organisationsgruppen wie die Konservativ-Subversive Aktion (KSA), die den „linken Meinungsmainstream“ in Deutschland durch rechte „Schüler“-zeitungen wie der Blauen Narzisse bekämpfen und durch medienorientierte Aktionen, wie z.B. gegen den linksintellektuellen Schriftsteller Günter Grass auffallen wollen.

Unser Ziel ist es, den in diesen Organisationen verfolgten „Rechtskonservatismus“ als bürgerlich-geschönte intellektuelle Grundlage eines modernen Rechtsextremismus zu enttarnen und effektiv zu bekämpfen. Aktiver Widerstand gegen die Akzeptanz dieser Gruppen an den Universitäten und in der Gesellschaft muss z.B. über Aufklärung und Einsatz gegen die aus diesen Gruppen kommende Bestrebungen zur Normalisierung eines neuen Deutschen Nationalismus unter dem verschleiernenden Begriff Patriotismus in der öffentlichen Debatte geleistet werden. Die bisher bereits teilweise erfolgreichen Bemühungen der JungsozialistInnen, die praktisch bestehende ideologische

Unvereinbarkeit der Zugehörigkeit zu einer Burschenschaft und gleichzeitigen SPD-Mitgliedschaft auch in eine formell anerkannte Unvereinbarkeit umzuwandeln, sind weiter voran zu treiben.

III. 2 Neonazi-Kameradschaften

Die Organisationsform in Neonazi-Kameradschaften stellt heute die bekannteste, außerparteiliche Organisationsform von Rechtsextremisten dar. Sie ist an sich eine sehr junge Organisationsform und ist die direkte Reaktion auf die Organisationsverbote zu Beginn der 1990er Jahre durch die Innenminister durch Bund und Länder. Damals wurden als Reaktion auf die rassistischen Ausschreitungen in mehreren deutschen Städten ein Großteil der damals bekannten neonazistischen Organisationen wie die Wiking-Jugend oder die Freiheitlich Deutsche Arbeiterpartei (FAP) verboten.

Aufbauend auf sozialdarwinistischen und militaristischen Vorstellungen sind Kampf und Gewalt konstitutive Elemente der Szene, die sich hauptsächlich gegen AntifaschistInnen und von der Gesellschaft gemachten Randgruppen und AußenseiterInnen richten und bis zum Mord reichen. Zu beobachten sind zum einen mehr oder minder spontane Gewalttätigkeiten aber auch gewalttätige Übergriffe vor oder nach Kundgebungen und geplante Anschläge und Überfälle.

In den Kameradschaften finden zudem militärische Schulungen statt, die von Leistungsmärschen und Kampfsport bis hin zu Wehrsportübungen mit Abfeuern scharfer Waffen reichen. Kein Zufall ist, dass bei Razzien in der Neonazi-Szene immer wieder Waffenlager entdeckt werden. Mit Combat 18 soll das neonazistische Blood-and-Honour-Netzwerk über einen eigenen bewaffneten Arm verfügen haben / verfügen.

Die vor Ort verankerten Zellen ohne formelle Struktur und Führung erschweren den staatlichen Organen die Beobachtung und Kontrolle. Wurde ein bundesweit aktiver Verein verboten, war seine gesamte Struktur und Führung betroffen. Vorsitzende und Funktionsträger konnten nicht sofort wieder politisch aktiv werden, ohne den Verdacht zu erregen, eine verbotene Nachfolgeorganisation zu betreiben. An die Stelle einer verbotenen Kameradschaft ohne formelle Führung, Ämter und Posten und überhaupt Mitgliedslisten kann im Prinzip sofort eine Neugründung unter anderem Namen treten.

Ebenso sinkt bei diesen Kameradschaften die (Hemm-)Schwelle der Beteiligung, da man seine Mitgliedschaft nicht in Form eines formellen Beitritts anzeigen muss. Die verbindenden Elemente sind gemeinsame Aktionen, Besuche von rechten Demonstrationen und Konzerten sowie das Ausüben von Gewalt.

Die Haltung der Kameradschaften zur NPD ist im ständigen Wechsel begriffen. So gibt es immer wieder Phasen, in der Kameradschaften die Zusammenarbeit mit der Partei ablehnen, weil sie sie als verbürgerlicht, verbontzt und zu wenig radikal ansehen. Ebenso gibt es Phasen verstärkter Zusammenarbeit. In anderen Bereichen stellen die Kameradschaften die NPD komplett. Die NPD grenzte sich lange gegenüber den Neonazi-Strukturen ab. Erst unter dem Vorsitz von Günter Deckert (1991-1996) öffnete sich die Partei und bot den Neonazis politische Mitwirkungsmöglichkeiten als Ersatz für ihre verbotenen Organisationen. Unter dem heutigen Vorsitzenden Udo Voigt wurde die Zusammenarbeit intensiviert. Die NPD profitiert vor allem in Wahlkämpfen von der Zusammenarbeit. Ohne die Kameradschaften wären flächendeckende Plakatierungen und Hauswurfsendungen nicht möglich. Neonazis werden bis in die Bundesspitze gezielt in die Vorstände eingebunden. In (aktuellen) Vorstand sitzen mit Thomas „Steiner“ Wulff, Thorsten Heise zwei bekannte Akteure der freien Kameradschaftsszene.

Ein wichtiges Aktionsfeld der Neonazi-Kameradschaften ist die sogenannte Anti-Antifa Arbeit. Dabei geht es um das Ausspähen des politischen Gegners und das Sammeln von Informationen. Dazu gehört u.a. das Fotografieren und Filmen von Gegendemonstranten der eigenen Kundgebungen und das Anlegen von „Feindkarten“, die auch mal im Internet auftauchen können. Ziel der Arbeit ist die Einschüchterung demokratischer Kräfte. Gelingt dies nicht, wird versucht, Gegen-Rechts – Gruppierungen zu diffamieren. Nachbarn werden z.B. per großflächig verteilter Flugblätter aufgefordert, die deutschfeindlichen Umtriebe“ des Nachbarjugendlichen zu beenden, demokratische Gegenkultur nicht selten „extremistischer Aktivitäten“ verdächtigt mit der Forderung, ihnen die für ihre Arbeit benötigten Mittel und Räume zu streichen. Auch Gewaltandrohung und Anwendung dient nicht selten dem Ziel, dass Vermieter aus vermeintlicher Sorge um die Öffentliche Ruhe und ihr Eigentum letztendlich den Forderungen der Rechtsextremen nachgeben.

Straßenaktivitäten wie Kundgebungen und Demonstrationen, martialisch auch Kampf um die Straße genannt, gehören zu den zentralen politischen Aktionsformen der Rechtsextremen. Die Häufigkeit kann durchaus variieren. Phasen beinahe wöchentlicher Demonstrationen wechseln sich mit Phasen der Konzentration auf einige wenige Demonstrationen mit zentraler Bedeutung ab.

Den Rechtsextremen ist, auch wenn sie bisweilen kleinere Erfolge feiern können, der Weg in und der Weg über die traditionellen Medien meist verwehrt. Deshalb ist für sie eine eigene Medienarbeit besonders wichtig, gerade für den proklamierten Kampf um die Köpfe.

Die Veröffentlichungen der Rechtsextremen lassen sich hinsichtlich ihrer Funktion unterscheiden:

Auf der einen Seite gibt es Blätter für die Weiterbildung und Schulung der Mitglieder, auf der anderen Seite Publikationen die sich an die Bevölkerung richten. Zielobjekt sind insbesondere SchülerInnen, die mit sehr modern wirkenden und z.T. professionell gemachten Publikationen für die rechte Szene interessiert werden sollen. Auf der einen Seite werden dort typische Lebenslagen und Probleme von Jugendlichen angesprochen (wobei auf diese natürlich völkische Antworten abgeboten werden), auf der anderen Seite aber auch knallharte Neonazi-Parolen verbreitet.

Letztes Standbein rechtsextremer Medienarbeit bildet der Versuch, trotz Ablehnung der freien Presse als „Systempresse“ dort auch präsent zu sein. Erfolge können sie meist dort feiern, wo die Journalisten wenig informiert sind über die rechte Szene vor Ort, sich falsche Vorstellungen machen oder schlichtweg einfach sorglos.

Ziel der Neonazi-Kameradschaften ist vordringlich die Verankerung ihres Gedankenguts in der Bevölkerung, die Normalisierung und Gewöhnung an ihre Positionen, wie es in den Positionspapieren („Schafft befreite Zonen“) und Strategien (4-Säulenstrategie) verkündet wurde.

III. 3 Freie Nationalisten (FN)

Pauschale Aussagen über die "freien Nationalisten" fallen schwer, da sich die Szene durch einen hohen Grad an Individualität ausweist.

Generell ist aber zu sagen, dass sie ähnliche wie Kameradschaften organisiert sind, nämlich -formal- führungs- und strukturlos. Nichts desto trotz, zeichnen sich auch in diesen Gruppen, wie in den Kameradschaften immer Führungspersonen auf. Ähnlich zu diesen ist ihre Arbeitsweise, häufig arbeiten und treten sie auch mit diesen, wie auch mit der NPD und anderen Parteien vor Ort auf, was von den jeweiligen, lokalen Verhältnissen vor Ort abhängt.

Nach außen wirken sie politisch aktiver als andere frei Gruppen, scheinbar ist auch ihre Gewaltaffinität geringer als in der gefestigten Kameradschaftsszene. Das heisst aber nicht, dass nicht einzelne "Mitglieder" im Rahmen ihres politischen Engagements oder bei Ausschreitungen auf der Seite der Autonomen Nationalisten (s.u.) wiederzufinden sind.

Der fehlende bundesweite Überbau ermöglicht es den FN ihre eigene politischen Agenda zu setzen, fernab von Parteirasen lassen sich hier Inhalte selbst bestimmen und Forderungen, seien sie moderater oder radikaler als in den Parteien, aufstellen.

Politisch werden häufig soziale, zum Teil auch traditionell politisch eher linke Inhalte verwendet, mit

einem neuem, nationalem Hintergrund versehen und auf die Bevölkerung losgelassen. Hartz IV Kritik, wie Kapitalismus- und Globalisierungskritik ist wie bei der NPD, mit den gleichen verkürzten und nationalen Lösungsvorschlägen auch bei den FN wiederzufinden.

Viele der Gruppen versuchen durch ihr Auftreten gezielt jugendliche anzusprechen und bedienen sich hierbei durch den Einsatz von modernen Medien oder spektakulären oder öffentlichkeitswirksamen Aktionen. Viele der Gruppen ähneln sich in ihrem öffentlichem Auftreten bei ihren "Heimatseiten" oder beim Kleidungsstil.

Von Seiten der FN werden auch szeneninterne Medienproduktionen betrieben, die neben Flyern und Schablonen auch Filme herstellen, die zum Teil von technisch hoher Qualität sind.

III. 4 Autonome Nationalisten (AN)

Sie sind die jüngste Entwicklung innerhalb des extrem rechten Spektrums und für die letzten Gewaltschlagzeilen aus der Szene verantwortlich und seither auch im öffentlichen Diskurs wiederzufinden. Seit 2002 sind sie in Deutschland nachweisbar und genießen nach wie vor Zulauf.

Die Gruppen der autonomen Nationalisten sind ähnlich -formal- strukturlos aufgebaut wie die Kameradschaften und die freien rechten Gruppierungen. Jedoch sind einige Merkmale zu konstatieren, die sie von den anderen Gruppierungen unterscheiden.

Im Regelfall sind sie die deutlich jünger und haben eine ausgeprägte Affinität zu öffentlicher Gewalt. Ihre Transparente, ihre englischen Slogans und ihre Accessoires kommen der vorherrschenden Jugendkultur näher, als das der Fall bei dem eher angestaubten Auftreten der NPD der Fall ist. Für Einsatzkräfte, aber auch politische Gegner und Passanten ist es deutlich schwerer zu erkennen, zu welchem pol. Spektrum gehören, seitdem sie den Kleidungsstil von linksautonomen, in nur leicht geänderter Form, übernommen haben. Dies, gepaart mit ihrer Bereitschaft -vor allem auf Demonstrationen- Gewalt auszuüben macht sie sehr gefährlich, vor allem für politische GegnerInnen, MigrantInnen und JournalistInnen. Auf den letzten beiden 1. Mai Demonstrationen in Hamburg (2008) und Dortmund (2009) ließ die rechte Szene das zum Vorschein treten, was die NPD seit langem versucht zu unterdrücken: Ihren Hang zu Gewalt.

Denn es gilt zu konstatieren, dass die AN keine abgeschlossene Gruppen innerhalb des rechtsextremen Spektrums sind, vielmehr speisen sich ihre "Mitglieder" aus den Kameradschaften, den freien Nationalisten, den Jungen Nationalen sowie den rechten Hooligans.

Zwei Arten von Engagement sind hierbei zu unterscheiden: Die eine ist das zusammentreffen bei Aktionen und Demonstrationen, um den rechten schwarzen Block zu bilden, die andere ist

ganzjährige und konstante politische Arbeit, ähnlich wie bei den anderen freien Kräften. Diese ist meist nur in Metropolregionen wiederzufinden.

Die AN machen aber aus der Ablehnung der Organisationsform in Parteien keinen Hehl, sondern verachten ganz klar die Spiessbürgerlichkeit dieser "alten Herren", trotz häufiger Personalunion.

Die politischen Ziele der "Altnazis", dass vorherrschende System zu reformieren lehnen sie ganz klar ab und fordern eine nationale Revolution, was sie auch näher zu den Jung Nationalen bringt.

Denen, und anderen freien Kräften innerhalb der NPD haben sie es auch zu verdanken, dass sich die NPD nicht ohne weiteres von den AN lossagen können, wie einst Udo Voigt es versuchte ("Unsere Fahnen sind schwarz, unsere Blöcke sind es nicht!" - was er kurze Zeit zurücknehmen musste).

Zur politischen Arbeit der AN fällt, wie auch in anderen freien Kräften die Antif-Antifa-Arbeit, in der politische Gegner, RichterInnen und StaatsanwältInnen sowie JournalistInnen versehen mit persönlichen Daten katalogisiert werden.

Selbst wo es noch keine Kameradschaften im engeren Sinne gibt, besetzen rechts orientierte Jugendcliquen öffentliche Räume, Gaststätten und Diskotheken, Jugendzentren und drücken alternative Jugendkulturen an den Rand. Der Zielpunkt, ein konkurrenzloses Angebot „nationaler Jugendarbeit“ zu schaffen ist mancherorts bereits erreicht.

Unterstützt wird dieses Hegemoniebestreben durch neue Formen sozialer Exklusion, hervorgerufen durch wirtschaftliche Marginalisierungen, Desintegration und Verlust an gesellschaftlicher Teilhabe, sowohl was Zugang zu sozialen Netzen betrifft, als auch zu Gütern wie Gesundheit, soziale Leistungen und Institutionen der Zivilgesellschaft.

III.3 Rechtsextreme und rechtsradikale Parteien

In Deutschland gibt es drei rechtsextreme Parteien, die NPD, die DVU und die Republikaner.

a) Die NPD

Die NPD hat dabei als mitgliederstärkste Partei hat sie derzeit etwa 7.200 Mitglieder. Die NPD ist in allen Bundesländern mit Landesverbänden vertreten, Vorsitzender ist seit 1996 Udo Voigt. Die NPD verfügt über einen Jugendverband, die Jungen Nationaldemokraten, und eine Frauenorganisation, den Ring Nationaler Frauen.

Mit dem Einzug in die Landtage von Sachsen (2004; 9,2%) und Mecklenburg-Vorpommern (2006; 7,3%) konnte sie ihre Strukturen ausbauen und festigen.

Momentan steht die Partei unter erheblichem finanziellen Druck: aufgrund fehlerhafter

Rechenschaftsberichte macht die Verwaltung des Bundestages eine Strafzahlung von 2,5 Millionen Euro geltend.

Die Parteispitze rund um Voigt landet derzeit lediglich wegen gerichtlicher Auseinandersetzungen in der Presse. So nahm der ehemalige Schatzmeister der NPD Erwin Kemna 700.000 Euro aus der Parteikasse für seine private Firma und wurde deshalb wegen Untreue zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Parteichef Udo Voigt, Parteisprecher Klaus Beier und Vorstandsmitglied Frank Schwerdt erhielten Bewährungsstrafen wegen Volksverhetzung und Beleidigung. Sie hatten im Jahr der Fußball-WM 2006 auf einem Terminplaner den dunkelhäutigen Ex-Nationalspieler Patrick Owomoyela diskriminiert und beleidigt.

Zur Europawahl tritt die NPD nicht an und hält sich damit an den zwischen DVU und NPD vereinbarten Deutschlandpakt.

Die NPD hat ein nationalistisches, völkisches Programm. Sie strebt die „Macht über Staat und Wirtschaft“ an, um eine „Volksgemeinschaft“ und ein neues „Deutsche(s) Reich“ zu errichten. Ziel der NPD ist die Beseitigung der parlamentarischen Demokratie und des demokratischen Rechtsstaats. In den Äußerungen führender Parteimitglieder wird immer wieder die Nähe zur nationalsozialistischen Ideologie deutlich.

Ein Verbot der NPD scheiterte 2003 vor dem Bundesverfassungsgericht aufgrund formeller Mängel des Verfahrens: hochrangige Parteifunktionäre arbeiteten als V-Leute für den Verfassungsschutz. Ihnen wurden einige der belastendsten verfassungsfeindlichen Aussagen zugerechnet.

Gefährlich ist die NPD aber vor allem durch ihre Verflechtung mit den freien Kräften.

b) Die DVU

Trotz einer Mitgliederstärke von etwa 7.000 ist die DVU eine Phantompartei. Aufwändige Materialschlachten mit populistischer Stimmungsmache haben der DVU den wiederholten Einzug in den Landtag von Brandenburg beschert. Die Kandidat/innen traten vor der Wahl ebenso wenig in Erscheinung wie nach ihrer Wahl als Abgeordnete.

Die Partei vertritt ebenso wie die NPD vor allem über ihre Publikation National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung offen rassistische, antisemitische, revisionistische und demokratiefeindliche Inhalte. Durch eine innere Umstrukturierung mit ihrem neuen Vorsitzenden besteht die Gefahr der Entstehung einer zweiten mächtigen rechtsextremen Partei neben der NPD. Im Falle einer NPD-Insolvenz wird sich diese Gefahr vergrößern.

c) Die REP

Die Republikaner besitzen derzeit etwa 5500 Mitglieder. Seit 2006 wird die Partei vom Verfassungsschutz nicht mehr in ihrer Gänze im Verfassungsschutzbericht geführt, sondern es werden nur noch einzelne Teile als rechtsextremistisch eingestuft. Die Republikaner spielen derzeit bundespolitisch keine bedeutende Rolle und sind nur noch in einzelnen Kommunalparlamenten vertreten. Im Gegensatz zu NPD und DVU ist es der Partei nicht gelungen, in den ostdeutschen Bundesländern Fuß zu fassen. Von den beiden Parteien grenzen sich die Republikaner offiziell ab, intern gab es aber bei einzelnen Gelegenheiten Wahlabstimmungen. Auch die Republikaner vertreten ausländerfeindliche und revisionistische Positionen.

d)sonstige Parteien

Neben den genannten rechtsgerichteten Parteien gelingt es insbesondere auf kommunaler Ebene immer wieder auch anderen rechtspopulistischen bis rechtsextremen Parteien bzw. Zusammenschlüssen Mandate zu erzielen. Dabei handelt es sich einerseits um verschiedene Pro-Parteien und auf der anderen Seite um Tarnlisten – meist im Umfeld der rechtsextremen NPD.

Als Beispiele für die sog. Pro-Parteien wären hier u.a. die Bürgerbewegung *pro Köln*, die *Pro-Bürger-Partei* sowie die *Pro Deutsche Mitte – Initiative Pro D-Mark* zu nennen. Bei letzterer handelte es sich um eine rechtskonservative Partei, welche bis 2007 bestand. Pro DM erzielte zum Beispiel bei der Landtagswahl in Sachsen 1999 mit 2,1 Prozent der Stimmen aus dem Stand ein durchaus beachtliches Ergebnis. Auch die Pro-Bürger-Partei stellte eine rechtspopulistische Partei dar, welche von 2003 bis 2005 existierte. Bei der Bürgerbewegung pro Köln handelt es sich um eine Wählergruppe, bei der rechtsextreme Bestrebungen offensichtlich sind. Die nach eigenen Angaben 450 Mitglieder umfassende Partei ist mit fünf Mandaten in Fraktionsstärke im Kölner Stadtrat vertreten.

Unter dem Namen Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA) wurden in den 1980er Jahren in mehreren Bundesländern aus dem Umfeld der NPD rechtsgerichtete Wählergruppen gegründet. Die erste BIA wurde 1980 in Wattenscheid gegründet. Im gleichen Zeitraum wurde u.a. in Recklinghausen eine BIA gegründet. Vor allen Dingen in Bayern ist die BIA immer wieder auch bei Kommunalwahlen erfolgreich. So sitzt zum Beispiel in Nürnberg der Landesvorsitzende der bayerischen NPD, Ralf Ollert, für die BIA im Stadtrat.

IV Arbeit gegen Rechts

a) Strategien gegen rechtsextreme Parteien

Zur Bekämpfung rechtsextremer Parteien sind unterschiedliche Strategien nötig.

1. Aufklärung

Nicht nur die direkte Stimmabgabe für rechtsextreme Parteien ist gefährlich. Auch Nichtwählen kann diesen helfen. Gerade rechtsextreme Parteien können ihre Wähler/innenschaft mobilisieren und profitieren damit vom Zuhausebleiben vieler Menschen. Hier ist deutlich zu machen, wer nicht wählt, kann rechten Parteien Vorschub leisten.

Deshalb sind antifaschistische Projekte, die Aufklärungsarbeit vor Ort leisten, nachhaltig in ihrer Arbeit finanziell zu unterstützen. Gezielte Wähler/innenansprache soll die Chance, sich an demokratischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen, aufzeigen. Nicht zuletzt sind alle wahlkämpfenden Genossinnen und Genossen aufgefordert, im anstehenden Wahlkampf klare Kante gegen rechts zu zeigen – am Infostand und in Wahlveranstaltungen.

2. Verbot

Die Möglichkeit des Parteienverbots muss gegen Rechtsextremismus genutzt werden. Wir Jusos fordern weiterhin: Die NPD muss verboten werden.

3. keine Zusammenarbeit

Eine wie auch immer geartete Zusammenarbeit mit Vertreter/innen rechtsextremer Parteien wird es für Mandatsträger/innen der SPD nicht geben. Vielmehr sollte es einen parteiübergreifenden Konsens geben, mit rechtsextremen Parteien niemals zusammenzuarbeiten. Dazu zählt bei uns auch, nicht mit Zeitungen wie der Jungen Freiheit und anderen Medien zusammenzuarbeiten, die eine Brückenfunktion zwischen Konservatismus und Rechtsradikalismus/ Rechtsextremismus ausüben.

4. Nazis raus

Immer wieder nutzen rechtsextreme Parteien öffentliche Räume für ihre menschenverachtende Propaganda. Aufmärsche, Nazikonzerte oder Veranstaltungen im Rathaus – den Kommunen fehlt oft scheinbar die Handhabe, solche Zusammenkünfte zu verhindern. Aber es gibt Möglichkeiten, den Neonazis keinen Raum zu geben. Beispielsweise kann die Hausordnung verändert oder entsprechende Verträge geschlossen werden können. Deshalb fordern wir Schulungen der SPD für kommunale Mandats- und VerantwortungsträgerInnen. Außerdem müssen Schulungsprogramme

für die Verwaltung entwickelt und durchgeführt werden. Neonazis sind von öffentlichen Straßen, Plätzen und Räumen fern zu halten.

Wir fordern die Menschen vor Ort auf, rechtsextreme Veranstaltungen nicht unbeantwortet zu lassen und zu ignorieren. Je größer die Aktion von rechts, desto größer muss die Gegenveranstaltung sein. Dafür braucht es Bündnisse aller demokratischen Akteure. Nur so kann den Rechtsextremen klar gemacht werden, dass sie mit ihrer Meinung allein dastehen und sich nicht auf eine schweigende Mehrheit berufen können. Diese Veranstaltungen sind umso wichtiger, je bürgerlicher und familienfreundlich sich NPD und die rechte Szene besonders bei ihren Presse- und Sommerfesten zeigen wollen.

b) Kampf gegen Rechts

Bildung spielt im Kampf gegen Rechtstextremismus eine zentrale Rolle. Dabei ist einmal die Schule gefragt, in den Lehrplänen eine angemessene Behandlung des Nationalsozialismus aber auch die aktuellen Erscheinungsformen von Rechtstextremismus, Rassismus und Antisemitismus fest zu verankern. Letztlich geht es um die Dekonstruktion dieser Ideologien. Eine Schwerpunktsetzung auf die Vertreibung in den Lehrplänen lehnen wir ab.

Belehrung kann niemals die eigene Erfahrungen, besonders im Schulalltag, ersetzen. Veränderungen müssen daher besonders am „heimlichen Lehrplan“ - dem Umgang miteinander - ansetzen. In unseren Schulen passiert wenig, was den Schülerinnen und Schülern demokratische Werte nahe bringen könnte. Mit einem Blick auf mögliche Ursachen von Rechtsextremismus bei Jugendlichen, ist es doppelt wichtig, Jugendliche teilhaben zu lassen und ihnen Möglichkeiten zur freien Gestaltung ihres Lebensraumes zu übertragen. Um die Demokratie im Großen verstehen zu können und daran mitwirken zu wollen, ist es nötig, im Kleinen (z.B. in der Schule) gelernt zu haben, welchen Wert Demokratie wirklich hat. Um die demokratische Kultur zu stärken, wollen wir eine feste Verankerung und einen Ausbau der SchülerInnen-Mitbestimmung. Außerdem ist es eine Frage der politischen Bildung und einer guten Förderung der Gedenkstätten, eine aktive Erinnerungskultur und eine demokratische Kultur gegen Rechtsextremismus zu fördern. Gedenkstätten sind für uns zuallererst Orte des Gedenken und dürfen nicht als Therapieanstalten für auffällig gewordene rechte Jugendliche missbraucht werden.

Rechtsextremismus ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, aber erfordert für die besonderen Erscheinungsformen im Jugendbereich einen entsprechenden Umgang. Für uns ist klar, dass Jugendarbeit gegen Rechts nicht-rechte Alltagskultur unterstützen muss. Damit meinen wir auch eine finanzielle Unterstützung. Viel zu oft war es in der Vergangenheit so, dass alternative

Jugendliche in ihrem Engagement behindert oder kriminalisiert wurden. Alternative Jugendzentren und Räume für alle Jugendlichen außer Nazis sind bereitzustellen und zu fördern.

Auch die Finanzierung vieler zivilgesellschaftlicher Projekte steht all zu oft auf der Kippe.

Die bestehenden Programme gegen Rechtsextremismus reichen bei weitem nicht aus, um die dringend benötigte Hilfe vor Ort zu gewährleisten. Und unter einer konservativen Regierung fallen sie gar komplett dem Rotstift zum Opfer. Denn nach wie vor dramatisiert die CDU zwar die Gefahr, die durch den internationalen Terrorismus bestünde, bagatellisiert und leugnet dagegen rechtsextreme Gewalt. Für viele Projekte bedeutet aber auch die Förderung durch ein Bundes- oder Landesprogramm bürokratischen Antragsaufwand, der dringend benötigte Ressourcen für die antifaschistische Arbeit bindet. Wir fordern eine Bundesstiftung für demokratische Kultur, die antifaschistisches Engagement unabhängig von politischen Konjunkturen fördert.

Zur Eindämmung bedarf es der materiellen Umverteilung und eine Politik, die es Menschen ermöglicht wieder in allen gesellschaftlichen Teilbereichen mitzuwirken und sie nicht etwa „Ausgeschlossenen“-Netzwerken zurück lässt. Diese allgemeine Forderung von uns hat beim Kampf gegen Rechts noch einmal eine zusätzliche Bedeutung.

Weiterhin kann der Kampf gegen die rechte Hegemonie vor Ort nur von einer funktionierenden Zivilgesellschaft erfolgreich geführt werden. Hier müssen die Rahmenbedingungen stimmen, freiwilliges Engagement muss die nötige Anerkennung zu teil werden, rechtliche Vorgaben, z.B. im Versicherungsschutz, im das Spenden- und Stiftungsrecht müssen unterstützend wirken und die spezifischen Hürden für Benachteiligte und Ausgegrenzte müssen abgebaut werden. Ebenso bedarf ehrenamtliches Engagement professionelle Unterstützung und verlässlicher Ansprechpartner auf staatlicher Seite. Aber bei allen Möglichkeiten zivilgesellschaftlichen Engagements darf nicht vergessen werden, dass der Staat in den letzten Jahren massiv im Bereich der Jugendarbeit gekürzt hat. Diese Kürzungen müssen rückgängig gemacht werden.

Wir wollen, dass die SPD aktiv Träger einer alternativen Zivilgesellschaft ist und um den vorpolitischen Raum kämpft. Dabei ist die Zusammenarbeit mit den Falken, der AWO, den Naturfreunden, Sportvereine etc. zentral. Auch Rechtsextremisten bewegen sich in zivilgesellschaftlichen Strukturen. Nicht selten wurde bekannt, dass bekannte RechtsextremistInnen in Vereinen und Initiativen für die Jugendarbeit verantwortlich waren. Wir fordern die Vereine und Verbände auf, rechtsextreme Kader in ihren Reihen nicht zu dulden sondern auszuschließen.

Wir fordern die Menschen vor Ort auf, nach ihren jeweiligen Möglichkeiten den Kameradschaften den Spaß an der Politik zu verderben. Wenn sie für ihre Feiern kein Bier mehr bekommen, oder der Wirt ihnen den benötigten Raum nicht vermietet, oder das Sommerfest flach fallen muss, weil ihnen niemand die vorgeschriebenen Toilettenhäuschen liefert, er im Verein keinen Sport mehr machen darf, wird das den ein oder anderen Mitläufer vielleicht zum Umdenken bewegen.

Ein weiteres Problem der Arbeit gegen rechts vor Ort besteht in der Erkenntnis, ein Problem zu haben. Bei keinem anderen Thema sind die Reflexe, es zu verdrängen größer als beim Thema Rechtsextremismus. Aus rechtsextremen Gewalttaten werden dann meist schnell „normale (Kneipen-) Schlägereien unter Jugendlichen, aus geschulten rechten Kadern ganz normale Jugendliche, aus Anschlägen auf Friedhöfe, Denkmälern und rechten Schmierereien „normaler“ jugendlicher Vandalismus. Die Stadt / der Ort hat keine rechte Szene, denn die Rechtsextremisten wohnen immer woanders / kamen von außerhalb. Die offiziellen staatlichen Berichte bilden die Situation häufig nur lückenhaft ab, so stehen beispielsweise im bayerischen Verfassungsschutzbericht nur ein Bruchteil der aktiven Kameradschaften und Strukturen. Antifaschistischen Gruppen fällt es vor Ort vielfach schwer, sich Gehör zu verschaffen und die Bevölkerung für die Bedrohungen zu sensibilisieren. Wir erwarten, von unseren sozialdemokratischen KommunalpolitikerInnen, dass sie sich für antifaschistische Projekte einsetzen und offensiv rechte Probleme und Strukturen vor Ort nicht verschweigen, sondern offensiv ansprechen. Wir erwarten vom Verfassungsschutz, sich im Bereich der politischen Bildung zurückzuziehen. Gerade dort muss er zivilgesellschaftlichen Akteuren Freiraum geben.

Wir fordern die Journalistenverbände und –Akademien auf, ihre Mitglieder weiterzubilden und im Umgang mit der rechten Szene zu sensibilisieren, um nicht rechtsextremer Propaganda Vorschub zu leisten. Ebenso die Träger der politischen Bildung. Wir fordern Redaktionsleitungen und Verlage dazu auf, dafür zu Sorgen, dass über Rechtsextremismus berichtet wird, ohne den Rechtsextremisten ein Podium für die Propaganda zu liefern. Wir fordern sie zudem auf, Recherche über der rechten Szene zu unterstützen und ihre JournalistInnen gegenüber diffamierenden Leserbriefen und Zuschriften in Schutz zu nehmen. Wir fordern besonderen Schutz für JournalistInnen, die wegen ihrer Arbeit ins Visier der Rechtsextremisten geraten sind.

Wir fordern deshalb ehrliche Berichte der staatlichen Organe sowohl was Strukturen, als auch Straftaten und die Sicherheitslage betreffen. Wir fordern darüber hinaus, zivilgesellschaftliche Gruppen so mit finanzieller Unterstützung auszustatten, um entsprechende Dokumentationen über Vorfälle verfassen zu können.

Die Mittel für den Schutz der Opfer müssen stärker erhöht werden. Wir fordern die Menschen auf, sich mit allen Opfern rechter Gewalt zu solidarisieren. Der überfallene Punk oder Obdachlose verdient die gleiche Solidarität wie ein „bürgerliches Opfer“ rechter Gewalt.

Nicht selten versuchen Rechtsextremisten Räume für ihre Veranstaltungen und Rechtsrock-Konzerte unter falschem Vorwand (Geburtstag, Verlobung) anzumieten und setzen auf die Überrumpelung der WirtInnen oder die Angst um ihr Eigentum. Wir fordern die umfassende Aufklärung der WirtInnen über bekannten Maschen der Rechtsextremisten. Wir fordern die Polizei auf, WirtInnen sobald sichere Hinweise vorliegen vor den vermeintlich harmlosen Mietern zu warnen und den Schutz deren Eigentums zu gewährleisten.

Wir fordern die umfassende Weiterbildung aller PolizistInnen über alle Erscheinungsformen des heutigen Rechtsextremismus.

Wir fordern die konsequente Anzeige von rechten Straftaten und eine zügige Bestrafung der ermittelten TäterInnen. Dazu fordern wir eine bessere Ausstattung der Staatsanwaltschaften. Wir fordern dass die gegen Rechtsextremisten verhängten Straf- und Bußgelder Initiativen zugute kommen, die den Rechtsextremismus bekämpfen. Die Feinde der Verfassung sollen helfen, ihre Gegner zu finanzieren.

Wir fordern die strafrechtliche Ahnung verbotener Propaganda. Wir fordern die sofortige Entfernung rechter Propaganda, insbesondere Schmierereien und Aufkleber aus dem Stadtbild.

Wir fordern die konsequente Bestreifung rechter Treffpunkt und Versammlungsorte durch Zivil- und uniformierte Streifen.

Repressive Maßnahmen sollten aber nur dort zum Einsatz kommen, wo gegen Gesetze verstoßen wird, die Sicherheit für Leib, Leben, Gesundheit gefährdet ist und der Zugang zu öffentlichen Räumen.

Zivilgesellschaft braucht ihrerseits Raum. Wir fordern ein Ende der Versuche, unter dem Vorwand der Bekämpfung des Rechtsextremismus, demokratische Grundrechte einzuschränken wie zuletzt bei den Versammlungsgesetzen einzelner Länder.

Wir fordern die konsequente Unterstützung antifaschistischer Gruppen vor Ort durch Räumlichkeiten, Ressourcen und verlässliche Ansprechpartner von Seiten der Gemeinden und Stadtverwaltungen.

Wir fordern den konsequenten Schutz antifaschistischer Veranstaltungen. Drohungen und Verleumdungen von Recht dürfen nicht zum Anlass genommen werden, wichtige Projekte abzusagen. Der demokratische Rechtsstaat darf vor Drohungen nicht kuschen.

Wir fordern ein Ende der Diffamierungen antifaschistischer Projekte und linksalternativer Strukturen, die nur das Ziel haben, Repression zu legitimieren und unliebsamen kritischen Projekten die Existenzgrundlage zu entziehen.

M

Migration & Integration

M 1 - Bundesvorstand

Kein Mensch ist illegal!

I. In Deutschland leben nach Schätzungen zwischen 100.000 und einer Million Menschen, die sich nach den geltenden Gesetzen nicht hier aufhalten dürfen. Dinge, die für Menschen deutscher Staatsbürgerschaft völlig selbstverständlich sind – zum Zahnarzt oder in die Schule zu gehen – sind für sie nicht oder nur unter schwierigsten Bedingungen möglich. Denn durch jeden Kontakt mit staatlichen Stellen wächst die Gefahr, dass ihr Aufenthalt entdeckt wird und damit die Abschiebung droht.

Dass Menschen ohne die Wahrung der elementarsten Grundrechte in Deutschland leben, ist für uns nicht hinnehmbar!

Unser Menschenbild akzeptiert es nicht, dass Menschen je nach ihrer Herkunft unterschiedliche Freiheiten und Rechte haben. Die Menschenwürde gilt für alle, egal wo sie her kommen. Niemandem darf vorgeschrieben werden, wo er zu leben hat.

II. Eine konkrete Maßnahme zur Verbesserung von Flüchtlingen ohne Aufenthaltspapiere ist die Legalisierung ihres Aufenthaltsstatus. Egal ob Menschen seit einiger Zeit in Deutschland leben, es ihnen nicht möglich ist, in ihr Herkunftsland zurückzukehren, ihre Familie hier wohnt oder hier Kinder bekommen haben, ihnen soll ein Bleiberecht eingeräumt werden. Nicht hinnehmbar sind Bedingungen, die auf Nützlichkeitsabwägungen beruhen. Ein Arbeitsplatz sollte keine Voraussetzung für ein Bleiberecht sein.

Selbstverständlich muss auch Opfern von Menschenhandel ein Bleiberecht gewährleistet werden. Unter der Garantie, dass sie nach einer Zeugenaussage nicht abgeschoben werden, ist ein effektives Vorgehen gegen kriminelle Schleuserbanden und Zwangsprostitution möglich.

Unerträglich ist auch die Situation der „geduldeten“ Menschen. Da sie, z.B. aus humanitären Gründen nicht in ihre Heimat zurückkönnen, dürfen sie zwar in Deutschland bleiben, erhalten aber auch keinen Aufenthaltstitel, sie werden lediglich geduldet. Dieser Zustand stellt eine extreme psychische Belastung dar und dauert mitunter mehrere Jahre.

Wir fordern, dass die Praxis der Kettenduldungen abgeschafft wird und Menschen mit einem sogenannten Abschiebehindernis ein Aufenthaltstitel eingeräumt wird.

III. Momentan wird die Situation von Menschen mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus vor allem durch die staatliche Übermittlungspflichten erschwert. Jede staatliche Stelle ist verpflichtet, den illegalen Aufenthaltsstatus an die Ausländerbehörde zu melden.

Daraus ergeben sich folgende Problemstellungen.

1) Arbeit:

Der gesplante Arbeitsmarkt bietet die Grundlage für eine Doppelmoral im Umgang mit illegaler Beschäftigung, von der letztlich auch insbesondere illegalisierte Menschen erfasst werden. Jeder Mensch hat das Recht, selbst zu entscheiden, wie und wo er leben will. Denn die Nachfrage nach billigen Arbeitskräften ist der wichtigste Faktor für die Existenz eines Angebotes von arbeitsbereiten Menschen, die sogar bereit sind, für ein geringes Einkommen einen nahezu rechtlosen Zustand auf sich zu nehmen. Das restriktive Einwanderungsrecht generiert billige Arbeitskräfte. In unserer kapitalistischen Marktwirtschaft gibt es Interessen, die an diesem Zustand nichts ändern wollen. Dabei spielt die Übermittlungspflicht öffentlicher Stellen eine große Rolle: zwar besteht der Anspruch auf Arbeitslohn unabhängig vom Aufenthaltstitel, jedoch können die Menschen den Anspruch nicht einklagen. Denn die Richter/innen am Arbeitsgericht sind als öffentliche Stellen verpflichtet, die Tatsachen zu übermitteln, die einen Hinweis auf eine aufenthaltsrechtliche Illegalität geben.

2) Bildung:

Ob illegalisierte Kinder berechtigt bzw. verpflichtet zum Besuch von allgemeinbildenden Schulen sind, richtet sich nach den jeweiligen Schulgesetzen. Die Schulleitung ist ebenso wie die Leitung einer Kindertagesstätte eine öffentliche Stelle, die der Übermittlungspflicht unterliegt. In der Auslegung der Mitteilungspflicht gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den Bundesländern.

3) Gesundheit:

Illegalisierte Menschen sind unbedingt auf niedrigschwellige und anonyme medizinische Angebote von kommunalen Gesundheitsämtern oder Straßenambulanzen angewiesen, denn sie sind nicht krankenversichert. Eine medizinische Behandlung von illegalisierten Menschen in Krankenhäusern ist, sollten sie selbst zahlen, wegen der ärztlichen Schweigepflicht weitgehend risikofrei. Sollte allerdings eine Kostenübernahme durch das Sozialamt oder bei Jugendlichen durch das Jugendamt notwendig sein, steigt das Entdeckungsrisiko sehr.

Besonders schwierig ist für illegalisierte Frauen eine Schwangerschaft. Können sie die Kosten für die Geburtsvorbereitung und die Geburt nicht selbst aufbringen, sind sie gezwungen, ihre Anonymität gegenüber den Behörden aufzugeben. Können sie das Geld aufbringen, sind die Krankenhäuser verpflichtet, die Neugeborenen dem Standesamt anzuzeigen. Daraus lässt sich die Existenz einer Mutter unschwer erraten.

Standesämter gehen unterschiedlich bei der Ausstellung der Geburtsurkunden um.

Während in einigen Kommunen keine Geburtsurkunde ohne vorherige Auskunft der Ausländerbehörde ausgestellt wird, werden in anderen Standesämtern die Geburtsurkunden ausgestellt, und die Meldung an die Ausländerbehörde erfolgt erst, nachdem die Frauen das Amt mit der Urkunde verlassen haben.

Erhalten die werdenden Müttern, insbesondere wenn eine Risikoschwangerschaft vorliegt, problemlos eine Duldung, endet diese allerdings mit Ende des Mutterschutzes. Nicht selten werden Frauen in den kostengünstigeren Schwangerschaftsabbruch aus finanziellen Erwägungen gedrängt.

4) Illegalität von Helfenden:

Die Rechtslage von illegalisierten Menschen berührt auch die der Helfenden. So kann die Hilfe gegenüber illegalisierten Menschen strafbewehrt sein.

Hier geht es z.B. um Ärzt/innen oder Erzieher/innen.

Zwar wurde mit der letzten Änderung des Zuwanderungsrechts die entsprechende Regelung im Aufenthaltsgesetz aufgehoben, allerdings kommt hier weiterhin eine Strafbarkeit nach dem Strafgesetzbuch in Betracht.

III) Forderungen

Die Beschreibung macht deutlich, wie sehr die Übermittlungspflicht die sozialen Rechte der Flüchtlinge beeinträchtigt. Ein normales Leben wird nahezu unmöglich. Dabei bleibt der praktische Nutzen dieser Vorschrift gering.

Um den Menschen ein Leben ohne Angst und Unterdrückung zu ermöglichen, fordern wir die Abschaffung der Übermittlungspflicht nach Paragraph 87 Absatz 2 Aufenthaltsgesetz.

Hinsichtlich der Strafbarkeit von Helfenden fordern wir eine Klarstellung der bestehenden gesetzlichen Regelung.

Wir Jusos wollen eine fortschrittliche Flüchtlingspolitik, die Freiheit, soziale Rechte und die Menschenwürde im Blick hat und nicht auf Nützlichkeitsgedanken beruht.

Kein Mensch ist illegal!



O 1 - LV Sachsen

Her mit der richtigen Quote – Schluss mit dem Blödsinn

Die Jusos fordern den SPD Bundesvorstand auf, die bisher in der Arbeitsgemeinschaft „Jusos“ übliche Frauenquote auch in die nunmehr für die Jusos gültigen Richtlinien für die Arbeitsgemeinschaften der SPD aufzunehmen und damit für alle Gliederungen der Jusos wieder verbindlich zu machen.

Wir fordern zudem die SPD auf, das Wahlstatut in der Form zu ändern, dass für die gesamte SPD eine Frauen- statt einer Geschlechterquote gilt.

R

Resolutionen

R 1 – Bundesvorstand

40 Jahre Linkswende – Jusos als eigenständiger linker Jugendverband

Vor 40 Jahren wurde in München auf dem Bundeskongress die Linkswende, die noch heute das Selbstverständnis der Jusos prägt, eingeläutet. Mit der Wahl von Karsten D. Voigt zum Bundesvorsitzenden der Jusos ging die Zeit der Jusos als braver Verbund parteitreuer Nachwuchspolitiker dem Ende entgegen. Seither verstehen wir uns zugleich als eigenständige linke Jugendorganisation und als sozialistischer Richtungsverband in der SPD. Unsere politische Praxis und unser politischer Anspruch beruhen auf der so genannten „Doppelstrategie“, die die Arbeit in den Gremien und Ortsvereinen der SPD und das Mitwirken in den außerparlamentarischen sozialen Bewegungen verbindet. Seit dem Bundeskongress 1969 in München erheben wir Jusos den Anspruch, auch abseits vom Parteimainstream eigene Programmatiken zu entwickeln und in Partei und Gesellschaft zu tragen. Nur weil wir in vier Jahrzehnten auf unserer Eigenständigkeit beharrt und diese auch in harten innerparteilichen Konflikten verteidigt haben, konnten wir oftmals programmatische VorreiterInnen für die Partei sein.

Wie kam es zur Linkswende?

In den 60er Jahren wurde der Glaube an ein dauerndes Wirtschaftswunder durch Krisenerscheinungen erschüttert. Gleichzeitig entstand die StudentInnenbewegung und mit ihr strömten zahlreiche SchülerInnen und Studierende mit ihren antiautoritären Überzeugungen in die SPD. Zu Beginn der sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt gab es eine Reformeuphorie, die besonders in der Jugend zu beobachten war. Dem entsprechend gab es immer größeren Widerstand gegen eine brave Parteijugend innerhalb der SPD und der Jusos, so dass es eine Frage der Zeit war, bis dieser Widerstand sich in einem anderen Programm, einem anderen Vorstand und dann einer anderen Politik bei den Jusos entwickelte. Wir Jusos kämpften damals wie auch heute noch für eine

Demokratisierung sämtlicher Lebensbereiche und bezogen das insbesondere unter dem Begriff der Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien auf die Wirtschaft.

Wie ging es weiter?

Nach der vollzogenen Linkswende gab es verschiedene Strömungen bei den Jusos. Es gab die reformsozialistische Strömung, die Refos genannt wurde. Sie wollten den Kapitalismus durch schrittweise „systemüberwindende“ Reformen überwinden. Im Hannoveraner Kreis schloss sich die Juso-Linke zusammen, die der aus Frankreich übernommenen Theorie des „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ (Stamokap“) anhing. Diese gingen davon aus, dass der Kapitalismus eine immer stärkere Konzentration des Kapitals hervorbringe und diese Monopole würden den formal demokratisch organisierten Staatsapparat zunehmend unterordnen. Die „AntirevisionistInnen“ wiederum lehnten dies ab, da nach ihrer Auffassung die kapitalistische Konkurrenz selber die Monopolisierungstendenzen immer wieder sprengen würde.

Die Meinungsstreitigkeiten manifestierten sich stets auch in Auseinandersetzungen um größere Juso-Papiere, in denen um Analyse und politische Strategie gestritten wurde.

Die „Herforder Thesen“ zur Arbeit von Marxisten in der SPD von 1980, die von der Juso-Linken entwickelt wurden, zeichneten sich durch ein Bekenntnis zur Meinungs- und Organisationsfreiheit aus. Sie entwickelten deshalb eine klare sozialistische Alternative zur Realität in der Sowjetunion und der DDR. Außerdem wurde in den Thesen die Theorie des „demokratischen Übergangs zum Sozialismus“ vertreten.

In den 80er Jahren wirkten die neuen sozialen Bewegungen auch auf die Jusos. Die Friedens-, Frauen- und Ökologiebewegung spielten eine große Rolle. In den „53 Thesen des Projekts Moderner Sozialismus“ von 1989 wurde insbesondere unter dem Begriffspaar „Sozialismus und Feminismus“ eine neue Bewertung der Geschlechterverhältnisse für eine emanzipatorische Gesellschaftsveränderung vorgenommen.

Mit der „jugendpolitischen Orientierung“ versuchten die Jusos, ihre Rolle als Jugendverband wieder zu stärken. Mit einer im Zuge verlängerter Ausbildungszeiten sich herausbildenden eigenständigen Jugendphase wurden gewachsene Lebensansprüche der Jugendlichen konstatiert. Diese wurden als eine emanzipatorische Kraft begriffen, da die Verteidigung von Selbstbestimmung gegen die kapitalistische Vereinnahmung als Hebel zur Gewinnung der Jugendlichen für sozialistische Politik gesehen wurde.

Anfang der 90er Jahre beschäftigte die Jusos die Wiedervereinigung in einer politischen Dimension, in der das Scheitern des Realsozialismus zu analysieren und daraus die Konsequenzen gezogen werden mussten. Manifestiert wurde dies auf dem Potsdamer Bundeskongress 1991 mit der Grundsatzerklärung des gesamtdeutschen Juso-Verbandes, die bis heute gilt.

Und heute?

Trotz aller Differenzen zwischen den verschiedenen Strömungen des Verbandes einte die Jusos seit der Linkswende in der Mehrheit die Überzeugung, dass der „demokratische Sozialismus“ des SPD-Grundsatzprogramms nur durch eine grundlegende Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsformation Wirklichkeit werden kann. Das rührt vor allem daraus, dass durch die Widersprüche kapitalistischer Vergesellschaftung und der auf systemimmanente Gestaltung gerichteten Politik der SPD, Menschen stets aufs Neue zu Widerstand in Form von Protest, sozialen Bewegungen und Widerstand herausgefordert werden. Diese Grundüberzeugungen haben die Jusos durch die Annahme der Thesen „Für eine Linke der Zukunft“ 2008 nochmals eindrucksvoll bestätigt.

Dafür und für einen sozialistischen, feministischen, internationalistischen und antifaschistischen Jugendverband heute und in Zukunft zu kämpfen, ist unser täglicher Antrieb. Wir wissen: Nichts ist naturgegeben, alles lässt sich verändern. Deshalb sind wir alle gemeinsam als Jungsozialistinnen und Jungsozialisten aktiv und kämpfen für den demokratischen Sozialismus

S

Sonstige Anträge

S 9 – BZ Hessen-Süd

Anrechnung stoppen! - Ferien- und Nebenjobs für Kinder in Bedarfsgemeinschaften ermöglichen!

Gerade in den Ferien und in der Freizeit nutzen Jugendliche die Gelegenheit, durch kleinere Tätigkeiten ihr Taschengeld aufzubessern. Egal, ob es sich dabei um einen Nebenjob als Zeitungsausträger oder in einem anderen Bereich handelt. Junge Menschen machen damit ihre ersten Erfahrungen im Berufsleben und lernen neben dem tagtäglichen Alltag in der Schule auch Praxiserfahrung kennen.

Für Kinder von Arbeitslosengeld II Empfängern rechnen sich solche Nebentätigkeiten finanziell jedoch kaum. Durch die Anrechnung von Einkommen ab einer Höhe von 100 Euro zur Bedarfsgemeinschaft bleibt den Jugendlichen bei einem 400-Euro Job gerade einmal 160 Euro übrig. Dies führt zu steigender Frustration in Verbindung mit ALG II und ist letztlich ein Hemmnis für die Aufnahme von Nebenjobs. Gleichzeitig wird ein Erfolgsgefühl, sich etwas durch Arbeit leisten zu können verhindert.

Wir fordern, dass Kinder und junge Erwachsene die in Bedarfsgemeinschaften leben nicht länger schlechter gestellt werden als alle anderen. Einnahmen aus geringfügiger Beschäftigung oder Ferienjobs dürfen nicht mit den Regelsätzen der Bedarfsgemeinschaften verrechnet werden. Die Regelungen, die für Kinder und junge Erwachsene aus Nicht-Bedarfsgemeinschaften getroffen wurden, (Wenn das Gesamtjahresnetto von 7.680 Euro zzgl. Werbungskosten und Sozialversicherungsbeiträge übersteigt, muss das Kindergeld durch die Eltern zurückgezahlt werden.) müssen auch für Kinder und junge Erwachsene aus Bedarfsgemeinschaften gelten.